9. „Goldene 20er Jahre“ 1924 bis 1928

9.1. Stabilisierung und Normalisierung

Es folgten vier Jahre relativer Stabilität. Die NS-Freiheitsbewegung fand mit ihren radikalen Parolen keinen Nährboden mehr, die KPD hatte viele Stimmen an die SPD verloren. Die Sozialdemokraten zogen aber die Opposition einer Regierungsbeteiligung vor, nachdem Wilhelm Marx keine Mehrheit im Reichstag fand, trat er zurück. Reichpräsident Ebert beauftragte den Reichsfinanzminister und Finanzexperten Hans Luther mit einer neuen Regierungsbildung, einen parteilosen Bürokraten aus vorparlamentarischer Tradition. Es wurde ein „Kabinett der Fachleute“, die Regierungsparteien DNVP, DVP, BVP und Zentrum entsandten nur je einen Vertrauensmann.[1] Damit war der Rahmen für die kommenden vier Jahre gezogen: Bürgerblock-Kabinette, von Fachleuten dominiert, mal mit, mal ohne Beteiligung von DNVP und SPD. Mommsen spricht von einer „ständigen Parlamentskrise“. Als Ursache ist einerseits die fehlende Bereitschaft der Parteien zu sehen, ihrer Rolle für die Mehrheits- und Regierungsbildung nachzukommen. Aber auch ein starkes, in weiten bürgerlichen Kreisen vorherrschendes Ressentiment gegen den „Parteienstaat“, im Gegensatz zur Regierung von Fachleuten.[2]

Die Regierungsbeteiligung der DNVP war Ergebnis eines langsamen Wandels. Vor allem auf Druck der Landbünde wie auch des Bauernbundes in Württemberg traten ideologische Vorbehalte zurück hinter der Möglichkeit, agrarische Interessen in der Regierung zu vertreten. Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages durfte

---

[1] Zinn, Karl-Georg: Hans Luther, in Vogt, Martin: Hermann Müller, in: Sternburg, Wilhelm von: Die deutschen Kanzler, Berlin 2006. S. 397-418, hier S. 402 und Sendler, S. 425ff.

[2] Schulze, S. 290ff. und Winkler. S. 274, Mommsen misst den Vorbehalten gegen Parteien sogar eine größere Bedeutung für die Regierungskrisen zu als die fehlende Verantwortung der Parteien, siehe Mommsen, S. 244

die Reichsregierung wieder Zölle erheben, die Landwirtschaft forderte naturgemäß, ihre Produkte durch hohe Abgaben für ausländische Waren zu schützen. Mit der „Kleinen Zolltarifnovelle“, die Agrarzölle neben Industriezöllen gleichberechtigt stellte, stabilisierte sich die Lage der Landwirtschaft. Der „gouvernemental ausgerichtete Agrarkonservatismus“ (Merkenich) seit 1924 gründete auch darin, dass sich die ostelbischen Großgrundbesitzer zugunsten der pragmatischeren Landbünde zurückgezogen hatten. Der Vertrag von Locarno, mit dem sich Belgien, Deutschland und Frankreich verpflichteten, auf gewaltsame Grenzänderungen zu verzichten, führte jedoch wieder zu einer Zerreißprobe in der Koalition, die nach nur einem Jahr Regierungsbeteiligung mit dem Austritt der DNVP aus der Regierung endete. Nun überwogen ideologische Argumente gegenüber ständischen.[3]

Innenpolitisch bedeutete die Regierung Luther einen Ruck nach rechts. Nicht nur die Zollpolitik, auch die Steuerpolitik und die Lastenverteilungsgesetze erlaubten es der Großlandwirtschaft wie den ostelbischen Grundbesitzern, aber auch der Großindustrie, die Daweslasten auf die Masse der Verbraucher abzuwälzen.[4] Ohne die DNVP hatte die Regierung jedoch keine Basis mehr. Nach einem Misstrauensantrag der DDP trat Hans Luther zurück, und so folgte schon im Jahr 1926 wieder Wilhelm Marx als Reichskanzler. Wie schwach die Stellung des Kanzlers angesichts der Möglichkeit war, ihm mit einfacher Mehrheit das Vertrauen zu entziehen, zeigte sich 1927. Die SPD beantragte ein Misstrauensvotum gegen Marx, dem sich so

---

[3] Pyta: Weimarer Republik, S. 82, zum Vertrag von Locarno siehe auch Winkler, S. 306, und Birkelund, S. 385f., sowie Kluge: Die Weimarer Republik, S. 124, über die Rolle der Landbünde in der DNVP siehe Merkenich, S. 149, zur „Kleinen Zolltarifnovelle“ siehe Merkenich S. 197ff.

[4] Richter: Deutsche Volkspartei, S. 398

unterschiedliche Kräfte wie die DNVP, die NSFB und die KPD anschlossen. Marx blieb jedoch Kanzler, nahm die DNVP 1927 wieder in einer neuen Regierung mit auf und bildete die so genannte „Große Bürgerkoalition“.[5]

Ein wichtiges Projekt der Regierung Marx war die Gründung einer paritätisch von Unternehmern und Arbeitern finanzierte Arbeitslosenversicherung, womit es für Erwerbslose erstmals die Chance gab, ihren Lebensstandard auf einem gewissen Niveau zu erhalten. Die Regierung Marx scheiterte jedoch an den kulturpolitischen Gegensätzen zwischen rechtsliberaler DVP und konservativer DNVP, als es um das Recht auf Errichtung von Konfessionsschulen ging.[6]

Während in Berlin die Regierungen häufig wechselten, blieb das Stuttgarter Kabinett in *Württemberg* unter Wilhelm Bazille bis 1928 im Amt, wenngleich der rechtskonservative Staatspräsident heftigen Angriffen von links ausgesetzt und auch von den Liberalen heftig angefeindet wurde. Die Regierung Bazille strebte bei der Staatsverwaltung Vereinfachung und Zentralisierung von Kompetenzen beim Staatsministerium an. Finanzminister Alfred Dehlinger setzte sich mit seiner Maxime „Keine Ausgabe ohne Deckung“ durch. Nach der Stabilisierung kam es in Deutschland zu einem wirtschaftlichen Aufstieg: Breite Kreise der Bevölkerung kamen zu einem gesicherten Einkommen. Vor allem die in Württemberg so wichtige Exportindustrie verzeichnete starke Zuwächse, die ohnehin im Vergleich zum Reich stabilere Wirtschaftslage im Land erfuhr einen steilen Aufschwung.[7] Ein

---

[5] Zu den Regierungsbildungen siehe Winkler, S. 321 und Richter: Deutsche Volkspartei sowie Kluge: Die Weimarer Republik, S. 167f., S. 450, über die Stellung des Reichskanzlers Wilhelm Marx siehe Sendler, S. 316ff.

[6] Pyta: Weimarer Republik, S. 85 und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 250

[7] Kulturamt der Stadt Stuttgart: Politische Plakate der späten Weimarer Republik. Ausstellungsreihe Stuttgart im Dritten Reich, Prolog, Stuttgart 1982, S. 226, und Mittag: Württembergische SPD, S. 76

Anzeichen dafür war die Zahl der gebauten Wohnungen: Im gesamten Reich stieg die Zahl der Wohnungen je 1000 Einwohner um 13 an, in Württemberg waren es 19 Wohnungen mehr je 1000 Einwohner. Auch die Arbeitslosenzahlen entwickelten sich günstiger: Zwischen 750 und 8000 Arbeitslose gab es im Land, was einen Anteil zwischen 0,1 und 3,1 Prozent ausmachte. Die Landesregierung musste den stark ansteigenden Autoverkehr ebenso mit neuen Straßen versorgen wie sie die Eisenbahnstrecken modernisieren musste, neue Bahnstrecken gab es hingegen kaum. Ein Erfolg der württembergischen Entwicklung war die Entwicklung des Zeppelins in Friedrichshafen, ebenso der Aufstieg Stuttgarts zum Bankenzentrum.[8]

Indes deutete sich bei der DNVP ein starker Rechtsruck an. Bei der Diskussion um den Locarno-Vertrag erwuchs dem DNVP-Vorsitzenden Graf Westarp mit Alfred Hugenberg ein starker innerparteilicher Gegner. Der Verleger wurde schon 1925 Führer des rechten Parteiflügels im Bündnis mit dem Alldeutschen Verband. Der Chef des größten Medienkonzerns der Weimarer Republik hatte sich bis 1924 eher im Hintergrund gehalten, ab 1924 drängte er nach politischer Exekutivmacht, um den Parlamentarismus zu überwinden. Von Hugenberg ging die Initiative für einen Beschluss der Landesverbände aus, aufgrund des Locarno-Vertrages die Minister der DNVP aus der Regierung abzuziehen. Nach und nach hatte sich Hugenberg einen „Freundeskreis“ um Leo Wegener aufgebaut, den langjährigen Direktor der deutschen Genossenschaften in Polen. Schon zur Jahreswende 1925/26 hatte er gefordert, Hugenberg als „starken Führer“ einzusetzen.[9]

---

[8] Schnabel: Württemberg 1928-1945, S. 33 und 108

[9] Blasius, Dirk: Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930-1933, Göttingen 2005, zur Strategie von Hugenberg und dessen Kooperation mit dem Alldeutschen Verband siehe Holzbach, S. 181ff, über die DNVP und die

Die dezentrale Struktur der DNVP in dieser Phase, wonach der Parteivorsitzende von der „Parteivertretung“ genannten Parteidelegiertenversammlung gewählt wurde, gab den Landesverbänden viel Einfluss, da sie die Delegierten entsandten. Hugenberg ging schrittweise vor. Zunächst streifte er sein Image als Kriegsgewinnler und kalter Geschäftsmann ab, wobei er sich seiner Medienmacht bediente.[10] Nach dem Regierungseintritt der DNVP 1927 organisierte er über die aufgekaufte Parteipresse und den Alldeutschen Verband den Widerstand gegen das Kabinett Marx, im Dezember 1927 beschloss die Parteivertretung gegen den Willen Westarps die Grundsätze eines von Hugenberg gestalteten Programms, wonach das Reich und Preußen durch Personalunion der Regierenden miteinander verbunden werden sollten. Auf der Gegenseite mobilisierte Fraktionsgeschäftsführer Walter Lambach den Widerstand gegen den als Schwerindustriellen eingestuften Hugenberg, unterstützt auch vom Gewerkschaftsflügel des Deutschnationalen Handlungsgehilfenvereins.[11]

Mit der Agrarkrise ab 1928/29 konnte die DNVP nur noch schlecht den bäuerlichen Protest auffangen, was mit den Protestbewegungen gegen die Zwangswirtschaft und Steuerpolitik Anfang der 20er Jahre noch erreicht worden war. Mit dem Auftauchen neuer Bauernparteien wie der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei 1930 und der Entfremdung der Landbünde von der DNVP ließ die agrarische Unterstützung für die DNVP rapide nach. Allerdings dachte der Reichslandbund RLB nicht an eine eigenständige Partei in Konkurrenz zur DNVP.[12]

Locarno-Frage siehe Mommsen, S. 259f.

[10] Mommsen, S. 313 und Holzbach, S. 204

[11] Holzbach, S. 213

[12] Merkenich, S. 150

Für die Bürgerpartei in Württemberg hatte sich die Lage durch die Regierungsbeteiligung in Stuttgart ebenfalls grundlegend geändert. Hatte die DNVP im Wahlkampf sich noch für die Aufwertung der Reichsmark ausgesprochen, verschleppte sie als Regierungspartei diese und mussten sich von der SPD Wahlbetrug vorhalten lassen. Immerhin wurden steuerliche Verbesserungen für die Landwirtschaft beschlossen, aber ebenso neue Belastungen für Handel und Gewerbe, auch die Städte und Gemeinden waren die Verlierer der Sparpolitik.[13]

Die Reform der Beamtenbesoldung brachte die Stammklientel der Bürgerpartei gegen die Regierung auf. Als Staatspräsident Wilhelm Bazille sich in seiner Regierungserklärung zur so genannten „Erfüllungspolitik“ bekannte und den vorher bekämpften Dawesplan als „geeigneten Ausgangspunkt“ zur Klärung deutscher Leistungen“ anerkannte, überraschte und irritierte er die eigene Partei.[14] Trotz seines Erklärungsversuches, damit die von der SPD gewünschte Auflösung des von nationalen Parteien dominierten Reichstages verhindert zu haben, wuchs die Kritik an dem in der Partei gemäßigten Konservativen Bazille und dem Landesvorsitzenden Beißwänger, auch geschürt von den verbündeten Vaterländischen Verbänden. Schon Ende 1924 wurde Beißwänger de facto abgesetzt, mit Ernst Schott und Fritz Wider wurden zwei Gefolgsleute von Alfred Hugenberg in wichtige Funktionen gewählt. Auch die Kritik an Bazille wuchs. Der Konflikt wurde im Jahr 1927 mit einem Kompromiss gelöst: Mit Walter Hirzel, dem Personaldezernenten der Stadt Stuttgart, wurde ein Mann des Ausgleichs zum Landesvorsitzenden gewählt. Die Bürgerpartei war in zwei Lager gespalten: Die Gruppe um den Stuttgarter Vorsitzenden und „Antikatholiken“ Fritz Wider mit den Vaterländischen Verbänden, und

---

[13] Mittag: Wilhelm Keil, S. 236f.
[14] Müller: Bürgerpartei, S. 406f.

die Bazille-Beißwänger-Gruppe, die sich gegen den Einfluss der Berliner DNVP wehrte.[15]

Beim Bauernbund hatte sich die Parteijugend ab 1927 verselbstständigt: Es wurde eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet, Theodor Körner jg. wurde als Schriftleiter der Jungbauernbunds-Zeitung „Schwäbische Landjugend“ durch den jungen Abgeordneten Friedrich Häcker ersetzt. Die Bewegung war stärker antisemitisch und völkisch ausgerichtet, man grüßte mit „Heil“, trug Grünhemden und die Ortsgruppenleiter wurden „Führer“ genannt. Damit sollte auch dem Eindringen der NSDAP in die protestantischen Agrarregionen vorgebeugt werde.[16]

Die DDP schwankte in der Mittelphase der Republik zwischen Regierungsbeteiligungen und Rückzug in die Opposition. Zunächst musste sie als Oppositionspartei eine neue Strategie entwerfen. Man entschied sich für eine klare Frontstellung vor allem gegenüber der DNVP, ohne allerdings der Regierung neutral gegenüberzustehen oder gar Misstrauensvoten zu unterstützen. Einzelne Gesetze wie die Zollvorlage wurden abgelehnt, beim Gesetz über die Aufwertung des inflationsgeschädigten Vermögens konnte sich die Reichstagsfraktion hingegen nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. Schon 1926 trat die DDP wieder in die Regierung im zweiten Kabinett Luther ein, während sie in der Regierung Marx nicht mit von der Partie war.[17]

Der Parteivorsitzende Erich Koch-Weser (so nannte er sich ab April 1925) setzte bis zum Breslauer Parteitag am 6. Dezember 1925 auf

---

[15] Zu den Richtungskämpfen in der Bürgerpartei im Zuge des Aufstieges von Alfred Hugenberg siehe Weber, S. 374f. und 138f. und Müller: Bürgerpartei in Württemberg, S. 410

[16] Weber, S. 180f.

[17] Zu den Regierungsbildungen siehe auch Schulze, S. 300f., zur Sichtweise der DDP siehe Stephan, S. 297 und 350, eine detaillierte Übersicht siehe auch bei Winkler, S. 318

einen Ausbau der Organisation und die Erweiterung der Mitgliederbasis. So wurde vom 16. bis 23. März eine „Werbewoche“ angesetzt, um die Zahl der Parteimitglieder durch Hausbesuche bei Sympathisanten wie Abonnenten von demokratischen Zeitungen, liberalen Gewerkschaftern, Beamten, Bodenreformern oder Volksschullehrern anzusprechen. Zwar durchkreuzte der Präsidentenwahlkampf diese Pläne, doch das erstmals in Massen für die Parteigliederungen gedruckte Material konnte später für Werbemittel verwendet werden. Mit der alle zwei Wochen erscheinenden Zeitung „Der Demokrat“ und dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ sowie den Tageszeitungen „Berliner Tageblatt“, „Frankfurter Zeitung“ und „Vossische Zeitung“ hatte die Partei eine breite Medienbasis in der Republik hinter sich.[18]

Interne Schwierigkeiten machten der DDP ab 1926 zu schaffen. Das „Gesetz zur Bewahrung der Jugend von Schund- und Schmutzschriften“ wurde von vielen Linksliberalen als Einfalltor für Zensur in den Ländern gewertet. Es stammte jedoch vom liberalen Innenminister Wilhelm Külz, trotzdem versagte die DDP-Fraktion in ihrer Mehrheit die Gefolgschaft, darunter auch der Partei- und Fraktionsvorsitzende Erich Koch-Weser und die Vertreter des Arbeitnehmerflügels. Aus Protest gegen den Gesetzesvorschlag trat unter anderem der Parteimitbegründer und Publizist Theodor Wolff aus der DDP aus. Für weitere Auseinandersetzungen sorgten der Flaggenstreit oder die Haltung der DDP-nahen, pazifistischen Deutschen Friedensgesellschaft. Der Hamburger Parteitag 1927 beendete den innerparteilichen Zwist, Koch-Weser wurde einstimmig wiedergewählt, ebenso seine Stellvertreter Gertrud Bäumer, Johannes

---

[18] Stephan, S. 306

Hieber und Willy Hellpach. Die Mitgliederzahl war durch die Querelen von 135 000 auf 117 000 zurückgegangen.[19]

In Württemberg blieb die DDP weiterhin in der Opposition. Nach dem Tod von Conrad Haußmann war der Ulmer Industrielle Philipp Wieland an die Spitze der Landesliste für die Reichstagswahl gerückt, der als „Kronprinz“ gehandelte Theodor Heuss wurde ebenfalls in den Reichstag gewählt. Die Partei war wegen der neuerlichen Niederlage verunsichert, der frühere Staatspräsident Johannes Hieber stellte in einem Brief an den befreunden Sozialdemokraten Wilhelm Keil in einem Anflug von Resignation fest, dass große Teile des Bürgertums zu wenig aus der Vergangenheit gelernt hätten und der Republik distanziert gegenüberständen.[20]

Zudem gelang es der DDP als zeitweilige Regierungspartei im Reich kaum noch, sich als Fürsprecher der Landwirte zu profilieren. Es entsprach nicht der Programmatik der Partei, den Landwirten durch höhere Zölle und Subventionen eine Sonderbehandlung zukommen zu lassen, das wäre für die bürgerlichen Anhänger und die Exportindustrie als Stützfaktoren für die Partei auch kontraproduktiv gewesen. Der mit der DDP verbündete „Deutsche Bauernverband“ (DBB) wandte sich ab. Noch schwerwiegender war allerdings, dass die DDP mit der „jüdischen Großstadtpresse“ in Berlin in Verbindung gebracht wurde. Mit dieser Diffamierung weckten die Konservativen gezielt antisemitische Ressentiments und stellten die DDP auf diese Weise als eine „landfremde“ Partei dar. Auch die Kirchenferne der Partei und die Entfremdung der Landlehrerschaft von der Republik trugen zum Niedergang bei. Die württembergische Partei wurde zudem durch den

---

[19] Zum Gesetzesentwurf siehe Stephan, S. 330, Hamburger Parteitag siehe Stephan S. 363

[20] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 106f.

Tod vieler prominenter Mitglieder wie Dr. Sacht und Otto Geßler geschwächt.[21]

Auch bei der DVP gab es ab 1924 eine regelrechte Austrittswelle von kleinen Landwirten, weil ihre Forderungen nach Schutzzöllen und Steuererleichterungen kein Gehör fanden. Durch den pragmatischen Kurs von Gustav Stresemann verlor die Partei zudem die Anbindung an das nationalistische Lager und den Stahlhelm. Dessen Vorsitzender Seldte trat 1927 aus der DVP aus, ebenso sämtliche Stahlhelm-Abgeordneten der Deutschen Volkspartei.[22] Gustav Stresemann nutzte die Schwächung des rechten Flügels und versuchte zum 60. Jahrestag der Gründung der Nationalliberalen Partei im Jahr 1927, die Partei stärker republiktreu auszurichten. So sprach er in der Festansprache davon, alten ideologischen Ballast über Bord zu werfen, er mahnte zur Achtung des Kompromisses als Kern der parlamentarischen Demokratie. Die DVP solle mitarbeiten „in unserem Staate, dem republikanischen Deutschland“. Trotz dieser klaren Positionierung, der zunächst niemand widersprach, blieb die Spannung zwischen den beiden Parteiflügeln erhalten.[23]

Der Zwiespalt der SPD zwischen Tolerierung und Opposition wurde in der Partei kaum theoretisch aufgearbeitet, was für eine Programmpartei wie die SPD ungewöhnlich war. Im Görlitzer Programm von 1921 hatte sich die SPD als „Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land“ dargestellt und sich als „Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus“ bezeichnet. Zwar sah man sich selbst als Volkspartei, hielt aber am Klassenkampf fest. Nach der Wiedervereinigung mit der USPD wurde ein neues Programm ausgearbeitet, das der Heidelberger Parteitag 1925 beschloss. Es ergänzte jedoch nur wenige Passagen

---

[21] Rommel, S. 154
[22] Pyta: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 283ff. und S. 289ff.
[23] Richter: Deutsche Volkspartei, S. 461

über den Einfluss des Finanzkapitals auf die Staatsmacht und eine „europäische Wirtschaftseinheit“. Zwei Jahre später verabschiedete die Partei 1927 in Kiel ein Agrarprogramm, das Unterstützung für bäuerliche Siedlung, für eine Bodenreform und für kleine Landwirtschaftsbetriebe versprach. Im Gegensatz zur KPD gab es keine ständig wechselnden Vorsitzenden und auch nur moderate Flügelkämpfe.[24] Die Mitgliederzahl stieg von dem Tiefstand von 800 000 durch den Zustrom ehemaliger USPD-Anhänger wieder auf rund eine Millionen Mitglieder an. Die Abneigung gegen Koalitionen auch mit dem linksbürgerlichen Lager stieg durch den Linksruck, die Arbeiterbewegung blieb weitgehend isoliert. Dies ist laut Mommsen jedoch auch auf die Weigerung der bürgerlichen Parteien zurückzuführen, bei Abwesenheit außenpolitischer Zwänge mit der SPD zusammenzuarbeiten. Auch der schwerindustrielle Einfluss unterstrich diesen Trend.[25]

In *Württemberg* war die SPD für die kommende Legislaturperiode in eine Randstellung zurückgefallen und besaß keinen Einfluss mehr auf die Landespolitik. Zudem wurde der 1924 mit 29 Jahren in den Landtag gewählte, radikal agierende Kurt Schumacher zum innerparteilichen Konkurrenten für den gemäßigten Wilhelm Keil. Der hatte Schumacher 1920 zur „Schwäbischen Tagwacht“ geholt, dort war es schon bald zu Spannungen gekommen. Schumacher gehörte einer anderen Generation an, wollte durch eine schärfere Abgrenzung zum bürgerlichen Lager die Jugend zurückgewinnen. Schumacher stieg 1930 zum Stuttgarter SPD-Vorsitzenden auf. Als Wilhelm Keil 1924 den Landesvorsitz abgab, wurde sein „Ziehsohn“ Erich Rossmann der

---

[24] Miller/Potthoff, S. 118, zur Haltung der SPD und der Gewerkschaften siehe auch Winkler, S. 328

[25] Zur strategischen Lage der SPD siehe Mommsen, S. 263

Nachfolger.[26] Gleichzeitig versuchte die Partei in der Opposition, ihre Organisation zu reformieren. Immerhin stieg die Zahl der Mitglieder von 6000 im Jahr 1918 auf 17 000 im Jahr 1925, worunter sich auch viele ehemalige KPD-Mitglieder befanden, die durch die Querelen ihrer Partei abgeschreckt worden waren. Der Parteiapparat wurde wieder aufgebaut, die der SPD nahestehende Arbeiterwohlfahrt wurde zu einem bedeutenden Baustein der freien Wohlfahrtspflege.[27]

Mit der neuen Strategie der SPD sollte auch der Aufstieg der Kommunisten gebremst werden. Die KPD hatte in ihren Hochburgen, wie zum Beispiel im mittleren Neckarraum, aber auch in den mitteldeutschen Städten, Ergebnisse zwischen 15 und 25 % erreicht. Nach dem gescheiterten Umsturzversuch im Oktober 1923 standen sich die Flügel unversöhnlich gegenüber. Die linke Mehrheit hatte schon am 3. November 1923 eine radikale Erklärung verabschiedet, wonach „die Diktatur des Faschismus nur durch die Diktatur des Proletariats“ abgelöst werden könne. Übergangslösungen waren damit ausgeschlossen. Es gab drei Fraktionen: Den rechten Flügel unter August Thalheimer und Heinrich Brandler, dann eine pragmatische Mittelgruppe und den ultralinken Flügel. Die „Ultralinken“ warfen der Parteiführung vor, eine Chance zur Revolution verpasst zu haben und gingen gegen die Einheitsfrontpolitik vor. Die Partei wurde vom 23. November 1923 bis zum 1. März 1924 verboten, auch der Parteitag am 7. April 1924 in Frankfurt war noch illegal, gegen die meisten Kommunisten lagen Haftbefehle vor. Die Parteilinke hatte unter Schützenhilfe der Komintern und durch Fußtruppen linksradikaler Arbeiter in Berlin und im Ruhrgebiet die Mehrheit erobert. „Die an demokratische Institutionen anknüpfenden Übergangslösungen werden

---

[26] Mittag: Wilhelm Keil, S. 241ff. und Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 107 sowie Mittag: Württembergische SPD, S. 76ff.
[27] Mittag: Württembergische SPD, S. 75f.

fallen gelassen“, hieß es in einer Resolution, die Liquidation der SPD sei die zentrale Aufgabe. Die These vom „Sozialfaschismus“ war geboren, die SPD sei nur eine „Fraktion des deutschen Faschismus“. [28]

Ruth Fischer und Arkadi Maslow wurden in die Führung der Partei gewählt, Ernst Thälmann wurde an die Spitze der Liste zur Reichstagswahl gesetzt. In den folgenden Monaten wurden die „Mittelgruppe“ ausgeschaltet und die oppositionellen Bezirke wie Halle-Merseburg, Württemberg oder Erzgebirge-Vogtland auf Linie gebracht, wiederum mit Unterstützung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI). Die KPD verlor in dieser Phase reichsweit erheblich an Mitgliedern, von 1923 auf 1924 ging die Zahl von 400 000 auf 150 000 zurück. Der starke kommunistische Einfluss in den Gewerkschaften wie dem Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), wo Kommunisten im Februar 1924 noch fast die Hälfte der Delegierten stellten, wurde durch die neue Abgrenzungsstrategie verspielt. Zunehmend isolierte sich die Partei durch oppositionelle Listen bei Betriebswahlen, kommunistische Betriebsräte waren nicht mehr Gewerkschaftsmitglieder und daher weitgehend einflusslos.[29]

Das EKKI hatte auf dem 5. Weltkongreß 1924 erkannt, dass man die Theorie des „Sozialismus in einem Lande“ anerkennen musste und die sofortige Weltrevolution unwahrscheinlich geworden war. Auch die KPD hatte sich von der Hoffnung verabschiedet, schnell die herrschenden Verhältnisse umstoßen zu können und sprach von einer „Stabilisierung des Kapitalismus“. Sie wollte zu einer „Partei neuen Typs“ werden, die Strategie lautete nun Anpassung und Kooperation mit der SPD statt Umsturz, und vor allem Schutz des russischen Bollwerks. Die

---

[28] Bahne, S. 654 und Flechtheim, S. 195f.

[29] Mallmann, S. 281 und Flechtheim, S. 208, zur „Boleschwisierung der KPD“ siehe Winkler, S. 254, über die Gewerkschaftspolitik der KPD siehe Mommsen, S. 279

Methoden wurden auf eine „Übergangsetappe zwischen den Revolutionen“ umgestellt, Kleinarbeit in den Betrieben und Mitarbeit in den freien Gewerkschaften stand unter Fischer und Maslow im Vordergrund. Nun standen die Ultralinken erstmals im Widerspruch zur Komintern. Paradoxerweise wurde nun Fischer und Maslow vorgehalten, die Partei nicht im Sinne der EKKI ausreichend auf moderaten Kurs gebracht zu haben, zudem habe man der KPD ein Eigenleben gegenüber der Komintern geben wollen. Sie wurden des „Verrats am Vaterland aller Werktätigen“ angeklagt. [30]

Die neue Parteiführung bestand vor allem aus dem neuen Parteivorsitzenden Ernst Thälmann und Philipp Dengel. Sie stützten sich auf die Mittelgruppe, unter ihnen stand die KPD noch stärker unter dem Einfluss Moskaus. Durch die Bolschewisierung wurden die Reste der Luxemburg’schen Demokratievorstellungen verdrängt, nach dem Tod Lenins 1924 setzte auch in der KPD eine Stalinisierung ein. Die Strategie der neuen Parteiführung lautete, die Rechts- und Linksabweichungen von Brandler oder Fischer zu vermeiden und sich an Stalin zu orientieren.[31]

Kritische Stimmen in der KPD wurden unterdrückt, was besonders in Württemberg deutlich wurde. Der Landesvorsitzende Hans Stetter wurde 1924 von der Parteiführung entmachtet und zwei Jahre später sogar aus der Partei ausgeschlossen. Er hatte sich im Reichstag für eine sachliche Mitarbeit eingesetzt, was das Zentralkomitee um Ernst Thälmann und Ruth Fischer gegen ihn aufgebracht hatte. Gleichzeitig wurden die Parteigremien „gesäubert“. Auf der „Süddeutschen Arbeiterkonferenz“ 1925 in Stuttgart wurde die innerparteiliche Opposition zum Schweigen gebracht, einige Tausend Mitglieder

---

[30] Flechtheim, S. 221f. und 229
[31] Bahne, S. 655 und Mommsen, S. 291

verließen die Partei. Ein Jahr später wurde Stetter sogar aus der Partei ausgeschlossen, seine „Enthüllungen über den KP-Sumpf“ schadeten dem Ansehen der Partei in Württemberg und im Reich enorm.[32]

Einen Neuanfang nach der Inhaftierung Hitlers und dem Parteiverbot machten die Nationalsozialisten. Beim ersten Parteitag der wiedergegründeten NSDAP im Juli 1926 wurde die Struktur der Partei festgelegt und die Hitlerjugend gegründet. Zuvor hatte am 22. Mai eine Generalmitgliederversammlung in München Hitler als Führer bestätigt. Dies war das vom Vereinsgesetz vorgeschriebene Minimum an innerparteilicher Demokratie. Der Nationalsozialistische Arbeiterverein in München wurde als Träger der NSDAP benannt, dessen Vorsitz mit der Reichsleitung identisch war. Alle Amtsträger und Gauleiter wurden vom Parteivorsitzenden ernannt. Der erste Reichsparteitag der wiedergegründeten NSDAP fand ausgerechnet in Weimar statt, der Geburtsstädte der deutschen Demokratie. Das lag allerdings vor allem daran, dass Hitler in Thüringen kein Redeverbot hatte, und passte zur legalistischen Taktik Hitlers. Der Parteichef war nach der Bamberger Führertagung unumstrittener Führer der Partei, auch der linke Parteiflügel im Norden um Otto und Gregor Strasser war zurückgedrängt worden. [33]

Ein zentrales Element in der Inszenierung waren Aufmärsche in braunen Uniformen, was beim Parteitag 1927 in Nürnberg zum ersten Mal generalstabsmäßig organisiert wurde. Die öffentliche Präsenz der NSDAP beeindruckte die politischen Gegner und unterstrich den Charakter der Partei als Massenbewegung, auch wenn sie dies Mitte der 20er Jahre noch überhaupt nicht war. Die wirtschaftliche Stabilisierung entzog den radikalen Parolen den Boden. Entweder

---

[32] Besson: Württemberg 1928-1933, S. 32 und Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 107

[33] Winkler, S. 333 und Thamer, S. 141 sowie Fest, S. 337f.

beteiligte man sich gar nicht erst an Landtagswahlen oder holte Ergebnisse weit unter fünf Prozent.[34]

In *Württemberg* gründete sich mit der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung NSFB eine Nachfolgeorganisation der NSDAP und stellte seit 1924 mit Christian Mergenthaler auch ihren ersten Landtagsabgeordneten. Allerdings verlor der NSFB auch in Württemberg deutlich an Anhang, es gab zahlreiche Absplitterungen und kleine „Führer“ im völkisch-sozialen Lager. Als die NSDAP am 27. Februar 1925 neu gegründet wurde, mussten alle Mitgliedschaften neu beantragt werden. Hitler kam nach Stuttgart und beauftragte seine Anhänger, die Partei neu aufzubauen, Munder wurde zum neuen Gauleiter ernannt. Christian Mergenthaler weigerte sich jedoch, sich der neuen Partei bedingungslos anzuschließen. Die Rivalität zwischen NSDAP, dem NSFB und den weiteren Gruppierungen lähmte die Partei zusätzlich.[35]

Auch in *Herrenberg* normalisierte sich das Leben zwischen 1924 und 1928. Der Kommunalverband löste sich auf, er war als Relikt aus den Zeiten der Kriegswirtschaft und für Einzug und Verteilung der Lebensmittel zuständig gewesen. Der Wirtschaftsaufschwung lässt sich auch an der Anzahl der Anzeigen im GAB ablesen: Jeden Tag gab es drei bis vier Seiten Werbung von Geschäftsleuten, Kaufhäusern und Handelstreibenden, Anfang der 20er waren es nur je eine oder zwei gewesen. Eine staatliche Lotterie wurde gegründet, neue Vereine ins Leben gerufen, wie zum Beispiel der Musikverein am 26. Juni 1926, wobei mit Fritz Böckle ein wichtiger Sozialdemokrat Kassenwart wurde. Im Schneider’schen Saalbau wurden „Lichtspiele“ angeboten, wie der Gäubote berichtete: „Ausgehend von der Hebung des

---

[34] Thamer, S. 144

[35] Müller: Stuttgart im Nationalsozialismus, S. 20f. und Stolle, S. 452

gesellschaftlichen Lebens in unserer Oberamtsstadt gibt es cinematographische Vorstellungen samstags und sonntags.“ Betrieben wurde das Kino von dem Tübinger Lichtspielbesitzer Maier, der im Dezember 1926 angesichts des Andrangs mit seinen Vorstellungen sogar in die Turnhalle ausweichen musste. Das Radio hielt Einzug in der Stadt, nicht erst als die Elektrische Kraftübertragung in Herrenberg die Bezirksvertretung von der Schwäbischen Rundfunk GmbH System Telefunken übernommen hatte und „erstklassige Radio-Apparate“ anpries. Im Jahr 1925 wurde eine Warmbadeanstalt eingerichtet, außerdem wurden „Kraftwagenlinien“ eingerichtet, dabei handelte es sich um Busse, die regelmäßig beispielsweise die Strecken Herrenberg-Calw oder Herrenberg-Nagold abfuhren. Am 27. März 1925 wurde die erste „Benzintankstelle“ in der Stadt eröffnet.[36]

Der Gäu- und Ammertalbote, der sich ab 1925 nur noch Gäubote nannte, erfuhr in den 20er Jahren einen großen wirtschaftlichen und technologischen Aufschwung. „Im Gäu dachte man wie in Herrenberg, und in Herrenberg dachte man wie der Gäubote“, so zitiert Roman Janssen einen Spruch der damaligen Zeit. Die technischen Voraussetzungen für die Produktion wurden verbessert, etwa durch den Anschluss an die Elektrizität, so dass zusätzlich Beilagen hergestellt werden konnten, ab 1927 wurden sogar Fotografien abgedruckt. Im Jahr 1922 übernahm, kurz vor seiner Heirat mit Helene Körner, Karl Merz die Schriftleitung der Zeitung. Merz agitierte wesentlich schärfer gegen das demokratische System. Zwar sind die Artikel nicht namentlich benannt, doch ist ein Unterschied vieler Texte

---

[36] Bericht Amtsversammlung 21.5.1924 im GAB 24.5.1924, Anzeigen GAB 20.9. und 2.10.1924, Lotterie 17.10.1924, Lichtspiele GAB 4.10.1924 und GRP 16.12.1924, Bd. 35, S. 964, Radio 27.11.1924, Warmbadeanstalt GB 17.1.1925, Kraftwagenlinie GB 3.12.1925 und GRP 3.6.1926, Bd. 36, S. 535, Musikverein GB 26.6.1926

zu den „Briefen aus dem Reichstag“ von Theodor Körner zu erkennen.[37]

Wilhelm Niethammer und Albert Zinser, die beiden bekanntesten Kaufleute der Stadt, weiteten ihre Geschäfte aus: Niethammer baute sein Aussteuerhaus um und bot ab dem 17. September 1927 „vergrößerte Verkaufsräumlichkeiten“ an. So schrieb er in einer Anzeige vom 16. September 1927: „Mit der nunmehr vorgenommenen räumlichen Ausdehnung meines Geschäftes, die übrigens einem dringenden Bedürfnis entsprungen ist, habe ich auch gleichzeitig meine Auswahlen in allen Artikeln vergrößert.“ Damen-, Kleider- und Mantelstoffe, Strickwaren aller Art, Bettfedern und Leibwäsche - alles wurde unter dem Motto „In Qualität das Beste - im Preis das Billigste“ angeboten. Albert Zinser verlagerte sein Modehaus nahezu zeitgleich direkt an den Marktplatz, nachdem er von Johannes Mössner das Anwesen zur „Post“ gekauft hatte. So hieß es in einer Anzeige am selben Tag: „Der Umzug sämtlicher Abteilungen in meine neu geschaffenen Räumlichkeiten auf dem Marktplatz wurde gestern vollendet.“ Auch in der Kommunalpolitik gab es weitere Fortschritte: Im November 1926 wurde der Erweiterungsbau der Gewerbeschule in Betrieb genommen.[38]

Dennoch war die Stabilität brüchig: Die wirtschaftliche Erholung kam vor allem den Arbeitern zugute, der bürgerliche Mittelstand profitierte weitaus weniger. So hatte das Besitzbürgertum nicht nur sein Vermögen durch die Inflation verloren, auch die Beamten und Angestellten fielen dem strikten Sparkurs der öffentlichen Hand zum

---

[37] so auch die Einschätzung von Roman Janssen, siehe auch Theodor Körner KG: Gäubote. 150 Jahre Zeitung im Gäu, Herrenberg 1988, S. 44ff.

[38] Anzeigen Niethammer und Zinser GB 16.9.1927, Umzug Zinser GRP 17.3.1927, Bd. 37, S. 121, Erweiterung Niethammer GRP 13.5.1927, Bd. 37, S. 241, Gewerbeschule GRP 22.10.1926 und 19.11.1926, Band 36, S. 708 und S. 759

Opfer, etwa ein Viertel der Staatsdiener wurde entlassen. Die „Unruhe des Mittelstandes“ war ein vielgebrauchtes Schlagwort der 20er Jahre.[39] Auch in Herrenberg gab es noch vor der Weltwirtschaftskrise Probleme: Die Stadt klagte über Finanznot. Das wurde schon bei der Etatberatung 1926 deutlich: Ein Abmangel von 181 000 Reichsmark musste ausgeglichen werden. Die Umlage auf den Gewerbeertrag, die wichtigste Steuer der Stadt, wurde von zwölf auf 14 Prozent erhöht, gegen den Protest von DDP-Gemeinderat Wilhelm Zerweck: Die Landwirtschaft könne keine weiteren Lasten ertragen. Doch es blieb nichts anderes übrig. Wie die Umlage berechnet wurde und welche Auswirkungen die Erhöhung mit sich brachte, zeigt das Beispiel des Herrenberger Kaufmanns Gustav Gall: Er erwirtschaftete 1925 einen Gewerbeertrag von 4240 Reichsmark und musste davon 496,80 Reichsmark an die Stadt abtreten, durch die Erhöhung des Steuersatzes, mit dem neuen Steuersatz musste er 593,60 Reichsmark bezahlen.[40]

Im Jahr 1927 musste die Stadt zum ersten Mal 150 000 Mark neue Schulden aufnehmen, um die Erweiterung der Gewerbeschule und Kanalisationsarbeiten zu bezahlen, außerdem wurde die Umlage um weitere zwei Prozentpunkte angehoben. Ein Jahr später betrug die Umlage sogar 18 Prozent des Gewerbeertrags, es mussten weitere Schulden von 38 000 Reichsmark aufgenommen werden. Bürgermeister Reinhold Schick klagte am 4. Juli 1928 im Rahmen der Etatberatung über eine Umverteilung zu Lasten der Gemeinden: „Eine wesentliche Belastung erfährt der Gemeindehaushalt durch den Strassenunterhaltungsaufwand. Ohne kräftige Staatshilfe vermag die Stadt diese gewaltige Last nicht mehr zu tragen.“ In seiner Rede zum

---

[39] Schulze, S. 292

[40] Haushalt GRP 6.9.1926, Bd. 36, S. 627, Beispiel Gall GRP 12.8.1926, Bd. 36, S. 545

Jahresende 1928 wurde er noch deutlicher: „Die Stellung der kleinen Städte gegenüber den finanziell besser gestellten großen Städten ist vornehmlich in Beziehung auf einen gefundenen Fortschritt außerordentlich schwer.“[41]

9.2. Reichspräsidentenwahl 1925

Mit dem überraschenden Tod von Reichspräsident Friedrich Ebert verlor die Republik einen wichtigen Pol der Stabilität. Ebert hatte die Behandlung einer Blinddarmentzündung verschleppt, weil er sich über einen verlorenen Prozess geärgert hatte. Aufgrund einer voreingenommenen Justiz wurde höchstrichterlich bestätigt, dass man den Präsidenten ungestraft als „Landesverräter“ bezeichnen durfte. Nun musste am 29. März 1925 ein neuer Reichspräsident gewählt werden. Im Herrenberger Gemeinderat gedachte Bürgermeister Wilhelm Haußer „mit anerkennenden Worten“ Eberts, die Räte erhoben sich von ihren Sitzen.[42] Ebert hatte sich in den sieben Jahren seiner Amtszeit viel Anerkennung auch jenseits des sozialdemokratischen Milieus erworben, allerdings bei linken Arbeitern auch an Ansehen verloren. Der Vorwurf des „Arbeiterverräters“ von KPD-Seite berührte Ebert mehr als die Schmähungen von rechts. Seine Person versinnbildlicht die schwierige Lage der SPD, die stets zwischen Mitverantwortung und radikaler Opposition pendelte.[43]

Die rechten Parteien DNVP und DVP stellten den früheren Reichsinnenminister und Duisburger Bürgermeister Karl Jarres auf. Er

---

[41] Schuldaufnahme GRP 20.5.1927, Bd. 37, S. 254, Haushalt 1927 GRP 12.8.1927, Bd. 37, S. 369, Haushalt 1928 GRP 3.7.1928, Bd. 38, S. 481., Berichte GB 4.7. und 31.12.1928

[42] Schulze, S. 294f., Schweigeminute GRP 6.3.1925, Bd. 36, S. 63

[43] Möller: Die Weimarer Republik, S. 57 und Mommsen, S. 292, zu Eberts Rolle als Reichspräsident in der Verfassungswirklichkeit siehe Sendler, S. 638ff.

galt neben Konrad Adenauer als einer der „großen rheinischen Bürgermeister“ und wurde als DVP-Mitglied zwei Mal Minister in den Kabinetten Marx und Stresemann. Karl Jarres präsentierte sich im Reichspräsidentenwahlkampf als überparteilicher Sammelkandidat, er selbst bezeichnete es als „große Ehre“, als Kandidat einer überparteilichen Bewegung auf nationaler, christlicher und sozialer Grundlage gerufen worden zu sein. Im Wahlkampf sollten bewusst die „Niederungen der Parteipolitik“ herausgehalten werden.[44]

Karl Jarres wurde auch von der Württembergischen Bürgerpartei und dem Bauernbund unterstützt, dementsprechend intensiv wurde im Gäubote Wahlwerbung betrieben. So wurde am 24. März ein Aufruf der Duisburger abgedruckt: „Unser Bürgermeister Dr. Karl Jarres ist uns ein leuchtendes Vorbild der Treue zu Reich und Staat und wird es immer bleiben.“ Der „Reichsblock Jarres“ wurde in Herrenberg von Bauernbund, Bürgerpartei, DVP, Deutschvölkische Freiheitspartei und den Vereinigten Vaterländischen Verbänden unterstützt, sie riefen am 24. März auch zu einer Versammlung auf. Im Wahlaufruf wurde die Überparteilichkeit von Jarres betont: „Darum haben deutsche Männer und Frauen [...] sich vereinigt zu einem überparteilichen Reichsblock, der einen auf den Schild heben will, der keiner Partei dienstbar ist und dessen fleckenloser Namen nicht nur in seiner engeren Heimat, sondern im ganzen Vaterland einen guten Klang hat. [...] Sorgt dafür, daß in den nächsten sieben Jahren der Mann die Geschicke Deutschlands lenkt, der über den Parteien stehend, Deutschlands Ehre und Wohlfahrt, seine Einheit und Reinheit zu schätzen und zu wahren imstand ist!“ Unterzeichnet hatten diesen Wahlaufruf Theodor Körner, DDP-Rat Wilhelm Zerweck, Wilhelm Niethammer, Bürgerpartei-Chef

---

[44] Kruse-Jarres, Jürgen D.: Karl Jarres. Ein bewegtes Politikerleben – Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, München 2006, S. 261f. und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 109

Häffelin und auch Eugen Rauch für die „Deutschvölkische Freiheitspartei“. Die Unterstützung dieser Gruppierung für Jarres zeigt, dass im Oberamt das Bündnis für Jarres breiter war als im Reich.[45]

Die Sozialdemokraten stellte ihren preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun als Kandidaten auf. Im Aufruf zu einer Veranstaltung im Herrenberger „Hasen“ am 28. März hieß es: „Die Reaktion will auch dieses Bollwerk der Republik erobern. Unter der Maske der Unparteilichkeit sammelt sie ihre Hilfstruppen von den völkischen Putschorganisationen bis tief ins liberale Bürgertum. [...] Jarres: Das ist die Offenbarung der Unehrlichkeit und Verlegenheit der Monarchisten, [...] in seinem Herzen ist er Monarchist und will die schwarz-weiß-rote Fahne wieder hissen, [...] der Schildhalter der Großagrarier und der Schwerindustrie.“ Die Partei kämpfte um das wichtigste Amt im Staat und wollte den Wahlgang zu einem Votum für die Republik machen. [46]

Für die anderen Kandidaten Marx, General Ludendorff oder den KPD-Mann Ernst Thälmann wurde in Herrenberg wenig Werbung gemacht, immerhin hielt die KPD eine Wahlversammlung im Saalbau Schneider ab. Die Herrenberger DDP stand offensichtlich nicht geschlossen hinter dem offiziellen Kandidaten, dem Badener Professor Hellpach, den die Berliner Parteiführung stolz als Zählkandidaten für den ersten Wahlgang präsentiert hatte. Eine Einigung auf einen gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten war zuvor gescheitert. Auch auf Landesebene hatte es Kritik an Hellpach gegeben, seine Kritik am Katholizismus und die Forderung nach einem konfessionellen Bildungswesen waren bei Theodor Heuss auf Widerstand gestoßen.[47]

---

[45] Ehrenerklärung für Jarres und Anzeige GB 24.3.1925, Wahlaufruf GB 25.3.1925

[46] Aufruf SPD, Anzeige Wahlversammlung und KPD-Anzeige GB 27.3.1925

[47] Rommel, S. 153 und Stephan, S. 289

Das Ergebnis brachte keine Entscheidung: Der rechtsbürgerliche Karl Jarres lag zwar mit 38,8 % reichsweit vorne, verfehlte aber die absolute Mehrheit. Otto Braun war mit 29,0 % auf Platz zwei gelandet, Marx schnitt mit 14,5 Prozent schlechter als erwartet ab. In Württemberg fiel im Vergleich zum Reichsergebnis vor allem die relative Stärke des DDP-Kandidaten Hellpach auf (knapp 14 %). In Herrenberg hingegen erreichte Jarres mit knapp 65 Prozent in der Stadt und 78 Prozent im Oberamt doppelt so gute Ergebnisse wie im Reich. Auch Hellpach erzielte in der Stadt Herrenberg mit 15 Prozent ein drei Mal so gutes Resultat wie im Reich, die anderen Kandidaten lagen weit dahinter. Braun bekam in der Stadt lediglich 11 Prozent, im Oberamt spielten andere Kandidaten außer Jarres praktisch keine Rolle. Im Gäubote-Kommentar hieß es: „Das war ein beachtlicher Erfolg des Reichsblocks.“ Das Interesse an Wahlen nehme jedoch ständig ab, ein großer Teil des Volkes sehe im parlamentarischen System nicht die richtige Vertretung seiner Interessen. Die starke Propaganda, die Untätigkeit der Anhänger der anderen Kandidaten und das breite Bündnis für Jarres waren dafür wohl ausschlaggebend.[48]

Für den zweiten Wahlgang, bei dem schon die relative Mehrheit ausreichte, einigten sich SPD, DDP und Zentrum auf Marx, um die Stimmen zu konzentrieren. Im rechten Lager erkannte man, dass Jarres über die Anhänger von DNVP und DVP wohl kaum Stimmen mobilisieren würde. Zudem war für es für die protestantisch geprägte DNVP und ebenso für die Bürgerpartei im Land undenkbar, den katholischen, als „päpstlichen Vasall“ verunglimpften Marx zu unterstützen.[49] Schließlich einigten sich die rechtsbürgerlichen

---

[48] Kommentar GB 4.4.1925, zur ersten Runde der Präsidentschaftswahl siehe auch Winkler, S. 279

[49] Schulze, S. 293 und Rommel, S. 153, zur Kandidatenaufstellung siehe auch Mommsen, S. 293

Parteien, den als Weltkriegshelden verehrten Generalfeldmarschall von Hindenburg als Kandidaten zu gewinnen, trotz Bedenken von Stresemann. Dessen Popularität war trotz der Kriegsniederlage unangetastet, man verband mit dem inzwischen 78-Jährigen die Siege im Osten 1916 und 1917. Die mit seinem Generalstabschef Erich Ludendorff erreichte Befreiung Ostpreußens in wenigen Wochen und die Vernichtungsschlacht bei Tannenberg 1914 brachten ihm im Volksmund den Namen „Held von Tannenberg“.[50]

Mit Hindenburg verband man Größe und Stolz der deutschen Nation. Wolfram Pyta schreibt, Hindenburg sei unter dem Druck einer Existenzkrise von einer noch integrationsbedürftigen Gesellschaft entdeckt und mythisch verklärt worden. Hindenburg selbst hat diese Entwicklung durch eigenes Zutun gestärkt, indem er die Diskussion über die Deutung seiner Taten steuerte. Der „Hindenburg-Mythos“ verselbstständigte sich, im Gegensatz zu Bismarck gelang dies allerdings schon zu Lebzeiten. Hindenburgs Ausstrahlungskraft reichte daher weit über das bürgerlich-protestantische Lager hinaus, was sich am wichtigen Votum der katholischen Bayerischen Volkspartei für den urpreußischen und urprotestantischen Hindenburg zeigt.[51]

Hindenburg führte keinen klassischen Wahlkampf im eigentlichen Sinne und weigerte sich, auf Wahlveranstaltungen zu reden. Der Generalfeldmarschall entzog sich damit noch mehr dem politischen Diskurs. Er wand sich schriftlich an das Volk, auch im Gäubote: „Ich folge diesem Ruf nach ernster Überlegung in Treue zum Vaterland. Mein Leben liegt klar vor aller Welt. Ich glaube, auch in schwierigen Zeiten meine Pflicht getan zu haben. Wenn diese Pflicht mir nun gebietet, auf dem Boden der Verfassung ohne Ansehen der Partei, der

---

[50] Möller: Die Weimarer Republik, S. 65 und Winkler,. S 280
[51] Pyta: Hindenburg, S. 120f. und S. 136 und Rauscher, S. 210ff.

Person der Herkunft und des Berufes als Reichspräsident zu wirken, so soll es nicht an mir fehlen.“[52]

Nun wurde auf allen Seiten mobilisiert. Der Reichsblock für die Wahl Hindenburgs versuchte, den Mythos um dessen Person fortleben zu lassen und Zweifel an seinem Alter zu zerstreuen. Gleichzeitig wurde Marx als „Gefangener der Sozialdemokratie“ tituliert. Der Bauernbund zeichnete ein Bild von Hindenburg als „Mann des Friedens und der steuerlichen Gerechtigkeit für alle schaffenden Stände“, während Marx als „Vertrauensmann der vaterlandsfeindlichen Bauernfresserpartei“ SPD bezeichnet wurde. Die „Süddeutsche Zeitung“ der Bürgerpartei sprach vom „Ende der Aera der deutschen Revolution.“[53]

Für diese Strategie gibt es auch Belege aus Herrenberg. So sagte Theodor Körner auf einer Veranstaltung in Herrenberg am 19. April: „Wir wissen, daß das Volk allmählich genug hat von den vielen Wahlen. Es ist zweifellos kein Mangel, sondern ein Vorteil, an dieser Stelle einen gereiften Mann zu haben, der erst wägt, dann wagt. [...] In Hindenburg haben wir die Garantie für die Sauberkeit.“ In einer Anzeige am Tag zuvor wurde darauf verwiesen, dass auch Kaiser Wilhelm I. mit 77 Jahren noch in die Schlacht zog. „Nicht Lebensjahre, sondern geistige und körperliche Frische ist entscheidend“, hieß es. Jeden Tag wurden große Anzeigen für Hindenburg geschaltet. Wichtige öffentliche Personen Herrenbergs stellten sich auf seine Seite: Kaufmann Adolf Eßlinger, Gemeinderat Gaiser, Georg Häffelin, Bauinspektor Kimmich, Theodor Körner, Gäubote-Schriftleiter Merz, Präzeptor und DVP-Chef Miller, Wilhelm Niethammer, Oberamtsbaumeister Riecker, und auch

---

[52] Dorpalen, Andreas: Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 92, Aufruf „Hindenburg an das deutsche Volk“ GB 14.4.1925, siehe auch Rauscher, S. 215

[53] Zur konservativen Strategie siehe Weber, S. 380 und Mommsen, S. 293, für Württemberg und die Haltung der Bürgerpartei siehe Müller: Bürgerpartei, S. 409

Wilhelm Zerweck für den Landwirtschaftlichen Ortsverein, obwohl DDP-Mitglied.[54]

Die DDP kämpfte im zweiten Wahlgang für Wilhelm Marx als gemeinsamen Kandidaten von DDP, SPD und Zentrum. Allerdings war die Kandidatur in der Landespartei nicht unumstritten, Finanzminister Schall hatte Einspruch gegen die Unterstützung von Marx erhoben. Der Herrenberger DDP-Ortsverein unterstützte hingegen den Kandidaten Wilhelm Marx, wie eine Anzeige vom 25. April zeigt: „Wer es mit Hindenburg gut meint, der lasse sich nicht durch eine künstlich entfachte Begeisterung zu einem Schritt verleiten, der ihn bald nach der Wahl bitter reuen müßte.“ Insgesamt war der Wahlkampf der Republikaner im Gäu jedoch schwach ausgeprägt, kaum Veranstaltungen und Anzeigen, es dominierte klar der Hindenburg-Block.[55]

Im Reich fiel das Ergebnis mit 48,3 zu 45,3 Prozent knapp aus, im Oberamt Herrenberg war der Sieg Hindenburgs mit fast 84 Prozent überwältigend. Auch in der Stadt erreichte der Generalfeldmarschall fast 60 Prozent der Stimmen, Marx blieb mit knapp 20 Prozent in der Stadt und elf Prozent im Oberamt deutlich zurück. Der KPD-Kandidat blieb mit rund fünf Prozent im Rahmen kommunistischer Ergebnisse des Oberamtes. In Herrenberg bestand ein gesellschaftliches Bündnis für Hindenburg, das über die traditionelle Anhängerschaft der Konservativen hinausging.[56]

Die Anhänger der Republik hatten eine schwere Niederlage erlitten. Die Konservativen glaubten, einen ersten Schritt zur Wiederherstellung der alten Verhältnisse getan zu haben, wie der Kommentar im Gäubote zeigt: „Das deutsche Volk beginnt, zu den alten Tugenden zurück zu

---

[54] Bericht GB 19.4.1925, Anzeigen 18. und 22.4.1925
[55] Anzeige DDP 25.4.1925 und Stephan, S. 290
[56] Wahlergebnis siehe Anhang und GB 14.4.1925

finden. Es will aus dem Niederdrücken und dem Häßlichen der nachrevolutionären Zeit heraus, deutsche Ehre und Ansehen wieder herstellen.“ Die Erwartungshaltungen waren also ganz unterschiedlich. Während Heinrich Brüning vom Zentrum ein „konservatives Regime“ erwartete, legte Gustav Stresemann wert darauf, dass die Wahl des Staatspräsidenten weder über die Staatsform noch über die Außenpolitik entscheide. Hindenburg hielt sich zunächst buchstabengetreu an die Verfassung, das gebot ihm schon seine preußische und militärische Erziehung. So überraschte er manche Freunde und Feinde, und gewann weiter an Ansehen über das konservative und protestantische Milieu hinweg. Sogar bei Arbeitern und Katholiken, den ehemals verfemten Reichsfeinden, konnte der protestantische Preuße und Militarist Hindenburg Respekt erwerben. Die Verehrung für Hindenburg nahm in den folgenden Jahren immer größere Ausmaße an. Er wurde zum Beispiel Ehrendoktor der Universitäten von Breslau, Bonn und Graz, Ehrenbürger zahlloser Universitäten und von 190 deutschen Städten.[57]

9.3. Gemeinderatswahl 1925

Die Gemeinderatswahlen im Dezember 1925 standen ganz im Zeichen der beginnenden Stabilitätsperiode. Im Vergleich zu den Wahlen 1919 und 1922 wurde der Wahlkampf weniger heftig geführt, mit der Ausnahme eines Personalstreits im bürgerlichen Lager. Die Ausgangslage: Die Räte Fritz Böckle (SPD), Konrad Dengler, Gottlob Gerlach, Robert Merz, Wilhelm Morlock (SPD), Fritz Rauser und Wilhelm Zerweck (beide DDP) schieden aus, konnten aber wiedergewählt werden. Die bürgerlichen Parteien hatten ein klares Ziel:

---

[57] Möller: Die Weimarer Republik, S. 79 und Winkler, S. 282, zur Erwartungshaltung an Hindenburg siehe Pyta: Hindenburg, S. 139 und Rauscher, S. 234ff., zur Amtsführung siehe Sendler, S. 651ff.

Ein Wahlausschuss von Bürgerpartei, Bauernbund, DDP und DVP wollte die „Parteipolitik auf dem Rathaus ausschalten“, nach dem Vorbild anderer Städte. Der Wahlausschuss schlug unter der Bezeichnung „Vereinigte Bürgerliche Parteien“ folgende Liste vor: Fritz Rauser (DDP), Wilhelm Zerweck (DDP), Gottlob Gerlach (DDP), den Landwirt (und vermutlich Bauernbunds-Vertreter) Christian Bührer, den Verwalter Robert Guoth, den Gerbermeister und Gewerbevereins-Kassenwart Albert Bausch (kandidierte 1919 für die DDP) und den Bahnhofsvorsteher Eugen Reichart. Eine parteipolitische Zuordnung ist bei den neu auftauchenden Namen nicht möglich.[58]

Die Aufstellung der bürgerlichen Einheitsliste stieß auf heftigen Widerstand. Der Zimmerermeister Johannes Gaiser und der Montageinspekteur Ernst Grill fühlten sich übergangen bei ihrem Wunsch, für das Kommunalparlament zu kandidieren. Johannes Gaiser, Jahrgang 1866, war in der Stadt nicht unbekannt: Zwar war er erst 1911 von Nebringen nach Herrenberg gekommen, um zusammen mit seinem Kollegen Nüßle sein Geschäft zu führen, ab 1918 betrieb er es selbständig. Doch mache er sich schnell einen Namen: Sein größtes Projekt war die „Einrüstung der hiesigen Stiftskirche“, wie es in der Biographie in der Gäubote-Sonderbeilage zur 700-Jahr-Feier heißt. Auch an der Renovierung der Affstätter Kirche wirkte Gaiser als Zimmerermeister mit. Er protestierte am 21. November 1925 im Gäubote gegen die Listenaufstellung: Die Bitte an den Wahlausschuss, Gaiser und Grill aufzunehmen, sei abgelehnt worden. So hieß es: „Die Entscheidung hat Befremden in weiten Kreisen der Bürgerschaft ausgelöst, es ist nicht ersichtlich, wie die Mitgliedschaft Einfluss auf die Entscheidungen erlangen konnte.“ Die Konsequenz war die Aufstellung einer eigenen Liste, die sich „Freie Bürgerliche Vereinigung“ nannte. In

---

[58] Berichte GB 14.11. und GB 20.11.1925

einer Anzeige am 4. Dezember 1925 erklärten Gaiser und Grill, bei der Diskussion im Ausschuss sei die Aufnahme der beiden Namen an der Unnachgiebigkeit eines einzelnen Mitglieds gescheitert. Sie beteuerten, es sei nicht ihre Absicht gewesen, einen eigenen Wahlvorschlag aufzustellen. Um das Bild eines geschlossenen bürgerlichen Lagers zu unterstreichen, warben sie für die Wiederwahl der populären und langjährigen Gemeinderäte Rauser, Gerlach und Zerweck.[59]

In einer Anzeige am Tag darauf widersprachen die „Vereinigten Bürgerlichen Parteien“ der Darstellung von Johannes Gaiser. So hieß es: „Die Liste ist bei der Besprechung einmütig aufgestellt worden, dabei hat man darauf geachtet, möglichst alle Berufsgruppen mit einzubeziehen.“ So stehe beispielsweise Robert Guoth als Beamter bei der Elektrischen Kraftübertragung (EKH) für die Beamten und Angestellten, mit Grill wäre ein weiterer EKH-Mitarbeiter auf der Liste. Das Handwerk sei durch Gerlach und Bausch vertreten, daher sei Gaiser als weiterer Handwerker abzulehnen. Der „Antrag mit scharfem Sinne einiger Herren“ sei ohne Widerspruch abgelehnt worden. Schließlich wurde zur Einigkeit des bürgerlichen Lagers aufgerufen, wie schon in einer Anzeige vom 4. Dezember: „Werbet und rühret euch, ihr alle aus dem Bürgertum, damit Ihr nicht zu spät bereut.“[60]

Die Sozialdemokratie stellte zum ersten Mal einige konkrete Forderungen für die Kommunalpolitik auf, hier machte sich wohl jahrelange Mitarbeit im Gemeinderat bemerkbar, wenngleich auch viele Aussagen vage blieben. In einer Anzeige am 5. Dezember forderte sie eine „geordnete Finanz- und Steuerpolitik, die energische Abwehr von Angriffen auf Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung, die Erhaltung einer rationalen Bewirtschaftung der städtischen Güter, die Förderung

---

[59] „Eingesandt“ GB 21.11.1925 und Anzeige GB 4.12.1925

[60] Anzeigen „Vereinigte Bürgerliche Parteien“ GB 4.12. und 5.12.1925

des Wohnungsbauwesens, den Ausbau sozialer Fürsorge, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitslosenunterstützung, eine zeitgemäße Förderung des Schulwesens, Erhalt und Förderung von Gewerbe, Handel und Industrie, gerechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse.“ Außerdem wurde zu einer Wahlversammlung am Tag vor der Wahl im Gasthof „Hasen“ aufgerufen. Die SPD setzte ihr Zugpferd Fritz Böckle an die Spitze, gefolgt von Wilhelm Morlock, dem SPD-Vorsitzenden und Schlosser Ludwig Schmidt, dem Küfermeister Georg Rockenbauch und dem Küfer Johannes Heim, der immerhin Mitglied im Männerturnverein MTV war.[61]

Zum ersten Mal trat die KPD mit einer eigenen Liste an. An der Spitze stand der Ortsgruppenführer und Schlosser Wilhelm Haug, gefolgt von dem Zimmermann Otto Wiedmaier und dem Mechaniker Wilhelm Silcher. Die ersten beiden Personen wurden schon beschrieben, über Silcher war nichts weiter herauszufinden. Leider wurde die KPD auch nicht im Gäubote erwähnt, so daß über den Wahlkampf der Kommunisten oder gar inhaltliche Positionierungen nichts gesagt werden kann. Die Nationalsozialisten stellten keine eigene Liste auf. Die verbliebenen Mitglieder der 1925 wieder gegründeten Partei wären aber auch gar nicht in der Lage gewesen, eigenständig Wahlkampf zu betreiben. Eugen Rauch schrieb 1934 zwar, dass er 1925 mit einigen Parteifreunden nach Stuttgart gefahren sei, um Adolf Hitler zu hören und „durchglüht und durchdrungen“ zurückzukehren. Doch der organisatorische Aufbau klappte nicht mehr: „Es fehlte an einer unabhängigen Führung.“[62] Möglicherweise kann aus diesen Formulierungen und den von Eduard Greiß ausgemachten

---

[61] Anzeige SPD im GB 5.12.1925, Bericht Johannes Heim MTV im GB 13.8.1923

[62] Bericht von Rauch, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

„persönlichen Angriffen“ auf interne Streitigkeiten geschlossen werden, doch fehlt hierfür ein schlüssiger Nachweis.

Das Wahlergebnis brachte erwartungsgemäß einen klaren Sieg der „Vereinten Bürgerlichen Parteien“, die Liste erhielt 63 Prozent der Stimmen. An der Spitze war Fritz Rauser erneut Stimmenkönig mit 966 Stimmen, gefolgt von Wilhelm Zerweck mit 900 und Gottlob Gerlach mit 745 Stimmen. In den Rat wurden auch Christian Bührer und Robert Guoth entsandt. Aber auch der „Freien Bürgerlichen Vereinigung“ gelang es, mit ihren zwei Kandidaten knapp zehn Prozent der Stimmen zu holen, Johannes Gaiser zog mit 585 Stimmen in den Gemeinderat ein. Die Vereinigung hatte jedoch über den Wahltag hinaus keinen Bestand und war somit ein reines Zweckbündnis zur Wahl von Gaiser in den Gemeinderat. Bei seiner Wiederwahl 1931 kandidierte Gaiser im Übrigen auf der gemeinsamen bürgerlichen Liste.

SPD und KPD gewannen zusammen rund 27 Prozent, wobei die SPD 18 Prozent erzielte und die KPD neun Prozent. Die Zersplitterung führte jedoch dazu, dass die Linksparteien ein Opfer des Wahlrechts wurden: Da nur sieben Sitze zu vergeben waren, war die Hürde für kleine Gruppierungen sehr hoch, ein Mandat zu erringen. So stand der SPD nur ein Sitz zu, lediglich Fritz Böckle schaffte mit 529 Stimmen den Einzug in den Gemeinderat, während der langjährige Gemeinderat Wilhelm Morlock mit 432 Stimmen das Nachsehen hatte. Die KPD ging ganz leer aus: Wilhelm Haug erhielt lediglich 353 Stimmen, und da die „Freie Bürgerliche Vereinigung“ ganze 65 Stimmen mehr hatte und ihr damit nach dem Verhältniswahlrecht ein Sitz zustand, erhielten die Kommunisten keinen Sitz. Die Besonderheit des württembergischen Gemeindewahlrechts, alle drei Jahre die Hälfte der Räte neu zu wählen, sorgte dafür, dass immer nur eine geringe Anzahl von Kandidaten zur Wahl stand und dabei meist die profilierten Köpfe das Rennen machten, neue Bewerber hatten es hingegen schwerer.

Wie sah nun der neue Gemeinderat aus? Die DDP behielt ihre sechs Sitze, neben den neu oder wieder gewählten blieben Albert Zinser, Karl Bökle und Friedrich Keck. Die Bürgerpartei behielt mit Wilhelm Niethammer und Georg Häffelin ihre Vertreter, die SPD musste hingegen mit einem Sitz weniger auskommen, neben Fritz Böckle vertraten die amtierenden Räte Heinrich Kohler und Paul Marquardt die Partei. Die bürgerliche Mehrheit war damit um einen Sitz angewachsen, insgesamt gab es trotz der Auseinandersetzungen um Gaiser kaum Veränderungen in der Kommunalpolitik nach der Wahl.[63]

9.4. Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926

Die nächste Regierungskrise ließ nicht lange auf sich warten. Manchmal war der Anlass banal, jedoch von hohem symbolischen Wert. Zum Beispiel beim Flaggenstreit. Seit 1918 war die offizielle deutsche Flagge umstritten: Die Republikaner hatten in Erinnerung an die Revolution 1848 die Farben Schwarz-Rot-Gold gewählt, die Monarchisten wie im Kaiserreich Schwarz-Weiß-Rot. Zwar hatte man 1919 sich für die republikanische Variante entschieden, doch weigerten sich sogar Schuldirektoren, die offizielle Fahne zu hissen. Am 5. Mai 1926 erließ Reichspräsident Paul von Hindenburg eine Verordnung, wonach in deutschen Konsulaten und Gesandtschaften im Ausland auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge gezeigt werden dürfe. Die DDP als Verteidigerin der Republik nutzte diesen Streit zu einem Misstrauensvotum, wonach Reichskanzler Luther abtreten musste.[64]

---

[63] Ergebnis der Gemeinderatswahl, GB 7.12.1925

[64] Reichel, Peter: Schwarz-Rot-Gold. Kleine Geschichte deutscher Nationalsymbole nach 1945, München 2005, S. 15f., zum Flaggenstreit siehe auch Winkler, S. 311 und Möller: Die Weimarer Republik, S. 180f. sowie Kluge: Die Weimarer Republik, S. 223

Das zweite Streitthema des Jahres 1926 war der Streit um die Fürstenenteignung. Dabei ging es um die Auseinandersetzung der Länder mit den alten Fürstenhäusern, die schon im 19. Jahrhundert begonnen hatte. Nach der Revolution war deren Eigentum zwar eingezogen, die Fürsten aber nicht enteignet worden. Vielmehr versuchte man, die Vermögenswerte im Einvernehmen mit den Fürstenhäusern aufzuteilen. Viele entmachtete Fürsten zogen immer wieder vor Gericht und bekamen ihre alten Besitztümer wieder zugesprochen, auch wegen der monarchistischen Einstellung vieler Richter. Strittig war dabei vor allem die Grenzlinie zwischen dem Privateigentum der Fürstenfamilien und Eigentum, das Ihnen nur in ihrer Eigenschaft als Landesherr zu Ausübung ihrer Herrschaft übereignet worden war.[65]

Die daraufhin beginnende Kampagne für die Fürstenenteignung speiste sich nicht nur aus sozialistischem Gedankengut, sondern auch aus dem mittelständischen Protest gegen den „Aufwertungsbetrug“ vom Sommer 1925. Dabei ging es um die Wiederaufwertung des Vermögens, das durch die Inflation verloren gegangen war. Da viele Kleinbürger dabei faktisch per Gesetz enteignet wurden, richtete sich ihr Protest vor allem gegen die Fürsten als Vertreter des alten Regimes.[66] Auch die kurze Rezession 1925/26 beflügelte die Protagonisten. Der letzte Auslöser für die öffentliche Empörung war ein Urteil des Oberlandesgerichts Jena wegen der Rente des ehemaligen Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach vom 25. Oktober 1925, wonach dessen Bezüge überdurchschnittlich aufgewertet wurden. Kurioserweise waren in den meisten Reichsländern die Prozesse um

---

[65] Kluck, Thomas: Protestantismus und Protest in der Weimarer Republik. Die Auseinandersetzungen um Fürstenenteignung und Aufwertung im Spiegel des deutschen Protestantismus, Frankfurt am Main 1999, S. 28

[66] Zur Aufwertungsfrage siehe Sendler, S. 348

das Fürsteneigentum eigentlich schon abgeschlossen, als die Protestwelle ihren Höhepunkt erreichte. Die Gerichtsverfahren hatten bereits 1923 im großen Stil begonnen, als die bayerische Regierung im Inflationsjahr den Wittelsbachern eine Abfindung von 40 Millionen Reichsmark zahlte, die nichts mehr wert war.[67]

Die Initiative für das Volksbegehren war von der KPD ausgegangen. Das Zentralkomitee unter Ernst Thälmann wollte mit einer Kampagne den weit verbreiteten Unmut gegen die Fürstenhäuser weiter schüren. Die Partei schrieb der SPD einen Brief, in dem sie ein Volksbegehren vorschlug. Die SPD verhielt sich zunächst abwartend. Später schloss sie sich der Initiative an, wurde aber nicht offiziell Mitglied im so genannten „Kuczynski-Ausschuss“, wie der nach seinem Vorsitzenden benannte „Reichsausschuß zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten“ genannt wurde. Es arbeiteten aber zahlreiche Sozialdemokraten mit, wie auch linksliberale und pazifistische Gruppen. Die Einheitsfronttaktik der KPD war jedoch vor allem deswegen kein Erfolg, weil die Partei auf einem Führungsanspruch im „linken Kampfblock“ bestand. Dies wollten Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften jedoch nicht akzeptieren. Die DDP ließ ihren Mitgliedern die Entscheidung offen und verzichtete auf eine konkrete Empfehlung.[68]

---

[67] Schüren, Ulrich: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978, S. 32f. und 39f., siehe auch Kluck, S. 32f. und Wieland: Volksentscheid, S. 301, Hintergründe zur Haltung der Parteien und der konservativen Justiz siehe auch bei Winkler, S. 313, und Mommsen, S. 296

[68] Über den Volksentscheid und die Haltung von SPD und KPD siehe Kluck, S. 35 und Wieland: Volksentscheid, S. 302, für die Linksparteien siehe Schüren, S. 87f. und Flechtheim, S. 236, zur Haltung der DDP siehe auch Stephan, S. 321 und Mommsen, S. 297

SPD und KPD brachten schließlich am 19. Januar 1926 zusammen einen Gesetzesentwurf ein, der die „entschädigungslose Enteignung der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahr 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben“ zugunsten der Erwerbslosen, der Kriegsbeschädigten, der Sozial- und Kleinrentner, der bedürftigen Opfer der Inflation sowie der Landarbeiter, Kleinbauern und Kleinpächter durch „Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz“ vorsah. Die Schlösser und Gebäude sollten zu „Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecken“ eingesetzt werden.[69] Das sollte durch ein Volksbegehren ermöglicht werden. Dabei handelte es sich um eine Besonderheit der Weimarer Verfassung: Wenn mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben hatten, musste der Reichstag das Gesetz behandeln, bei Ablehnung fand ein Volksentscheid statt, bei dem die Hälfte der Wahlberechtigten zustimmen musste.[70]

Das Enteignungsfrage führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD, aber auch die DDP war sich in dieser Frage nicht einig, weil Teile der Partei aus ihrer antifeudalistischen Vergangenheit der Forderung aufgeschlossen gegenüberstanden. Daher stellte die DDP ihren Mitgliedern die Entscheidung frei. Auch für die Bürgerpartei war die Volksabstimmung nicht unproblematisch: Während die evangelische Landeskirche eine breite Kampagne gegen die Fürstenenteignung entfachte, die Bürgerpartei diese mittrug und von der „Zerstörung der Grundlagen unseres Rechts- und Wirtschaftslebens“ sprach, unterstützen auch Teile des

---

[69] Gemeinsamer Gesetzesentwurf der SPD, der KPD und des Ausschusses für Fürstenenteignung über die Enteignung der Fürsten, in: Scherer, Schaaf: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung, S. 340f., zur Haltung der Reichsregierung siehe Sendler, S. 411

[70] Schulze. S. 300

inflationsgeschädigten Mittelstandes die Enteignungsforderung. Diese Gruppe hatte aber zum Wahlerfolg von 1924 erheblich beigetragen.[71]

Auch die Haltung der evangelischen Kirche war von großer Bedeutung. In Württemberg argumentierten Kirchenvertreter zwar gegen die Enteignung, weil es sich um ein Ausnahmegesetz für Fürsten handele, dabei seien diese doch „nichts anderes als Glieder unseres Volksstaates, wie andere Bürger es auch sind“. So argumentierte Johannes Merz, der Kirchenpräsident von Württemberg, in einer Erklärung vom 22. Mai 1926. Zudem meinte er, die Kirche solle gegenüber den ehemaligen Landesherren dankbar sein. Dies löste heftige Proteste aus, nicht nur von christlichen Sozialisten. Viele Kirchenpolitiker meinten, die Kirche sollte sich zu so einer Frage nicht äußern. Johannes Merz blieb bei seiner Haltung und erklärte: „Das Reich Gottes durch Konfiskation irdischer Güter, zumal bestimmter einzelner Personen, herbeiführen zu helfen, hat Christus nicht geboten.“[72]

Im ganzen Reich trugen sich mit 12,5 Millionen rund ein Drittel der Wahlberechtigten ein, im Oberamt Herrenberg waren es lediglich 1999 von rund 15 000, was rund 13 Prozent entsprach. Am meisten Unterschriften gab es in den KPD-Hochburgen Öschelbronn, Gärtringen und Nufringen, und auch im liberalen Unterjesingen trugen sich viele ein. Nun begann der „Wahlkampf“: In zahllosen Anzeigen appellierten die rechten Kräfte, gar nicht erst zur Abstimmung zu

---

[71] Weber, S. 374 und Müller: Bürgerpartei, S. 409 sowie Wieland: Volksentscheid, S. 303

[72] Zitiert nach Kluck, S. 90f., zur Haltung der württembergischen evangelischen Landeskirche und des Kirchenpräsidenten Johannes Merz siehe Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg: Parallele Leben? Johannes Merz und Theophil Wurm, in: Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Württembergs Protestantismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 155-173. hier S. 165

gehen. Denn auch Nein-Stimmen hätten die Wahlbeteiligung erhöht und letztlich den Befürwortern genützt. So hieß es in Anzeigen: „Der Volksentscheid ist Volksbetrug! Falsche Zahlen, falsche Erzählungen, falsche Versprechungen. Wer nicht betrügen will, bleibt am 20. Juni zu Hause.“ Es handele sich um einen sozialdemokratisch-kommunistischen Anschlag gegen das Privateigentum und eine „gewissenlose Agitation der Linksradikalen, in Wahrheit geht es nicht um die Vermögen der Fürsten, sondern um den Grundsatz des Privateigentums und damit um die Grundlagen unserer tausendjährigen Kultur.“ Der Reichspräsident mit einer persönlichen Unterschrift wurde zitiert: „Ich stehe in dem Enteignungsantrag einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaates.“ Auch der Landwirtschaftliche Ortsverein sprach sich gegen das Gesetz aus: Ziel sei die Beseitigung der Unantastbarkeit des Privateigentums, „bei der bekannt landwirtschaftsfeindlichen Einstellung der Antragssteller dieses Volksentscheides“. Demgegenüber hielt der Ausschuss für Volksentscheid eine Versammlung am 12. Juni im Saalbau Schneider ab, die SPD mobilisierte am 19. Juni im „Hasen“.[73]

Bei der Abstimmung gingen reichsweit 15 Millionen Wähler an die Urnen, fast ausschließlich Befürworter der Fürstenenteignung. Damit scheiterte zwar das Projekt, aber das waren rund vier Millionen Wähler mehr als SPD und KPD zusammen erreicht hatten. Vor allem die Kommunisten waren als treibende Kraft aus ihrem „sektiererischen Ghetto“ (Schulze) ausgebrochen. Allerdings sah sich die SPD von der KPD überrollt, da die Kommunisten mit ihrer extremen Agitation die Meinungsführerschaft übernommen hatten, während die SPD-Anhänger eher unwillig daneben standen und sich überrollt fühlten. In

---

[73] Anzeigen GB 7.6. und 16.6.1926, Aufruf Hindenburg und Bericht LW Ortsverein GB 19.6.1926, Anzeige Ausschuss für Volksentscheid GB 11.6.1926, Anzeige SPD im GB 19.6.1926

Herrenberg nahmen 21 Prozent an der Abstimmung teil, im Oberamt nur knapp 16 Prozent. [74]

Die Hochburgen waren neben der KPD-Hochburg Gärtringen überraschenderweise auch liberal geprägte Gemeinden im Ammertal: In Unterjesingen wurde mit 49,8 Prozent fast die notwendige Hürde genommen. Die Verbindung liberaler Ressentiments gegen die Adligen mit sozialistischen Enteignungszielen stellte eine Besonderheit dar, in Herrenberg hatten sich die Liberalen wie im restlichen Reich vehement gegen das Gesetz ausgesprochen, da sie einen Angriff auf das Privateigentum fürchteten. Abgesehen davon jedoch gelang der Linken im Gäu die Mobilisierung schlechter als im restlichen Land, die Wahlergebnisse von SPD und KPD lagen meistens über den Abstimmungsergebnissen. Das ist ein weiterer Hinweis auf die strukturelle Schwäche beider Parteien im Oberamt Herrenberg.[75]

9.5. Schultheißen-Wahl 1927 in Herrenberg

Ein wichtiges Ereignis für die Stadt war die Wahl eines neuen Stadtschultheißen. Schließlich hatte der Bürgermeister in der württembergischen Gemeindeordnung mit seiner Doppelfunktion als Verwaltungschef und Vorsitzender des Gemeinderates eine herausragende Rolle. Die Schultheißenwahl war als Weichenstellung für die nächsten zehn Jahre gedacht, denn so lange währte formell die Amtszeit des Stadtvorstehers.[76] Im April 1927 wurde das Ausscheiden

---

[74] Zur Bedeutung des Volksentscheids für die KPD siehe Schulze, S. 302 und Schüren, S. 234

[75] Ergebnisse des Volksentscheids GB 21.6.1926, Mommsen sieht den Volksentscheid für Fürstenenteignung als Symbol für die Spaltung der Gesellschaft einerseits, aber auch für eine republikanische Mehrheit gegenüber den rückwärtsgewandten, monarchistischen Kräften, siehe Mommsen, S. 300

[76] Dass die Machtergreifung diese Wahlperiode durcheinander brachte und dem neuen Bürgermeister eine deutlich verkürzte Amtszeit bescherte, konnte

des Amtsinhabers Haußer aus Alters- und Gesundheitsgründen bekannt, er war über 30 Jahre an der Spitze der Stadt gestanden. „Gesundheitlich gehe es seit einiger Zeit immer mehr abwärts“, heißt es im Gemeinderatsprotokoll dazu, ein Arzt bescheinigte ihm, seine Aufgabe nicht mehr erfüllen zu können. Beim Bewerberschluss am 2. Juni hatten sich 15 Kandidaten gemeldet, ein Wahlausschuss mit Vertretern aller Parteien wurde gebildet. Er sollte eine Vorauswahl treffen. Als aussichtsreich wurden nur sieben Bewerber eingestuft, die anderen galten „als erledigt“ und zogen ihre Kandidatur zurück. Am Ende konzentrierte sich das Bewerberfeld noch auf vier Kandidaten: Den Aalener Ratsschreiber Eugen Siegler, 38 Jahre alt, den Herrenberger Ratsschreiber Eugen Müller, erst 27 Jahre alt, den Feldstettener Schultheiß Ernst Wagner, 35 Jahre, und den Truchtelfinger Schultheiß Reinhold Schick, damals 34 Jahre alt.[77]

Umstritten war vor allem der jüngste und einzige Herrenberger Kandidat Eugen Müller. Am 10. Juni nahm ein unbekannter Gönner in einer Anzeige Stellung: „Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute ist so nah?“ hieß es da, auch Haußer sei mit 28 Jahren gewählt worden. Ein heftiger Streit in den Leserbriefspalten des Gäubote entbrannte: Müller sei ein „tüchtiger, fleißiger und strebsamer Mensch“, lobte ein Schreiber. Ein Kritiker bemängelte, in den zweieinhalb Jahren als Ratsschreiber habe er sich in der Stadt „im Verborgenen gehalten“. Eine große Gruppe unbekannter Bürger entschied sich am 14. Juni zu einer Großanzeige gegen Müller. Er komme wohl „aus gewissen Kreisen“, solle sich erst mal frische Luft um die Nase wehen lassen. „Es ist eine Dreistigkeit, mit der der junge Mann glaubt, uns seine jugendliche Meinung aufschwätzen zu können.“ Einen Tag später hieß

---

man 1927 natürlich noch nicht wissen

[77] Bericht Ausscheiden Haußer GB 9.4.1927 und GRP 1.4.1927, Bd. 376, S. 163, Bewerberschluss GB 2.6.1927, Wahlausschuss GB 9.6.1927

es in einem „Offenen Brief an Müller“ noch deutlicher: „Eine kleine Gruppe will eine Zufallswahl.“ Er wurde zum Rückzug aufgefordert, er werde als „umstrittene Größe von Teilen der Bürgerschaft ganz abgelehnt.“ Müller wehrte sich am 16. Juni: „Meine Kandidatur steht wohl gewissen Kreisen im Weg, sie versuchen mir diese zu verekeln. [...] Wer will mir in dienstlicher Beziehung etwas nachsagen?“ Wer steckte hinter dieser Kampagne gegen Müller? Der Architekt Fritz Reichart vermutete in Anzeigen vom 17. und 18. Juni, DDP-Gemeinderat Wilhelm Zerweck und Gäubote-Schriftleiter Merz stünden dahinter, diese dementierten jedoch noch am selben Tag.[78]

Eine Vorabstimmung im Rahmen einer Bürgerversammlung am 15. Juni ergab folgendes Bild: Schick lag mit 309 Stimmen vorne, Siegler folgte mit 168 Stimmen, Wagner mit 131 und schließlich Müller mit 82 Stimmen. Wagner zog seine Kandidatur zurück, und kurz vor dem Wahlgang gab schließlich auch der so heftig angefeindete Müller auf. Nun formierten sich die Lager um die beiden übrigen Kandidaten Schick und Siegler. Reinhold Schick hatte dabei die besseren Karten: Der Landwirtschaftliche Ortsverein und der Bauernbund riefen zu seiner Wahl auf. Wichtige Persönlichkeiten der DDP wie Gottlob Gerlach, der Ortsvorsitzende Jakob Haug, Friedrich Keck und Wilhelm Zerweck traten für seine Wahl ein, der DDP-Ortsverein hatte sich „mit überwältigender Mehrheit“ für ihn ausgesprochen. Auch fast alle Sozialdemokraten waren für Schick: Fritz Böckle, Paul Marquardt, Heinrich Kohler und der Vorsitzende Ludwig Schmidt unterzeichneten einen Wahlaufruf für ihn. Auch Felix Kocher vom deutschnationalen Handwerksgehilfenverein war mit dabei.

---

[78] „Eingesandt“ im GB 10.6. und 11.6., Anzeige GB 14.6., Offener Brief GAB 15.6.1927, Erwiderung Müller GB 16.6.1927, Anzeigen Reichart GB 17. und 18.6.1927

Demgegenüber hatte Siegler immerhin DDP-Gemeinderat Albert Zinser und den DVP-Vorsitzenden Gregor Miller auf seiner Seite, auch Wilhelm Niethammer als Vorsitzenden des Gewerbevereins, wobei – wie in einer Anzeige betont wurde – keinesfalls der gesamte Gewerbeverein für Siegler war. Und auch Georg Häffelin als Chef der Bürgerpartei unterstützte Siegler. Das Ergebnis war überraschend eindeutig: Schick gewann mit 1119 Stimmen klar, während Siegler nur 581 Stimmen erhielt. Der Gäubote kommentierte: „Einigkeit macht stark, die Schlacht ist geschlagen.“ Der in den Ruhestand eingetretene Wilhelm Haußer wurde schließlich zum Ehrenbürger der Stadt ernannt und blieb noch Vorsitzender der Gewerbebank, vom Ministerium wurde er in den Ruhestand versetzt.[79]

Auch an der Spitze des Oberamtes gab es einen Wechsel. Von 1924 bis 1928 war Hermann Bertsch an der Spitze gestanden. Der 1868 geborene Jurist war zuvor schon in Leonberg und in Welzheim Oberamtmann gewesen. Schließlich wurde er vom Staatspräsidenten nach Blaubeuren ins Oberamt versetzt, wo er bis 1933 amtierte und dann vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurde. Am 28. Juni 1929 meldete der Gäubote, der Tübinger Polizeidirektor Dr. Wilhelm Ernst werde neuer Landrat, wie das Amt inzwischen hieß. Ernst war 1885 in Marbach geboren und hatte die klassische Verwaltungslaufbahn absolviert: Jurastudium in Tübingen, Heidelberg und Berlin, nach dem Referendariat war er unter anderem Amtmann in Crailsheim, Ulm und Geislingen, war beim Arbeitsministerium und Innenministerium in

---

[79] Wahl von Reinhold Schick zum Bürgermeister, Akten der Ministerialverwaltung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung – Verwaltungsakten – Teilband I: Ortsvorsteherwahlen in Herrenberg, Bestand E 180 II, Bü 46, Bericht Vorabstimmung GB 16.6.1927, Berichte und Anzeigen GB 17.6. und 18.6.1927,

Stuttgart beschäftigt und dann von 1923 bis 1928 Tübinger Polizeidirektor gewesen.[80]

10. Die Wahlen des Jahres 1928

10.1. Reichstags- und Landtagswahlen Mai 1928

Der Wahlkampf für die Reichs- und Landtagswahlen 1928 verlief ziemlich schleppend. Das Bürgerblock-Kabinett war wegen des Reichsschulgesetzes zerstritten, die alte Zentrumsidee einer Bekenntnisschule stand liberaler Kulturpolitik diametral gegenüber. So wuchsen die Gegensätze zwischen Zentrum, BVP und DNVP einerseits und DDP und DVP andererseits. Die liberalen Minister kritisierten am Gesetzesentwurf die kirchlichen Mitspracherechte beim Religionsunterricht und an der Gleichstellung von christlichen Konfessionsschulen. Die liberalen Parteien kooperierten auch in anderen Fragen viel mit der SPD. So zeigte sich die Instabilität der Republik durch immer schnell wachsende Gegensätze in Koalitionen mit Mehrheiten. „Große“ Koalitionen scheiterten an den sozialpolitischen Widersprüchen, bürgerliche Kabinette an kultur- und außenpolitischen Differenzen, beides Erblasten des Kaiserreiches.[81]

In *Württemberg* stand im Mittelpunkt der Auseinandersetzung die Person des Staatspräsidenten Wilhelm Bazille, der sich heftigen Angriffen von Linken, aber auch Liberalen und dem Zentrum ausgesetzt sah. Er war aufgrund seiner schwierigen Persönlichkeit auch innerhalb der Bürgerpartei umstritten, auch war mit dem Rücktritt

---

[80] Wechsel des Landrats siehe GB 31.5 und 28.6.1928, biographische Angaben siehe Angerbauer, S. 241

[81] Schulze, S. 302. Zur Systematik der Regierungskoalitionen: Die Regierung Luther mit DNVP-Beteiligung war 1925 am Vertrag von Locarno gescheitert, das Kabinett Marx an der Schulpolitik 1928, die große Koalition unter Stresemann wiederum an sozialen Fragen, siehe dazu Winkler, S. 331 und Mommsen, S. 303

des Landesvorsitzenden und Bazille-Freundes Dr. Beißzwänger und der Wahl des Stuttgarter Rechtsrates Dr. Hirzel seine Machtbasis innerhalb der Partei geschwunden. Bazille verwies auf Württemberg als Land „mit den besten Finanzen und der geringsten Arbeitslosigkeit“, in einer Debatte stellte er gar den Abfall Württembergs vom Reich in Aussicht.[82]

Der Wahlkampf 1928 brachte einen Modernisierungsschub, was die Wahlkampfführung anging. Alle Parteien hatten ihre Botschaften mit einfachen Bildern auf Plakate gebannt, dazu kamen Grammofon und Werbefilme, vereinzelt auch Radiosendungen. Außerdem wurde ein Vielfaches an Flugblättern im Vergleich zu 1924 unters Wahlvolk gebracht. Trotzdem blieb die Versammlung das wichtigste Element des Wahlkampfes. Schon mit der Reichspräsidentenwahl 1925 war die Personalisierung stärker geworden. Auch die Geldbeschaffung wurde wichtiger, so rief der Bauernbund 1928 seinen Anhängern zu: „Zum Wählen gehört dreierlei, nämlich Geld, Geld und nochmals Geld!“ Allerdings mussten sich auch die Kandidaten selbst finanziell beteiligen, eine alte Tradition schon aus dem Kaiserreich gerade bei den bürgerlichen und konservativen Parteien.[83]

Die große Unzufriedenheit des Mittelstandes, die Enttäuschung über moderate Interessenpolitik in Regierungsverantwortung durch DNVP/Bürgerpartei und DVP und die Abkehr der Inflationsgeschädigten führten zu einer Zersplitterung des Parteiensystems. Zur württembergischen Landtagswahl 1928 kandidierten 12 Parteien. Zum Beispiel die Mittelstandspartei, die sich offiziell „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“ nannte. Ihr Potenzial waren die ökonomisch verunsicherten Handwerker und

---

[82] Schnabel. S. 36 und Müller: Bürgerpartei, S. 411
[83] Weber, S. 344ff.

Gewerbetreibenden, die Steuerlast und die wirtschaftliche Lage drohten viele Mittelständler zu erdrücken. Die Partei wurde schon am 12. Februar 1920 in Charlottenburg gegründet, hier hatte sich ein Wahlausschuss von Vertretern verschiedener Mittelstandsorganisationen aus Berlin, Brandenburg, Schlesien, Mecklenburg und Pommern gegründet. Seit der preußischen Landtagswahl 1921 kooperierte die Partei mit dem Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, dessen prominenter Vertreter Johann Viktor Bredt auf ihrer Liste kandidiert hatte und von 1931 bis 1932 auch Parteivorsitzender war. Die Wirtschaftspartei konzentrierte sich auf die Vertretung der Interessen von Haus- und Grundbesitzern, Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden. Sie stellte eine reine Interessenpartei dar, die im verunsicherten und heimatlosen Milieu der protestantischen Mittelschicht wilderte. In Württemberg erreichte sie nie die Bedeutung wie in Preußen.[84]

Unumstrittener Führer der Partei war der Bäckermeister Hermann Drewitz, der schon in der Gründungsphase ab 1920 in Preußen mit seiner Partei große Erfolge auf Kosten der DDP errang. Ab 1924 begann der Aufschwung der Partei in Preußen, bei den Dezemberwahlen 1924 hatte die Wirtschaftspartei 3,1 Prozent und elf Mandate erreicht. Große Erfolge errang sie bei Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin, sie wurde sogar an Landesregierungen beteiligt.[85] Als Ziel nannte die Partei zum Beispiel auf einer Herrenberger Versammlung, „den bedrängten Mittelstand aus allen Lagern zu sammeln“. Die Partei sei keinesfalls eine Splitterpartei, sondern in einigen Landtagen schon zweitstärkste Fraktion. In Württemberg konnte die Partei jedoch nicht so gut Fuß fassen wie in

---

[84] Schumacher, S. 32
[85] Schumacher, S. 58

Norddeutschland. Die liberalen Traditionen und die Verbindungen zwischen DDP und Mittelstand wirkten fort, so kandidierten auf der Landesliste der Linksliberalen etwa Otto Henne, der Präsident der Handwerkskammer.[86]

Eingehender muss eine weitere Neugründung betrachtet werden, die auch in Herrenberg eine große Bedeutung bekam: Der Christliche Volksdienst tauchte als erste originär evangelische Partei auf. Zu Beginn der Weimarer Republik hatte es eine Vielzahl von erfolglosen Versuchen gegeben, das im Gegensatz zu den Katholiken parteilich nicht gebundene protestantische Wählerpotenzial zu sammeln. Es herrschte eine von Günter Optiz konstatierte „Unruhe im deutschen Protestantismus“ nach dem Verlust von weltlichen Landesherren, an denen man sich orientieren konnte, und die DNVP blieb meistens Oppositionspartei und damit von politischer Einflussnahme ausgeschlossen. So konnte der organisierte Protestantismus kaum politisch mitgestalten.[87]

Zwischen 1924 und 1928 hatten sich vor diesem Hintergrund drei protestantische Parteien gebildet: Die Evangelische Volksgemeinschaft in Hessen, die Deutsche Reformationspartei und der Christliche Volksdienst. Die ersten beiden sollten kaum dauerhaft Bestand haben: Die Reformationspartei erlitt 1928 eine schwere Niederlage und ging fast geschlossen zur DNVP zurück, die Evangelische Volksgemeinschaft in Hessen und Hessen-Nassau blieb ebenfalls bei den 1928er-Wahlen bedeutungslos und schloss sich schließlich dem CVD an.[88]

---

[86] Weber. S. 493

[87] Opitz, Günter: Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969, S. 29f.

[88] Opitz, S. 31

Die Vorgeschichte des CVD begann schon 1922. Im Mittelpunkt stand der Pastor Samuel Jager, der Verleger der in der Anstalt Bethel herausgegebenen christlichen Tageszeitung „Auswärts“. Er hatte sich 1918 wie die meisten Christlich-Sozialen der DNVP angeschlossen. Im Landesverband Westfalen-Ost der DNVP wurden seiner Gruppe bestimmte Vorrechte eingeräumt, wie ein Sitz im Landesvorstand und ein Abgeordnetenmandat. Durch Mehrheitsbeschlüsse wurden diese Privilegien nach und nach revidiert. Nach dem Mord an Walter Rathenau trat Jaeger aus der DNVP aus, weil er ihr zumindest eine Mitschuld an der Bluttat gab.[89]

Im Jahr 1924 rief Samuel Jaeger in seiner Zeitung „Auswärts“ dazu auf, christlich-soziale Gesinnungsgemeinschafen zu gründen. Diese waren inspiriert von der amerikanisch geprägten Erweckungsbewegung, die Brüdergemeinde in Korntal wurde zur Keimzelle der neuen Bewegung. Zunächst bildete sich der Christenbund, in dem der deutschnationale Flügel mit Graf Baudissin und die Gesinnungsgemeinschaften mit dem ehemaligen Reichskanzler Georg Michaelis an der Spitze miteinander wetteiferten. Die Stimmen der Württemberger gaben 1924 den Ausschlag für Georg Michaeli. Doch die Bestrebungen der Württemberger, gemeinsam mit den Altpietisten und der Hahn’schen Gemeinschaft bei der Kommunalwahl 1925 anzutreten, führten zu heftigen Auseinandersetzungen, die den Christenbund scheitern ließen.[90]

---

[89] Opitz, S. 35f.

[90] Opitz, S. 57, Hintergründe zur Geschichte der evangelischen Vereinigungen in Württemberg siehe Diephouse, David J.: Selbstbehauptung und Selbsterneuerung. Der Evangelische Volksbund für Württemberg und die Krise der Moderne 1919-1933, in: Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Württembergs Protestantismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 199-212, hier S. 208f. und Hermle, S. 28

Der CVD konstituierte sich als neue Partei am 11. April in Württemberg. Bei den Gemeinderatswahlen 1925 trat er zum ersten Mal an und errang in einigen Städten und Gemeinden sogar Mandate. Ab 1926 nahm man Kontakt mit anderen Gruppierungen auf, wie zum Beispiel den Evangelischen Arbeitervereinen. Nach dem Tod von Samuel Jaeger lag der Schwerpunkt der Partei eindeutig in Württemberg. Bis 1928 stieß eine Gruppe von Mittelständlern zwischen 40 und 50 Jahren zu der Partei, die zur Funktionärsschicht des CVD wurde, sie war von einem auf die Bibel fixierten Weltbild geprägt. Im November 1927 gründete Wilhelm Simpfendörfer in Nürnberg den Reichsverband des Christlichen Volksdienstes mit Sitz in Korntal. Das Ziel war es, wie das Zentrum für die Katholiken auch für die Protestanten eine politische Partei ins Leben zu rufen. Nach dem Parteitag hatte die Partei eine straffe Führung, die bis zur Gründung des CSVD 1928 Bestand haben sollte. [91]

Da ein Großteil der evangelischen Wähler nicht dauerhaft an eine Partei gebunden waren, schien das nicht ganz ausgeschlossen. Gleichzeitig sollten die Stände miteinander versöhnt werden, evangelische Bauern und Arbeiter miteinander vereint werden. Auch wurde versprochen, mit allein Parteien inklusive der SPD vorbehaltlos zusammenzuarbeiten. Diese Strategie stieß im Land auf großen Widerhall. Auf Landesebene war beispielsweise der spätere Landesbischof Würm für die Partei aktiv, allerdings fehlte der Partei letztlich die offizielle Unterstützung der Kirche, wie es bei der Zentrumspartei der Fall war. Im Land schlossen sich viele Anhänger der Deutschnationalen dem CVD an. Jedoch gab es in der evangelische Kirche Befürchtungen, für politische Entscheidungen des

---

[91] Sproll, S. 71f. und Opitz, S. 84

CVD haftbar gemacht zu werden, daher war nur eine Minderheit von Pfarrern und Gläubigen zu begeistern.[92]

Und noch eine Partei erschien auf der politischen Bildfläche: Die Volksrechtpartei. Offiziell nannte sie sich „Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung“. Die Partei gehörte zu den einseitigen Interessenparteien, die gegen Ende der Weimarer Republik entstanden. Gerade in Württemberg hatte diese Partei einige bekannte Vertreter. Der Stuttgarter Professor Hermann Haug und der Darmstädter Georg Best waren zwei ehemalige Mitglieder der Bürgerpartei, die sich reichsweit als Vorkämpfer der Aufwertungsgesetze profiliert hatten. Der Landesvorsitzende war ein ehemaliger DDP-Mann. Diese Kleinparteien erschwerten nicht nur die Mehrheitsbildung im Reichstag, sondern waren auch reine Klientelparteien ohne Blick auf die Gesamtgesellschaft. Die Volksrechtpartei sprach vor allem Sparer, Hypothekengläubiger, Anleihezeichner und Inflationsgeschädigte an. Sie war mit dem Württembergischen Sparerbund eng verbunden. Bauernbund und Bürgerpartei versuchten im Wahlkampf unterschiedlich, den Parteien zu begegnen. Während der Bauernbund die „Schwätzergruppen“ schlicht ignorierte, sprach die Bürgerpartei von einer „unheilvollen Zersplitterung des Bürgertums“.[93]

Die DDP hatte schon im September 1927 mit den Vorbereitungen für die Reichstagswahl begonnen. Auf einer Tagung in Bad Eilsen bei Hannover wurde die Reorganisation der Partei festgelegt: Alle Ortsgruppen sollten eine Adresskartei einrichten, Funktionäre über „politische Grundfragen“ gelehrt und geschult, im März 1928 eine „Werbewoche“ angesetzt werden. Auch sollte die Rolle der

---

[92] Pyta: Dorfgemeinschaft, S. 317f. sowie Weber, S. 417
[93] Schulze, S. 290f. und Weber, S. 416

Parteileitung bei der Kandidatenaufstellung vor Reichstagswahlen gestärkt werden. Der Wahlkampf wurde mit einem Wahlfilm mit Carl Petersen in schwarz-rot-goldenen Siegesfahnen und einer Grammophonplatte mit Reden von Erich Koch-Weser, Getrud Bäumer oder Anton Erkelenz geführt.[94]

In der DVP gerieten Stresemann und der Fraktionsvorsitzende Ernst Scholz zunehmend in Gegensatz zueinander. Dies wurde bei der Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahl sichtbar. Beide übten bis auf die Ebene von Ortsgruppen Druck aus, die „richtigen“ Kandidaten aufzustellen. Die Kandidatur des ehemaligen Kanzlers Hans Luther ließ die Situation eskalieren, Stresemann fürchtete Luther als Konkurrenz. Scholz versuchte gegen Stresemanns Willen, Luther einen Wahlkreis zu beschaffen, verlor aber diesen Machtkampf. Im Wahlkampf stand bei der DVP erstmals nicht die Außenpolitik im Vordergrund, sondern Steuern, Wirtschaft und Wohnungsfragen, die DVP wurde als „Partei des Wiederaufbaus“ gelobt. Ein letztes Mal trug Stresemann die Hauptlast als begehrter Redner und Wahlkampfleiter.[95]

Die NSDAP betrieb den Wahlkampf 1928 mit einem großen Aufwand. Schon im März, weit vor den anderen Parteien, begann der Wahlkampf, jede Woche gab es zum Beispiel in München eine große Parteiversammlung. Hitler lockte trotz hoher Eintrittspreise viele Zuhörer an. Auch die Propagandamaterialien übertrafen die der anderen Parteien enorm. Außerhalb Münchens waren die Aktivitäten geringer, die Partei führte vielerorts ein Schattendasein.[96] *In Württemberg* befand sich *d*ie NSDAP vor den Wahlen gar in einem

---

[94] Zur Reorganisation der DDP siehe Stephan, S. 368, zum DDP-Wahlkampf siehe Stephan, S, 380

[95] Richter: Deutsche Volkspartei, S. 477ff. und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 297

[96] Zum Wahlkampf der NSDAP siehe Rösch, S. 179

desolaten Zustand. Erst nach einer Umfrage unter den Ortsgruppen wurde über die Beteiligung an dem Wahlgang entschieden. Zunächst hatte sich der NSFB am 24. Juni 1927 endgültig der NSDAP angeschlossen, Christian Mergenthaler war einen Monat später wieder in die Partei eingetreten. Im Januar 1928 war Gauleiter Eugen Munder zurückgetreten, nachdem Hitler Mergenthaler als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl installiert hatte. Neuer Gauleiter wurde im Februar 1928 der Esslinger Ortsgruppenleiter Wilhelm Murr, der im August 1925 der neugegründeten Partei beigetreten war und tatkräftig dazu beigetragen hatte, Eugen Munder aus dem Amt zu entfernen. Ein Machtkampf zwischen Murr und Mergenthaler lähmte die Partei. Beide versuchten, sich bei der Parteiführung in München gegenseitig anzuschwärzen und auszuschalten. Murr behielt das Amt jedoch auch über 1933 hinaus, auch aus Mangel an personellen Alternativen. Die Gauleitung wurde in Murrs Wohnort Esslingen verlagert, das Büro bestand zu diesem Zeitpunkt allerdings nur aus einem Schreibtisch, einem Rollschrank und einem Stuhl, was den Zustand der Landespartei hinreichend beschreibt. [97]

Die SPD hatte den „Panzerkreuzer A“ als Wahlkampfthema entdeckt. Unter der Parole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ gab sich die Partei radikaler, als sie eigentlich zu dem Zeitpunkt war. Auf dem Kieler Parteitag 1927 hatte die SPD sich entschieden mit der Überschrift „Wille zur Macht“ unter Rudolf Hilferding gegen ein neues Rechtskabinett und für eine Regierungsbeteiligung ausgesprochen. Der Staat sei nicht mehr eine „Gewaltorganisation zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuteordnung, sondern Vertretung der Gesellschaft“. Auch vor dem Hintergrund des positiven Beispiels

---

[97] Müller: Stuttgart im NS, S. 21 und Stolle, S. 457 sowie Scholtyseck: Wilhelm Murr, S. 481f.

Preußen traf die SPD eine Koalitionsaussage. Auch der „Sachsenstreit“ war gelöst: Im April 1926 wurde der rechte Parteiflügel unter Ministerpräsident Heldt aus der Partei ausgeschlossen war und hatte sich als Alte Sozialdemokratische Partei selbstständig gemacht. Die innerparteiliche Opposition um Paul Levi war zwar gegen eine Regierungsbeteiligung, äußerte dies jedoch nur verzagt, solange die SPD tatsächlich noch in der Opposition saß.[98]

Die KPD orientierte sich bis 1928 noch an der Strategie der Anpassung und Einheitsfrontpolitik. Damit sollten einerseits sozialdemokratische Arbeiter in Gegensatz zur Führung gebracht und die SPD-Spitze entlarvt werden. Gleichzeitig wurde die KPD unter dem Schlagwort „demokratischer Zentralismus“ umorganisiert, Betriebs- und Straßenzellen aufgebaut. Von der Zentrale gelenkte Sekretäre entschieden, was die Partei vor Ort tat, die Bezirksleitungen waren den Funktionären untergeordnet. Die hohen Anforderungen an die Mitglieder, „jeden Tag im Dienste der revolutionären Sache zu arbeiten“, schreckten allerdings viele ab, ebenso regelmäßige Säuberungswellen unter den Funktionären.[99]

Ein wichtiges Wahlkampfthema war die Einführung des achten Schuljahres, das vor allem von der Landwirtschaft erbittert bekämpft wurde. Die SPD forderte im Wahlkampf lautstark das achte Schuljahr, ebenso den Achtstundentag für Arbeiter und eine Steuerreform. In der „Schwäbischen Tagwacht“ wurden die Bürgerpartei und der Bauernbund scharf angegriffen, das Zentrum als potenzieller Koalitionspartner hingegen geschont. Erklärtes Ziel der SPD war es, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie warf der Regierung vor, einseitig agrarische Politik zu betreiben, in

---

[98] Winkler, S. 332 und Schulze, S. 302

[99] Bahne, S. 657ff., zur Einheitsfrontpolitik siehe Flechtheim, S. 245

außenpolitischen Fragen schwankend und bei der Verwaltungsreform untätig zu sein, zudem eine „reaktionäre Kulturpolitik“ zu betreiben. Die KPD wurde von der SPD weitgehend ignoriert, die Kommunisten hingegen attackierten die Sozialdemokraten scharf.[100]

Der Wahlkampf in *Herrenberg* war geprägt von der Debatte um das achte Schuljahr. Das Thema war schon 1927 in Herrenberg Gegenstand der Diskussion: Auf einer Wahlversammlung der DDP im Januar betonte der Herrenberger Rektor Riethmüller, wie wichtig das 8. Schuljahr sei. Die Kommunalpolitiker wollten vom achten Schuljahr zunächst nichts wissen: Im Gemeinderatsprotokoll vom 22. April 1927 heißt es: „Der Gemeinderat entschied gegen eine Stimme, eine Eingabe an das Kultministerium zu machen, der Stadt wegen Mangel an Räumen, Lehrkräften und finanziellen Leistungen die Einführung zu erlassen.“ Die Bevölkerung sei nicht von der Notwendigkeit des achten Schuljahres überzeugt, glaubte Bürgermeister Wilhelm Haußer. Einen Monat später widerrief der Gemeinderat diese Entscheidung: Rektor Riethmüller und der Schulrat Bauer aus Böblingen hatten widersprochen, es herrsche keine Raumnot, und die 8. Klasse sei von elementarer Bedeutung für die Ausbildung. Außerdem sei der Lehrplan der Volksschule auf eine achtjährige Schulzeit zugeschnitten, die Schüler erhielten also keine vollständige Schulbildung, die viele Industriebetriebe verlangen würden. Der Gemeinderat beugte sich schließlich der Macht der Argumente und revidierte mit zehn zu drei Stimmen den Beschluss, Anfang 1928 trat das 8. Schuljahr in Kraft.[101]

---

[100] Hintergründe zur Schulpolitik siehe Kieß: Kirche und Schule, S. 63, zur Rolle der Parteien in der württembergischen Schulpolitik siehe Mittag: Württembergische SPD, S. 85 und Mittag: Wilhelm Keil, S. 267f. sowie Müller: Bürgerpartei. S. 411

[101] Bericht DDP-Versammlung GB 24.1.1927, GRP 22.4.1927, Bd. 37, S. 186 und GRP 20.5.1927, Bd. 37,

Die Parteienzersplitterung machte auch vor Herrenberg nicht Halt: Am 5. Mai 1928 gründete sich die Wirtschaftspartei, die sich offiziell „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“ nannte. Die Unzufriedenheit des Mittelstandes war auch in Herrenberg stark ausgeprägt: Bei der Generalversammlung des Gewerbevereins am 19. Februar 1928 resümierte der ja bereits aus der DDP ausgetretene Vorsitzende Wilhelm Niethammer: „All die guten Hoffnungen für das vergangene Jahr wurden nicht erfüllt. Die Landwirtschaft hatte durch schlechtes Wetter im Sommer viel Schaden, der Hopfen ist keineswegs geraten.“ Durch die „enge Schicksalsgemeinschaft“ von Landwirtschaft und Gewerbetreibenden in der Landstatt litten beide Stände an akuter Geldknappheit. Ein Jahr später, am 20. Januar 1929 sagte Niethammer in seinem Geschäftsbericht im Rückblick auf das Jahr 1928: „Die Einkommenssituation der Gewerbetreibenden und der Landwirtschaft ist keinesfalls eine befriedigende.“[102]

Herrenberg wurde eine Hochburg der Mittelstandpartei: Auf der Bezirksliste für die Landtagswahl kandidierten zwei Herrenberger, und zwar der Schmiedeobermeister Christian Mäder und der Sattler- und Tapezierobermeister Ludwig Fischer. Mäder gehörte zu einer alten Schmiedefamilie, sein Großvater zog in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts nach Herrenberg. Mäders Vater richtete 1876 das Schmiedegeschäft ein, das der Sohn im Jahr 1900 übernahm. Das Handwerk schien also der Träger der Funktionäre zu sein. Der Vorsitzende wurde der 37-jährige stadtbekannte Fabrikant Friedrich Gebert, der früher die DVP unterstützt hatte. In einer Anzeige zur Wahl warb die Partei: „Der erwachende Mittelstand hat es satt, der Lastesel seiner ‚Freunde’ zu sein.“ Interessant ist der Vergleich mit den anderen

---

[102] Bericht Generalversammlungen 1928 und 1929 des Gewerbevereins GB 20.2.1928 und 21.1.1929, Bd. 37, S. 249

Hochburgen der Wirtschaftspartei im Land: In Schwäbisch Hall, Biberach, Freudenstadt und Leutkirch erhielt die Partei bei den Wahlen ab 1928 überdurchschnittliche Ergebnisse. Diese Städte zeichneten sich wie Herrenberg durch einen hohen Anteil an Selbstständigen, viel Handel und Verkehr sowie wenig Industriebetriebe und Arbeiter aus.[103]

Auch der CVD erhielt im protestantischen Oberamt Herrenberg großen Zulauf. Wie stark er in Herrenberg war, zeigt ein Blick auf die Bezirksliste für die Landtagswahlen: Mit Werkmeister Hermann Neef und Postinspektor Robert Reutter kandidierten gleich zwei Herrenberger, dazu noch mehrere Kandidaten aus dem Gäu. Hermann Neef war auch 1931 Gemeinderatskandidat für den CVD-Nachfolger Christlich-Sozialer Volksdienst (CSVD). Das Ziel der Partei war es, „das öffentliche Leben zu entgiften und den Volkskörper zu gesunden“, wie es in einem Wahlaufruf hieß. In der „Eingesandt“-Spalte des Gäubote gab es eine Auseinandersetzung um die Partei. Am 18. Mai 1928 schrieb ein Autor mit dem Kürzel R.W.B., das Ziel der Partei, das „unchristliche Verhalten“ der anderen Parteien im Umgang miteinander, das viele Christen „mit Ekel“ erfülle, sei konterkariert worden durch die Angriffe auf die Deutschnationale Partei, die bislang immer christliche Werte verteidigt habe. Auch auf Landesebene griffen Bauernbund und Bürgerpartei den CVD an, in der „Schwäbischen Tageszeitung“, dem Organ des Bauernbundes, hieß es: „Wer den CVD wählt, wählt sozialdemokratisch.“[104]

Auch die Volksrechtpartei wurde in Herrenberg ins Leben gerufen, wie im Land arbeitete sie mit dem Sparerbund zusammen. Die

---

[103] Bericht über die Gründung der Wirtschaftspartei in Herrenberg GB 5.5.1928, Bezirkslisten der Wirtschaftspartei GB 8.5.1928, Anzeige GB 19.5.1928, siehe auch Schnabel S. 39f.

[104] Bezirkslisten GB 8.5.1928, Schwäbische Tageszeitung-Aufruf zitiert nach Schnabel, S. 39

Herrenberger Ortsgruppe des Sparerbundes lud im Hotel Sonne zu einem „Vortrag der Volksrechtpartei über Daweslasten, Kreditnot und Aufwertung“ am 11. Mai 1928 ein. Am 16. Mai erklärte die Volksrechtpartei ihre Ziele: Gerechte Aufwertung der Kriegsanleihen und Spareinlagen, Herabsetzung der Lasten durch den Dawes-Plan, steuerliche Entlastung und Schutz des Mittelstandes, Sicherung der Währung. Zudem wurden in die Anzeige populäre Parolen gegen „Parteiwillkür“ und „Gesetzesmacherei“ eingebaut.[105]

Das Auftreten neuer Mittelstands- und Wirtschaftsparteien musste die Liberalen weiter schwächen. Die DDP gab weitaus weniger Anzeigen auf als in den Wahlkämpfen zuvor, die DVP versuchte in einer Versammlung am 12. Mai die Interessenparteien zu bekämpfen. „Agitatorische Forderung einseitig eingestellter Parteien könnten sich nicht erfüllen“, hieß es im Bericht. Versprochen wurden Steuersenkungen für den Mittelstand, die durch einen radikalen Sparkurs finanziert werden sollten: „Steuern und öffentliche Gelder dürfen nicht unproduktiv in öffentlichen Bauten verschwendet werden.“ Im Wahlaufruf wurde aggressiv gegen die Wirtschaftspartei polemisiert: „Ihr wisst es längst! Nicht die 11 Männchen Wirtschaftspartei mit ihrem Welfenanhang haben Handel und Handwerk geschützt, das tat die Deutsche Volkspartei!“[106]

Der Bauernbund hatte Erfolg mit dem Vorwurf gegen Demokraten und Sozialdemokraten, die Macht der Zentrale in Berlin auf Kosten der Länder ausdehnen zu wollen, das Schlagwort lautete „Einheitsstaat“. So wurde argumentiert: „Wir wollen aus Württemberg keine von Berlin aus regierte Grenzprovinz machen lassen, sondern wir wollen unsere Selbständigkeit und Eigenart als Land behaupten.“ Das Vorhaben der

---

[105] Anzeigen Volksrechtpartei GB 8.5. und 16.5.1928

[106] Bericht DVP-Wahlversammlung GB 12.5.1928, Anzeige GB 19.5.1928

Linksparteien, die Lebensmittelzölle aufzuheben, sei zum Schaden für die Landwirtschaft, sagte Theodor Körner bei einer Versammlung des Bauernbundes in Unterjettingen. Erneut kritisierte er die Verständigungspolitik und die Schuldenlast durch die Reparationen.[107]

Der Bürgerpartei gelang es, einen prominenten Gast nach Herrenberg zu holen: Staatspräsident Wilhelm Bazille sprach am 29. April 1928 über die Erfolge seiner vierjährigen Regierungszeit. Die Ertragssteuern seien von acht auf fünf Prozent gesunken, was nur durch zusätzliche zwölf Millionen Mark aus Reichskasse möglich gewesen sei, gegen die Stimmen von württembergischer DDP und SPD. Württemberg sei ein Musterland: „In keinem deutschen Lande sind die Verhältnisse so gefestigt wie in Württemberg. Unser Land verfügt auch über die besten Finanzen und hat die geringste Arbeitslosigkeit im Deutschen Reiche.“ Die Bürgerpartei versuchte in diesem Wahlkampf, mit Veranstaltungen in den Gäugemeinden auch „Bürgerparteiler“ auf dem Land anzusprechen, zum Beispiel am 6. Mai in Unterjettingen.[108]

Die Sozialdemokratie litt an ihrem alten Strukturproblem, dass ihre Redner aus der Stadt kamen und sich mit den Verhältnissen auf dem Land kaum auskannten. Der Referent Hipp aus Tübingen versuchte, auf einer Versammlung in Entringen das 8. Schuljahr zu verteidigen. Als ein Gemeinderat die Ablehnung des 8. Schuljahres in der Gemeinde begründete, musste der sozialdemokratischer Redner einräumen, dass unter solchen finanziellen Umständen die Ablehnung „begreiflich“ sei. Im Wahlaufruf der SPD versuchte man immerhin, gezielt die Bauern anzusprechen: Die Industriezölle der Deutschnationalen hätten die Maschinen für die Landwirtschaft verteuert, die Lebensmittelzölle die Lebenshaltung für die Kleinbauern.

---

[107] Aussage Grenzprovinz zitiert nach Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 42, Bericht über die Bauernbund-Versammlung GB 10.5.1928

[108] Bericht Bürgerpartei-Versammlungen GB 2.5. und 12.5.1928

Der Bauernbund vertrete nur die Großgrundbesitzer, am Ende hieß es: „Fort mit den reaktionären Dienern der Großgrundbesitzer! Für die kleinen Leute in Stadt und Land!“ Ingesamt blieb die Wahlkampfaktivität der SPD im Bezirk schwach: Nur eine Anzeige, nur zu zwei Versammlungen wurde im Lokalblatt aufgerufen. Durchaus typisch für evangelische Agrargebiete: Gerade 1928 machte sich die organisatorische Schwäche der SPD in diesen Teilen Württembergs bemerkbar.[109]

Das Ergebnis der Reichstags- und Landtagswahlen brachte einen großen Sieg der Sozialdemokratie, die mit 29,8 Prozent im ganzen Reich ihre Position als stärkste Partei ausgebaut hatte. Gleichzeitig verbesserte sich die KPD von neun auf 10,5 %, insgesamt war die Linke so stark wie noch nie in Weimar. Die Deutschnationalen hingegen verloren von 20,5 % im Jahr 1924 mehr als ein Drittel ihrer Stimmen und gingen auf 14 Prozent zurück. Auch die liberalen Parteien mussten heftig Federn lassen zugunsten der Mittelstandsparteien. Vor allem bei der DDP war die Enttäuschung groß, hatte man nach der Aufbauarbeit mehr als ein Ergebnis von 4,9 Prozent erhofft. Bei der SPD herrschte großer Jubel über das Ergebnis.[110]

In *Württemberg* verlor die Regierungskoalition aus Zentrum, Bürgerpartei und Bauernbund rund acht Prozent der Stimmen. Die Bürgerpartei ging auf rund sechs Prozent zurück, der Bauernbund verlor seine Spitzenstellung mit knapp 18 Prozent. Untersuchungen der Wählerwanderungen zeigen, dass der CVD seine Wähler von den konservativen Parteien abgeworben hatte. Wo der CVD mit vielen

---

[109] Bericht Versammlung GB 16.5.1928, Anzeige GB 18.5.1928

[110] Ergebnis Reichstagswahl siehe Anhang, Einschätzungen zum Wahlergebnis siehe auch Schulze S. 303 und Winkler, S. 334, sowie Mommsen, S. 305, zu besonderen Situation der liberalen Parteien bei der Wahl 1928 siehe Stephan, S. 386

Kandidaten antrat, erreichte er sogar zweistellige Ergebnisse, in den übrigen Regionen reagierten die konservativen Wähler zum Teil mit Wahlenthaltung. Unter dieser litt vor allem der Bauernbund in Oberämtern, in denen er 1924 besonders starke Zuwächse gehabt hatte.[111] Die Abwanderung der Landwirte war jedoch in Württemberg nicht so stark wie im Reich, wo sich die bäuerlichen Landbünde von der DNVP abgewandt hatten. Während die Wahlen 1928 in Nord- und Ostdeutschland der Anfang vom Ende der DNVP als ländliche Volkspartei bedeuteten, konnte der Bauernbund als ländlicher Teil der Konservativen dieses Potenzial zumindest 1928 noch binden.[112]

Die DDP verlor weiter und erreichte weniger als zehn Prozent der Stimmen, die DVP etwa fünf Prozent. Über den Niedergang der DDP schrieb Griesmeier in seiner Analyse: „Mit dem selbständigen Auftreten des Bauern- und Weingärtnerbundes ab Juni 1920 verlor die Demokratische Partei in den landwirtschaftlichen Oberämtern innerhalb weniger Wahlen den größten Teil ihrer Anhängerschaft, in anderen Ämtern [...] musste sie einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler der neugebildeten Deutschen Volkspartei aber auch an ad hoc-Parteien [...] abgeben.“ Die Volksrechtpartei hatte im liberalen „Stammland“ Erfolg und holte rund vier Prozent, die Wirtschaftspartei blieb mit 1,6 Prozent recht bedeutungslos. Trotzdem lagen die DDP-Ergebnisse immer noch deutlich vor denen auf Reichsebene. Die SPD wurde mit knapp 24 Prozent wieder stärkste Partei im Land. Die KPD verlor wegen der internen Machtkämpfe und der wirtschaftlichen Stabilisierung rund vier Prozent. Die SPD machte den Kommunisten den Status als

---

[111] Weber, S. 494f.
[112] Pyta: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 302f.

Protestpartei streitig. Kraftlos wirkte der Versuch, die Sozialdemokraten als „Helfershelfer des Bürgerblocks“ abzustempeln.[113]

In *Herrenberg* fielen zwei markante Entwicklungen auf: Eine sehr niedrige Wahlbeteiligung von nur rund 60 Prozent im Oberamt. Der Gäubote titelte: „Im Zeichen der Wahlmüdigkeit“. Zweitens errangen die neuen Parteien überdurchschnittliche Ergebnisse, was zu einer starken Zersplitterung des Parteiensystems in der Stadt führte. Voran die Wirtschaftspartei, die fast elf Prozent errang, und der Christliche Volksdienst CVD, der fast neun Prozent der Stimmen bekam. Auch die Volksrechtpartei erreichte mit 5,6 Prozent ein hervorragendes Resultat. Während die DVP bei rund sieben Prozent stabil blieb, musste die DDP weitere drei Prozent abgeben. Im gesamten Oberamt Herrenberg kamen beide Parteien mit fünf bzw. drei Prozent fast an den Rand zur Bedeutungslosigkeit.

Der CVD erreichte auch im Oberamt fast sieben Prozent der Stimmen, was vor allem zu Lasten der Bürgerpartei ging: Diese blieb mit 12,5 Prozent in der Stadt und rund vier Prozent im Oberamt weit hinter früheren Ergebnissen zurück, der Bauernbund hingegen hielt sich mit 14 Prozent in der Stadt und 57 Prozent im Oberamt bei geringen Verlusten stabil und hielt auch alte Hochburgen wie Affstätt oder Oberjesingen. Besondere Erfolge konnte der CVD in Entringen mit fast 38 Prozent und in Unterjesingen mit 15 Prozent feiern. Wie im Land zeigte sich also, dass viele ehemalige Anhänger der Bürgerpartei und des Bauernbundes zu der neuen evangelischen Partei überwechselten. Das hing wohl mit der lebhaften Agitation des CVD in der Stadt zusammen: Auch nach der Wahl hielt die neue Partei regelmäßig Versammlungen ab, so berichtete etwa der Landesvorsitzende Bausch

---

[113] Ergebnis Landtagswahl im Anhang, siehe auch Rommel S. 155 und Greiffenhagen S. 185, Griesmeier S. 122

am 13. Juli 1928 über die „Kleinarbeit im Landtag“, am 4. Mai 1929 sprach der Landtagsabgeordnete Kling über die politische Lage.[114]

Die SPD konnte vom Aufschwung in Reich und Land nicht profitieren und blieb bei knapp 16 % in der Stadt und 5 % im Oberamt. Auch die KPD behielt ihre Anhängerschaft und veränderte ihr Ergebnis nur um Zehntelprozente, Gärtringen, Nufringen und Öschelbronn blieben ihre Schwerpunkte. Die NSDAP blieb ebenfalls unbedeutend: Sie hatte in Herrenberg nur eine einzige Wahlversammlung abgehalten. Die Ortsgruppe existierte noch, doch schaffte es die Partei im Wahlkampf nicht einmal, Anzeigen aufzugeben. Das Ergebnis fiel dementsprechend aus: Zwischen einem und zwei Prozent im Oberamt, die guten Ergebnisse in der Stadt von 1924 waren nicht zu wiederholen.[115] Niedergeschlagen der Kommentar im Rückblick von Eugen Rauch: „Die Wahlen vom 20. Mai 1928 brachten uns keinen Fortschritt.“[116]

Beim Blick auf das Gesamtergebnis fällt die extreme Parteienzersplitterung in der Stadt auf: Keine Partei erreichte mehr als 20 Prozent der Stimmen, dagegen gab es fünf Mittelparteien zwischen zehn und 20 Prozent. Generell änderte sich nichts an den Kräfteverhältnissen: Die Linke verharrte bei etwa einem Viertel der Stimmen, die bürgerliche Mehrheit blieb unangetastet, und die Konservativen dominierten das Umland, während liberale und mittelständische Parteien in der Stadt fast 40 Prozent der Stimmen holten. Die Mitte verteilte sich aber auf viele Kleinparteien. Im Oberamt blieb der Bauernbund mit der absoluten Mehrheit eine konstante Größe, die kleinen Parteien konnten nicht über zehn Prozent kommen

---

[114] GB 15.7.1928

[115] Ergebnis Landtags- und Reichstagswahl GB 21.5.1928, siehe Anhang

[116] Bericht von Rauch über die Ortsgruppe, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

und zersplitterten sich ebenfalls. Auffallend im Gäu war die organisatorische Schwäche aller Parteien außer dem Bauernbund, sieht man von einzelnen Hochburgen ab. Insgesamt waren die Wahlen 1928 Ausnahmewahlen: Innen- wie außenpolitisch herrschten stabile Verhältnisse, die Weltwirtschaftskrise sollte erst zwei Jahre später ausbrechen. Die extremen Parteien wurden geschwächt, die Sozialdemokratie gestärkt.[117]

Auf *Reichsebene* strebte die SPD nach fünf Jahren in der Opposition wieder in die Regierung. Es wurde eine große Koalition gebildet unter dem 56-jährigen Mannheimer Hermann Müller (SPD) als Reichskanzler, getragen von SPD, Zentrum, DDP und DVP. Sie hatte mit 60 % der Reichstagssitze sogar eine recht komfortable Mehrheit. Die Verhandlungen waren jedoch extrem kompliziert. Die bürgerlichen Parteien lehnten die von der SPD geforderte Vermögenszuwachssteuer ab, die DVP speziell die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. Die DVP forderte zudem eine Regierungsbeteiligung in Preußen, das Zentrum überproportional viele Ministerposten. Einmal mehr war Gustav Stresemann die Schlüsselfigur, der allerdings schon an einer unheilbaren Krankheit litt. Er konnte die Regierungsbildung nur durch Briefe und Telegramme vom badischen Schlosshotel Bühlerhöhe aus beeinflussen, wo er nach einem gesundheitlichen Zusammenbruch in Rekonvaleszenz war. Obwohl der rechte Parteiflügel um den DVP-Fraktionsvorsitzenden eine Erneuerung in der Opposition einer Koalition mit den „Marxisten“ vorzog, erklärte Stresemann in einem als „Schuss von Bühlerhöhe“ berühmt gewordenen Telegramm, als Fachminister in einer großen Koalition mitarbeiten zu wollen.[118]

---

[117] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 40

[118] Eine detaillierte Schilderung der Regierungsbildung siehe Winkler, S. 336, zur Haltung der beiden liberalen Parteien als Schlüsselfaktoren siehe Richter: Deutsche Volkspartei, S. 498 und Stephan, S. 400

Es wurde ein „Kabinett der Persönlichkeiten“: Die SPD nominierte den loyal zum Parteiapparat stehenden Hermann Müller als Kanzler, anstelle des unabhängigen und auch in bürgerlichen Kreisen respektierten preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun.[119] Weiterhin stellte die SPD den ehemaligen preußischen Innenminister Carl Severing als Reichsinnenminister, Rudolf Hilferding als Finanzminister und den Gewerkschafter Rudolf Wissell als Reichsarbeitsminister. Otto Braun zog sich enttäuscht auf seine preußische Bastion zurück. Die DVP schickte neben Stresemann dessen Vertrauten Julis Curtius als Wirtschaftsminister, das Zentrum den Fraktionsvorsitzenden Theodor von Guérard als Verkehrsminister in das neue Kabinett, die linksliberale DDP entsandte ihren Vorsitzenden Erich-Koch-Weser und den Fraktionschef Hermann Dietrich in die Regierung.[120]

In *Württemberg* stellte die SPD nun wieder den Landtagspräsidenten. Der Versuch, die alte Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum mit Wilhelm Keil als Staatspräsident an der Spitze wiederzubeleben, scheiterte jedoch am Zentrum, das sich einer Kooperation mit der SPD verweigerte. Allerdings wollten auch die liberalen Parteien in Württemberg nicht mitregieren, solange Wilhelm Bazille im Kabinett saß. Der DDP-Landesvorsitzende Bruckmann hatte schon 1928 eine Regierungsbeteiligung angestrebt, war damit jeodch in der Minderheit geblieben.[121] So bildete das Zentrum unter Eugen Bolz als

---

[119] Vogt, Martin: Hermann Müller, in: Sternburg, Wilhelm von: Die deutschen Kanzler, Berlin 2006. S. 251-271, hier S. 260

[120] Schulze, S. 304 und Winkler, S. 338, für die Entscheidung der SPD für Müller und gegen Braun macht Mommsen Ressentiments der Reichstagsfraktion gegenüber den eigenwilligen preußischen Genossen einerseits und andererseits die althergebrachte SPD-Tradition verantwortlich, wonach der dienstälteste und verdienteste Parteiführer in der Rangfolge in Führungsfunktionen nachrückte, siehe Mommsen, S. 308

[121] Besson, S. 35ff. und Rommel, S. 156

Staatspräsident eine Minderheitsregierung, toleriert von DVP und CVD. Die SPD versuchte vergeblich, diese Konstellation zu Fall zu bringen, zunächst per Misstrauensvotum und dann per Klage vor dem Staatsgerichtshof gegen die Geschäftsordnung, die das Misstrauensvotum knapp gekippt hatte. Die SPD ging auf deutliche Konfrontation zur bürgerlichen Regierung, Kurt Schumacher wurde zunehmend zur prägenden Stimme in der Partei. Die Phase einer übergreifenden Koalition zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen ab 1928 fand damit in Württemberg nicht statt. Die Landesregierung wurde in ihrer Stellung im Landtag weiter geschwächt, als den Splitterparteien Volksrechtpartei und NSDAP vom Staatsgerichtshof nachträglich drei Mandate zuerkannt wurden, weil Bestimmungen des Wahlrechts für verfassungswidrig erklärt wurden.[122]

10.2. Gemeinderatswahl Dezember 1928

Aus dem Gemeinderat schieden turnusmäßig nach sechs Jahren die Räte Ruoff, Gerlach, Zinser, Krauß, Baur, Nuoffer und Kohler aus. Bevor der Wahlkampf richtig losging, entbrannte am 16. Oktober 1928 im Gemeinderat eine heftige Diskussion um den Wahltag. DDP-Rat Friedrich Rauser schlug den Samstag als Wahltag vor, SPD-Rat Heinrich Kohler widersprach wegen der „Unmöglichkeit für einen Teil der Arbeiterschaft, am Samstag ihrem Wahlrecht nachzukommen“. Unterstützt wurde er von Karl Bökle (DDP) mit dem Argument, am Sonntag sei man ohnehin schon zum Ausgehen angezogen. Dennoch entschied sich die Mehrheit knapp gegen den Antrag der SPD auf Sonntagswahl, die Wahlzeit wurde für Samstag von 10 bis 20 Uhr festgelegt. Doch damit wollte sich die SPD nicht zufrieden geben: Eine

---

[122] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 116ff., Zur Haltung der Parteien in der Regierungsbildung siehe Mittag: Württembergische SPD, S. 85ff. und Mittag: Wilhelm Keil, S. 271 und Müller: Bürgerpartei, S. 412f.

Woche später stellte Fritz Böckle erneut einen Antrag auf Sonntagswahl, der neben den drei SPD-Räten auch von Karl Bökle (DDP), Christian Bührer und Wilhelm Zerweck (DDP) unterstützt wurde. Bei Stimmengleichheit entschied Bürgermeister Reinhold Schick zugunsten der Sonntagswahl.[123]

Wie schon in den Vorjahren standen Personen im Mittelpunkt der Gemeinderatswahlen. Die bürgerlichen Parteien verzichteten gänzlich auf Parteilisten und schlossen sich zu zwei Wahlvorschlägen zusammen: „Bürgersinn“ und „Bürgerpflicht“. Auf beiden Listen dominierten jedoch Vertreter der DDP: Karl Bökle und Friedrich Keck führten die „Bürgerpflicht“ an, dazu kam noch DVP-Chef Gregor Miller und der Maler Christian Böckle. Letzterer sollte sich später den Nationalsozialisten anschließen. Beim „Bürgersinn“ war Wilhelm Niethammer die bekannteste Person, dazu gesellte sich Albert Zinser. Außer dem Kaufmann Johannes Traub, der sich parteipolitisch nicht einordnen lässt, kandidierten nur noch relativ unbekannte Kandidaten auf der Liste. Die beiden Listen lassen sich weder parteipolitisch noch berufsständisch ordnen, die Zusammenstellung der Personen scheint entweder ein Verhandlungsergebnis oder eine Ausfluss strategischer Überlegungen gewesen zu sein. Ursprünglich hatte man noch eine gemeinsame bürgerliche Liste aufstellen wollen und am 22. November bei einem Treffen aller Parteiführer auch eine Absprache erzielt. Jedoch wurde das nicht umgesetzt, über die Gründe ist nichts bekannt.[124]

Den Sozialdemokraten war eine Überraschung gelungen: Für die „Einheitsliste der Arbeiter und Angestellten“ wurde der bekannte Kaufmann Oskar Ansel gewonnen, der 1925 in Herrenberg ein Schirm-

---

[123] GRP 16.10.1928, Bd. 38. S. 694 und GRP 23.10.1928, Bd. 38, S. 726, GB 17.10. und 24.10.1928

[124] Berichte über die bürgerlichen Parteien GB 19.12.1928 und 22.12.11.1928

und Stockgeschäft gegründet hatte. Der 41-Jährige war Geschäftsführer der Berufsfeuerwehr, Mitglied im Hundesportverein, Schriftführer der Herrenberger Feuerwehr und ab 1927 Vorsitzender des wichtigen Männerturnvereins als Nachfolger von Gustav Gall. Zudem wurde im Gäubote gemeldet, der kaufmännische Berufsverband DHB unterstütze den Wahlvorschlag der Einheitsliste. In einer Anzeige vom 29. November stellte der Verband klar, dass er nicht explizit die SPD unterstütze, die Einheitsliste sei eine parteipolitisch neutrale Plattform. Oskar Ansel gehöre dem DHB an, unterstütze aber den „Verband SPD“ nicht. Am 6. Dezember entgegnete ein anonymer Anzeigenschreiber, wohl aus dem bürgerlichen Lager: „Und nun stellt der Wahlausschuß [der Einheitliste, Anm. d. Verf.] einen sozialdemokratischen Redner auf. Heißt man das ‚parteimäßig völlig neutral’? Nein, das heißt soviel wie ‚Ihr habt Euch in die Tinte gesetzt.’“ Nichtsdestoweniger blieb Ansel auf der SPD-Liste. Ob die KPD sich an der Liste beteiligte oder wie im Jahr 1925 lediglich organisatorisch zu schwach war, um eine eigene Liste aufzustellen, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Neben Oskar Ansel kandidierten auf der „Einheitsliste“ die amtierenden Räte Paul Marquardt und Heinrich Kohler sowie Wilhelm Morlock, auch Albert Stotz als stellvertretender Vorsitzender der Naturfreunde trat an, dazu ein Gärtner und ein Küfer.[125]

Eine heftige Auseinandersetzung gab es im bürgerlichen Lager. Dabei ging es immer um einzelne Personen. In Anzeigen machten sich anonyme Schreiber für eine „Personenauffrischung“ stark, nachdem sich die Zusammensetzung des Gemeinderates in den letzten Jahren

---

[125] Berichte Oskar Ansel: Spruchkammer-Akten im Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 902/4, Geschäftsführer Bezirksfeuerwehr GB 7.1.1926, Mitglied Hundsportverein GB 2.2.1926, Schriftführer FW GB 8.5.1926, Vorsitzender MTV GB 17.1.1927, Anzeigen GB 28.11., 29.11. und 6.12.1928, Naturfreunde Stotz GB 16.12.1927

kaum geändert hatte. Auch wurden einzelne Gemeinderäte angefeindet, wie zum Beispiel Karl Bökle in einer anonymen Anzeige vom 7. Dezember 1928: Er sei als Feuerwehrkommandant unentbehrlich, „aber auf dem Rathaus ist seine Wirtschaftsgruppe stark genug vertreten. Darum tretet für die Entlastung dieses Mannes ein. Auswahl ist genügend vorhanden.“ Am 8. Dezember, dem Tag vor der Wahl, erfuhr Karl Bökle hingegen Unterstützung durch seine Kameraden: „Die Feuerwehr wählt geschlossen Karl Bökle.“[126]

Auch Albert Zinser sah sich Angriffen ausgesetzt, so in einer ebenfalls anonymen Anzeige am 8. Dezember: „Weite Kreise der Bürger- und Wählerschaft können nämlich Beweise dafür antreten, daß der ‚Vielgepriesene’ in mehreren Fällen sich weder uneigennützig gezeigt noch als im Dienste der Allgemeinheit stehend erwiesen hat. Aus diesem Grund wird Zinser von uns nicht gewählt. Die Mehrzahl der Wähler.“ Die Antwort kam am selben Tag, in einer Anzeige wurden Wilhelm Niethammer und Albert Zinser gelobt: „Herr Niethammer hat sich als Vorstand des Gewerbe- und Handelsvereins außerordentlich viel Mühe gegeben, um die Belange des Handwerks und des Gewerbes. [...] Wäre ohne Zinser der Liederkranz, was er ist? [...] Alle Achtung, wie sie sich Mühe gegeben haben mit der Erweiterung ihrer Betriebe.“ Schließlich wandten sich Karl Bökle, Friedrich Keck und Wilhelm Niethammer in einer gemeinsamen Anzeige am Tag vor der Wahl an die Öffentlichkeit: „Wir bedauern, daß der seither anständig verlaufene Wahlkampf dieses Mal von einigen Gegnern in solch unfairer und unwahrer Weise geführt wird.“ Es gebe keinen

---

[126] Anonyme Anzeigen GB 28.11.1928 und GB 7.12.1928, Entgegnung Feuerwehr GB 8.12.1928

stichhaltigen Grund, warum die angegriffenen Räte zur Ausübung eines Gemeinderatsmandates nicht mehr berechtigt sein sollten.[127]

Der „Bürgersinn“ wurde mit 41 Prozent der Stimmen stärkste Liste und erhielt drei Sitze, Wilhelm Niethammer blieb mit 902 Voten der Stimmenkönig. Es folgten Albert Zinser mit 728 Stimmen und Johannes Traub mit 568 Stimmen. Die zweite bürgerliche Liste „Bürgerpflicht“ erhielt 25 Prozent der Stimmen, Karl Bökle mit 731 und Friedrich Keck errangen die beiden Mandate, während der DVP-Vorsitzende Gregor Miller einmal mehr scheiterte und lediglich 253 Stimmen erreichte. Die „Einheitsliste“ erreichte immerhin 33,5 Prozent, Oskar Ansel verfehlte mit 401 Stimmen aber recht deutlich den Einzug in den Gemeinderat. Die SPD hatte damit aber das Wählerpotenzial der Linken um sechs Prozent erheblich ausgedehnt. Gewählt wurden Paul Marquardt mit 869 Stimmen, Wilhelm Morlock kehrte nach drei Jahren mit 827 Stimmen in den Gemeinderat zurück. Heinrich Kohler schied hingegen aus dem Gemeinderat aus. Die politischen Kräfteverhältnisse blieben in der Kommunalpolitik wieder einmal stabil: Die DDP stellte mit der gleichen Besetzung von den insgesamt elf bürgerlichen Sitzen sechs Mandate: Friedrich Rauser, Wilhelm Zerweck und Gottlob Gerlach waren bis 1931 gewählt, Karl Bökle, Albert Zinser und Friedrich Keck wurden bestätigt. Die Linke behauptete immerhin drei Sitze, Fritz Böckle war ja bis 1931 gewählt. Die Bürgerpartei verlor mit Häffelin einen profilierten Kopf, ihr blieb nur noch der Stimmenkönig Niethammer, der sich jedoch nicht ohne Weiteres für Parteiarbeit vereinnahmen ließ. NSDAP und KPD blieben dem Kommunalparlament ebenso fern wie die DVP oder die neuen Parteien CVD oder die Mittelstandsparteien. Es fehlte ihnen an Organisationsmacht und Rückhalt im ehrenamtlichen Leben der Stadt, ohne den eine Kandidatur bei der personalisierten

---

[127] Anzeigen GB 8.12.1928

Gemeinderatswahl schwierig war. Das entsprach durchaus dem Landestrend, die Wahlen 1928 bestätigten im wesentlichen die politischen Verhältnisse auf den Rathäusern.[128]

10.3. Vergleich mit anderen Städten

Stabilisierung, Entradikalisierung und Aufschwung: Diese Schlagworte beschreiben grob die Entwicklung der Jahre 1924 bis 1928, im Reich, im Land und auf lokaler Ebene. Der Blick in andere Städte soll zeigen, wie sich das unter dem Vorzeichen verschiedener Sozialstrukturen und Konfessionen unterschiedlich gestaltete. In den **Industriestädten** war klar erkennbar: Die KPD verlor zwar einen Teil ihrer Anhänger, verschwand aber nicht wie die NSDAP vollkommen von der Bildfläche und behielt eine solide Basis. Die SPD stabilisierte zwar ihre Ergebnisse, allerdings auf niedrigem Niveau und ohne das Verhältnis zur KPD innerhalb der Arbeiterschaft entscheidend zu ihren Gunsten verändern zu können. Die Gewinne der SPD gingen meistens zu Lasten der bürgerlichen Parteien, also der Liberalen und Konservativen. Diese litten unter der Vielzahl von neuen Splitterparteien.

So ließ sich auch in *Stuttgart* eine deutliche Stabilisierung der politischen Lage feststellen. Die Wahlen des Jahres 1924 hatten dem Völkisch-Sozialen Block rund 5 % beschert, im Dezember waren es nur noch zwei Prozent. Die SPD fielen zunächst mit 14 % hinter die Kommunisten mit 15 % zurück, stabilisierten sich im Dezember 1924 und 1928 wieder auf über 20 Prozent. Die DDP konnte mit etwa 12 % nicht mehr an die Ergebnisse von 1919 anknüpfen. Bei den Gemeinderatswahlen hat sich die SPD 1926 sogar auf 18 von 60 Sitzen stabilisiert, allerdings auch die KPD mit 9 Sitzen. Die DDP ging

---

[128] Ergebnisse der Gemeinderatswahl GB 10.12.1928, siehe Anhang

auf 9 Sitze zurück, während die rechten Parteien deutlich gestärkt wurde. Der CVD und die Volksrechtpartei errangen bei den Kommunalwahlen im Jahr 1928 erstmals Gemeinderatssitze.[129]

Die Auseinandersetzung von SPD und KPD nahm an Schärfe zu, trotz der gemeinsamen Agitation beim Volksentscheid zur Fürstenenteignung. Die KPD behauptete gar, die SPD sei gefährlicher für die Arbeiter als die Unternehmer. Die SPD baute ihre Organisation aus, vor allem die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) und Jungsozialisten. Der Umzug der Geschäftsstelle vom alten Tagwachtgebäude an der Hauptstädter Straße machte das neue Hauptquartier in der Friedrichsstraße zum Zentrum der Stuttgarter und Württemberger und SPD.[130] Die Nationalsozialisten konnten zwar unter Eugen Munder eine neue Ortsgruppe gründen und 1925 durch das Wohlwollen der Polizei eine Redeerlaubnis für Hitler in der Liederhalle erhalten, was zu 3000 bis 4000 Zuhörern führte. Doch bei der Gemeinderatswahl erzielte die NSDAP nur 1,3 %, damit begann der Abstieg der Ortsgruppe, der bis 1930 anhielt. Bei den Gemeinderatswahlen 1928 erreichte die NSDAP unter dem Antisemiten Hugo Kroll nur 1,1 % der Stimmen. Es folgten schnelle Wechsel im Ortsgruppenvorsitz und finanzielle Unregelmäßigkeiten.[131]

Auch in *Sindelfingen und Böblingen* kehrte wieder Stabilität ein, die KPD verlor in Sindelfingen 1925 die Hälfte ihrer Stimmen bei der Gemeinderatswahl, gewann allerdings 1928 ihren Sitz wieder. Die NSDAP beteiligte sich gar nicht erst an dieser Wahl und spielte in beiden Städten bei den Wahlen 1928 keine Rolle mehr. Während die

---

[129] Kohlhaas, S. 86f.

[130] Nachtmann, Walter: Allein gegen rechts. Die Stuttgarter SPD in den Jahren 1926 bis 1945, in: Bassler, Siegfried (Hrsg.): Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart, Stuttgart 1987, S. 96-115, hier S. 97ff.

[131] Kohlhaas, S. 89 und Nachtmann: Allein gegen rechts, S. 99 sowie Müller: Stuttgart im NS, S. 22

SPD in Sindelfingen mit 35 Prozent bei den Reichstagswahlen 1928 wieder die Führung übernahm, blieb die KPD in Böblingen mit 23 Prozent dominant.[132]

In *Esslingen* ging 1925 die „rote“ Gemeinderatsmehrheit aus SPD und KPD endgültig verloren. Die KPD hatte bei den Wahlen 1924 im Mai noch 23,9 % erreicht (SPD 21,1 %), im Dezember erzielte die KPD nur noch 20,3 % (SPD: 25,5 %). Damit begann eine längere Dürreperiode für die Esslinger Kommunisten. Sie verloren auch bei den Gewerkschaften bis 1928 ihre Mehrheit, ihre Politik der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) brachte sie in Gegensatz zur gewerkschaftlichen Mehrheit. Weitere Beispiele: Bei der OB-Wahl 1929 erreichte der KPD-Kandidat nur 5 % der Stimmen. Der Versuch, 1928 einen „Anti-Kriegstag“ in Esslingen einzuführen zeigte, dass die Partei nur durch das Herbeifahren von Mitgliedern aus dem ganzen Land noch Massen in Esslingen mobilisieren konnte. Die SPD übernahm 1928 mit 36 Prozent wieder die Führung im Arbeiterlager. Allerdings war die Betriebszelle der KPD in der Maschinenfabrik Esslingen (ME) nach wie vor aktiv und hatte wohl auch eine Mehrheit der Belegschaft hinter sich, sie galt landesweit als vorbildlich.[133] Aus der ME stammte auch Wihelm Murr, der ebenso wie der württembergische SA-Chef Deitrich von Jagow in Esslingen wirkte. Die NSDAP hatte damit in Esslingen schon früh eine gewisse proletarische Basis, bei den Wahlen 1924 hatte sie 6,4 % erreicht. Der NSFB spielte in Esslingen keine Rolle, unter Murr wurde die NSDAP-Ortsgruppe rasch wieder aufgebaut. Allerdings stieg Murr schnell zum Gaupropagandaleiter auf und konnte sich kaum noch um die Esslinger Ortsgruppe kümmern, schließlich wurde er am 1. Februar 1928 zum Gauleiter Württemberg

---

[132] Heimberger, S. 132 und Zecha, S. 40
[133] Glück, S. 126ff.

berufen. Esslingen wurde Sitz der NSDAP im Land. Die Ortsgruppe, seit 1928 von Georg Weinmaier geleitet, hatte im Jahr 1928 offiziell 78 Mitglieder in ihren Reihen, trotzdem war die NSDAP mit 3,1 % bei den Wahlen 1928 nur noch eine Splitterpartei.[134]

In *Pforzheim* war die NSDAP nach dem Verbot ebenfalls schwach organisiert, es gab aber mindestens einen Bodensatz von 20 Mitgliedern. Der Parteigau war zentral organisiert, schon ab 1926 gab es NS-Parteizeitungen in Pforzheim. Zielgruppen dieser neuen Publikation waren Bauern („Der deutsche Bauer wacht auf“) und Mittelstand („Marxistisch-kapitalistische Einheitsfront gegen den Mittelstand?“).[135] Mit solch effektiver Propaganda steigerten die Nationalsozialisten vor den 1928er Wahlen ihre Aktivitäten erheblich, im „Bürgerbräu“-Saal kamen fast 400 Zuhörer zu einer zentralen Wahlveranstaltung. Am 26. April 1928 trat Adolf Hitler in Pforzheims Saalbau auf. In der größten Halle der Stadt versammelte er 1800 Zuhörer, darunter aber nur ein sehr geringer Teil Arbeiter. Die Ortsgruppe der NSDAP erfuhr einen großen Aufschwung, bei den Wahlen 1928 wurde davon allerdings mit einem mageren Resultat von 2,9 % noch wenig sichtbar.[136]

Die unkonventionelle Protestwelle in *Ulm* ebbte bis 1928 ebenfalls wieder ab. Schon 1925 hatte die Protestbewegung „Friedensgesellschaft“ weniger Stimmen erzielt, die DDP aber ebenfalls verloren. Nach den Gemeinderatswahlen 1928 verschwand die inzwischen in „Stadtbund“ umbenannte Protestgruppe durch Aus- und Übertritte zu DNVP und DVP schließlich ganz. Die NSDAP spielte

---

[134] Kienzle, Gisela: Die Stadt Esslingen im Spiegel der Wahlen von 1930 bis 1932, in: Von Weimar bis Bonn. Esslingen 1919-1949, Sigmaringen 1991, S. 49-89, hier Wahlergebnisse Esslingen auf S.52, und Nachtmann: NSDAP in Esslingen, S. 237 sowie Glück, S 127f.

[135] Wolfinger, S. 196f.

[136] Wolfinger, S. 197ff.

keine Rolle, erreichte bei den Wahlen 1928 nur 2,7 Prozent.[137] Einen Überraschungserfolg erzielte 1928 die Volksrechtpartei in *Kirchheim,* wo sie aus dem Stand 9 Prozent erreichte, vor allem zu Lasten der Deutschnationalen. Aber auch die KPD verlor ein Drittel ihrer Stimmen und landete bei 10,3 Prozent.[138]

Bei den **katholischen Städten** fielen die Unterschiede zur Situation am Beginn der 20er Jahre weniger deutlich aus, weil das politische System ohnehin von großer Stabilität war und in der großen Krise 1923 nicht wesentlich erschüttert worden war. Das Zentrum behauptete sich unangefochten, die SPD konnte sich nicht aus ihrer Randstellung befreien, die NSDAP blieb eine Randerscheinung. Zum Beispiel blieb in *Rottenburg* das Zentrum mit 62 Prozent unangefochten, die NSDAP spielte wie bislang immer die Rolle einer Splitterpartei, ebenso die KPD. Auch die SPD konnte sich 1928 nicht aus ihrer Minderheitenposition befreien. Ein ganz ähnliches Bild in *Ravensburg,* das Zentrum behielt mit 48 % praktisch seine üblichen Ergebnisse, die radikalen Parteien blieben unbedeutend.[139]

Eine Ausnahme stellte wieder die Stadt *Friedrichshafen* dar: Die SPD verdoppelte ihr Ergebnis 1928 auf 27 Prozent und war nun wieder die führende Arbeiterpartei, während die KPD mit vier Prozent starke Verluste verzeichnete. Das war das Ergebnis heftiger Fraktionskämpfe innerhalb der Partei, bis in den Jahren 1925 bis 1927 der linke Flügel aus der Führung der Ortsgruppe gedrängt wurde. Auf Druck der Kommunistischen Internationale wurden 1928 jedoch die pragmatischen Mitglieder aus der Führung ausgeschlossen, es wurde eine „ultralinke“ Strategie verordnet, viele wichtige KPD-Politiker aus Friedrichshafen traten aus der Partei aus oder zur SPD über. Die im

---

[137] Dannenberg, S. 116f.
[138] Wilms, S. 48 und 60
[139] Ehrmann, S. 2 und Kraus, S. 2

Juli 1925 wiedergegründete NSDAP blieb wie bislang mit drei Prozent ohne großen Anhang. Allerdings bildete die Partei zusammen mit Bürgerpartei und DVP eine Liste bei der Gemeinderatswahl, die jedoch keinen Sitz errang. Das Zentrum verlor entgegen dem Trend rund zehn Prozentpunkte, was wohl auf das Erstarken der Volksrechtpartei mit acht Prozent zurückzuführen war.[140]

Wieder erwiesen sich die katholischen Orte *Meßkirch* und *Langenargen* als stabil was Veränderungen im Parteienverhältnis angeht. Der Einbruch von SPD und DDP war weniger stark, das Zentrum erreichte Dezember 1924 sogar einen Rekordergebnis mit 52 % in Meßkirch und fast 60 % in Langenargen. Die liberale Tradition in Meßkirch blieb mit Ergebnissen um 20 % für die DDP erhalten.[141]

In der Kategorie von **protestantischen Landstädten** zeigte sich ebenfalls der Trend einer fast verschwundenen NSDAP, allerdings ließ sich erneut in protestantischen Agrarstädten kein einheitliches Wahlverhalten festmachen. Mal profitierte wie in Wertheim die DNVP, mal wie in Hall die DVP oder wie in Balingen eher die DDP von dem Abschmelzen der radikalen Pole des Parteiensystems, oft auch die Splitterparteien wie die Volksrechtpartei oder die Mittelstandspartei. Nagold war wie Pforzheim eine Ausnahme, wo die NSDAP entgegen der allgemeinen Entwicklung stabil blieb, ja teilweise sogar Zuwächse verzeichnete. In anderen Hochburgen wie Leonberg konnte der Einbruch 1928 nicht aufgehalten werden. Der Bauernbund dominierte weiterhin das bäuerliche Umland, wie in Schwäbisch Hall.

Jedenfalls verschwand die NSDAP in *Tübingen* zwischen 1924 und 1928 praktisch in der Versenkung. Bei den Wahlen 1928 hatte die Partei weniger als drei Prozent der Stimmen erreicht, bei den

---

[140] Kuhn: Friedrichshafen, S. 187ff.
[141] Weißhaupt, S. 58 und Fuchs, S. 29

Kommunalwahlen hatte man gar nicht erst kandidiert. Zwei Drittel der Wähler stimmten für republiktragende Parteien, NSDAP, DVP und Bürgerpartei/DNVP verloren stark an Stimmen. Als 1927 das 450-Jahr-Jubiläum der Universität gefeiert wurde, herrschte großer Optimismus in der Stadt, die inzwischen 21 300 Einwohner hatte. Der linksliberale DDP-Fraktionschef im Landtag, Adolf Scheef, übernahm nach dem Tod von OB Hermann Haußer das Rathaus.[142]

In *Aalen* zeigte sich eine ähnliche Entwicklung wie in Herrenberg. So erreichte der Völkisch-Soziale Block im Mai 1924 genau 6,7 % der Stimmen bei der Landtagswahl, der rechte Vaterländisch-Soziale Block 6,9 %. SPD (16 %) und KPD (14 %) waren fast gleichauf. Bei den Wahlen im Dezember erstarkte die Bürgerpartei auf 11 Prozent, während die NSFB nur auf 3,8 % kam. Zunächst dominierte in Aalen der gemäßigte NSFB, Mergenthaler war zum Landtagswahlkampf gekommen. Es gründete sich im 15. Januar 1925 wieder ein Ortsgruppenausschuss der NSFB unter Hans Ebert. Doch schon im August legte der Vorstand seine Ämter nieder, die Anhänger Hitlers übernahmen die neu gegründete NSDAP-Ortsgruppe. SA und Hitlerjugend (HJ) wurden aufgebaut. Bei der Gemeinderatswahl 1925 wurde das NSDAP-Mitglied Johannes Wirth über die Fraktion „Wirtschaftliche Vereinigung“ gewählt. Allerdings sank die Zahl der Mitglieder bis 1927 auf 18 Personen ab. Auch eine Werbeaktion für den „Völkischen Beobachter“ scheiterte. Schließlich übernahm im April 1928 der aus München stammende Dörge die Ortsgruppe.[143]

Eine absolute Ausnahme vom Landestrend stellte erneut die Stadt *Nagold* dar, die Stabilität der NS-Bewegung in dieser Stadt war damit offensichtlich. Die NSDAP verlor bei den Wahlen 1928 nicht etwa

---

[142] Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 44 und Setzler, Schönhagen, Binder: Kleine Tübinger Stadtgeschichte, S. 173 sowie Sannwald, S. 320

[143] Schurig, S. 45ff.

Stimmen, sondern legte im Gegenteil von 14,9 auf 16,5 Prozent im Vergleich zum Dezember 1924 zu, blieb allerdings knapp unter dem Mai-Ergebnis von 1924. Die Stadt Nagold hatte damit das viertbeste NSDAP-Ergebnis im Land. Im Gegenzug blieben die demokratischen Parteien der Mitte praktisch unverändert, allerdings gab die DNVP rund zehn Prozent der Stimmen ab.[144]

Eine Hochburg der DVP war die Stadt *Schwäbisch Hall* bei den Wahlen 1924 geworden, mit 13,5 % war die Partei entgegen dem Trend dem Status einer Kleinpartei entwachsen. Die Ortsgruppe hatte jedoch nur wenig Mitglieder und war eher ein Honoratiorenverein. Im Dezember erreichte die DVP gar 16 %, im Wahlkampf gab es einen heftigen Schlagabtausch mit der DDP. So lieferten sich bei einer Veranstaltung mit Theodor Heuss Anhänger beider Parteien ein Rededuell. Der Wettkampf ging zu Lasten der DDP aus: Bei den Wahlen im Mai 1924 lag die DDP mit 11,2 % nur noch minimal über dem Landesdurchschnitt. Außerhalb des Wahlkampfes unterstützte die DDP die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Unterdessen konnte die SPD bei den Wahlen zwar viele ehemalige USPD-Stimmen wieder gewinnen, verlor aber trotzdem rund 6 %. Der Bauernbund war in der Stadt unbedeutend, im gesamten Oberamt erreichte er etwa bei den Wahlen 1924 rund 34 % der Stimmen. Die Wahlen 1928 brachten stabilere Verhältnisse, auch wenn die Volksrechtpartei mit 12,4 % ein Rekordergebnis erzielte, so gab es eine Mehrheit aus liberalen Parteien DDP und DVP und der SPD in der Stadt.[145]

Die rechten Parteien dominierten noch 1924 klar in der Stadt *Wertheim.* Die DNVP wurde 1924 mit 32 % stärkste Partei und

---

[144] Ackermann, S. 204f.s

[145] Müller: Halls Parteien, S. 484ff. und Landesarchiv: Schwäbisch Hall, S. 76

erreichte auch 1928 rund 27 Prozent, gefolgt vom Völkisch-Sozialen Block mit 16,4 %, der 1928 sogar entgegen dem Trend noch ein Prozent zulegte. Erst danach folgte die SPD mit 16,2 %. Zentrum und der Badische Landbund schnitten weit unterdurchschnittlich ab, ebenso die KPD mit 3,8 Prozent. Die Rechtsparteien hatten viele Stimmen aus der Anfangszeit der Republik von der SPD gewonnen, gerade in den Bauerndörfern. Nun begann auch die NSDAP in Wertheim mit Agitation, 1928 wurden Ortsgruppen in drei Gemeinden des Amtsbezirks Wertheim gegründet. Die NSDAP-Bauernversammlung war eine der am besten besuchtesten Veranstaltungen des gesamten Wahlkampfes in Wertheim. Es zeigt sich, dass die NSDAP hier früher als in anderen Städten in die evangelischen Bauerndörfer eingedrungen war und dort die Erfolge erzielte, die sie in anderen protestantischen Agrarregionen erst ab 1932 erreichen sollte. Der Volksentscheid für die Fürstenenteignung schlug im Werteheim hohe Wellen, auch weil die SPD eine offensive Kampagne führte. Der Erfolg blieb allerdings aus, nur 16,3 % der Wahlberechtigten nahmen an dem Volksentscheid teil.[146]

Auch in *Backnang* blieb die Rolle der NSDAP untergeordnet, obwohl im Juni 1928 eine neue Ortsgruppe gegründet worden war. Kurz darauf entstand auch eine SA-Gruppe, die jedoch nur aus rund 20 Mitgliedern bestand. Bei den Wahlen 1928 erstarkten die liberalen Parteien und die SPD wieder, was auch auf den offensiven Anzeigenwahlkampf der DVP zurückgeführt wurde. Schon bei den „Stabilitätswahlen“ 1928 war in Backnang jedoch eine Stärke der Extremisten zu verzeichnen: So

[146] Wieland: Wahlverhalten Wertheim, S. 186ff. und Wieland: Volksentscheid, S. 312

blieb die KPD mit 22 Prozent die stärkste Arbeiterpartei und die Konservativen behielten die Oberhand im bürgerlichen Lager.[147]

Erst spät startete die NSDAP-Ortsgruppe in *Balingen* im Herbst 1928 den Versuch, Aufmerksamkeit zu erlangen. Und zwar mit Gedenkfeiern am Kriegerdenkmal oder einem Auftritt des Reichstagsabgeordneten Gregor Strasser. Balingen wurde innerhalb kurzer Zeit zu einem Zentrum nationalsozialistischer Aktivitäten, September 1929 wurde eine „Werbetagung“ in Balingen veranstaltet. Bei den Wahlen 1928 war die Partei jedoch noch ohne größere Bedeutung.[148] Noch 1924 war *Leonberg* eine Hochburg des Nationalsozialismus mit 16,8 Prozent der Stimmen. Bei den Wahlen 1928 erreichte die NSDAP jedoch nur noch 3,9 Prozent. Ein tiefer Absturz, der nur durch die gute Verankerung der Partei in der Stadt durch wichtige Honoratioren und Pressevertreter etwas abgemildert wurde.[149]

Der **Überblick über den Städtevergleich** zeigt mehrere Trends. Erstens: Alle Parteien bauten auf lokaler Ebene ihre Organisation aus. Geschäftsstellen wurden eingerichtet, Unterorganisationen gegründet und der hauptamtliche Apparat professionalisiert. Das galt vor allem für die NSDAP, die als neue, straff organisierte Partei auf die Mobilisierung der Massen angewiesen war und daher schon in der Frühphase der ersten Krisenjahre ein dichtes Netz über das Land gespannt hatte. Dadurch gelang auch trotz großer interner Streitigkeiten und Richtungskämpfe das „Überwintern“ bis zur Endphase der Republik.

Zweitens: Wo, wie in Wertheim oder Nagold, der Bauernbund als integrative Kraft für die agrarisch-protestantischen Massen und die DDP für den protestantischen Mittelstand fehlte oder wegfiel, war die NSDAP schon früh gut organisiert und fand auch Anklang in

---

[147] Fritz, S. 16 und Ebert, S. 89
[148] Steinhart, S. 85
[149] Kuhn: Leonberg, S. 173

bürgerlichen Kreisen. In Arbeiterstädten mit viel Industrie konnte sie nur eine schmale Basis im Industrieproletariat aufbauen, verschwand praktisch vollkommen von der Bildfläche. Die NSDAP spielte nach dem Parteiverbot nur noch in Ausnahmestädten wie Pforzheim oder Nagold eine Rolle, selbst in der späteren Hochburg Esslingen blieb sie zunächst eine Randerscheinung. Allerdings blieben die Organisationsstrukturen vorhanden und konnten später reaktiviert werden.

Drittens: Die SPD konnte sich nur in ihren Hochburgen Esslingen und Stuttgart einigermaßen stabilisieren. In protestantischen Agrarstädten wie Wertheim, Herrenberg oder Tübingen konnten die Sozialdemokraten den Vertrauensverlust von 1920 nicht mehr ausgleichen und blieben weiterhin organisatorisch schwach. Zwar gingen die Aktivitäten der Kommunisten in Industriestädten wie Esslingen, Stuttgart, Sindelfingen oder Friedrichshafen zurück, doch ging das kaum einher mit einem deutlichen und durchgreifenden Wiedererstarken der SPD. Ähnliches galt auch für die DDP, die in agrarischen Städten wie Hall oder Meßkirch und in protestantischen Städten wie Tübingen – und eben auch in Herrenberg – ihre restlichen Stammwähler mobilisieren konnte, in Industriestädten wie Esslingen und Stuttgart zugunsten der DVP zurückstecken musste. Die DVP konnte sich hier als Sprecher der Großindustrie profilieren, während die DDP den Vertrauensverlust des Mittelstandes nicht durch lokale Arbeit ausgleichen konnte. Wieder einmal erweisen sich die katholischen Gemeinden als weniger anfällig für die beobachteten Veränderungen.

Viertens: Der Bauernbund spielte in den meisten untersuchten Städten eine deutlich weniger wichtige Rolle als in Herrenberg, auch im Umland. In Baden war die Bindung an die DNVP als konservative Partei stärker, in katholischen Regionen an das Zentrum, und selbst in agrarisch-protestantischen Städten wie Nagold, Hall, Tübingen oder

Backnang spielte er zwar im Umland in den protestantischen Bauerndörfern des Umlandes eine gewisse Rolle, in der Stadt war er völlig unbedeutend. Auch prägte der Bauernbund nicht in dem Maße wie in Herrenberg die öffentliche Meinung, diese Rolle musste er der Bürgerpartei oder der DNVP überlassen. Das lag auch daran, dass es zum Beispiel in Aalen kein starkes protestantisches Umland gab. Der Bauernbund hatte in den Regionen, wo er strukturell stark war, weiter zugelegt, neben Herrenberg zum Beispiel in Schwäbisch Hall oder Backnang, konnte seine Expansion aber nicht über seine Stammwählerschaft oder gar substanziell in katholische Gebiete ausdehnen.

Fünftens: Die Parteienzersplitterung war lokal sehr unterschiedlich ausgeprägt, Verluste für das bürgerliche Lager waren aber 1928 aber durchweg zu erkennen. Auch das eine Parallele zu Herrenberg. Das ging vor allem zu Lasten der mittelständisch geprägten DDP, die zwar den reichsweiten Niedergang durch liberale Traditionen, einzelne bekannte Persönlichkeiten und enge Verflechtungen etwa über die Gewerbevereine verlangsamen, aber nicht aufhalten konnte. Vor allem die protestantische Wählerschaft des Mittelstandes wandte sich in ihrer Ungebundenheit und Unzufriedenheit schnell neuen Parteien und Personen zu, gab diese neuen Loyalitäten aber ebenso schnell wieder auf, wenn sie enttäuscht wurden.

11. Die Endphase der Republik

11.1. Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit

In den 20er Jahren war es gelungen, in Deutschland die Industrieproduktion wieder zu steigern. In der Landwirtschaft hielt hingegen die Agrarkrise an: Trotz Schutzzöllen gelang es nicht, die noch aus dem Ersten Weltkrieg resultierende Überproduktion auszugleichen. Obwohl die Inflation die meisten Bauern von Schulden

befreit hatte, blieb die Lage der Landwirtschaft kritisch. Und die große Koalition in Berlin stand auf wackeligen Füßen. Das zeigte schon kurz nach der 1928er Wahl der Streit um den Panzerkreuzer A, der Ersatz für das veraltete Linienschiff der Reichsmarine. Der Beschluss war 1927 am Reichsrat gescheitert, im Wahlkampf hatte die KPD die SPD zu einer Agitation gegen den Panzerkreuzer gedrängt.[150]

Am 10. August beschloss das Kabinett dennoch den Bau, mit den Stimmen der SPD. Reichskanzler Müller wollte Streit in der Koalition vermeiden, bekam den aber in der Reichstagsfraktion, auch weil er diese nicht vorab informiert hatte. Grundlegendes Misstrauen gegen das Militär und die Angst, von der KPD des Wahlbetrugs bezichtigt zu werden, gaben dafür den Ausschlag. Die Fraktion stellte einen Antrag auf Ablehnung und erließ Fraktionszwang, so dass sogar die SPD-Minister gegen ihren eigenen Kabinettsbeschluss stimmen mussten. Dies war nur ein typisches Beispiel dafür, dass den Parteien häufig eher daran gelegen war, ihre Stammwählerschaft zu halten, als staatspolitische Räson zu wahren. Der SPD-Antrag hatte ohnehin keine Chance auf Erfolg.[151]

Die nächste Regierungskrise folgte im Februar 1929: Das Zentrum hatte zwei zusätzliche Minister gefordert, was die DVP abgelehnt hatte. Darauf trat das Zentrum aus der Regierung aus, die DVP folgte Stresemanns Vermittlungsversuchen nur noch widerwillig. Nur mit Rücktrittsdrohungen gelang es Stresemann, seine Partei auf Kurs zu bringen, das Zentrum kehrte mit drei Ministern ins Kabinett zurück. Die

---

[150] Hintergründe zum Streit um den Panzerkreuzer A siehe Winkler, S. 340 und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 223f.

[151] Mommsen, S. 309, und Pyta: Weimarer Republik, S. 86, zur Amtsführung und Stellung von Kanzler Hermann Müller in der großen Koalition siehe Sendler, S. 452ff.

Vermittlung der Reichsregierung im Lohnstreit des Ruhrgebietes sorgte für weitere Auseinandersetzungen zwischen SPD und DVP.[152]

Die wirtschaftlichen Krisenzeichen verdichteten sich. Nach dem New Yorker Börsenkrach („Schwarzer Freitag“) wurde ein Großteil der Anleihen aus Deutschland zurückgezogen. Schon bis 1929 hatte es etwa eine Millionen Arbeitslose jährlich gegeben, erst 1927 wurde eine Arbeitslosenversicherung eingeführt. In Württemberg lag sie im Schnitt etwa halb so hoch wie im gesamten Reich, wobei es regionale Schwerpunkte gab. Besonders auffallend war im Südwesten die hohe Zahl von Kurzarbeitern: Im Reich kamen auf 1000 Einwohner vier Kurzarbeiter im Jahr 1932, in Württemberg hingegen 12,5. Das hing damit zusammen, dass es viele hochqualifizierte Industriearbeiter gab, dieser „Facharbeiterstamm“ war für die Industrie eine wichtige Produktionsgrundlage. Um die Facharbeiter nicht zu verlieren, ließ man sie lieber kurzarbeiten anstatt sie zu entlassen. In der kleinbäuerlichen und mittelständischen Landwirtschaft spielte die Arbeitslosigkeit keine Rolle. Dass dennoch viele Bauern in Existenznot waren, ließ sich daran erkennen, dass immer mehr landwirtschaftliche Grundstücke zwangsversteigert wurden. Der Zusammenbruch der Preise für landwirtschaftliche Produkte, etwa bei Schweinefleisch und Milcherzeugung führte zu wirtschaftlicher Not, die Verluste nahmen überhand. Dennoch konnte sich Württemberg als „Insel im Krisenmeer“ vor den schlimmsten Auswirkungen schützen, erst im letzten Jahr der Republik griff die Krise in vollem Umfang über. Die Ursachen für die Stabilität lagen in der ausgewogenen Wirtschafts- und Sozialstruktur, der Vorherrschaft von Exportindustrie und hochqualifizierten Arbeitern,

---

[152] Schulze, S. 304ff. und Winkler, S. 346

einem starken Mittelstand und nicht zuletzt in der politischen Stabilität.[153]

Die politische Stabilität war auch in *Württemberg* zunehmend in Frage gestellt. Die Minderheitsregierung von Eugen Bolz konnte sich der Mehrheit im Parlament nicht sicher sein, gleich zu Beginn musste sie zwei Misstrauensvoten gegen die gesamte Regierung und den neuen Kultminister Wilhelm Bazille abwehren. Auch das Zentrum in Berlin sah die neue Regierungsbildung mit den Deutschnationalen skeptisch. Doch das Zentrum hatte wohl Angst, die bäuerlichen Stimmen in Oberschwaben an den Bauernbund zu verlieren, wenn der Bauernbund in die Opposition kommen sollte. Dennoch blieb die Basis der Minderheitsregierung brüchig. Daher nahm Bolz 1930 erneut Kontakt zu den Liberalen auf. Schließlich trat Reinhold Maier nach langen Verhandlungen als Wirtschaftsminister in die Regierung ein.[154]

Zuvor war schon die DVP als Koalitionspartner aufgenommen worden, sie wollte die Zustimmung zum Young-Plan sichern, der in Kapitel 11.2 näher erläutert wird. Der Beschluss hatte die DDP in eine heftige Auseinandersetzung gestürzt, der ehemalige Parteiführer Friedrich Payer, Ex-Staatspräsident Johannes Hieber und der Tübinger Oberbürgermeister Adolf Scheef lehnten die Regierungsbeteiligung ab. Der Landesvorsitzende Peter Bruckmann und die Mehrheit der Mitglieder hielten jedoch angesichts der Wirtschaftskrise eine gemeinsame bürgerliche Regierung für notwendig. Es ging ihnen dabei vor allem darum, Sprecher von Handel, Gewerbe und Industrie in der

---

[153] Schnabel, Thomas: Warum geht es in Schwaben besser? Württemberg in der Weltwirtschaftskrise 1928-1933, in: Schnabel, Thomas (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 6, Stuttgart 1982, S. 189 und 205ff., zur allgemeinen Situation im Reich siehe Kluge: Die Weimarer Republik, S. 299ff. und S. 316ff.

[154] Müller: Bürgerpartei, S. 414

Regierung zu sein. Die Abstimmung fiel in der Partei mit 105 gegen 97 Stimmen sehr knapp aus. Friedrich Payer verließ die Partei. Reinhold Maier reiste durch die Ortsvereine, um die Entscheidung der Basis zu erklären.[155]

Einen Rechtsruck gab es auch bei der katholischen Milieupartei des Zentrums. Am 8. Dezember wurde auf dem Parteitag im Köln der Trierer Prälat und Kirchenrechtler Ludwig Kaas als Nachfolger des durch viele Niederlagen zermürbten Wilhelm Marx zum Vorsitzenden gewählt. Joseph Joos hatte als Kandidat der katholischen Arbeitervereine nur 84 Stimmen erhalten, Adam Stegerwald als Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften 42 Stimmen, während Kaas 184 erhielt. Mit der Rückbesinnung auf die Religion, die durch die Wahl eines Geistlichen ausgedrückt wurde, sollte die Erosion des katholischen Milieus aufgehalten werden.[156] Das Zentrum rückte als wichtige Funktionspartei der Republik nach rechts, grenzte sich gegen sozialpolitische Vorstellungen ab. Kaas war der Anhänger eines national-autoritären Kurses im Gegensatz zu demokratischen und sozialen Traditionen des Katholizismus. Zwar wurde Adam Stegerwald als Fraktionsvorsitzender weiterhin eingebunden, doch schon bald wurde mit seinem Nachfolger Heinrich Brüning auch an der Fraktionsspitze der Rechtsschwenk vollzogen.[157]

---

[155] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 116f. und Rommel, S. 158 sowie Besson, S. 75ff.

[156] Kaas kritisierte den „parlamentarischen Parteienstaat“ und setzte sich für ein autoritär geführtes Staatswesen ein. Dies gipfelte in dem Satz auf dem Katholikentag August 1929: „Niemals ist der Ruf nach einem Führertum großen Stils lebendiger und ungeduldiger durch die deutsche Volksseele gegangen als in diesen Tage, wo die vaterländische kulturelle Not uns allen die Seele bedrückt.“ Zitat und Hintergründe siehe Winkler, S. 344

[157] Forster, Bernhard: Adam Stegerwald 1874-1945. Christlich-Nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker und Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003, S. 478. Stegerwald blieb immerhin stellvertretender

In der DNVP spitzte sich nach der Wahlniederlage bei den Wahlen 1928 der Machtkampf zwischen Westarp und Hugenberg zu. Schon bei der Listenaufstellung waren die Volkskonservativen ins Hintertreffen geraten, wichtige Vertreter des christlich-nationalen Arbeitnehmerflügels kamen nicht mehr in den Reichstag. Beide Seiten machten sich gegenseitig für die Wahlniederlage verantwortlich. Ein erster Sieg Hugenbergs war der Parteiausschluss seines Kritikers und DHV-Vertreters Walter Lambach Anfang Juli 1928 auf der Parteivertretertagung. Graf Westarp legte vorübergehend den Parteivorsitz nieder, besann sich aber durch ein fast einhelliges Vertrauensvotum der Versammlung. Westarp war dennoch enorm geschwächt.[158]

Alfred Hugenberg brachte in den folgenden Monaten 15 Landesverbände hinter sich, die sich zu gemeinsamen Besprechungen trafen. In den übrigen 28 Landesverbänden gab es keine klaren Mehrheiten. Eine Ausnahme bildeten die wichtigen ostelbischen Landesverbände, wo Westarp noch hohes Ansehen genoss. Westarp hatte allerdings durch seine langjährige Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender im Reichstag mehr Freunde unter Funktionären auf Reichsebene als in den Ländern. Zudem machte sich nun ein Strukturfehler der konservativen Bewegung in der Weimarer Republik bemerkbar. Seit der DNVP-Gründung hatte der Deutschkonservative Hauptverein weiter bestanden. Als dieser im Frühjahr 1928 die Abstimmung seiner Mitglieder bei Reichstagswahlen frei gab und damit die Wahlempfehlung für die DNVP revidierte, musste Westarp den

---

Parteivorsitzender und galt nach dem Weltkrieg als einer der Mitbegründer der Unionsparteien. Zur Entwicklung des Zentrums siehe auch Mommsen, S. 321f.

[158] Holzbach, S. 225, siehe auch Jonas, Erasmus: Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965, S. 33

Verein verlassen. Der Austritt war jedoch nur der Endpunkt eines Entfremdungsprozesses, seit Westarp die Regierungsbeteiligung der DNVP entgegen dem Rat der streng monarchischen Deutschkonservativen durchgesetzt hatte. So entstand eine neue Gesinnungsgemeinschaft zwischen Alldeutschen und Deutschkonservativen.[159]

Gleichzeitig spaltete sich der Reichslandbund RLB ob des sich abzeichnenden neuen Kurses in einen großagrarischen, der DNVP zuneigenden Flügel und einen Landvolkflügel. Beide bekämpften sich beim Volksbegehren gegen den Youngplan, die erst 1928 gegründete „Grüne Front“ als Zusammenschluss aller agrarischer Verbände war brüchig geworden. Vor allem die jüngeren Landwirte tendierten jedoch noch weiter nach rechts, zur erstarkenden NSDAP.[160]

Bei der DDP hatte die Beteiligung am Präsidialkabinett Heinrich Brünings zu Widerstand geführt, der Vorstand segnete den Kurs aber mit 27 zu 14 Stimmen ab. Die Parteiführung musste sich zudem mit einem „Sozialrepublikanischen Kreis“ um den jungen preußischen Regierungsrat Dr. Muhle auseinandersetzen, der sich als Vertreter der Parteijugend und Gegenbewegung zur „Liberalen Vereinigung“ verstand sowie eine Mittelpartei mit der DVP, den Volkskonservativen und Teilen der DNVP anstrebte. Seine Thesen wurden jedoch auf einem Parteitag abgelehnt.[161]

Nach der Reichstagsauflösung 1930 suchte Erich Koch-Weser einen Ausweg aus dem ständigen Abwärtssog der Partei, indem er ähnlich wie die Sozialrepublikaner eine große Mittelpartei anstrebte. Am 23. April 1930 nahm der Jungdeutsche Orden Kontakt unter seinem

---

[159] Holzbach, S. 228, weitere Hintergründe zu Hugenbergs Aufstieg siehe auch Winkler, S. 343 und Mommsen, S. 313 sowie Kruse-Jarres, S. 341f.
[160] Merkenich, S. 300ff.
[161] Stephan, S. S.429

Hochmeister Arthur Mahraun mit dem Parteichef auf. Es war der größte Wehrverband der Weimarer Republik, 1920 als Vorkämpfer für einen neuen Staat nach den Schützengraben-Erfahrungen von Arthur Mahraun gegründet. Der elitäre „Jungdo“ war eindeutig antibolschewistisch und antisemitisch, aber nicht verfassungsfeindlich. Er hatte 1920 gegen die Kapp-Putschisten gekämpft und ab 1925 eine Aussöhnung mit Frankreich unterstützt. Der Orden setzte sich mit seiner neu gegründeten „Volksnationalen Reichsvereinigung“ gegen die NSDAP und den Rechtskurs der DNVP unter Hugenberg“ ein.[162]

Hinzu kamen junge Volksparteiler aus dem Kölner „Februarclub“ um den 32-jährigen Wirtschaftsjournalisten Josef Windschuh, die mit dem Rechtsruck der DVP nach Stresemanns Tod nicht einverstanden waren. Die DVP-Führung unter Stresemanns Nachfolger Ernst Scholz verweigerte sich allerdings jeder Zusammenarbeit und forderte allenfalls einen Anschluss der Linksliberalen an die DVP, was für diese nicht akzeptabel war. Als Knackpunkt erwies sich zwischen den beiden Parteien einmal mehr das Verhältnis zur Sozialdemokratie.[163]

Die neu gegründete „Staatspartei“ wurde am 28. Juli 1930 ausgerufen. Sie hatte einen föderativen Charakter: Die tragenden Organisationen wie die DDP blieben zunächst bestehen. Die Führung der Deutschen Staatspartei lag in den Händen eines Vierergremiums, darin befanden sich Erich Koch-Weser für die DDP, Arthur Mahraun für den Jungdeutschen Orden, Josef Winschuh vom liberalen „Februarclub“

---

[162] Hintergründe zum Jungdeutschen Orden siehe Mohler, S. 78f. sowie Mommsen, S. 319, über die Rolle des „Jungdo“ bei der Gründung der Staatspartei siehe Stephan, S. 441, zu den Verhandlungen zwischen DDP und DVP über einen Zusammenschluss siehe Winkler, S. 384f.

[163] Matthias, Erich und Moresy, Rudolf: Die Deutsche Staatspartei, in: Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 31-97, hier: S. 35ff. und Stephan, S. 444, siehe auch Mommsen, S. 319

junger DVP-Mitglieder und Glimm für die „alten Deutschnationalen“, wie es hieß. Das wichtigste Gremium der Partei war der Hauptaktionsausschuss mit 15 Mitgliedern, jeweils fünf von jeder der drei Gründungsgrupen. In jedem Wahlkreis bildete sich ein solcher Ausschuss. Zudem wurde eine zentrale Geschäftsleitung etabliert, die aus Werner Stephan (DDP), Erich Glodschey (Volksnationale Reichsvereinigung) und Theodor Eschenburg (DVP) bestand.[164]

Die Staatspartei wandte sich gegen die „Schäden des parteiistischen Systems“, während in der Außen- und Gesellschaftspolitik liberale Positionen vorherrschten. Allerdings gab es Hinderungsfaktoren für eine reibungslose Zusammenarbeit. Einerseits gab es die unterschiedlichen Organisationen und Traditionen des Jungdemokratischen Ordens und der DDP, andererseits den starken Einfluss des Kapitals auf die Linksliberalen, was dem antikapitalistischem Duktus des Ordens widersprach. Hinzu gab es interne Widerstände. Die württembergische Landepartei etwa verweigerte sich dem Rechtsschwenk und behielt den alten Namen DDP bei.[165]

In der DVP löste bereits die Entscheidung Stresemanns für die große Koalition im „Schuss von Bühlerhöhe“ eine ernste Führungskrise aus, der Machtkampf zwischen Stresemann und Scholz spitzte sich zu. Als Reaktion verabschiedete die Reichstagsfraktion eine Erklärung, dass für die Leitung der Partei alle Beteiligten „in ständiger Fühlung“ untereinander bleiben müssten, was Stresemann als „scharfe Zurechtweisung meiner Person“ wertete. Zudem sollte die Beteiligung an der neuen großen Koalition „so schwach als nötig“ ausfallen. Scholz

---

[164] Zur Organisation der Deutschen Staatspartei siehe Stephan, S. 452

[165] Neumann, S. 53 und Stephan, S.

und Stresemann drohten beiderseits mit Rücktritt von allen Ämtern, der Machtkampf spitzte sich zu.[166]

Stresemann strebte im Herbst 1928 eine Kraftprobe im Zentralvorstand an, wenn er seine Nachkur in Karlsbad beendet haben würde. Eine Gruppe um den DVP-Landesvorsitzenden von Halle-Merseburg, Walter Schnell, wollte den Parteichef im Hinblick auf seine angeschlagene Gesundheit aus dem Amt drängen, mit ihm seinen Vertrauten Adolf Kempes. Der Machtkampf wurde jedoch durch mehrere Ereignisse verschoben. Zum Beispiel durch den Rechtsruck des Stahlhelms unter Theodor Duesterberg, der sich an der DNVP unter dem neuen Hugenberg-Kurs orientierte. Der Stahlhelm unterstützte sogar ein Volksbegehren, dem Reichspräsidenten mehr Macht zu geben. Der DVP-Zentralvorstand entschied, die Abgeordneten, aber nicht die Mitglieder der DVP sollten aus dem Stahlhelm austreten. Scholz und Stresemann arbeiteten in dieser Frage zusammen und verzichteten erst einmal auf die Klärung ihrer gegenseitigen Richtlinienkompetenzen.[167]

Aber schon im Februar 1929 wurde Stresemann im Zentralvorstand in der Frage, ob die DVP in der preußischen Regierung beteiligt werden solle, an den Rand einer Niederlage gedrängt. Scholz und der rechte Flügel der Reichstagsfraktion hatten sich mit der preußischen Parteiorganisation zu einer Allianz zusammengeschlossen. Immer stärker wurden die Gegensätze in der Partei, nur eine Rücktrittsdrohung von Gustav Stresemann schloss noch einmal die Fronten.[168]

---

[166] Richter: Deutsche Volkspartei, S. 495ff. und Stephan, S. 400 und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 226f.
[167] Richter: Deutsche Volkspartei, S. 515f.
[168] Winkler, S. 345 und Richter: Deutsche Volkspartei, S. 540

Kurz vor Stresemanns Tod wollte der Parteiführer die Parteienlandschaft noch einmal auf den Kopf stellen. Im Frühjahr 1929 versuchte Stresemann, eine neue, große, liberale Mittelpartei mit dem linken Flügel der DNVP und großen Teilen der Demokraten ins Leben zu rufen. Liberale Reformclubs wie die „Front 1929“ in Berlin wurden auch von DDP-Chef Erich Koch-Weser unterstützt. Weitere Reformbestrebungen wurden unternommen: In Stuttgart gründete sich im März 1929 der „Jungliberale Club“ unter Martin Löffler (DVP), der hauptsächlich aus Juristen, Geschäftsleuten und Lehrern bestand und die liberale Jugend für die DVP aktivieren wollten. Am 26. Mai 1929 entstand in Weimar die „Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler“, deren Hauptziel die Vereinigung der liberalen Parteien war.[169]

Nach dem Tod Stresemanns am 3. Oktober 1929 durch einen Schlaganfall wurde sein Widersacher Ernst Scholz Parteivorsitzender. Damit hatte sich der rechte, von der Schwerindustrie in Westdeutschland geprägte Parteiflügel endgültig durchgesetzt. Die Fusion der beiden liberalen Parteien hatte damit keine Unterstützuer mehr in der DVP. Scholz forderte nun, die Sozialversicherungsbeiträge zu erhöhen, was ein wesentlicher Schritt zum Sturz der großen Koalition unter Hermann Müller war. Das Anwachsen der NSDAP führte in der DVP zu einer Diskussion, ob der Parteiapparat zentralisiert werden solle. Zudem wuchs rasch die Kritik an dem als zu wenig leidenschaftlich angesehenen Parteichef Scholz. Der 55-Jährige war ein typischer Vertreter des deutschen Beamtentums, nüchtern, farblos, fachlich kompetent. Den Sturz der großen Koalition betrieb er konziliant

---

[169] Booms, Hans: Die Deutsche Volkspartein, in: Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 523-539, hier S. 523 und Richter: Deutsche Volkspartei, S. 551

im Ton und schob der SPD die Verantwortung für die Streitigkeiten zu.[170]

Eine erste Probe für die neue Landesregierung in *Württemberg* war die Reform der Landessteuerordnung. Die Städte sollten zugunsten der Landgemeinden auf Steuermittel verzichten, was einen Sturm der Entrüstung der (Ober-)bürgermeister im Land hervorrief. Das brachte die Bürgerpartei in eine Zwickmühle: Deren Vorsitzender Hirzel lehnte als Stuttgarter Finanzdezernent die Reform ab, die der Bürgerpartei-Finanzminister Alfred Dehlinger vorgeschlagen hatte. Reinhold Maier vermittelte einen Kompromiss, dem sich auch Bolz, Bazille und der Zentrumsminister Josef Beyerle anschlossen.[171] Die SPD kritisierte die Regierungsbeteiligung der liberalen Parteien scharf, Kurt Schumacher sprach von einem „Symptom des verdorrenden Glaubens an die politische Kraft des Liberalismus“. Durch den „kläglichen Umfall der DDP“ war eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten ohne Aussicht auf Erfolg geworden. Durch den auch in Württemberg 1924 erfolgten Rechtsdrift des Zentrums war die SPD im Parteiensystem isoliert. Schumacher setzte auf „radikal sozialdemokratische Maximalforderungen“. Wilhelm Keil vertrat auf Reichsebene mit der Tolerierung der Regierung Brüning zwar einen anderen Kurs, doch orientierte sich auch Schumacher stärker an den „großen Themen“ der Reichspolitik.[172]

Als Regierungspartei im Reich tat sich die SPD schwer mit der Verantwortung. Einerseits stand das leuchtende Beispiel Preußens im Raum, wo seit 1919 in der Hand der Weimarer Koalition unter den

---

[170] Mommsen, S. 319 und Booms, S. 525, zur Rolle der Schwerindustrie und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), der nach der Verabschiedung des Young-Plans die SPD aus der Regierung drängen wollte, siehe Winkler, S. 369

[171] Mittag: Württembergische SPD, S. 86ff. und Besson, S. 86

[172] Besson, S. 81

Sozialdemokraten Otto Braun und Carl Severing regiert wurde. Andererseits zeigte die Diskussion um den Panzerkreuzer A und das Scheitern eines Kompromisses bei der Arbeitslosenversicherung, dass man sich bei unpopulären Entscheidungen lieber auf die radikale Theorie stürzte. Die Parteiführung hatten seit 1928 nur noch Arthur Crispien und Otto Wels, Hermann Müller hatte den Parteivorsitz als Reichskanzler aufgegeben.[173]

In der KPD kam es zum letzten großen Machtkampf in der Weimarer Republik, der wiederum mit einem starken Linksruck endete. Unter dem gemäßigten Kurs war die Mitgliederzahl von 180 000 auf 130 000 zurückgegangen, während viele Arbeiterwähler angesichts der aufziehenden Wirtschaftskrise nach links rückten. Der Kurswechsel wurde jedoch einmal mehr nicht in Berlin, sondern in Moskau eingeleitet. Josef Stalin hatte dort zunächst mit dem rechten Flügel der Partei paktiert, um diese nun auszuschalten und sich auf die linken Kräfte zu konzentrieren. Hatte man bislang die internationale Gewerkschaftseinheit gefordert, wurde sie nun wieder bekämpft. Die „Einheitsfront von oben“ wurde abgelehnt, die „Versöhnler“ und die deutsche Mittelgruppe scharf kritisiert. Ernst Thälmann wandte sich gegen die Gemäßigten. Auf dem 6. Weltkongress der Komintern im Juli und August 1928 in Moskau verkündete man die „dritte Phase“, nach der „akut revolutionären Situation“ von 1918 bis 1923, der „kapitalistischen Stabilisierung“ sowie dem Wiederaufbau der Wirtschaft in der Sowjetunion. Nun sollte die neue Krise des Kapitalismus einen weltweiten Aufschwung der Revolution erwirken.[174]

---

[173] Miller/Potthoff S. 132

[174] Reuter, Elte, Hedeler, Wladislaw, Helas, Horst und Kinner, Klaus: Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928, die KPD am Scheideweg, Berlin 2003, S. 55ff., und Flechtheim, S. 249. Reuter/Hedeler/Helas/Kinner bezeichnen die ultralinke Wende als „schwarzen Tag für die KPD“.

Doch der rechte KPD-Flügel gab nicht so schnell auf. Der „Fall Wittdorf“ sollte ihnen Gelegenheit geben, die linke Führung um Ernst Thälmann vorübergehend zu entmachten. Wittdorf war der Schwager Thälmanns und Bezirkssekretär der Wasserkante. Er hatte Parteigelder unterschlagen und Thälmann hatte den Skandal vertuscht. Am 25. und 26. September 1928 wurde Thälmann abgesetzt, aber schon am 6. Oktober rehabilitierte ihn eine Order des EKKI wieder. Auf Wunsch Stalins wurde Thälmann wieder eingesetzt, die „Versöhnler“ wurden entmachtet und aus der Partei ausgeschlossen. Ein Triumvirat aus Ernst Thälmann, Hermann Remmele und Heinz Neumann übernahm die Leitung der KPD. Zunehmend setzten auch die Kommunisten auf Personalisierung: Dem NSDAP-Führer Hitler sollte mit Thälmann ein proletarischer Führer entgegengesetzt werden. Auf dem zwölften Parteitag im Juni 1929 in Wedding wurden sogar Führer-Ovationen für Ernst Thälmann veranstaltet.[175]

Die ultralinke Politik wurde auf diesem Parteitag verschärft. Nach Zusammenstößen zwischen der peußischen Polizei unter dem sozialdemokratischen Innenminister Severing und dem Verbot des RFB 1929 in Preußen wurde die These des „Sozialfaschismus“ reaktiviert. Thälmann sprach von der „Radikalisierung und Revolutionierung der Massen“, SPD und Gewerkschaften seien von „Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie“ beherrscht. Die Spaltung de Gewerkschaften war nun erklärtes Ziel, in den Betrieben wurden die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) aufgebaut. Die Zeit der Flügelkämpfe war beendet, ab 1929 bekämpften sich nur noch der Apparat und

---

[175] Winkler S. 351 und Flechtheim, S. 253, Mommsen macht mit dem Kurswechsel 1928 auch eine „äußere Radikalisierung“ der KPD durch verstärkte Agitation des RFB aus, siehe Mommsen, S. 290, zum Fall Wittdorf siehe Reuter/Hedeler/Helas/Kinner, S. 65ff.

verschiedene Cliquen untereinander. Mal verbündeten sich Thälmann mit Neumann, mal Pieck mit Neumann, mal Remmele mit Neumann.[176]

Auch in *Herrenberg* waren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise deutlich zu spüren, beispielsweise bei den Hopfenbauern. Herrenberg war neben Horb, Renningen, Rottenburg und Weil der Stadt das wichtigste Hopfenanbaugebiet im Land, wobei Kleinbetriebe vorherrschten und der Anbau oft neben der übrigen Tätigkeit betrieben wurde. „Ohne Hopfenanbau wäre der größte Teil der Betriebe nicht überlebensfähig“, hieß es im Gäubote bei einem Besuch des Reichsrates in Herrenberg. Die Hopfenbauer bräuchten dringend den Schutz ihrer Erzeugnisse, wenn sie nicht um die wohlverdienten Früchte ihrer Arbeit gebracht werden sollten, forderten sie. Das könne durch höhere Zölle und das Hopfenprovenienzgesetz erledigt werden, das heimischen Hopfen gegenüber ausländischem bevorzugen sollte. Allerdings war der Hopfenanbau im Gau schon zur Jahrhundertwende in eine Krise gekommen.[177]

Bei der 90-Jahr-Feier des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins im März 1930 klagte der Herrenberger Landesökonomierat Foß: „In Deutschland ist seit dem Jahr 1925/26 die Lage der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Die Schulden haben in wenigen Jahren eine außerordentliche Höhe erreicht. In Württemberg ist in den letzten zwei Jahren trotz ordentlicher Ernte keine Besserung zu sehen, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind weit unter denen der meisten Bedarfsartikel.“ Im Bezirk Herrenberg habe sich der schlechte Hopfenpreis vom Jahr 1929 ganz besonders bemerkbar gemacht. Im letzten Jahr habe man im Bezirk dem Gewicht nach das Anderthalbfache des Jahres 1925 an Hopfen geerntet, und dafür nur 10

---

[176] Flechtheim, S. 261, zum Verbot des Rotfrontkämpferbundes siehe Winkler, S. 350

[177] Reichsratsbesuch in Herrenberg GB 15.4.1929

% der Einnahmen des Jahres 1925 erzielt. Seine Forderungen: „Die Landwirtschaft braucht Staatshilfe und Selbsthilfe. Der Staat muß eine die Landwirtschaft schützende Zollpolitik und eine die Erzeugung fördernde Wirtschafts- und Finanzpolitik treiben.“ Die Realteilung führte zudem zu einer immer weiteren Zerstückelung der Parzellen, was bei einem Besuch des Vereins für Sozialpolitik in Herrenberg von den Landwirten beklagt wurde. Die hohen Steuern und die Schwierigkeit, neue Kredite zu bekommen, belasteten die Landwirtschaft stark.[178]

Auch der Mittelstand klagte über die immer schwierigeren wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei der Hauptversammlung des Gewerbevereins im Februar 1930 zeichnete Wilhelm Niethammer ein düsteres Bild: „Der handwerkliche Mittestand sieht mit trüben Aussichten der Zukunft entgegen. Eine Kapitalbildung ist in gegenwärtiger Zeit der übermäßigen Steuerbelastung und wirtschaftlicher Not ganz ausgeschlossen.“ An eine Besserung sei nicht zu denken, es erscheine daher unbedingt notwendig, dass sich der Handwerker auf spätere Zeiten besinne und trotz Geldknappheit durch eine Renten- und Lebensversicherung vor der Not im Alter schütze.[179]

Arbeitslosigkeit wurde auch in Herrenberg zu einem Problem. Am 10. März 1930 sagte Bürgermeister Reinhold Schick im Gemeinderat: „In weiten Kreisen der Einwohnerschaft herrscht infolge der mißlichen Wirtschaftsverhältnisse bittere Not. Öffentliche Fürsorge kann nur in bestimmten Fällen und in gewissem Maß eintreten.“ Der Bürgermeister startete zusammen mit Dekan Eugen Schmid einen Spendenaufruf, hingewiesen wurde auf die Notlage des Handwerks. In dem Aufruf hieß es: „Die Not steigt auch in unserer Stadt höher und höher, insbesondere in den Familien, deren Ernährer seit Wochen arbeitslos

---

[178] 90 Jahre LW Bezirksverein GB 4.3.1930, Besuch Verein für Sozialpolitik GB 3.4.1930

[179] Bericht Gewerbeverein GB 28.2.1930

sind. Trotz dürftiger Lebenshaltung müssen mannigfach Schulden gemacht werden.“ Unterzeichnet hatten neben vielen Gewerbetreibenden und Personen des öffentlichen Lebens auch Fritz Böckle (SPD), Wilhelm Niethammer (Bürgerpartei), EKH-Direktor Robert Strasser (später DDP) und Stadtpfarrer Viktor Sandberger.[180]

Arbeitslosigkeit war in Herrenberg bislang nur im Krisenjahr 1923 nennenswert aufgetreten. Jetzt stiegen auch hier die Zahlen an: Am 12. Februar 1929 meldete das mit Nagold zusammengelegte Arbeitsamt für Herrenberg 92 Arbeitslose. In einer Eingabe an die Stadt forderten die Arbeitslosen eine Winterbeihilfe von 30 Reichsmark. Bürgermeister Reinhold Schick wies auf den „heurigen strengen Winter“ und die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt hin, der bürgerliche Rat Johannes Gaiser unterstrich, es herrsche „Not in allen Familien“. Die Verwaltung schlug schließlich 25 Reichsmark für Verheiratete und 20 für Ledige vor, aber erst nach einer Karenzzeit von sechs Wochen. Ein Antrag von Fritz Böckle (SPD), die Zeit auf vier Wochen zu verkürzen, wurde im Gemeinderat abgelehnt. Anfang 1931 hatte sich die Situation verschärft: Das Nagolder Arbeitsamt meldete im gesamten Bezirk Herrenberg 592 Arbeitslose, was ein Anstieg von 80 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert sei.[181]

Bei den Haushaltsberatungen 1929 war erneut ein Abmangel von 230 000 Reichsmark zu verzeichnen, die Umlage musste auf 18 Prozent erhöht werden, 200 000 Reichsmark neue Schulden nahm die Stadt auf. Allerdings war die Situation wohl bei weitem nicht so schwierig wie in anderen Städten. Trotz der angespannten Finanzlage fasste die Stadt ein Großprojekt ins Auge: Am 17. September 1929 beschloss der Gemeinderat, die Schaffung eines Freibades näher zu prüfen. Ein

---

[180] Schick zur Notlage und Anzeige GB 11.3.1930

[181] GRP 12.2.1929, Bd. 39, S, 96, Bericht Arbeitsamt Nagold GB 24.1.1931

Gutachten empfahl den Standort Mühlhausen hinter dem Bahnhof, Wilhelm Zerweck (DDP) schlug hingegen das Gelände auf den Seeländern vor, weil die Stadt hier kein Grundstück erwerben müsse. Am 25. Februar 1930 wurde weiter beraten: Das Freibad an den Seeländern wurde als kostengünstigste Variante eingeschätzt. Im Gemeinderat war man sich nicht sicher, ob das Freibad finanzierbar sei: Albert Zinser (DDP) zweifelte, ob tatsächlich wie von Bürgermeister Schick angenommen täglich 160 Besucher in das Freibad kämen. Er stehe der Errichtung der Freibadanlage wohlwollend gegenüber, wünsche aber Auskunft darüber, ob der Ausbau der als ungenügend bezeichneten Wasserversorgung der Stadt nicht dringlicher sei. Fritz Böckle (SPD) hingegen bezeichnete das Freibad als „dringendes Bedürfnis“. Am 25. Juni wurde ein Kompromiss gefunden: Die Wasserversorgung, die nur für 2800 statt für 3200 Einwohner angelegt worden war, sollte durch eine neue Pumpstation auf den Seeländern verbessert werden, kombiniert mit dem Freibad. Der Überschuss der 700-Jahr-Feier und ein Kredit von 30 000 Reichsmarkt sollten die Kosten decken.[182]

Erneut schreckte eine Debatte über die Zusammenlegung der Oberämter die Herrenberger auf. Der Reichssparkommissar legte einen Plan vor, nach dem Herrenberg dem Oberamt Böblingen angeschlossen werden sollte, die neue Verwaltungseinheit sollte fast 90 000 Einwohner in 66 Gemeinden umfassen. Bürgermeister Reinhold Schick warnte eindringlich vor der Auflösung des Herrenberger Amtes: „Die Zentralitätspläne würden brutal niederreißen, was im Laufe von Jahrhunderten aufgebaut und ausgestattet wurde. Es geht heute um des Landes Frieden und Wohlfahrt!“ Das Volk empfinde es als einen

---

[182] Etatberatung 1929 GRP 9.7.1929, Bd. 39, S. 327, Beratungen Freibad GRP 17.9.1929, Bd. 39, S. 403, GRP 4.12.1929, Bd. 39, S. 555, GRP 25.2.1930, Bd. 40, S. 114 und GRP 25.6.1930, Bd. 40, S. 278

Mangel, wenn es nicht mehr einen verantwortlichen Abgeordneten habe, zudem seien die Ersparnisse im Haushalt gering. Doch zum letzten Mal blieb Herrenberg verschont, die Pläne verschwanden bald wieder in den Schubladen angesichts des geballten Widerstandes aus den Oberämtern.[183]

11.2. Volksbegehren gegen den Young-Plan

Die Räumung des Rheinlandes gehörte zu den wichtigsten Zielen der Regierung von Hermann Müller. Ziele waren darüber hinaus ein Ende der eingeschränkten Souveränität durch die internationale Kontrolle über Reichsbank und Reichsbahn und eine Begrenzung der Reparationszahlungen. Im September 1928 wurde daher eine internationale Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz des amerikanischen Unternehmers und Wirtschaftsberaters Owen Young einberufen. Im Mai 1929 legte die Kommission einen Plan vor, der im August auf einer Konferenz in Den Haag beschlossen wurde. Damit wurden die Reparationen auf 1,7 Milliarden Goldmark für die ersten 37 Jahre begrenzt, später sollte der Betrag auf 2,1 Milliarden steigen. Die Zahlungen sollten bis zum Jahr 1988 dauern. Gleichzeitig wurde dem Deutschen Reich eine internationale Anleihe (Young-Anleihe) in Höhe von 300 Millionen US-Dollars eingeräumt. Bis zum 30. Juni 1930 sollte zudem das Rheinland geräumt und Reichsbank und Reichsbahn wieder souverän werden.[184]

Obwohl dieser Plan das Deutsche Reich eigentlich finanziell entlastete, entfesselten die rechten Parteien eine Kampagne gegen das Abkommen. Mit dem Volksbegehrten gegen den Young-Plan wollten

---

[183] GB 20.5. und 26.5.1930

[184] Heyde, Philipp: Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan, Paderborn 1998, S. 87, zum Young-Plan siehe auch Kluge: Die Weimarer Republik, S. 333

die rechten Parteien vor allem ihre Anhänger mobilisieren. Die Spitzenverbände der deutschen Landwirtschaft hatten schon im Frühsommer den Plan kategorisch verurteilt, der Stahlhelm als Wehrorganisation der konservativen Rechten agitierte auf den Straßen. Der Gegenstand der Abstimmung war ein so genanntes „Freiheitsgesetz“, in dem schlicht die Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag „abgeschafft“ werden sollten. Den Mitgliedern der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten, die den Young-Plan unterschreiben würden, wurde mit Gefängnisstrafen gedroht. Besonders unheilvoll war dabei, dass nicht nur Stahlhelm und Deutschnationale, sondern auch die NSDAP die Kampagne mittrugen. Bislang hatten die Nationalsozialisten Distanz zu den Konservativen gehalten. Das rechte Lager stand nun zusammen.[185]

Zunächst wurde ein Volksbegehren angestrengt: Wenn sich mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten in die Listen eintrugen, musste der Reichstag über das „Gesetz gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“ entscheiden. Im Juli 1929 gründete sich in Württemberg ein Landesausschuss für das Volksbegehren unter dem Bürgerpartei-Vorsitzenden Hirzel. Besonders pikant war, dass in der Regierung Gegner wie Befürworter des Young-Plans zusammen arbeiteten. Das Zentrum war eindeutig für den Young-Plan, innerhalb der Bürgerpartei kam es zur Spaltung. Der frühere Staatspräsident Wilhelm Bazille lehnte den aggressiven Kurs Hugenbergs ab, während Finanzminister Alfred Dehlinger ihn zwar unterstützte, aber in der Regierung ohne Konflikte mit den Zentrumsministern

---

[185] Berghahn, Volker: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 137, zum Volksbegehren Hintergründe bei Schulze, S. 310ff. und Winkler, S. 346, zu Hitlers Strategie siehe Fest, S. 367f., über die Strategien im nationalkonservativen Lager zum Volksbegehren gegen den Young-Plan siehe auch Mommsen, S. 339

zusammenarbeitete. Die liberalen Parteien waren auch aus dem Grund in die Landesregierung eingetreten, die Durchsetzung des Young-Plans zu sichern. Zumindest dieses Ziel wurde erreicht. Als der bayerische Ministerpräsident die Verabschiedung des Planes durch einen Vertagungsantrag verzögern wollte, wurde dieser Antrag in der württembergischen Regierung mit 3:2 Stimmen abgelehnt.[186]

Der Streit innerhalb der Bürgerpartei war ein Symptom für den Machtkampf in der DNVP. Schon im Laufe des Jahres 1928 war der gemäßigte Parteivorsitzende Graf Westarp stark angeschlagen. Doch erst die Agitation des Stahlhelms brachte Alfred Hugenberg den Durchbruch im Machtkampf. Der mit 300 000 Mitgliedern stärkste der vielen Wehrverbände rückte unter Theodor Duesterberg, der 1927 neben dem Verbandsgründer Franz Seldte zum zweiten gleichberechtigten Bundesführer gewählt wurde, deutlich nach rechts. Nach dem Bruch der DVP mit dem Stahlhelm bot sich Hugenberg als neuer Bündnispartner an. Die Vereinbarung mit der DNVP, am Volksbegehren gegen den Young-Plan teilzunehmen, war das erste Resultat dieser Allianz. Nachdem Hugenbergs Anhänger mit Pommern den wichtigsten ostdeutschen DNVP-Landesverband erobert und den dortigen Vorsitzenden Hans Schlange-Schöningen aus dem Amt gedrängt hatten, trat Graf Westarp bei der Wahl der Gesamtpartei gar nicht mehr erst an, Hugenberg war am Ziel.[187]

Die Traditionskräfte des ländlichen Adels drängten nun gemeinsam mit den Alldeutschen in die völkische Richtung. Gemäßigte Kräfte und die bürgerlichen Gutsbesitzer verließen die Partei, wie Hans Schlange-Schöningen. Auch der Reichslandbund wandte sich von der Partei ab, da nun die Großgrundbesitzer dominierten. Das hing auch mit der

---

[186] Besson, S. 79

[187] Holzbach, S. 238 und Mommsen, S. 316, zur Rolle der Volkskonservativen siehe Jonas, S. 39

chronischen Geldnot der Partei zusammen, die Finanzierung des Wahlkampfes hing am guten Willen der Großagrarier.[188]

Hintergrund dieses Konfliktes war auch die Erosion des konservativen Milieus der Landwirtschaft. Die Landwirte litten einerseits unter zunehmender Verschuldung, andererseits zunehmend schärferer Besteuerung. Schon seit 1928 hatte die Agrarkrise um sich gegriffen, in Nord- und Ostdeutschland noch stärker als im Südwesten. Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei drohte zur ernsthaften Konkurrenz zu werden, in Thüringen hatte sie 1928 auf Anhieb 11,5 Prozent erreicht. Hugenberg nahm jedoch bewusst die Abspaltung des Arbeiter- und Bauernflügels in Kauf, um das Profil der Partei zu schärfen und als Systemopposition in Stellung zu bringen. Doch Hugenberg war gesundheitlich angeschlagen und hatte nicht die nötige Zeit, die Führung im nationalen Lager zu übernehmen. Die tatsächliche Parteileitung lag in den Händen einer Gruppe ehemaliger Offiziere und Hugenberg-Anhänger. Die Parteiorganisation war unprofessionell, die Finanzlage der Partei dementsprechend verheerend.[189]

In Württemberg hatte Fritz Wider die Bürgerpartei auf Hugenberg-Kurs gebracht. Anfang 1929 hatte sich der Vertretertag offen an die Seite Hugenbergs gestellt. So hieß es, Hugenbergs Wirken lasse einen „starken Auftrieb“ der Partei erkennen, die „klare und eindeutige nationale Haltung wird das Vaterland aus seiner gegenwärtigen Not wieder emporführen“.[190] Wilhelm Bazille distanzierte sich immer stärker

---

[188] Zollitsch, S. 176f. und Pyta: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 303ff.

[189] Gessner, Dieter: Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen der agrarkonservativen Politik, Düsseldorf 1976, S. 86ff., zur Agrarkrise und deren Folgen für die DNVP siehe auch Pyta: Weimarer Republik, S. 89f.

[190] Müller: Bürgerpartei, S. 414

von Partei und Fraktion, seine Haltung in der Auseinandersetzung um den Young-Plan isolierte ihn darüber hinaus zusätzlich.[191]

Trotz massiver Agitation trugen sich in *Württemberg* nur 6,2 Prozent der Wahlberechtigten in die Listen ein, auf Reichsebene wurde die Hürde nur knapp gemeistert. In Herrenberg hatte die Werbung des Bauernbundes hingegen größeren Erfolg: 17,1 Prozent trugen sich in die Listen ein, im gesamten Oberamt gar über ein Drittel. Herrenberg hob sich damit vom Landestrend ab, gerade in den evangelischen Dörfern trugen sich in Württemberg besonders wenig Wähler ein. Nur noch in Gerabronn, Nagold und Öhringen gab es ähnlich hohe Ergebnisse – im übrigen allesamt Hochburgen der NSDAP.[192]

Die hohe Beteiligung lag wohl an der starken Mobilisierung des Bauernbundes. In Herrenberg gründete sich am 20. August der Ausschuss für das Volksbegehren im Saal der „Post“, der Gäubote schrieb, die „deutsche Volksbewegung gegen die Versklavung durch den Youngplan hat nun auch hier ihren Einzug gehalten.“ Ansprechpartner war der frühere Herrenberger Pfarrer Theodor Klett. Er war Mitglied der Bürgerpartei und sollte in den nächsten Jahren noch ein wichtiger Agitator der Partei werden. Klett reiste durch das Gäu und warb in Vorträgen für seine Sache. Dabei wurde deutlich, dass er eher den radikalen Deutschnationalen um Hugenberg zuzurechnen war. In einem Bericht am 6. September über eine Rede vor dem Alldeutschen Verband in Herrenberg sagte Klett: „Sollte, was Gott verhüten möge, der Pariser Tributplan zur Verwirklichung kommen, dann geht in kurzer Zeit das gesamte Eigentum des deutschen Volkes in die Hände der Feinde über.“ Am 3. Oktober 1929

---

[191] Weber, S. 141f.
[192] Schnabel: Württemberg 1928-1945, S. 59

wurde er in Oberjettingen noch deutlicher: „Unsere Kinder und Kindeskinder würden Sklaven unserer Feinde.“[193]

Am 31. August 1929 wurde eine Massenkundgebung angekündigt, unterzeichnet hatten unter anderen Theodor Körner, Gäubote-Schriftleiter Karl Merz, der frühere Bürgerpartei-Gemeinderat Robert Merz, Gemeinderat Johannes Traub und der Freiherr Hiller von Gärtringen, ein Adliger aus dem Nachbarort und Anhänger der Bürgerpartei. Bei der Veranstaltung rief Theodor Klett zur Einigkeit auf und forderte die Herrenberger auf, sich in Massen in die Listen einzutragen. Mit Erfolg, wie das Ergebnis zeigte. Auch eine Anzeige am 24. Oktober 1929 ging in diese Richtung, weitere Veranstaltungen am 27. Oktober mit dem deutschnationalen Abgeordneten Dingler aus Calw und ein „Erörterungsabend“ im Postsaal am 8. Oktober wurden abgehalten. Nachdem das Volksbegehren Erfolg hatte, kommentierte der Gäubote: „Wir freuen uns ehrlich dieses ersten Erfolges auf dem mühsamen Weg zur deutschen Freiheit. Kein Jubel soll erschallen, sondern ernst und unbeirrt wollen die Millionen der auf dem Boden des Volksbegehrens stehenden Volksgenossen den Generalangriff! [...] Die Vernunft hat gesiegt![194]

Vor der Abstimmung über das „Freiheitsgesetz“ wurde im Gäubote erneut die Stimmung geschürt, Körner setzte dabei sowohl auf Anzeigen wie auch auf Texte im redaktionellen Teil. Fast jeden Tag gab es eine Rubrik mit Argumenten gegen den Young-Plan. Zum Beispiel am 7. Dezember 1929: „Der französische Minister Herriot hat gesagt: Es sei besser, daß die deutschen Arbeiter die Lasten trügen als

---

[193] Berichte Klett: Alldeutscher Verband GB 6.9.1929, Oberjettingen GB 3.10.1929

[194] Anzeige GB 19.6.1929, Bericht GB 21.8.1929, Bericht Massenkundgebung GB 9.8.1929, Erörterungsabend GB 9.10.1929, Anzeige Dingler GB 26.10.1929, Kommentar GB 4.11.1929

die französischen. So sieht in Wahrheit die Internationale aus: Der deutsche Arbeiter als der internationale Packesel!“ In einem Vortrag des Ausschusses für den Volksentscheid am 7. Dezember hieß es: „Es geht nicht nur um die aus Deutschland erpreßten unmöglichen Zahlungen, sondern um Fortbestand unserer christlichen Kultur, um Sein oder nicht Sein.“ Und weiter: „Wenn einmal der Deutsche als geschlossenes Volk Nein gesagt hat, so ist an diesem Nein der Vernichtungswille des Gegner gescheitert.“ Kurz vor der Abstimmung hieß es im Wahlaufruf: „Bist du etwa Schuld am Kriege? Nein? Dann sags doch! Sonst mußt du büßen!“[195]

Immerhin gab es eine Gegenveranstaltung: Der „Staatsbürgerliche Bildungsverband der Aufklärungsstelle der Reichsregierung“ veranstaltete am 7. Dezember einen Vortrag, in dem der Young-Plan als „erste Revision des Dawes-Planes“ bezeichnet wurde, dem weitere folgen müssten. „Späterhin durch Weiterverhandeln soll eine Revision erreicht werden“, hieß es. Eingeladen hatte Stadtschultheiß Reinhold Schick, wodurch die Veranstaltung einen offiziellen Charakter bekam. Bei der Abstimmung am 22. Dezember war die Beteiligung deutlich höher als beim Volksbegehren, dennoch wurden die Wahlergebnisse der beteiligten Parteien nicht erreicht, die absolute Mehrheit wurde in keinem württembergischen Oberamt erreicht. In Herrenberg-Stadt stimmten immerhin 24 Prozent der Wahlberechtigten für das „Freiheitsgesetz“, im Oberamt 41,5 Prozent. Im Gäubote wurde erwartungsvoll kommentiert: „Diese Freiheitsbewegung ist noch lange nicht am Ende, doch der Anfang ist gemacht und wird wellenartig seine Kreise ziehen.“ [196]

---

[195] Bericht im GB vom 7.12. und 9.12.1929, Anzeige GB 21.12.1929
[196] Berichte GB 9.12.1929 und 22.12.1929

Tatsächlich führte die Auseinandersetzung um den Young-Plan zu einer Radikalisierung innerhalb der politischen Rechten, nicht nur die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ prophezeite nicht zu Unrecht einen Auflösungsprozess der deutschnationalen Parteien. Wie sich später zeigte, konnten Hugenberg und Hirzel die Geister, die sie riefen, nicht mehr loswerden. Die DNVP wurde als Konsequenz für die Konzentration auf ihren radikalen, großagrarischen und alldeutschen Kern nach und nach zu einer Splitterpartei.[197]

11.3. Nationalistische Vereine in Herrenberg

Nationale Agitationsverbände hatten schon im Kaiserreich eine lange Tradition. Die Verbindung von Nationalismus und Konservatismus bildete sich allerdings erst zur Jahrhundertwende, ursprünglich waren der elitäre, bewahrende und partikularistische Konservatismus und der egalitäre, die Klassenschranken überschreitende und großdeutsche Nationalismus sogar entgegengesetzte Pole des politischen Spektrums. So entstand ein neues, konservatives Milieu, zunächst populistisch und dynamisch bis zum Ersten Weltkrieg, dann ab 1918 als ein Netz von Verbänden und der DNVP als rechter Sammlungspartei. Allerdings waren die nationalen Verbände in Württemberg fast nur vom Bildungs- und Besitzbürgertum geprägt, die Träger waren protestantische Honoratioren. Außerdem waren sie in Württemberg aufgrund der liberalen Tradition und der weniger starken Militarisierung schwächer vertreten als in Norddeutschland und Preußen.[198]

Das Volksbegehren gegen den Young-Plan führte nicht nur zu einer Radikalisierung der Deutschnationalen, es entstanden oder erstarkten

---

[197] Schulze, S. 312 und Winkler, S. 357
[198] Weber, S. 254

in der Folge auch diese nationalistischen Organisationen. Neben den schon beschriebenen Kriegervereinen soll uns der Alldeutsche Verband interessieren, den es auch in Herrenberg gab. Er verstand sich als Vorreiter der nationalen Rechten, trat lautstark in der Öffentlichkeit auf und war zentral organisiert. Der Ursprung lag in der Kolonialisierung der 1880er Jahre, er profitierte von der Konfrontation vor dem Ersten Weltkrieg und stand schließlich in direkter Opposition zur Regierung. In Württemberg war der Verband kaum präsent, der größte Ortsverein war in Stuttgart. Auch bekannte Politiker wie Johannes Hieber, Gustav Siegle, Friedrich Schrempf oder Theodor Wolff waren Mitglied, zumindest zur Kaiserzeit. Der Verband setzte im Land sich vor allem für die Donauschwaben in Ungarn und für die ausgewanderten Deutschen in Südwestafrika ein. Gegen Ende der Republik unterstützten die Alldeutschen den Hugenberg-Kurs der DNVP und die Absetzung des Bazille-Flügels in der Bürgerpartei.[199]

Eine wichtige Organisation war auch der Stahlhelm, der allerdings in Württemberg erst 1924 in Stuttgart gegründet wurde. Es gelang zunächst kaum, Ortsgruppen zu etablieren, erst ab 1927 nach dem Verbot des Wiking-Bundes entstand ein schlagkräftiger Landesverband, geleitet von General von Bopp. Ziel war es, die zersplitterten und nach dem Dawes- und dem Youngplan von DNVP und Bürgerpartei enttäuschten Vaterländischen Verbände zu vereinen. Erst 1930/31 wurden mehrere Ortsgruppen gegründet, Ende 1931 waren es 18 im Gau Württemberg. Während der Stahlhelm 1930 im ganzen Reich 500 000 Mitglieder hatte, waren es in Württemberg zwischen 5000 und 7000 Mitgliedern. Die Ortsgruppen waren mal eher bürgerlich, mal eher vom Jungstahlhelm geprägt, bei dem der Übergang zur SA fließend war. Die Bürgerpartei hatte sich 1928 noch

---

[199] Weber, S. 261ff.

vom Stahlhelm abgegrenzt, 1932 überließ sie dem Frontsoldatenbund weitgehend die Gestaltung der Veranstaltungen.[200]

In Herrenberg traten im Jahr 1930 der Stahlhelm, der Jungbauernverband, der Alldeutsche Verband und der Tannenbergbund stark in Erscheinung. Schon 1924 war eine Gruppe „Jungdeutschland“ innerhalb der Kirche gegründet worden, die von dem erblindeten Baurat Schaal geleitet wurde und eher unpolitische Freizeitveranstaltung für Jugendliche organisiert hatte. Diese Gruppe löste sich im Juni 1930 offiziell auf und ging wohl in die neuen Organisationen auf.[201] Wiederbelebt wurde der Alldeutsche Verband, der nach dem ersten Weltkrieg praktisch von der Bildfläche verschwunden war. Im Juni 1928 fand sich wieder eine Aktivität in Herrenberg: Der Schriftsteller und Weltreisende Karl Grube hielt auf Einladung der Ortsgruppe einen Vortrag. Der Gäubote schrieb über die Veranstaltung, Grube verkörpere den Alldeutschen, der „überall in der Welt deutschem Sinn und Wesen nachspürt.“ Das Vaterland müsse über die Partei gehen. Schon hier machte sich der Altpfarrer Theodor Klett als Mitveranstalter bemerkbar. Im Februar 1929 lud die Ortsgruppe General von Liebert nach Herrenberg ein, den früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika. Er rechnete mit dem System ab und glorifizierte das alte Kaiserreich: Die Novemberrevolution sei die „sinnloseste aller Revolutionen der Weltgeschichte“ gewesen, die Not verdanke man „nicht dem verlorenen Krieg, von dem wir uns unter besserer Leitung längst erholt hätten, sondern der Unfähigkeit der Revolutionsregierungen.“ Grundursache dieser Entwicklung sei das von Bismarck eingeführte allgemeine gleiche Wahlrecht, bei welchem „der

---

[200] Berghahn, S. 30 und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 226f., zur Stellung und Organisation des Stahlhelm in Württemberg siehe Weber, S. 269ff.

[201] Pfarramtsbericht 1926, Landeskirchliches Archiv A 129, Bü 1981, Auflösung Jungdeutschland GB 24.6.1930

Dumme so viel gilt als der Verständige, jeder Arbeitsscheue so viel wie der Fleißigste und Sparsamste.“[202]

In eine ähnliche Richtung ging der Stahlhelm. Am 16. Oktober 1930 war der erste Aufmarsch in Herrenberg geplant: Vom Bahnhof sollte es losgehen in Richtung Haslach, Sindlingen, Unterjettingen, Oberjettingen, Kuppingen und Affstätt zurück nach Herrenberg, um 16.30 Uhr sollte eine Versammlung mit Filmvortrag stattfinden. Gäubote-Schriftleiter Karl Merz wurde in der Anzeige Ansprechpartner für die Gründung, er rief zum Eintritt in die neue Ortsgruppe auf: „Frontsoldaten, deutsche Männer, deutsche Jugend! Tretet ein in die Reihen des Stahlhelms! Kämpft mit uns für ein neues, freies Deutschland!“ Doch so schnell ging es nicht: Wegen organisatorischer Probleme musste der Aufmarsch in letzter Sekunde abgesagt werden, er fand stattdessen am 1. November statt. Damit der Umzug nicht zu dürftig erschien, musste schließlich die Stuttgarter Ortsgruppe einspringen. Die Versammlung im Postsaal an diesem Abend war gleichzeitig die offizielle Gründung der Ortsgruppe. Der Gäubote berichtete: „Immer weiter greift die nationale Bewegung im deutschen Volk. [...] Eine Bewegung, aus der Not der Zeit geboren, die vaterländische Tradition pflegt, die aus dem Alten das Gute übernimmt und unbeirrt den Kampf gegen alles Undeutsche führt. [...] Nun hat ja auch in unserem Bezirk der Stahlhelm seinen Einzug gehalten mit seiner gut vonstatten gegangenen Werbeveranstaltung am letzten Sonntag und das Interesse, das durch die rege Beteiligung aus Stadt und Land gezeigt wurde, ist überaus erfreulich.“ Karl Merz als Führer des Stahlhelms - er wurde am 17. Juli 1931 in einer Anzeige auch offiziell als Ortsgruppenleiter genannt und gab auch in seiner Verhandlung vor der Spruchkammer an, den Stahlhelm geführt zu

---

[202] Berichte über den Alldeutschen Verband GB 21.6.1928 und 13.2.1929

haben - nutzte als Schriftleiter die Möglichkeit, Werbung zu machen. In den folgenden Monaten zog der 33-jährige Merz werbend über die Dörfer, es gelang, Ortsgruppen in Kuppingen, Bondorf und Öschelbronn zu gründen. Der Stahlhelm wurde immer mehr ein Machtfaktor, sein Mobilisierungspotenzial vergrößerte sich beständig.[203] Und noch eine weitere Integrationsfigur trat dem Stahlhelm bei und verlieh dem Verein mit seiner Autorität ein höheres Ansehen: Der langjährige Gemeinderat Wilhelm Niethammer gab vor der Spruchkammer nach dem Zweiten Weltkrieg zu: „Ich war Mitglied des Stahlhelmes bis zu seiner Auflösung.“ Als Beweis legte er ein Mitgliedsbuch vor.[204]

Die Aktivitäten des Stahlhelms in Herrenberg waren teils sozialer Natur, teils wurde die Vergangenheit verherrlicht. Der Stahlhelm arbeitete eng zusammen mit dem Jungbauernbund, der in diesen Monaten ebenfalls seine Organisation aufbaute. So veranstaltete der Stahlhelm beispielsweise im Januar 1932 in Bondorf eine Sammlung für Arbeitslose, hielt im März 1931 in Herrenberg einen „Kolonialnachmittag“ mit dem Jungbauernbund ab oder organisierte am 18. Januar 1931 eine große Reichsgründungsfeier im Hasensaal, wobei die Jungbauern mit 150 Teilnehmern kaum in den Saal passten. Eher unbedeutend war hingegen der Tannenbergbund, hinter dem sich die Anhänger Ludendorffs sammelten, immerhin findet sich ein Bericht über eine Versammlung in Oberjesingen vom 25. Januar 1931, in dem die „Beweisführung über Freimaurerei, Juden und Jesuiten“ angetreten

---

[203] Spruchkammer-Akte von Karl Merz, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902/4, Bü 9079, Anzeige Stahlhelm-Aufmarsch GB 9.10.1930, Stahlhelm Bondorf GB 18.11. und 24.11.1930, Stahlhelm Kuppingen 20.11.1931, Stahlhelm Öschelbronn 29.11.1931, Anzeige Merz GB 17.7.1931

[204] Spruchkammer-Akte von Wilhelm Niethammer, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902/4, Bü 9728

werden sollte. Personen lassen sich dem Tannenbergbund im Bezirk Herrenberg jedoch nicht zuordnen.[205]

Es entstand also in Herrenberg eine Subkultur nationalistischer Vereine, die an die Wiederherstellung deutscher Größe glaubten. Sie hatten mit Karl Merz einen Anführer, der ihnen auch ein publizistisches Forum bot. Die Gruppierungen traten in Herrenberg jedoch nicht als Protagonisten der neuen, nationalistisch-völkischen Bewegung auf, sondern mit Ausnahme des Jungbauernbundes mehr als bürgerliche, den protestantischen Honoratioren verbundene Gruppen. Die NSDAP spielte zu diesem Zeitpunkt in Herrenberg noch kaum eine Rolle und war weit entfernt davon, zu den lokalen Meinungsführern Kontakt zu haben. Es war vielmehr eine Wiederbelebung der altkonservativen Traditionen, die sich allerdings später mit den „neuen“ nationalsozialistischen Gedanken verbinden und damit zu deren Stärkung beitragen sollte.

11.4. Der zweite Aufstieg der NSDAP

11.4.1. Neuanfang in der Wirtschaftskrise

Während den stabilen Jahren 1924 bis 1928 war die NSDAP weitgehend von der politischen Bühne verschwunden. Bis 1929 galt sie als eine der vielen Splitterparteien in der Öffentlichkeit, Hitler nutzte diese Zeit aber, um eine schlagkräftige Struktur aufzubauen. In Berlin entstand unter Gauleiter Joseph Goebbels ab 1926 ein zweites organisatorisches Zentrum neben München, der Parteiapparat wurde ausdifferenziert durch Unterorganisationen wie der Hitlerjugend, der NS-Frauenschaft oder dem NS-Lehrerbund und der NS-Betriebszellenorganisation. So wurden nahezu alle Gruppen der

---

[205] Sammlung Stahlhelm Bondorf GB 4.1.1932, Kolonialnachmittag GB 15.3.1931, Anzeige und Bericht Reichsgründungsfeier GB 18.1. und 19.1.1931, Tannenbergbund GB 25.1.1931

Gesellschaft angesprochen, die NSDAP war damit die erste Volkspartei, die über ein bestimmtes Milieu hinaus Massen an sich band. Die Sturmabteilungen (SA) wurden zu einer schlagkräftigen Parteiarmee und ein wirksames Mittel für Aufmärsche und Propagandaveranstaltungen, sie waren ein paramilitärischer Wehrverband, der militant und entschlossen den Straßenkampf führen konnte.[206]

Gleichzeitig wurde die Partei allein auf die Person von Adolf Hitler zugeschnitten, nach dem Führerprinzip ernannte er alle Unterführer und Gauleiter, die wiederum Befehlsgewalt nach unten hatten. Die Anhängerschaft rekrutierte sich aus allen Bevölkerungsschichten, wobei Arbeiter und Bauern überrepräsentiert waren. Weiterer Träger waren die kleinbürgerlichen Mittelschichten. Alle strömten unter dem diffusen Gefühl von Angst und Unsicherheit, einem Unbehagen gegenüber dem neuen demokratischen System, vermengt mit Antisemitismus und Sozialprotest sowie dem Charisma von Adolf Hitler in die neue Partei, die zu einer Art „Glaubensbewegung“ aufstieg.[207]

Das Erfolgsrezept der NSDAP war nicht nur, das heimatlose protestantisch-bürgerliche Milieu abzudecken und den durch Inflation und Wirtschaftskrise verunsicherten Mittelstand anzusprechen, sondern auch Teile der in sich geschlossenen Nischen von Katholiken und Arbeitern für sich zu erobern. Die NSDAP war daher die erste Volkspartei in dem Sinne, dass sie nicht nur Klassenpartei war, sondern alle Schichten ansprach. Die radikale Ablehnung von Parlamentarismus und Marxismus, ein extremer Nationalismus und ein aggressiver Antisemitismus, dazu eine antikapitalistische Rhetorik, die in Abgrenzungen zu den rechten Honoratiorenparteien die NSDAP

---

[206] Schulze, S. 328ff und Rösch, S. 254 sowie Mommsen, S. 393

[207] Thamer, S. 143, zur Programmatik der NSDAP siehe auch Mommsen, S, 378

auch für Arbeiter interessant machte: Diese Bausteine nationalsozialistischer Programmatik fielen in einer Gesellschaft, die an allen Stellen im Umbruch und in ihrer Mehrheit verunsichert war, auf einen fruchtbaren Boden. Die Wirtschaftskrise, die Massenarbeitslosigkeit und die Zerstrittenheit der „Altparteien“ wirkten dabei als Düngemittel, um die Saat gedeihen zu lassen.[208]

Nicht nur beim Volksbegehren für Fürstenenteignung hatte die NSDAP sich von ihrer „sozialistischen Seite“ präsentiert. Die so genannte Strasser-Gruppe um die Brüder Gregor und Otto Strasser, zu der auch der junge Joseph Geobbels gehörte, vertrat stark antikapitalistische Thesen. Hitler sorgte jedoch frühzeitig dafür, dass diese linke Gruppe nicht zu viel Einfluss nehmen konnte. Auch in der zentralen Münchner Ortsgruppe musste Hitler durchgreifen: Im Konflikt um die Münchner SA gab es einen Aufstand der SA-Truppen, den Hitler nur durch Hinausdrängen der Rebellen aus Partei und den SA-Verbändem abwenden konnte. Durch Geschlosenheitsappelle und Rücksichtslosigkeit gelang es Hitler immer wieder, Streitigkeiten zu beenden.[209]

In *Württemberg* litt die Partei unter extremen strukturellen Problemen. In Herrenberg gab es zum Beispiel bei den Wahlen 1928 nur eine einzige Wahlveranstaltung, und das Wahlergebnis bedeutete landesweit einen schweren Rückschlag, die Partei verlor ihre drei Landtagsmandate, stellte aber mit Wilhelm Dreher (Ulm) einen Reichstagsabgeordneten. Personelle Querelen und finanzielle Probleme ließen die Zahl der Mitglieder von 1928 bis Anfang 1929 nur

---

[208] Möller: Die Weimarer Republik, S. 114 und Pyta: Weimarer Republik, S. 108

[209] Bräuninger, Werner: Hitlers Kontrahenten in der NSDAP 1921-45, München 2004, S. 78f., zu den Konflikten in der Partei siehe Rösch, S. 157ff., zur Strasser-Gruppe und deren Auseinandersetzungen mit Hitler siehe auch Mommsen, S. 398

von 900 auf 1150 ansteigen. Auf juristischem Weg kam die Partei immerhin zu einem Landtagsabgeordneten: Ein Urteil des Reichsstaatsgerichtshofes erklärte am 22. März 1929 Teile des württembergischen Wahlgesetzes für ungültig, die kleinen Parteien wurden bei der Sitzverteilung ebenfalls berücksichtigt. Das Mandat stand Christian Mergenthaler zu, mit dem Murr jedoch verfeindet war.[210]

Der Machtkampf zwischen Christian Mergenthaler einerseits und Wilhelm Murr mit Dietrich von Jagow andererseits verschärfte sich. Jagow war seit 1929 Geschäftsführer der Partei und seit 1930 auch SA-Führer in Württemberg, er stand treu an der Seite Murrs. Die Kritik an der Personalpolitik Murrs nahm zu, und Mergenthaler konnte lange Zeit als einziger Landtagsabgeordneter der NSDAP durchaus wirkungsvoll mit Rücktritt drohen. Anfang 1930 spitzte sich die Situation zu: Vor einem geplanten Ausmarsch weigerten sich am 16. Februar zwei Stuttgarter SA-Führer, den Befehlen des landesweiten SA-Führers Jagow Folge zu leisten. Nachdem das Gaugericht die Widerspenstigen ausgeschlossen hatte, verweigerten bei einer Mitgliederversammlung der Stuttgarter Ortsgruppe 70 von 100 Teilnehmern der Gauleitung die Unterstützung. Dietrich von Jagow stand einmal mehr Murr treu zur Seite und wies in der Versammlung darauf hin, dass Ortsgruppenleiter nur noch von der Gauleitung ernannt würden und nicht mehr einfach gewählt.[211]

Dennoch verbreiterte Wilhelm Murr Schritt für Schritt seine Machtbasis, trotz schlechter Wahlergebnisse und leerer Parteikassen. Er lenkte

---

[210] Schnabel, Thomas: Die Schwäche einer regionalen Parteiorganisation. Die NSDAP in Württemberg 1928-1933, in: Schnabel, Thomas (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 6, Stuttgart 1982, S. 53f.

[211] Müller: Stuttgart im NS, S. 22 und Hachmann, S. 277

seine parteiinternen Gegner aufeinander, seine loyale Haltung zur Münchner Parteiführung und die ständige Neugründung von NSDAP-Nebenorganisationen sicherte seine Stellung. Murrs unangefochtene Stellung konnte jedoch nicht über organisatorische Schwächen hinwegtäuschen: Die Parteizeitung „Südwestdeutscher Beobachter“ wurde nur von einem Fünftel der Mitglieder gelesen, in vielen Ortsgruppen wechselten die Leiter ständig, es herrschten Misswirtschaft und Chaos. Allerdings gelang es der Partei in Württemberg wie im gesamten Reich, durch Aufmärsche, Parteitage und eine rege Propagandatätigkeit eine organisatorische Geschlossenheit erscheinen zu lassen, die es real gar nicht gab. Murr gab 1930 seine Tätigkeit in der Maschinenfabrik Esslingen auf und widmete sich hauptamtlich nur noch der Partei. Bis 1932 wuchs die Mitgliederzahl aufgrund der reichsweiten Erfolge der Partei auf 21 000 in 430 Ortsgruppen an. Ein Beispiel für die straffere und stärker hauptamtlich geleitete Organisation war eine Fahrt von Murr für den NS-Kurier 1931 und 1932 durchs ganze Land, um Gelder aufzutreiben.[212]

Die NSDAP hatte sich im Reich organisatorisch ganz auf die Person von Adolf Hitler eingerichtet. Die Gauleiter waren vom Führer eingesetzte Stellvertreter des obersten Führers in ihren Gebieten. Ihr Zuständigkeitsbereich wurde respektiert, ihre Autorität wie im Fall Mur von oben legitimiert und gestärkt. Die Gauleiter hatten in ihrem Bereich weitgehend freie Hand. Der linke Parteiflügel war zurückgedrängt worden, die Parteiorganisation wurde durch den neuen Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser wesentlich effizienter. So wurden ab 1928 die Gaugrenzen den Wahlkreisen angepasst, die Ortsgruppen waren nicht mehr direkt dem Führer unterstellt, sondern

[212] Thamer, S. 142 und Scholtyseck: Murr, S. 480

der Gauleitung. Auch die Münchner Ortsgruppe wurde im Herbst 1929 selbstständig als „Untergau Groß-München“. Alle Ortsgruppen durften einen Teil ihrer Mitgliedsbeiträge selbst behalten, wodurch ihr finanzieller Spielraum deutlich größer wurde.[213]

Erst 1929 versuchte die NSDAP-Führung, gezielt in die agrarischen Organisationen vorzustoßen. Dabei wurde keine eigene Gliederung gegründet, sondern man wollte die bestehenden Verbände unterwandern. Am 1. August 1930 wurde eine „Agrarpolitische Abteilung“ in der NS-Reichsorganisationsleitung geschaffen, der Landwirt Richard Walther Darré wurde zum agrarpolitischen Organisator ernannt. Die Strategie war dreistufig: Zunächst sollte ein Grundstock von Landwirten entstehen, die der NSDAP treu und ergeben waren. Diese sollten in den Dörfern und Kleinstädten anerkannt sein und die Ziele der Partei verbreiten. Zweitens sollte die Partei in die agrarischen Verbände eindringen, um sie dem politischen Gegner als Machtinstrument zu entziehen, vielleicht sogar in NS-Hilfsorganisationen zu verwandeln. Drittens wurde festgelegt, dass diese Strategie zentral von München aus gesteuert werden sollte. Dabei legte Darré Wert darauf, dass man die Landbevölkerung nicht durch massenhafte Flugblätter und maßlose Denunziation des Gegners, sondern nur durch Kleinarbeit und Mundpropaganda überzeugen könne. Zudem baute Darré einen „Agrarpolitischen Apparat“ auf: In allen Parteiebenen vom Gau bis zur Ortsgruppe wurden den Leitern so genannte „Landwirtschaftliche Fachberater“ zur Seite gestellt. Allerdings klafften noch 1931 große Lücken in dem Netz aus Vertrauensleuten.[214]

---

[213] Mommsen, S. 379 und Thamer, S. 146, zur Organisation der Ortsgruppen siehe Rösch, S. 231f.

[214] Zur Landwirtschaftspolitik und den Aufbau des Agrarpolitischen Apparats der NSDAP siehe Pyta: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 353ff. und

In *Württemberg* gab es erst Anfang 1930 einen großen Aufschwung für die Partei. Die Versammlungssäle waren wieder voll, die SA wurde unter Dietrich von Jagow gestärkt: Der ehemalige Freikorpsoffizier bei der Marinebrigade Ehrhardt verdoppelte die Mitgliederzahl bis Anfang 1931 auf immerhin 2400.[215] Die Septemberwahlen 1930 hatten trotz der gewaltigen Zuwächse nur ein im Vergleich zum Reich unterdurchschnittliches Ergebnis gebracht, die Partei verstärkte aber nach der Wahl ihre Propaganda. Mit dem Stuttgarter NS-Kurier gelang es, eine nationalsozialistische Tageszeitung ins Leben zu rufen, die jedoch bis Anfang 1932 lediglich eine Auflage von 5000 Stück erreichte. Zuvor war schon 1927 der bald wieder eingestellte „Südwestdeutsche Beobachter“ erschienen, ab 1930 der „Schwäbische Angriff“ als Wochenzeitung der Gauleitung. Die politischen Auseinandersetzungen verlagerten sich immer mehr auf die Straße, zum Jahreswechsel 1930/31 starb der erste Nationalsozialist in Stuttgart bei Straßenkämpfen. Dennoch gab es im Vergleich zu Berlin nur moderate Ausschreitungen.[216]

In Herrenberg war die Partei schon ab 1924 praktisch nicht mehr präsent, es finden sich fast keine Berichte mehr zum Wahlkampf der NSDAP. Zwar wurde in einer Anzeige zur Wahl 1928 von einer „Ortsgruppe Herrenberg“ gesprochen, doch bestand diese zu dem Zeitpunkt – wie von Rauch, Greiß und Lechler später sogar vor dem NSDAP-Kreistag eingeräumt hat – nur aus wenigen Mitgliedern und hatte keine Organisation und klare Führung.[217] Glaubt man den Schilderungen von Rauch und Greiß, brachte das Volksbegehren

---

Merkenich, S. 320ff.

[215] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 92

[216] Schnabel: NSDAP 1928-33, S. 62

[217] Schnermann, Dieter: Die Wahl schlug ein wie eine Bombe. 1930 fasst die NSDAP in Herrenberg Fuß, Artikel im Gäubote vom 2. September 1999

gegen den Young-Plan neuen Schwung für die Wiedergründung der Ortsgruppe. So schrieb Wilhelm Gauger in seinem Bericht: „Anstoß hiezu [die Wiedergründung der Ortsgruppe, Anm. d. Verf.] gaben die von mir im Herbst 1929 beim Gäuboten beigelegten und vom Eherverlag bezogenen Flugschriften gegen den Youngplan.“ Eugen Rauch berichtete über monatelange Vorbereitungen, schließlich hätten sich an einem Sonntagabend im Dezember 1929 im Gasthaus zum „Schützen“ vier Mann der alten Ortsgruppe eingefunden: Es waren, wie Wilhelm Gauger schrieb, er selbst, Eduard Greiß, Fritz Reichert und Eugen Rauch. Letzterer schrieb in seinem Bericht: „Gauger übernahm die Ortsgruppe. In Assistenz wirkten mit Reichert und Greiß, letzter hatte noch die Kasse zu führen. Ich selbst wurde der Propagandist. Jetzt hatten wir ein Haupt und legten los.“[218]

Für die Öffentlichkeit meldete die Ortsgruppe sich am 16. März 1930 auf der politischen Bühne zurück: Im Gasthaus „Hasen“ wurde zu einer Großveranstaltung aufgerufen. Der Redner war der Landtagsabgeordnete Christian Mergenthaler, der zu „Deutschlands Bolschewisierung durch den Youngplan, die Wahrheit über die Regierungsbildung in Württemberg“ sprach. Mit dem Hasensaal entschied sich die Ortsgruppe bewusst für den größten Versammlungssaal in der Stadt, wie Eugen Rauch schrieb: „Die Bevölkerung unserer Stadt und des Kreises muß zu uns kommen, wenn wir mal aktiv arbeiten werden. Der größte Saal der Stadt mußte uns sicher sein. [...] Wir wollten nicht Gefahr laufen, dass uns irgendwelche andere Parteien den Saal abtreiben konnten.“ Allerdings war den Funktionären schon damals klar, dass sie damit ein Wagnis eingingen. So schrieb Eugen Rauch 1934 im Gäubote: „Wir können es

---

[218] Berichte von Gauger und Greiß zum NSDAP-Kreistag, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

heute ruhig sagen, daß wir doch etwas Herzklopfen hatten bei dem Gedanken, wer auch wohl diesen großen Saal füllen würde. Entsprechende Propaganda hatten wir dafür gemacht, denn in jedem Ort des seinerzeitigen Oberamts Herrenberg schrieen es große Plakate in die Dorfstraßen hinaus, daß am kommenden Sonntag in Herrenberg etwas los wäre.“ Rauch schrieb von 400 Zuhörern, auch laut Wilhelm Gauger war die Veranstaltung ein Erfolg: „Der Hasensaal, zum Brechen voll, sah erstmals eine politische Versammlung, für welche der vorhandene Raum nicht mehr ausreichte.“[219]

Ob diese Aussage der Wahrheit entspricht, ist nur schwer herauszufinden. Doch im ganzen Land strömten der Partei Mitglieder zu, im Juli schätzte die Polizei die Mitgliederzahl in Württemberg auf 5000.[220] Die Partei hatte auch auf Reichsebene programmatisch die Voraussetzungen geschaffen, bei der protestantischen Bauernschaft Anhänger zu gewinnen. Das Parteiprogramm von 1920 hatte noch eine „unentgeltliche Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“ gefordert. Erst 1928 erklärte Hitler, dieser Satz beziehe sich nur auf „jüdische Spekulanten und Kriegsgewinnler“. Die agrarkonservativen Gegner wie der Bauernbund erinnerten trotzdem immer wieder an diese „sozialistischen“ Züge der Bewegung, was zunächst auch verfing. Doch mit einer „Parteiamtlichen Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft“ am 6. März 1930 konnte die Partei die Bedenken der Landbevölkerung endgültig zerstreuen. In Nord- und Ostdeutschland wurde die NSDAP damit zur Partei der

---

[219] Bericht von Eugen Rauch, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934, Spruchkammer-Akte von Eugen Rauch, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902/4, Bü 10 466

[220] Schnabel: NSDAP in Württemberg, S. 56

evangelischen Bauernschaft, was in Württemberg noch zwei Jahre auf sich warten ließ.[221]

Auch in *Herrenberg* begann die NSDAP-Ortsgruppe ab 1930, sich wieder neu aufzubauen. Von nun an gab es regelmäßig politische Versammlungen, zunächst etwa ein Mal im Monat, vor Wahlen sogar nahezu wöchentlich. Immer wieder tauchten die NSDAP-Mitglieder bei Versammlungen anderer Parteien auf. So berichtete Eugen Rauch von einer Veranstaltung von Bauernbund, DDP, DVP und Wirtschaftspartei am 18. Mai 1930 im „Hasen“, bei der Wirtschaftsminister Reinhold Maier und Staatsrat Rath sprachen. Rauch und Gauger waren unter den gut 60 Zuhörern: „Die Herren fühlten sich in ihrem Kreise sicher, denn wir verhielten uns vorerst peinlich ruhig, um dann jedoch bei der Diskussion in schärfster Form zu dem Gehörten Stellung zu nehmen. Ja, ich brachte es fertig, die spießerlichen Gemüter dieser vereinigten Parteien zum Rot- und Weißglühen, ja sogar zum Platzen zu bringen.“ Im Bericht des Gäubote über diese Versammlung ist der Auftritt der beiden Nationalsozialisten nicht erwähnt: Entweder wurde er für den NSDAP-Kreistag erfunden, oder der Gäubote wollte die Störung einer Veranstaltung, die der Bauernbund mit organisiert hatte, schlicht nicht in der Zeitung haben.[222]

Diese Versammlung sei, so Eugen Rauch, eine gute Werbung gewesen für die NSDAP-Veranstaltung acht Tage später mit dem württembergischen SA-Führer von Jagow: Er erinnerte im „Hasensaal“ unter dem Motto „Vom U-Bootsfahrer zum Nationalsozialisten“ an den ersten Weltkrieg und wärmte die Dolchstoßlegende noch einmal auf. So hieß es im Gäubote-Bericht: „Gerade erschütternd wirkte die Hervorhebung der Tatsache, daß verhetzte Volksgenossen in den

---

[221] Pyta: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 329f.
[222] Berichte von Gauger und Rauch, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

Fabriken die Torpedowaffen unserer U-Boote unbrauchbar machten.“ Das Ziel der Nationalsozialisten sei, dass das Volk aufwache, auf dass es „das Wesen seiner Feinde erkennen möge.“[223]

11.4.2. Ausbau der Organisation und strukturelle Probleme

Die Ortsgruppe wurde nun zügig aufgebaut. Neben so genannten wöchentlichen „Sprechabenden“, eine typische, neue Veranstaltung für NS-Ortsgruppen, setzte die NSDAP auf massive Präsenz und Aufmärsche. So organisierte die Partei am 26. Oktober 1930 eine Gedenkfeier für die Gefallenen des Weltkrieges und ließ dabei rund 300 Kameraden der SA aufmarschieren, wiederum war SA-Führer von Jagow in der Stadt. Allerdings brauchte die junge Ortsgruppe noch Unterstützung aus den umliegenden Bezirken Böblingen, Stuttgart, Nagold und Calw. Im Gäubote hieß es am folgenden Tag: „Es mögen an die 300 Braunhemden gewesen sein, die in tadelloser Ordnung durch die Stadt marschiert sind, um am Kriegerdenkmal eine schlichte Totenehrung zu halten.“ Bemerkenswert: Sogar Stadtpfarrer Viktor Sandberger hielt eine „zu Herzen gehende Ansprache an die jungen Zivilisten“. Allerdings mahnte er auch zur Treue zu Gott. Die Ortsgruppe wurde durch die Präsenz des nach Dekan Schmidt zweitwichtigsten kirchlichen Vertreters in Herrenberg zweifellos aufgewertet.[224] Gleichzeitig setzte die Partei darauf, mit kulturellen Veranstaltungen für sich zu werben. So trat am 15. November die NS-Bühne aus Esslingen im Herrenberger „Hasen“ auf: Sie bot das historisches Lustspiel „Anna-Liese“, es handele sich um die ersten hauptberuflichen NS-Bühnenkünstler. Am 16. November wurde ein

---

[223] Anzeige GB 25.5.1930, Bericht GB 28.5.1930

[224] Anzeige GB 24.10.1930, Bericht GB 27.10.1930, zu Sprechabenden der Ortsgruppen siehe Rösch, S. 307

„Deutscher Abend“ in Oberjettingen veranstaltet mit Gedichten, „lebendigen Bildern“ und dem Theaterstück „Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben“.

Die Strategie der Ortsgruppe stimmte mit der anderer Ortsgruppen überein. Sie beschrieb Eugen Rauch selbst im Gäubote am 25. Oktober 1931 in der Rubrik „Eingesandt“: „Die Ortsgruppe Herrenberg hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch Herbeirufung der verschiedenen Redner jedlichem Geschmack Rechnung zu tragen.“ Und das gelang der Partei in der Tat: „Exotische“ Redner wie der Diplom-Landwirt Haag von der Insel Rügen sprachen ebenso wie der erste Landtagsabgeordnete Christian Mergenthaler oder der spätere Nagolder Abgeordnete und Parteifunktionär Philipp Bätzner. Ziel war es, einerseits die Ängste weiter Kreise des Bürgertums vor dem radikalen Auftreten der Partei zu zerstreuen und andererseits die wichtigste Wählerschicht im Gäu anzusprechen, die Landwirte. Ein Beispiel dafür liefert der Vortrag von SA-Führer von Jagow am 23. Januar 1931. Dort hieß es: „Wo sind die 200 Millionen Landwirtschaftsbeihilfe der Regierung Brüning hingekommen? Es stinkt gewaltig [...] Kriegshetze? Lächerlich. Wer 4 ½ Jahre dabei war und heute Frau und Kinder besitzt, hat kein Verlangen danach. Nahezu 70 % unserer Abgeordneten waren Frontsoldaten. Was wollen wir? Nationale Würde nach außen. Eiserne soziale Gerechtigkeit nach innen!“[225]

Die Versammlungen im Hasensaal hatten die Partei jedenfalls einen großen Schritt vorangebracht, zumindest empfanden das die Mitglieder so. Eugen Rauch beschrieb die Situation im Rückblick von 1934 folgendermaßen: „Der Bann der Zurückgezogenheit, des

---

[225] „Eingesandt“ der Ortsgruppe GB 25.10.1931, Anzeigen Haag und Mergenthaler NSDAP im GB vom 27.5. und 2.5.1931, Bericht von Jagow in Herrenberg GB 27.1.1931, zum Vergleich siehe Rösch, S. 299

Nichtbeachtenswerdens, der bis jetzt auf uns lag, war gebrochen. Unsere Kräfte wurden frei, wir konnten wieder arbeiten.“ Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Ortsgruppe lassen sich zumindest für die Jahre 1930 und 1932 zurückverfolgen, da im Staatsarchiv Ludwigsburg die Meldungen über Neueintritte der Gauleitung Württemberg an die Parteiführung in München vorliegen: Im 1931 April traten 6 Mitglieder ein, im Mai waren es fünf, im Juni drei. Immerhin wurde der in der Stadt bekannte Oberlehrer Otto Ringwald Mitglied, der sich in den 20er Jahren für die deutschnationale Bürgerpartei engagiert hatte. Und mit dem Zimmerermeister Eugen Rilling, der 1929 aus Weilheim im Oberamt Tübingen nach Herrenberg gekommen war und ein Geschäft aufgemacht hatte, trat ein wichtiger späterer Funktionär ein: Der 34-jährige Rilling wurde zum Führer der neu gegründeten Herrenberger SA. Deren Aktivitäten finden sich im Gemeinderatsprotokoll vom 19. Oktober 1931 wieder: Die SA-Ortsgruppe bat um Überlassung der Stadthalle für Musikproben, wobei Eugen Rilling versicherte, es handele sich nur um einen Spielmannszug von zwölf Mann. Der Antrag wurde übrigens gegen den Widerstand der drei SPD-Räte Wilhelm Morlock, Fritz Böckle und Paul Marquardt mit der Begründung genehmigt, es handle sich nur um „Pfeifen und Trommeln“. Auch in seiner Spruchkammer-Akte wurde Rilling als SA-Führer bezeichnet, 1942 wurde er sogar zum Obersturmbannführer befördert.[226]

Von einem großen Ansturm neuer Mitglieder konnte aber keine Rede sein, selbst nach dem Erfolg der Septemberwahlen 1930 kamen lediglich rund 20 Neumitglieder hinzu. Es waren vor allem junge

---

[226] Beschwerde Rauch GRP 16.9.1927, Bd. 37, S. 442, Biographie Rilling in GB-Sonderveröffentlichung 700 Jahre Herrenberg, 19.7.1929, Neueröffnung Geschäft Rilling GRP 4.4.1929, Bd. 39, S. 202, SA-Führer GRP 19.10.1931, Bd. 41, S. 361

Handwerker, Arbeiter und Lehrlinge zwischen 18 und 30 Jahren, die der Partei in Herrenberg beitraten, wie eine Analyse der Neumitglieder zeigt, dazu später noch mehr. Im Vergleich zu Hochburgen der Partei wie Ulm oder Stuttgart waren die Eintrittszahlen aber nahezu bescheiden.[227]

Am Ende des Jahres 1930, so Wilhelm Gaugers Bericht, war die Zahl der Mitglieder von 4 auf 43 gestiegen, darunter 17 SA-Kämpfer. Wobei die „Parteigenossen“ in den umliegenden Orten dazu gezählt wurden. Rauch musste selbst vor dem NSDAP-Kreistag 1934 einräumen, dass diese Zahl nicht überwältigend war: „An der Gesamteinwohnerzahl des Bezirks mit etwa 27 000 Einwohnern gemessen, bedeutet diese kleine Zahl 43 nicht viel nach außen, umso mehr für uns nach innen.“ Und Eugen Rauch schrieb in seinem Bericht: „Klein war die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder. Noch kleiner war die Zahl der aktiven Kämpfer. Ich könnte sie aufzählen, ich glaube es genügten die Finger einer Hand.“[228]

Immerhin gelang es der Partei, auch in anderen Orten im Oberamt Fuß zu fassen. Eine der ersten Ortsgruppen außerhalb der Bezirkshauptstadt wurde in Bondorf gegründet: Dort warb der Pfarrer Wilhelm Krauß mit der Autorität seines Amtes für die neue Partei. In seinem Bericht für den NSDAP-Kreistag 1934 schrieb Krauß: „Als ich im Mai 1929 als eingeschriebenes Mitglied der NSDAP nach Bondorf kam, war dort von unserer Bewegung noch nichts zu spüren.“ Krauß besuchte im Frühjahr 1930 die Versammlungen der Partei in Herrenberg, am 21. und 22. Juni wurde die Ortsgruppe mit 18 Mitgliedern in Bondorf gegründet. Diese Aussage lässt sich mit den

---

[227] Aufnahme neuer NSDAP-Mitglieder 1930-32, Akten der NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern im Staatsarchiv Ludwigsburg PL 501 I, Bü 93-95

[228] Berichte von Gauger und Rauch, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

Akten der Württembergischen NSDAP-Gauleitung untermauern: Während bis Juni 1930 die Neumitglieder aus Bondorf der Herrenberger Ortsgruppe zugeschlagen wurden, wurde die „Ortsgruppe Bondorf“ ab Juli 1930 eigenständig vermerkt. Es waren nur wenige Landwirte, fast nur Handwerker unter den neuen Mitgliedern.[229]

Hermann Krauß war eine wichtige Figur in der Szene völkischer Pfarrer in Württemberg. Der 1890 in Stuttgart geborene Krauß hatte in Tübingen und Berlin Theologie studiert, nach dem Vikariat wurde er in der Stuttgarter Stiftskirche ordiniert. Nach mehreren Stationen als Pfarrverweser war er zunächst Pfarrer in Erkenbrechtsweiler (Dekanat Nürtingen), um dann am 7. Mai 1929 nach Bondorf zu kommen. Schon im Ersten Weltkrieg hatte sich Krauß politisch engagiert, war im Bezirk Knittlingen Geschäftsführer der „Vaterlandspartei“. Wenige Monate vor seiner Ernennung zum Bondorfer Pfarrer trat Krauß am 1. Februar 1929 in die NSDAP ein. Im Sommer 1931 wurde er zum Gauredner der NSDAP ernannt.[230]

Gleichzeitig war Krauß nicht ohne Einfluss in der kirchlichen Organisation, so verfasste er zum Beispiel beim Kirchenbezirkstag im Juli 1932 im Rahmen einer Pfarrversammlung die Grundsätze für das heilige Abendmahl. Allerdings führte das auch zu Konflikten, so wurde er am 27. Januar 1931 vom Oberkirchenrat ermahnt, die „gebotene Zurückhaltung zu üben“.[231] Krauß baute schließlich im Bezirk Herrenberg die „Deutschen Christen“ auf, er wurde im Gäubote am 16. Juni 1933 bei einer NS-Versammlung als Kreisleiter dieser Kirchenpartei genannt, die versuchte, innerhalb der evangelischen

---

[229] Ortsgruppe Bondorf, von Ortsgruppenleiter Krauß, Sonderveröffentlichung des Gäubote zum NSDAP-Kreistag in Herrenberg, GB 4.8.1934, Akten der NSDAP-Gauleitung Württemberg, Staatsarchiv Ludwigsburg PL 501/1, Bü 93-94

[230] Zur Vita von Krauß siehe Ehmer, S. 113ff.

[231] Ehmer, S. 116

Landeskirchen nationalsozialistisches Gedankengut umzusetzen. Seit 1931 fungierte Krauß auch als Bondorfer Ortsgruppenleiter, was er bis 1936 bleiben sollte. In seiner Spruchkammer-Akte ist beim Urteil vermerkt, dass er „durch sein Ansehen als Pfarrer viel dazu beitrug, dass im Jahre 1934 die Ortsgruppe 70 Mitglieder zählte und ein SA-Sturm vorhanden war. Er soll sogar die Kanzel als Propagandamittel benützt und gewisse Pgs [Parteigenossen, Anm. d. Verf.] durch die Zahlung der Beiträge zum Eintritt bewogen haben.“ Außerdem bildete sich, so die Schilderungen von Krauß, eine „Spielschar“, die an verschiedenen Orten im Oberamt Stücke mit nationalsozialistischer Weltanschauung aufführte.[232]

Im Dezember 1930 wurde im benachbarten Kayh ein so genannter „Stützpunkt“ eingerichtet, den Anstoß gab die Septemberwahl, wie Stützpunktleiter Jakob Braitmaier beim NSDAP-Kreistag 1934 berichtete. Auch hier finden sich in den Akten die Eintritte vieler Kayher in die Herrenberger Ortsgruppe ab November 1930, vor allem Steinbrucharbeiter und Handwerker, aber auch vereinzelt Landwirte. Der erste Ortsgruppenleiter wurde der Lehrer Erwin Bräuner, zu Weihnachten wurde die Bondorfer „Spielschar“ zu zwei Aufführungen eingeladen. Nur kurz zuvor war der Stützpunkt Mötzingen am 27. September 1930 unter Stützpunktleiter Heinrich Hiller ins Leben gerufen worden, dort war der Zugang jedoch 1931 und 1932 „sehr schwach“, so die Schilderung Hillers zum NSDAP-Kreistag. In Gültstein wurde unter der Leitung des Reichsbahnbetriebs-Assistenten und Bahnhofsvorstehers Müller im Oktober 1931 eine Ortsgruppe gegründet.[233]

---

[232] Spruchkammer-Akte von Wilhelm Krauß, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902/4, Bericht Krauß in der GB-Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

[233] Berichte zu den Ortsgruppen Mötzingen und Gültstein, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

Schon im Februar 1931 war die Ortsgruppe Oberjettingen entstanden. Ortsgruppenleiter Fritz Baitinger schrieb zum NSDAP-Kreistag 1934 über die Gründungsversammlung: „Der Saal war zum Brechen voll, der Redner glänzend in Form. Die Begeisterung war ungeheuer und das will etwas heißen, wenn man die Seele des schwäbischen Menschen im Allgemeinen und die der Oberjettinger im Besonderen kennt.“ Schon im April habe die Ortsgruppe 27 Mitglieder gezählt, auf Antrag der Partei wurde vom Gemeinderat der Bürgersaal des Rathauses zur Verfügung gestellt, um die „Sprechabende“ abzuhalten. Der bei der Ortsgruppen-Gründung 33-jährige Baitinger beschrieb diese Veranstaltungen so: „In diesen Sprechabenden wurde nun eifrig daran gegangen, die Mitglieder zu schulen und aus jedem Einzelnen einen hieb- und stichfesten nationalsozialistischen Kämpfer zu machen.“ In der früheren Bauernbunds-Hochburg Oberjettingen entstand so eine überaus aktive Ortsgruppe: Im Herbst 1931 wurde für die NS-Nothilfe Geld gesammelt, eine Theatergruppe bildete sich wie in Bondorf. Fritz Baitinger sollte nicht nur 1932 auf der Bezirksliste der NSDAP kandidieren, sondern im Dritten Reich als Kreisbauernführer eine wichtige Rolle im Kreis Herrenberg übernehmen.[234]

Leider fehlen von Anfang 1931 bis Frühjahr 1932 die Akten über Neueintritte, so dass sich erst nach diesem Zeitpunkt die Ortsgruppen in Nebringen, Reusten, Unterjesingen, Unterjettingen und der Stützpunkt Haslach nachweisen lassen. Es gehörte auch zur Strategie der NSDAP auf dem Land, mit Nothilfe bei Unwettern und Katastrophen die Sympathie der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Allerdings hat die SA diese Spenden immer wieder missbraucht und so den Unmut auf sich bezogen. Über solche Vorfälle ist in Herrenberg allerdings nichts

---

[234] Bericht Baitinger, GB-Sonderveröffentlichung 4.8.1934, Spruchkammer-Akte Fritz Baitinger im Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 902/4, Bü 394

bekannt.[235] Trotzdem kämpfte die Partei im Gäu wie in Herrenberg weiterhin mit strukturellen Problemen. Vorbehalte gab es sowohl bei den Geschäftsleuten und Honoratioren wie auch bei den Landwirten im Oberamt. In der Erzählung „Herrental“ von Hermann Sauer findet sich eine Schilderung dieser Probleme: „Den Geschäftsleuten war es um das Vertrauen der Kundschaft aus allen Kreisen bang, den Beamten um die Pension, den einen um den [relativ hohen, Anm. d. Verf.] Parteibeitrag, den anderen um seine Bequemlichkeit zu tun, kurz ein jeder wich sachte aber unangreifbar aus [...].“[236]

Dass diese Schilderung nicht aus der Luft gegriffen war, zeigen zwei Berichte im Gäubote. Vor allem auf dem Land war der Bauernbund überall einen Schritt schneller als die neue Partei. Bei einer Versammlung am 21. Februar 1931 in Oberjettingen begrüßte Baitinger beispielsweise „fast nur Mitglieder des Bauernbundes und Grünhemden“, also Stahlhelmanhänger. Am 3. Dezember 1930 beschwerte sich die Ortsgruppe in einem „Eingesandt“-Artikel im Gäubote aus Anlass eines Deutschen Abends am 29. November, bei der unter anderem ein Film des SA-Aufmarsches in Herrenberg vom 24. Oktober gezeigt wurde. Zwar seien die Parteigenossen zahlreich erschienen, aber viele Bürger blieben der Versammlung fern: „Nun ja, man rümpft die Nase! Arbeiterpartei, zu wenig Intelligenz, unreife Strolche.“ Am 2. Oktober 1931 hieß es in einem „Eingesandt“-Artikel weiter: „Auch die Tatsache gehört in der Öffentlichkeit festgenagelt, daß es ‘bessere’ Leute gibt, die zwar kommunistische Versammlungen durch ihre Anwesenheit zieren, aber es für unter ihrer Würde halten, Naziversammlungen zu besuchen! Wir werden uns gelegentlich daran erinnern!“ Das war eine unverhohlene Drohung, die zunächst für das

---

[235] Pyta: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 328
[236] Erzählung „Herrental“ von Hermann Sauer, S. 80

Bürgertum abschreckend wirkte, aber schon Schlimmes ahnen ließ für die Zeit nach der Machtergreifung.[237]

Für eine großangelegte Eroberung des bäuerlichen Umlandes war die Partei in Herrenberg zu schwach. Zudem misslang es, in die bäuerlichen Organisationen vorzudringen. Gerade die älteren Landwirte in den umliegenden Ortschaften blieben dem Bauernbund treu und wollten von der neuen Bewegung nichts wissen. Das räumte der spätere Kreisleiter Karl Ludwig Lechler in seinem „Geleitwort“ zum NSDAP-Kreisparteitag 1934 ein: „Mir scheint, was von den Schwaben im Allgemeinen gilt, das gilt von den Herrenbergern zweimal, und dreimal von jenen knorrigen Bauern, die in den so malerisch um die Kreisstadt herumliegenden Ortschaften hausen. Es war manchmal schon schwerer als Funkenschlagen aus einem Holzklotz, diese zähe Masse von Bürgern und Bauern in Fluß zu bringen und in Bewegung zu setzen.“[238] Während es der NSDAP mit dem Durchbruch bei den Wahlen 1930 im benachbarten Land Baden gelang, den Badischen Landbund als Konkurrenz so zu verdrängen, dass dessen Abgeordnete sogar zur NS-Fraktion überliefen, blieb dieser durchschlagende Erfolg auf dem Land in Württemberg vorerst aus.[239]

Ein weiteres Problem war die Konkurrenz durch den Stahlhelm. Hitler hatte für die NSDAP-Mitglieder ein Verbot erlassen, dem Stahlhelm beizutreten. Auf die Forderung des Stahlhelms im Gäubote, das Verbot wieder aufzuheben, erwiderte die Ortsgruppe: „Im Kampf um den völkischen Staat sind uns alle Mitarbeiter willkommen, aber es steht außer Zweifel, daß der Stahlhelmführer Seldte und Hitler auf

---

[237] Bericht Oberjettingen GB 23.2.1931, Bericht Deutscher Abend 3.12.1930, Eingesandt Ortsgruppe GB 2.10.1931

[238] Geleitwort Lechler zum NSDAP-Kreistag, GB-Sonderveröffentlichung 4.8.1934

[239] Pyta: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 362f.

verschiedenen Wegen marschieren. Und niemand kann gleichzeitig auf zwei Wegen marschieren, niemand kann zweien Herren dienen.“ Man sei bereit, Seite an Seite zu kämpfen, wenn die Gegenseite „außerparlamentarische Kämpfe“ aufdränge. Der Konflikt sollte sich später bei den Reichspräsidenten Wahlen 1932 verschärfen.[240]

11.4.3. Karl Ludwig Lechler und das „Vierblättrige Kleeblatt“

Dennoch war der Aufschwung unaufhaltsam. Die Septemberwahl 1930 (siehe Kapitel 11.5.) brachte einen großen Schub für die Partei. Sie bewegte auch Dr. Karl Ludwig Lechler zum Eintritt in die Partei, der später der wohl bekannteste Nationalsozialist aus Herrenberg werden sollte. Daher ein etwas genauerer Blick auf diese Person: Sein Vater war ab 1909 Medizinalrat am Herrenberger Bezirkskrankenhaus, Karl Ludwig wurde am 29. Januar 1899 in Schwaigern (Kreis Brackenheim) geboren. Lechler war im ersten Weltkrieg an der Ost- und Westfront im Einsatz und schloss sich danach zunächst einer sozialistischen Studentengruppe in Tübingen an. Er studierte in Kiel und Tübingen Medizin und schloss 1923 mit dem Staatsexamen ab. Ab 1. Juli 1924 war er als praktischer Arzt in Herrenberg tätig, 1926 schloss er eine Ehe, aus der vier Kinder hervorgingen. Seine politischen Aktivitäten vor 1930 liegen im Dunkeln, Dieter Schnermann vermutet, dass er als Mitglied in einem Geheimverband ehemaliger Frontsoldaten aktiv war. Davon jedenfalls berichtete Lechler in seinem Geleitwort zum NSDAP-Kreisparteitag: „Dagegen beteiligte ich mich mit etlichen Frontkameraden [...] an einem Geheimverband, dessen wenig zahlreiche Mitglieder entschlossen waren, Gut und Blut für die Heimat einzusetzen.“ Ob es sich dabei um die rechtsradikale, auch im

---

[240] Stellungnahme Ortsgruppe GB 8.11.1930

benachbarten Tübingen verbreitete „Organisation Consul“ handelte, bleibt ungeklärt, auch wenn Hermann Sauer in seiner Erzählung „Herrental“ von geheimen Treffen im Jahr 1925 zur Wiedergründung der Ortsgruppe berichtet. Doch ist diese Quelle letztlich zu vage, um als Beweis zu dienen.[241]

Ausführlich berichtete Lechler beim NSDAP-Kreistag über seinen Eintritt mit 31 Jahren: „Da schlug die Wahl vom 14. September 1930 unter uns ein wie eine Bombe. Mein Kampf - in zehn Tagen verschlungen - gab mir den Rest. Als ich mich Ende September zur Aufnahme in die Partei bei dem Ortsgruppenleiter Pg. Gauger anmeldete, stotterte ich eine Entschuldigung, daß ich ‚erst jetzt’ käme und gab die Versicherung, ich wolle noch beweisen, daß ich kein ‚Septemberling’ sei.“ Stolz rühmte er sich, dass er „der Vierte war, der in Herrenberg öffentlich das Braunhemd gezeigt und getragen hat.“ Nur vier Wochen nach seinem Beitritt wurde Lechler Mitglied der SA, im Dezember Sturmbannarzt, davon gab es zu diesem Zeitpunkt nur neun in ganz Württemberg.

Lechler war sofort mit Feuereifer bei der Sache, absolvierte nach eigenen Angaben allein während der Kampfzeit bis zur Machtergreifung 1933 rund 150 Versammlungen. Im Kampf sei man sich für keine Arbeit zu schade gewesen, Marschieren, Reden, Plakate kleben, Flugblätter verteilen, das waren Pflichten, die jeder hatte. Bei jeder sich bietenden

---

[241] In der Erzählung „Herrental“ von Hermann Sauer ab Seite 60 schreibt der Autor, dass sich zunächst ein Schießclub in Herrenberg gründete. Einen solchen Schießclub gab es nachweislich in Herrenberg vor der Gründung der ersten Ortsgruppe 1923, vermutlich hat der Autor hier etwas verwechselt. Jedenfalls erzählt Sauer von einer Geheimversammlung unter „strengstem Stillschweigen“ im Nebenzimmer des Gasthauses „Sonne“, bei der ein 29-jähriger Vertrauensmann der Partei eine Rede hält und die sechs Zuhörer vom Eintritt in die Partei überzeugt. Dieser Ablauf ist wahrscheinlich, kann aber auch mit der Fantasie des Autors ausgeschmückt sein

Gelegenheit habe er als politischer Redner „den Nationalsozialismus gepredigt“, berichtete er. Aus diesem Grund sei er sogar mal als „der Goebbels von Herrenberg“ bezeichnet worden, wie er stolz berichtete. Beispiele für die Auftritte Lechlers gibt es zahlreiche im Gäubote, im Mai 1931 sprach er beispielsweise in Herrenberg zu „Rasse und Vererbung“, im Februar 1932 hielt er einen Sprechabend im Gasthaus „Hasen“ ab.[242]

Die Ortsgruppe wurde nun besser organisiert. Lechler, Gauger, Rauch und SA-Führer Rilling waren die Führung der Gruppe, sie wurden als „vierblättriges Kleeblatt“ beschrieben. Lechler berichtete über die Aufgabenverteilung im Rückblick: „Gauger entpuppte sich als zielbewusster Organisator der Ortsgruppe Herrenberg. Rauch wurde je länger, je mehr ein hervorragender Propagandist. Rilling entwickelte sich zu einem ausgezeichneten SA-Führer, für den seine SA-Leute durchs Feuer gingen und gehen.“ Julius Greiß blieb für die Kasse zuständig, für die einzelnen Orte wurden Ansprechpartner wie Stickel in Kuppingen oder Deines in Haslach ernannt. Wilhelm Gauger schrieb, man habe in den Ortschaften überall Keimzellen gelegt, die sich im Laufe der Zeit entwickelten. Lechler sei ein wichtiger Redner gewesen, der die Schlagkraft der Ortsgruppe erhöht habe. Im Jahr 1931 habe man 50 Versammlungen im Bezirk abgehalten, Ende 1931 seien 75 Mitglieder gezählt worden. Die SA sei inzwischen so angewachsen, dass sie einen eigenen Spielmannszug entwickeln konnte. Die Gründung einer NS-Frauenschaft sei jedoch zunächst gescheitert. Die

---

[242] Kreistag der NSDAP in Herrenberg, Beilage zum GB 4.8.1934, siehe auch Schnermann, Dieter: Ein überzeugter und moralisch integrer Nationalsozialist? Karl Ludwig Lechler (1899-1943), in: Janssen, Roman (Hrsg.) Herrenberger Persönlichkeiten aus acht Jahrhunderten, Herrenberger Historische Schriften 6, Herrenberg 1999, S. 377-387, S. 378f., dazu Lechler im GB 19.2.1931 und 27.3.1931

Ortsgruppe war trotz nach wie vor relativ geringer Anhängerschaft organisatorisch gut für das Wahljahr 1932 gerüstet.[243]

Ein nicht zu unterschätzender Faktor für das Anwachsen der Ortsgruppe war auch die wohlwollende Berichterstattung des Gäubote. Einige Beispiele: Über den SA-Aufmarsch am 24. Oktober 1930 schrieb die Zeitung, der Abmarsch sei „in mustergültiger Weise“ vonstatten gegangen. Über den Deutschen Abend der NSDAP in Oberjettingen am 16. November 1930 hieß es: „Die Braunhemden können stolz sein auf den schönen Abend.“ Am 6. Dezember 1930 idealisierte und verteidigte Schriftleiter Karl Merz gar die Bewegung: „Man hat es wacker verspottet, das kleine Häuflein vor dem 14. September. Und heute? Ja, sie werden’s schaffen. Denn unsichtbar steht über der Bewegung: ‘Wenn du willst, daß etwas lebe, so stirb dafür’!“ Und im Bericht über die Versammlung am 3. Januar 1931 ließ die Schriftleitung gar die indirekte Rede weg, die sonst eisern bei allen Veranstaltungen, auch beim Bauernbund, angewandt wurde.[244]

Sogar im Gemeinderat stieß die NSDAP zunehmend auf Wohlwollen, zumindest wenn es um unpolitische Anfragen ging. Davon zeugen mehrere Diskussionen in dem Kommunalparlament über musikalische Veranstaltungen der NSDAP wie zum Beispiel die Reichsgründungsfeier im Januar 1932, die eigentlich in vollem Umfang vergnügungssteuerpflichtig gewesen wäre. Die Ortsgruppe protestierte in Person von Eugen Rauch, es werde unmöglich, „deutsche Musik und deutsches Brauchtum“ zu pflegen, andere Städte wie Nagold seien wesentlich großzügiger. Albert Zinser (DDP) beantragte, den Steuersatz um die Hälfte zu ermäßigen, während Wilhelm Morlock (SPD) vor den Folgen eines solchen Beschlusses warnte und

---

[243] Berichte von Lechler, Gauger und Rauch, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

[244] GB-Artikel vom 27.10., 18.11. und 6.12.1930 sowie vom 8.1.1931

Bürgermeister Reinhold Schick strikt gegen eine Befreiung war. Doch nur KPD-Rat Julius Gößler stimmte gegen die Halbierung der Steuer, die fortan für alle NSDAP-Veranstaltungen galt, wie etwa für ein Militärkonzert oder den Auftritt der NS-Bühne.[245]

Der Bauern- und Weingärtnerbund unter Theodor Körner sah sich in einem Zwiespalt: Einerseits begrüßte er viele Ziele der Nationalsozialisten, doch befürchtete er zu Recht, die neue Partei könne zu einer Bedrohung der seit Jahrzehnten unangefochtenen Machtstellung des Bauernbundes werden. Die Haltung der Konservativen schwankte zwischen Befremden, Erstaunen und Annäherung, wie Reinhold Weber schreibt. Einerseits bewunderte man vor allem bei der Bürgerpartei, dass die NSDAP es geschafft hatte, die Arbeiter und die Massen für die nationale Sache zu mobilisieren. Allerdings beklagte der deutschnationale Frontmann Fritz Wider auch: „Den manchmal an den Kommunismus grenzenden Gedankengängen der Radikal-Völkischen und ihrer kapitalismusfeindlichen Einstellung kann ich nicht folgen.“[246]

Auch Theodor Körner begann, sich abzugrenzen von der NSDAP - allerdings immer nur von den Methoden, nicht von den Inhalten. Und stets betonte er dabei, dass alle das gleiche Ziel hätten, Deutschland seine Größe wieder zu geben. Im Mai 1930 setzte er sich in einem großen Artikel im Bauernbund-Blatt „Schwäbische Tageszeitung“ kritisch mit der NSDAP auseinander: „Mit einer gewissenlosen Verhetzung, [...] mit lärmenden Umzügen und Hakenkreuzfahnen werden die schwierigen Fragen [...] nicht gelöst. In der Opposition lässt es sich auch ja gemächlich schimpfen.“[247]

---

[245] GRP 9.2.1932, Bd. 41, S. 532, GRP 20.9.1932, Bd. 41, S. 786 und GRP 22.11.1932, Bd. 41, S. 870

[246] zitiert nach Weber, S. 419

[247] Schwäbische Tageszeitung Nr. 121 vom 25.5.1930, zitiert nach Schnabel:

In einem offenen Brief an den Oberjettinger NSDAP-Ortsgruppenleiter Fritz Baitinger wurde Körner noch deutlicher: Die NSDAP wolle einen „offenkundig angestrebten politischen Zusammenbruch und neuen Umsturz in Deutschland“. Das sei aber der falsche Weg, denn „den wahren und bewährten Führer muß Gott einem Volk schenken und dies wird geschehen, wenn die Zeit dafür reif ist. Sonst geht es wie beim Kapp-Putsch in Berlin und beim Hitler-Putsch in München. Beide, Kapp und Hitler, wollten damals Deutschland befreien, aber für keinen von beiden war die Zeit gekommen, Befreier Deutschlands zu werden.“ Der Bauernbund sah sich in den Wahlkämpfen ständig immer heftigeren Angriffen seitens der NSDAP angesetzt und musste sich verteidigen. Körner ging im September 1931 bei einer Bauernversammlung in Bondorf noch einen Schritt weiter: Der Bauernbund habe sich fortgesetzt gegen „maßlose Angriffe der nationalsoz. Zeitungen und Redner“ zu wehren, ihm würde es als Feigheit ausgelegt, wenn er hierzu schweigen würde.[248] Für Theodor Körner jedenfalls war die Wahl 1930 der Wendepunkt in der Beziehung zum Nationalsozialismus: Am 27. September erschien im Gäubote ein namenloser Artikel, der nach Einschätzung des Herrenberger Stadtarchivars Janssen aber mit hoher Wahrscheinlichkeit aus der Feder Körners stammte: Er warf der NSDAP „Größenwahn“ und eine „unausgegorene Verbindung bürgerlicher und sozialistischer Gedanken“ vor.[249]

Allerdings war das Verhältnis des Bauernbundes zur NSDAP eine Generationenfrage, die sogar innerhalb der Familie Körner sichtbar wurde. Während Theodor Körner (alt) von Beginn an mit der neuen Partei wenig anzufangen wusste, fühlte sich sein gleichnamiger Sohn

---

NSDAP in Württemberg, S. 57

[248] Offener Brief Baitinger GB 25.2.1931, Bauernbund-Versammlung Bondorf GB 8.9.1931

[249] Janssen: Theodor Körner, S. 376

von der Dynamik des Nationalsozialismus angezogen. Körner jg. war auch Mitglied mehrerer national-völkischer Verbände wie dem Wikingbund. Bei den Wahlen 1924 wurde in Herrenberg vermutet, der junge Körner habe in der Herrenberger Druckerei gar 100 000 Flugblätter der NSDAP verbilligt drucken lassen. Eugen Bolz sprach in Stuttgart von einer „diabolischen Gemeinschaft“, von „Hochzucht, Rassenreinheit und Nacktkultur eines politischen Hanswurst“.[250]

11.4.4. Fazit: Die NSDAP vor dem Krisenjahr 1932

Vergleicht man die Strategie der Partei im Oberamt Herrenberg mit den Vorgaben des „Agrarpolitischen Apparats“ aus München, fällt zweierlei auf: Einerseits wurde die Strategie befolgt, auf dem Land angesehene Männer wie den Bondorfer Pfarrer Krauß oder den Landwirt Fritz Baitinger zu gewinnen. Nach und nach wurden auch Vertrauensmänner in den übrigen Orten des Oberamtes gefunden. Allerdings ließ es die organisatorische Schwäche der Partei nicht zu, überall ein dichtes Netz von NS-Vertrauensmännern zu knüpfen. Trotzdem gelange es der NSDAP, ab den 1930er Wahlen in Herrenberg ein propagandistisches Trommelfeuer zu entfachen, die Partei fand in der evangelischen Kirche Anhänger und Sympathie in bürgerlichen Kreisen. Auch konnte man die Organisation entscheidend ausbauen, und zwar auch in den einzelnen Gemeinden des Umlandes, in denen es schließlich überall zumindest Stützpunkte oder einzelne Vertrauensleute gab. Auch die SA-Gruppe war sehr aktiv. Mit Karl Ludwig Lechler hatte die NSDAP-Ortsgruppe einen guten Redner in ihren eigenen Reihen, der unermüdlich für die Ziele der Partei kämpfte, und die übrigen Mitglieder des „vierblättrigen Kleeblattes“ Gauger, Rauch und Rilling bildeten den Kern der Ortsgruppe.

---

[250] Weber, S. 420

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass im Vergleich zu anderen Städten und Kreisen in Württemberg die Herrenberger NSDAP zwar überzeugte, aber relativ wenig Mitglieder hatte. Und bei der wichtigsten Gruppe im Oberamt, den Landwirten, hatte sie praktisch noch überhaupt nicht Fuß gefasst, nur die wenigsten der Neueintritte waren tatsächlich Bauern. Trotzdem: Nach dem gemeinsamen Volksbegehren gegen den Young-Plan war die NSDAP in Württemberg hoffähig gemacht worden, Bürgerpartei und Bauernbund konnten sich aus dieser Umarmung nicht mehr lösen. Die Nationalsozialisten gingen aus dieser Verbindung letztlich als Sieger hervor.

11.5. „Erbitterungswahlen“ am 14. September 1930

Nachdem die große Koalition in Berlin unter Hermann Müller (SPD) den Young-Plan verabschiedet hatte, schien der Vorrat an Gemeinsamkeiten erschöpft. Schon im Herbst 1929 hatte General von Schleicher mit den Fraktionsvorsitzenden von Zentrum und DVP, Brüning und Scholz, und mit ehemaligen DNVP-Abgeordneten Verhandlungen aufgenommen, um die Regierung Müller durch ein rechtsgerichtetes Kabinett zu ersetzen. Gestürzt wurde Müller jedoch von der eigenen Partei. Der Streit um das ansteigende Defizit der Arbeitslosenversicherung spaltete die Koalition. Die DVP forderte Leistungskürzungen, der Reichsverband der Deutschen Industrie machte seinen Einfluss gelten, um die Koalition mit der SPD zu beenden. Ein Kompromissvorschlag von Heinrich Brüning, dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, wurde letztlich von der SPD-Fraktion abgelehnt, Kanzler Hermann Müller trat zurück. Damit war die letzte parlamentarische Regierung endgültig beendet. Der Streit um das Defizit der Arbeitslosenversicherung wurde zur Sollbruchstelle, die SPD wollte keinen Konflikt mit den Gewerkschaften riskieren. Letztlich sprangen die Parteien nicht über ihre aus dem Kaiserreich

stammenden Milieugrenzen und entzogen sich so gesamtstaatlicher Verantwortung.[251]

Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte auf Vorschlag des Generals von Schleicher den Zentrums-Fraktionschef Heinrich Brüning zum neuen Kanzler. Das Zentrum hatte sich schließlich seit 1919 als einziger Anker der Stabilität erwiesen und hatte allen Regierungen angehört. Die Ernennung Brünings gilt als Anfang vom Ende der Weimarer Republik. Ab diesem Zeitpunkt waren die Reichsregierungen nur noch auf die Autorität des Präsidenten gestützt, Parlamentarismus und Parteien verloren rapide an Bedeutung. In den politischen Parteien selbst setzte sich der autoritäre „Führergedanke“ zusehends durch, nicht nur die KPD schnitt ihre Organisation ganz und gar auf den Parteivorsitzenden zu.[252]

Nun machte sich eine Unentschiedenheit der Weimarer Reichsverfassung bemerkbar. Man hatte sich weder für ein rein parlamentarisches System noch für eine Präsidialdemokratie entschieden. Unter bestimmten Umständen konnte der Reichspräsident, der direkt vom Volk gewählt war und nur durch ein kompliziertes Verfahren über eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag und eine Volksabstimmung abgesetzt werden konnte, eine enorm starke Stellung gewinnen. Der Präsident war bei der Ernennung des

---

[251] Pyta: Weimarer Republik, S. 100 und Schulze, S. 329, Hintergründe über das Ende der großen Koalition und den Sturz von Hermann Müller auch bei Winkler, S. 364f. und Mommsen, S. 350f.

[252] Kluge: Die Weimarer Republik, S. 349f., Schulze schreibt von einem „Anklang an eine politische Kultur aus vorrevolutionärer Zeit“, siehe Schulze, S. 331, Winkler sieht die „Ausschaltung der Massen“ durch Brüning, der aus vorrepublikanischer Zeit stammte und sich dem Bismarckreich mehr verpflichtet fühlte als Weimar, siehe Winkler, S. 376. Mommsen beschreibt Brünings Charakter mit „doktrinär anmutender Starrheit“, der sich einer antizyklischen Wirtschaftspolitik verweigerte, monarchistisches und altpreußisches Gedankengut vertrat, siehe Mommsen, S. 356f..

Reichskanzlers frei, er konnte auch einen Kandidaten ernennen, von dem er nur annahm, er würde die Mehrheit der Parteien hinter sich haben. Angesichts des zersplitterten Parteiensystems war das oft eine Ermessensfrage. Die selbst auferlegte Zurückhaltung der Parteien, vor allem der SPD, Regierungsverantwortung zu übernehmen, verstärkte diese Entwicklung. Schließlich wurde der Präsident über Artikel 48 zur Ersatz-Legislative, eine rechtliche Grauzone ermöglichte diesen Missbrauch des Notstandsrechts. Die von Mommsen beschriebene „Desintegration des politischen Systems“ ging einher mit einem dramatischen Autoritätsschwund der bürgerlichen Parteien im Mittelstand und einem reaktivierten Kulturpessimismus der deutschen Bildungsschicht.[253]

Der 44-jährige asketische Junggeselle Heinrich Brüning aus dem westfälischen Münster wurde also Kanzler. Er war seit 1929 Fraktionsvorsitzender des Zentrums gewesen. In der neuen Regierung wechselten die Akteure überwiegend nur die Ressorts, lediglich die SPD-Minister schieden aus. Zwei ehemalige, gemäßigte DNVP-Männer waren als Vertraute des Reichspräsidenten im Kabinett sowie ein Vertreter der Wirtschaftspartei. Erklärtes Ziel des neuen Kanzlers war die Haushaltskonsolidierung, das er mit einer „Deflationspolitik“ und harten Einschnitten zu erreichen suchte. Dabei kündigte er von Beginn an Notverordnungen an, falls es keine Mehrheit geben würde. Die SPD stellte sofort ein Misstrauensvotum, dem sich nur NSDAP und KPD anschlossen. Die DNVP stützte Brüning und verhalf ihm auch bei weiteren Abstimmungen zu Mehrheiten, was aber in der Partei umstritten war. Als Brüning eine Mehrheit für seine Deckungsvorlage angesichts der finanziellen Notlage erhalten wollte, stimmte die DNVP dagegen, weil sie unpopulären Maßnahmen wie ein Notopfer der

[253] Möller: Die Weimarer Republik, S. 200 und Mommsen, S. 365

Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, ein Zuschlag zur Einkommenssteuer für Besserverdienende und eine allgemeine Bürgersteuer, aus Rücksicht auf ihre Klientel nicht mittragen wollte.[254]

Brüning setzte das Gesetz anschließend per Notverordnung des Reichspräsidenten in Kraft, worauf die SPD im Reichstag beantragte, eben diese Notverordnung wieder aufzuheben. Die Frontlinien waren nun verwirrend: Die Mehrheit der DNVP unter Hugenberg verhalft diesem Antrag zu einer Mehrheit, während die Gruppe um den gemäßigten früheren Parteichef Graf Westarp aus prinzipiellen Gründen gegen den Aufhebungsantrag war. Denn sie sah in Gesetzen per Notverordnung den prinzipiell richtigen Weg. Jedenfalls wurde anschließend das Parlament aufgelöst und einmal mehr wurden vorzeitig Neuwahlen ausgeschrieben. [255]

Der nun folgende Wahlkampf war geprägt von scharfen Auseinandersetzungen: Die SPD forderte die Aufhebung der Notverordnungen, die bürgerlichen Parteien DDP, Zentrum, Wirtschaftspartei und DVP sahen die sozialpolitischen Forderungen von SPD und Gewerkschaften als Kern der Probleme. Die KPD kündigte einen „Kampf gegen Steuern und Zölle, Verteuerung der Mieten und Gemeindetarife“ an. Die NSDAP hatte mit den Neuwahlen die unverhoffte Chance, mitten in der Krise ein propagandistisches Trommelfeuer zu entfachen. Schon bei den Landtagswahlen in Sachsen hatte sie am 22. Juni 1930 ihre Sitzzahl verdreifacht. Diesen Faktor hatte Brüning in seinem Kalkül übersehen.[256]

---

[254] Pyta: Weimarer Republik, S. 102, über die Person Brünings siehe auch Winkler, S. 375

[255] Pyta: Weimarer Republik, S. 104 und Winkler, S. 381 sowie Kluge: Die Weimarer Republik, S. 355f.

[256] Schulze, S. 316ff. und Mommsen, S. 379, zur württembergischen Situation siehe Besson, S. 140. Winkler beschreibt die Auflösung des Reichstages und den folgenden Wahlkampf treffend: „Die Ausschaltung der Massen musste

Je mehr die Krise des Reiches auch auf *Württemberg* übergriff, desto mehr traten landespolitische Themen wie das 8. Schuljahr oder die Diskussion um Bazille in den Hintergrund. Trotz allem war das Land von der großen Depression noch verschont geblieben. Neue Eisenbahnstrecken wie die Murgentalbahn oder die Nebenstrecke Rottweil-Schömberg und das sich ausbreitende Netz von Autobuslinien verbesserten die Verkehrsanbindung, Straßenbahnen führten die Großregion Stuttgart näher zusammen. In einigen Mittelstädten gab es gar einen wahren Bauboom.[257] Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hatte sich von 730 000 im Jahr 1929 auf 570 000 Anfang 1931 verringert. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg an, Großfirmen wie Daimler-Benz stellte nur noch halb so viele Personenkraftwegen her. Obwohl die Arbeitslosigkeit weit unter dem Reichsdurchschnitt lag, wurde die Lage jeden Tag angespannter. Aufgrund der geringeren Quote im Vergleich zu anderen Ländern musste das Land 4,5 Millionen Reichsmark in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, was die Landeskasse weiter belastete. Wirtschaftsminister Reinhold Maier plädierte dafür, statt staatlichen Arbeitsbeschaffungsprojekten lieber Großprojekte wie die Kanalisierung des Neckars bei Heilbronn, die Elektrifizierung der Vorortstrecken im Stuttgarter Umland oder den Aufbau einer Landeswasserversorgung voran zu treiben. Trotz der relativen Stabilität ging die Industrieproduktion zurück.[258]

Vor allem in der Landwirtschaft wurde die Lage immer schwieriger: Der Landwirtschaftliche Hauptverband und die Landwirtschaftskammer rief zu einer Protestversammlung am 24. Mai 1930 in Ravensburg auf, bei dem es um den „katastrophalen Preiszusammenbruch in der

---

massenhaften Protest auslösen.“, siehe Winkler S. 364 und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 361

[257] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 117f.

[258] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 118f.

Milchwirtschaft“ ging. Tatsächlich war der Milchpreis innerhalb eines Jahres von 17 bis 19 Pfennig im Jahr 1928/1929 auf neun bis elf Pfennig je Liter zurückgegangen. Obwohl viele Führer des Bauernbundes eine Radikalisierung der Landwirte befürchteten, setzen sie weiterhin auf eine Zusammenarbeit mit den etablierten Parteien und forderten, die Masseneinfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu unterbinden. [259]

Politisch herrschte relative Stabilität: Eugen Bolz war es gelungen, einen Bürgerblock zu bilden und er verfügte im Landtag über eine stabile Mehrheit. Dennoch griff die Regierung zusehends auf Notverordnungen zurück, um das Land mit einem ausgeglichenen Haushalt über die Krise zu bringen. Der Staatspräsident sah sich als Verbündeter seines Parteifreundes Brüning in Berlin. Bolz ging gar so weit zu sagen, dass eine „zeitlich befristete Diktatur“ wünschenswert sei, allerdings nur als letzte Möglichkeit, wenn es um die Zukunft des Volkes gehe. Nicht nur die SPD, sondern auch Zentrumsabgeordnete kritisierten diese Missachtung des Parlaments. Der Wahlkampf wurde in Berlin mit äußerster Schärfe ausgetragen.

Und auch im Südwesten war die Auseinandersetzung deutlich härter als in früheren Jahren. Die NSDAP richtete zum ersten Mal ihren Wahlkampf aktiv gegen den Bauernbund. Zwar stellte sie wegen ihrer organisatorischen Schwäche noch keine wirklich Gefahr dar, dennoch gelang es der Partei, im Land über 1,6 Millionen Flugblätter zu verteilen und zahlreiche Versammlungen abzuhalten, obwohl sie über keine funktionierende Parteizeitung verfügte und auch über wenig Anhänger. Allerdings trat die Partei in Württemberg mit dem Ulmer Reichstagsabgeordneten Dreher mit einem Arbeiter an, was nur noch in Mecklenburg der Fall gewesen war. Der württembergische

---

[259] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 68f.

Wahlkampf war von Massenveranstaltungen geprägt, bald auch mit blutigen Ausschreitungen zwischen NSDAP und KPD, vor allem in Stuttgart. Auch die SPD und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold antwortete etwa auf den Besuch Hitlers am 5. Dezember 1930 in Stuttgart mit Massenveranstaltungen. [260]

Die Bürgerpartei war vor den Wahlen 1930 vollkommen zerstritten. Bazille hatte sich zusammen mit den Bauernbundsabgeordneten Dingler, Vogt und Haag der gemäßigten Westarp-Gruppe innerhalb der DNVP angeschlossen. Fritz Wider nutzte die Gelegenheit und berief einen Vertretertag der Bürgerpartei ohne Beteiligung der innerparteilichen Opposition ein, bei der sich die Partei mit 197 zu 7 Stimmen für den Hugenburg-Kurs aussprach. Wider wurde zudem zum Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl gewählt. Außerdem war die Bazille-Beißwänger-Gruppe in sich gespalten. Während die wenigen, aber recht bekannten Anhänger Bazilles die Partei verließen, blieben die des Kompromissvorsitzenden Hirzel dabei. Bazille rechnete mit der DNVP und Hugenberg ab und skizzierte das Grundproblem der Partei: Die grundsätzliche Systemopposition der Partei und deren radikale Forderungen, gleichzeitig aber das pragmatische Handeln und der Wunsch danach der meisten konservativen Wählerschichten. Bazilles Schluss, der schon fast hellseherischen Charakter hatte: „Reformen mit Hindenburg oder Revolution und Krieg.“[261]

Der Bauernbund wollte allerdings nicht seine Rolle als Fürsprecher der Landwirtschaft wegen des Hugenburg-Kurses der DNVP aufgeben. Daher hielt Körner Bazille als Vertrauensmann des Bundes bis 1933 im Amt des Kultministers. Die Reichstagsfraktion hatte Bazille am 25. Juli 1930 verlassen, er gründete in Württemberg eine neue

---

[260] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 121ff.
[261] Weber, S. 142

Honoratiorenpartei namens „Wählvereinigung staatskonservativer Kräfte“, als Teil der „Volkskonservativen Vereinigung“ auf Reichsebene. Die neue Partei blieb jedoch ohne jeden organisatorischen Rückhalt in Berlin, ohne Basis in Württemberg und daher unbedeutend. Ein Teil der Volkskonservativen schloss sich schließlich mit dem CVD am 28. Dezember 1929 in Berlin zur neuen Partei „Christlich-Sozialer Volksdienst“ (CSVD) zusammen.[262]

Denn nicht nur die Volkskonservativen, auch die Christlich-Sozialen fühlten sich durch den Hugenberg-Kurs der DNVP zunehmend an den Rand gedrängt. Daher flüchteten sich immer mehr Anhänger dieses Flügels in die Christlich-soziale Reichsvereinigung, die seit August 1928 existierte, ohne die DNVP zu verlassen. Mit dieser Reichsvereinigung sollte ein Zentrum für christlich-soziale Politik, aber auch für den innerparteilichen Widerstand gegen Hugenberg entstehen. Tatsächlich gab es rasch Zulauf von deutschnationalen Arbeiterkreisen oder dem Handwerksgehilfenverband. Doch im Mai 1929 verbot die DNVP-Leitung den Parteibeamten jede Betätigung in der Reichsvereinigung. Dennoch kam es am 4. August 1929 bei der ersten christlich-sozialen Reichsversammlung noch nicht zum Bruch mit der Partei. Erst als der DNVP-Parteitag am 22. und 23. November 1929 in Kassel die völlige Isolation des christlich-sozialen Flügels demonstrierte und die Auseinandersetzungen um das Volksbegehren gegen den Young-Plan eskalierte, verließen sie die DNVP.[263]

Nachdem schon vorher Verhandlungen zwischen der Reichsvereinigung und dem CVD stattgefunden hatten, gelang es am 28. Dezember trotz schwerer Differenzen zwischen dem pietistisch

---

[262] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 116ff. und Weber, S. 142ff. zu den Volkskonservativen in Württemberg siehe auch Müller: Bürgerpartei, S. 418

[263] Opitz, S. 143 und Mommsen, S. 317

geprägten CVD und anderer evangelischer Strömungen nach langen Verhandlungen die Verschmelzung. Die Parteiführung wurde paritätisch besetzt, die Reichsgeschäftsstelle des CVD in Stuttgart blieb erhalten, in Berlin wurde eine zweite eingerichtet. Bei der Reichstagung des CSVD im August 1930 hatten sich bereits 18 Landesgruppen gebildet. Organisatorisch hatte sich der CSVD das Führerprinzip zu eigen gemacht, die Reichsleitung hatte ein Mitspracherecht bei allen Reichs- und Landeslisten und war auch dem Reichsvorstand gegenüber nicht verantwortlich. Allerdings war durch die personelle Aufsplitterung der Reichsleitung in sechs Personen die Realität nicht so autokratisch, wie die Satzung es vermuten ließ.[264] Eine weitere Abspaltung von der DNVP war die Konservative Volkspartei, die von Kuno Graf Westarp und den Volkskonservativen um Trevianus gegründet wurde. Die Anti-Hugenberg-Partei hatte zwar einen starken finanziellen Rückhalt durch die Industrie, die mehrheitlich den radikalen Kurs Hugenbergs ablehnte. Doch ein nachhaltiger Erfolg war der Partei nicht beschieden.[265]

Erneut wurde 1930 ein Versuch gemacht, eine gemeinsame, liberale und bürgerliche Partei zu gründen. Der DVP-Vorsitzende Ernst Scholz nahm mit DDP-Chef Koch-Weser, der Wirtschaftspartei und der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft Gespräche über eine „engere Zusammenarbeit“ auf. Doch die Verhandlungen scheiterten einmal mehr, der DDP-Parteiausschuss lehnte am 28. Mai 1930 jede Fusion mit der DVP ab. Auch ein weiterer Anlauf nach der Reichstagsauflösung blieb ohne Ergebnis.[266] So zog die DVP mit einer ganz auf den Reichspräsidenten zugeschnittenen Kampagne in den Wahlkampf, viele Wahlaufrufe lauteten „Mit Hindenburg für

---

[264] Opitz, S. 157

[265] Zu Rolle der Volkskonservativen siehe Winkler, S. 385 und Mommsen, S. 396

[266] Richter: Deutsche Volkspartei, S. 635 und 660

Deutschlands Rettung“. Die SPD wurde für die Neuwahlen und die wirtschaftliche Misere verantwortlich gemacht, die NSDAP wurde nur für ihre „sozialistischen Zielsetzungen“ kritisiert.[267] Im Gegensatz zum Reich kam es in Württemberg zu einer Verständigung der beiden liberalen Parteien. Mitte August wurde ein Wahlbündnis zwischen DDP und DVP geschlossen, Theodor Heuss erhielt den ersten Platz der gemeinsamen Liste. Die Parteien verbanden im Wahlkreisverband Baden-Württemberg ihre Listen und schlossen sie der Reichsliste Nr. 6 der Deutschen Staatspartei an. Das wurde auch in Berlin als ein erstaunliches Zeichen von liberaler Kooperationsbereitschaft gesehen.[268]

Die neu gegründete Deutsche Staatspartei musste unmittelbar nach ihrer Gründung sofort Wahlkampf führen. Zunächst trat der langjährige stellvertretende Vorsitzende der DDP, Anton Erkelenz, zur SPD über, weil sich die DStP zu weit nach rechts bewegt habe. Die meisten Gegner der neuen Parteigründung blieben in der noch existierenden DDP, gründeten aber eine „Vereinigung unabhängiger Demokraten“ und später die „Radikaldemokratische Partei“. Zunächst forderten sie ihre Anhänger nur auf, künftig SPD zu wählen.[269] Der Hauptaktionsausschuss spielte auch bei der Listenaufstellung eine entscheidende Rolle. Die wichtigsten DDP-Politiker wurden wieder aufgestellt, in den meisten Wahlkreisen wurde ihnen ein Volksnationaler als zweiter Kandidat zur Seite gestellt. In Berlin wurde ein Vertreter des mit der DDP symphatisierenden Zentralverbandes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens aufgestellt, in Hamburg verweigerten sich die Volksnationalen. Das Manifest der Partei war in

---

[267] Richter: Deutsche Volkspartei, S. 670
[268] Rommel, S. 159
[269] Stephan, S. 454

aller Eile zusammengeflickt, eine Mischung aus Allgemeinplätzen und Kritik am „parteiistischen System“.[270]

Die Mittelstandpartei hatte schon 1929 ihren Zenit überschritten. Am 9. Juni 1929 hatte sie im winzigen Bundesland Waldeck mit 51,2 Prozent ihr bestes Ergebnis erreicht, allerdings bei einer Wahlbeteiligung von nur 25,2 Prozent. Nach den Septemberwahlen 1930 kam es aber zu einem internen Machtkampf. Johann Viktor Bredt war Justizminister in Brünings Kabinett, gegen seinen Willen verließ die Partei jedoch die Regierung, weil sie die Deflationspolitik Brünings mit Rücksicht auf ihre Anhänger nicht mehr mittragen wollte. Die „Panik des Mittelstandes“ nach den Erbitterungswahlen griff auf die Partei über. Prominente Mitglieder wie Otto Colosser verließen die Partei, es spalteten sich Teile ab. Als die Wirtschaftspartei 1931 die Regierung Brüning vor dem Sturz bewahrte, splitterte sich die Restpartei vollends auf und wechselte größtenteils zur NSDAP über.[271]

Die SPD war vor den Wahlen in einer vertrackten Lage. Die größte deutsche Partei sprach von der Wahl zwischen „Bürgerblock und Sozialdemokratie, Arbeit und Kapital, Demokratie und Diktatur.“[272] Wilhelm Keil stellte fest, die Partei müsse die Regierung Brüning weiter tolerieren, um ein weiteres Anwachsen der Nationalsozialisten zu verhindern. Gleichzeitig konnte sie aber durch diesen Kurs politisch nichts gewinnen.[273] Innerhalb der Landes-SPD wurde Kurt Schumacher immer stärker, im Juli 1930 wurde er Vorsitzender des Stuttgarter Verbandes, der fast ein Viertel der Mitglieder stellte. Bei der Kandidatenaufstellung 1930 verdrängte er den ehemaligen

---

[270] Hintergründe zur Binnenstruktur der Deutschen Staatspartei siehe Stephan, S. 459f.
[271] Schumacher, S. 153 und S. 187
[272] Winkler, S. 386
[273] Mittag: Württembergische SPD, S. 89

Reichsarbeitsminister Alexander Schlicke von Platz 4 der Landesliste und war damit sicher im Reichstag. Der 60-jährige Wilhelm Keil geriet zunehmend in die Schusslinie, weil er zu viele Ämter auf sich vereinte: Ohne Diskussion kandidierte er auf Platz 1 für die Reichstags- und Landtagswahl und war zudem noch Chefredakteur der „Schwäbischen Tagwacht“. Auch wegen seiner angeschlagenen Gesundheit entschied sich Keil, die Leitung der Parteizeitung abzugeben. Allerdings musste auch Schumacher auf sein Landtagsmandat verzichten.[274] Ein weiteres Problem: Die SPD litt an Überalterung: Ihre Politik war zu stark „vernunftbetont“ und leidenschaftslos, die Jugend fühlte sich stärker von den radikalen Parolen angesprochen. Im Jahr 1930 betrug der Anteil der Mitglieder unter 25 Jahren lediglich 8 % und war damit niedriger als derjenige der Über-60-Jährigen. Der in allen Parteien fällige Generationswechsel blieb meistens aus, so auch in der SPD.[275]

Die KPD zog mit einem Programm der nationalen und sozialen Befreiung in den Wahlkampf unter der Parole „Kampf gegen die faschistische Diktatur, für die Diktatur des Proletariats“. Die Brüning-Regierung war diese faschistische Diktatur, der Nationalsozialismus ein Vorspiel der Diktatur, die SPD wurde als „Sozialfaschismus“ bekämpft und der wirtschaftlichen Verflechtung mit der NSDAP im Dienste des Finanzkapitals vorgeworfen. Die wirtschaftliche Depression wurde als „allgemeine Krise des Monopolkapitalismus“ bezeichnet.[276] Gleichzeitig wurde die RGO-Politik radikal verschärft. Zunächst hatte man unter der Parole „Raus aus den freien Gewerkschaften“ die Strategie vertreten, möglichst schnell eine radikale Massengewerkschaft zu gründen. Ab

---

[274] Mittag: Württembergische SPD, S. 291f.

[275] Lewis, Brenda Ralph: Die Geschichte der Hitlerjugend 1922-1945. Die verlorene Kindheit, Wien 2003, S. 28f., zur Überalterung der Weimarer Parteien siehe auch Greiffenhagen, S. 188 und Mommsen, S. 380

[276] Flechtheim, S. 268

1931 erkannte man, dass der Fraktionskampf in den freien Gewerkschaften mindestens ebenso wichtig war. Große Generalstreikwellen konnte die RGO allerdings nie erreichen, allenfalls lokal begrenzte Ausstände.[277]

Ein weiterer Aspekt der KPD-Politik war eine nationale Strategie. Wie schon 1923 schloss sich ein kleiner Kreis von „nationalbolschewistischen“ Intellektuellen und idealistischen Offizieren zusammen, um national gesinnte Arbeiter zu gewinnen. Heinz Neumann ging sogar in NSDAP-Versammlungen und erklärte, man wolle keinen Bruderkampf mit den Nationalsozialisten heraufbeschwören. Man war der Ansicht, die Arbeiter durch patriotische Beteuerungen von der NSDAP weglocken zu können. Auch Ernst Thälmann erklärte, die Tradition der KPD stehe im Kampf gegen Versailles. Der Erfolg dieser nationalen Strategie war jedoch kaum messbar.[278]

In der KPO sammelten sich die Opfer der „Säuberungswellen“ und die Kritiker des bolschewistischen Kurses. Die ehemaligen Parteivorsitzenden Heinrich Brandler und August Thalheimer lehnten diesen Kurs ab. Sie kritisierten auch die Politik, die ultralinke Strategie und die RGO-Politik. Sie traten für den gemeinsamen Kampf von SPD und KPD gegen den „wirklichen Faschismus“ ein und wurden deshalb aus der KPD ausgeschlossen. Die Abtrünnigen gründeten darauf die KPD-Opposition, die aber eine kleine Splittergruppe mit nur 3000 bis 4000 Mitgliedern blieb. Die Mitgliedschaft rekrutierte sich aus Gewerkschaftsfunktionären, Kommunalpolitikern und Intellektuellen, die

---

[277] Flechtheim, S. 272

[278] Mohler, S. 47 und Flechtheim, S. 274, zum Nationalbolschewismus 1923 siehe auch eine ausführliche Darstellung über die Strategie der KPD bei Winkler, S. 196, zur erneuten Wiederbelebung der Strategie 1932 siehe Winkler, S. 386

Hochburgen lagen in Mitteldeutschland, Hessen und Württemberg. Viele Kommunalpolitiker und Gewerkschafter schlossen sich der KPO an.[279]

Württemberg war also eine Hochburg der KPO. Auch die Württembergische KPD befand sich in einer tiefen Krise: Führende Funktionäre der Partei waren zu der Abspaltung KPO übergetreten, darunter auch zwei Landtagsabgeordnete. Zwar waren nur 400 Mitglieder bei der KPO, während die KPD 3300 Mitglieder zählte. Doch verließen viele fähige Köpfe und Funktionäre die Partei. Ernst Thälmann, der Vorsitzende der Reichspartei, setzte gegen den Widerstand der württembergischen Bezirksleitung Clara Zetkin als Spitzenkandidatin durch. Zetkin gelang es, mit einem Appell an die Grundsätze des Kommunismus die KPO zum Verzicht auf eine eigene Kandidatur zu bewegen. Sie sprach bewusst nicht über die Strategie der KPD-Reichsleitung, die SPD als „Sozialfaschisten“ zu bekämpfen.[280]

Die NSDAP zeigte im Wahlkampf 1930 im ganzen Reich eine bisher nicht gekannte Präsenz: Massenversammlungen, Straßendemonstrationen, öffentliche Redeschlachten. Das Volksbegehren gegen den Young-Plan hatte einen starken Mitgliederzuwachs beschert, im Frühjahr 1929 lag die Zahl bei etwa 300 000 NSDAP-Mitgliedern.[281] Dabei gelang es auch, durch die 1929 gegründeten National-sozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) zumindest in kleineren Betrieben in das Arbeitermilieu vorzudringen. Zudem wurde die NSDAP zu einer Partei der Jugend.

---

[279] Tjaden, Karl Hermann und Abendroth, Wolfgang: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO), Hamburg 1983, hier S. 46, zur Geschichte der KPO siehe auch Bergmann, S. 55ff.

[280] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 80f.

[281] Zur Propagandatätigkeit der NSDAP siehe Mommsen, S. 407ff.

Das zeigt ein Blick auf die Mitgliederstruktur der Partei: Im Jahr 1930 waren 37 % der Mitglieder und 26 % der Führungsgruppe 30 Jahre und jünger. Fast die Hälfte der zwischen 1930 und 1933 in die Partei eingetretenen Mitglieder war zwischen 18 und 30 Jahren. Die Partei erschloss sich außerdem neue Zielgruppen: In Schleswig-Holstein konnte man die rechtsradikale Landvolk-Bewegung für sich gewinnen, mit dem Studentenbund NSDStB errang sie 1929 Mehrheiten im Asta von Erlangen und Breslau, ein Jahr später kamen noch Gießen, Rockstock, die TH Berlin, Jena und Königsberg dazu. Im Dezember 1929 wurde die NSDAP in Thüringen an der ersten Landesregierung beteiligt.[282]

Kurz vor den Wahlen hatten sich die „Sozialisten“ in der NSDAP unter Otto Strasser von der Partei abgewandt. Unter der Überschrift „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“ trennten sie sich von der Hitlerpartei und gründeten die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“. Sie forderten eine „Brechung des Besitzmonopols“, lehnten einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion ab und waren zudem strikt antiparlamentarisch und beteiligte sich daher nicht an den Wahlen 1930. Der Erfolg dieser Absplitterung war bescheiden, im Mai 1931 hatte die „Kampfgemeinschaft“ nur 5000 Mitglieder. Gleichzeitig konnte sich Hitler im Wahlkampf ohne „sozialistischen Ballast“ präsentieren.[283]

Auch in *Herrenberg* wurde der Ton in der politischen Auseinandersetzung schärfer. Anfang 1930 war es zu einem Konflikt zwischen DDP-Gemeinderat Wilhelm Zerweck und Bürgermeister Reinhold Schick gekommen. Es ging um einen banalen Streit über die

---

[282] Thamer, S. 177f. und Schulze, S. 327, zum Erfolg der Partei bei der Landvolkbewegung und an den Universitäten siehe Thamer, S. 165f., über die NSBO siehe Mommsen, S. 416

[283] Winkler, S. 387

Marktordnung: Durch das den Händlern abverlangte Waag- und Standgeld war ein Überschuss von 143,30 Reichsmark zustande gekommen. Zerweck, so das Protokoll, hielt die bisher erhobenen Standgelder für „unerträglich hoch“ und trat für eine wesentlich niedrigere Bemessung derselben ein, während Schick die Gebühren nur leicht absenken wollte. Der Bürgermeister wies Zerweck darauf hin, er solle die Interessen der Stadt vertreten, worauf Zerweck wütend antwortete, er brauche sich nicht belehren lassen. Der Streit eskalierte, und als Schick den Landwirt darauf hinwies, er dürfe nicht einfach den Raum verlassen, rief der wütend: „Und ich gehe doch.“ Die Sache wurde schließlich in einer Aussprache geklärt, in der nächsten Sitzung stellte Schick klar, er habe Zerweck nicht unterstellen wollen, einseitige Interessenpolitik für die Händler zu betreiben.[284] Die Außenwirkung dürfte jedoch genau so gewesen sein: Der DDP-Gemeinderat als Kämpfer für die Interessen der Händler. Denn Beistand hatte der Mittelstand dringend nötig: Die Krise verschärfte sich weiter. Im April 1930 forderten zahlreiche Gewerbetreibende einen Steuernachlass wegen Bedürftigkeit, meistens Handwerker, aber auch ein Händler. Zerweck sorgte weiter für Diskussionen: Als der Gemeinderat einmütig auf Sitzungsgelder verzichtete, meinte Zerweck, er könne dann nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen. Sein Rücktrittsgesuch wurde jedoch abgelehnt.[285]

Die NSDAP versuchte in Herrenberg verstärkt, ihre Propaganda zu entfalten. So schrieb Eugen Rauch: „Wir hämmerten jeden Abend in einer anderen Ortschaft das Wollen des Nationalsozialismus in die Gehirne und Herzen unserer Zuhörer ein.“ Vom Gau habe man Redner zugewiesen bekommen, den „nicht unerheblichen Rest“ hätten Gauger

---

[284] GRP 7.1.1930, Bd. 40, S. 10 und GRP 28.1.1930, Bd. 40, S. 33

[285] Steuernachlass GRP 8.4.1930, Bd. 40, S. 170, Rücktrittsgesuch Zerweck GRP 20.5.1930, Bd. 40, S. 248

und Rauch bestritten. Schon am 17. August eröffnete die NSDAP als erste Partei den Wahlkampf mit einer Wahlversammlung im Saal „Hasen“. Die Parole lautete „Der Wahlschwindel beginnt – Die Parteien am Ende – Adolf Hitler am Anfang.“ Genau zwei Wochen sprach Gauleiter Murr aus Esslingen im Hasensaal zu der Forderung „Weg mit dem herrschenden System - Neue Männer an die Front!“ Allerdings blieb die Aktivität noch hinter der ersten Welle von 1923 zurück. Das lässt sich auch an der geringeren Zahl von NSDAP-Anzeigen im Gäubote ablesen.[286]

Der Bauernbund hielt seinen üblichen Reigen von Wahlversammlungen über das ganze Gäu verstreut ab, Theodor Körner sprach etwa am 12. September in Unterjettingen und am 13. September in Pfäffingen. Offensichtlich hatte der Bund aber Mobilisierungsprobleme: In einem Versammlungsbericht aus Entringen mit dem Bezirksvorsitzenden Martin Haag hieß es: „Wir müssen aber konstatieren, dass die hiesige Bauernschaft dem Rufe zu der Versammlung lange nicht in dem Maße gefolgt ist, wie es wünschenswert wäre.“ Die Warnungen vor Marxismus und die Kritik am Zentrum wegen des Zusammengehens mit der SPD in Preußen waren abgedroschen und angesichts des Erstarkens der NSDAP kaum glaubhaft.

Auch Hitler wurde kritisiert: Die NSDAP würde mit aller Schärfe das Nationale betonen und dabei Recht haben, aber in der Wirtschaftspolitik fehle der Sachverstand. Auch sei der Gedanke einer Diktatur eine „gewagte und ernste Sache“. Wenn auch das Herz manchmal heiß werde, so müsse doch der Kopf kühl bleiben. Offensichtlich wurde den Funktionären des Bauernbundes klar, dass

---

[286] GB 15.8. und 29.8.1930, Bericht von Rauch, GB-Sonderveröffentlichung 4.8.1934

sie mit dem Volksbegehren gegen den Young-Plan überreizt hatten und die NSDAP zu einer Gefahr zu werden drohte. Allerdings grenzte sich der Bund wiederum nur von den Methoden, nicht von den Zielen der Partei ab. Fast schon verzweifelt wurde an die Solidarität der Bauern appelliert: „Wollt ihr, dass im Reichstag eine landwirtschaftsfreundliche, rechtsgerichtete, sozialistenfreie Politik gemacht wird?“ Am Tag vor der Wahl griff der Bauernbund zu einer „letzten Mahnung in entscheidender Stunde!“[287]

Die Bürgerpartei war kaum präsent mit Wahlversammlungen, lediglich am 31. August wurde eingeladen unter dem Motto „Hugenberg – unsere letzte Rettung. Scharfe Abrechnung mit dessen Verleumdern und den Mischmaschparteien.“ Die eigene Liste von Wilhelm Bazille, die „Nationale Volksgemeinschaft, wurde im Gäubote wohlwollend kommentiert, wohl in alter Verbundenheit des Bauernbundes mit Bazille: „Da weite Kreise der Bürgerpartei sich von der DNVP (Hugenberg) abgewandt haben, so kommt dieser Wahlvorschlag den Wünschen vieler Volkskreise in Stadt und Landgemeinden entgegen.“[288] Die Herrenberger Ortsgruppe der Bürgerpartei war eine Ausnahme im Land, weil hier mit Freiherr Hiller von Gaertringen ein lokaler Meinungsführer inzwischen den Ortsverein der Bürgerpartei führte. Außerdem war Hiller einer der Wortführer der Volkskonservativen Bewegung. Allerdings hatte die Bürgerpartei-Ortsgruppe gerade mal noch zwei eingeschriebene Mitglieder.[289]

Der CSVD traf wie schon 1928 der Vorgänger CVD auf starke Resonanz im Oberamt Herrenberg, bei einer Versammlung am 27. August in Gültstein wurde die „Rettung der Landwirtschaft“ als

---

[287] Berichte GB 8.9. und 12.9.1930, Anzeige GB 13.9.1930

[288] Anzeige DNVP 30.8.1930, siehe auch Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 74

[289] Sproll, S. 72

Hauptziel angegeben. Am 2. September sprach der Landtagsabgeordnete Liebig aus Korntal und kritisierte den „Parteiengeist“ und die angebliche Profitsucht der Abgeordneten, die sich wieder stärker am Gemeinwohl orientieren sollten. Von der NSDAP trenne die „unchristliche Vergrößerung der Rasse“, sonst sei ihre Sache aber lobenswert. Der CSVD sprach vor allem Wähler an, die sich vom Rechtskurs Hugenbergs abgestoßen fühlten, pflegte aber dennoch eine gewisse Nähe zum Nationalsozialismus. Wie überall im Reich wurde die nationalistische und interessengeleitete Politik Hugenbergs besonders scharf kritisiert, aber auch die Volksrechtpartei und die Wirtschaftspartei.[290]

Eine heftige Auseinandersetzung gab es in Herrenberg um die Rolle des CSVD. Als scharfer Kritiker der neuen Partei trat der schon aus der alldeutschen Bewegung und dem Kampf gegen den Young-Plan bekannte Altpfarrer Theodor Klett als lautstarker Fürsprecher der Bürgerpartei hervor. In der Bürgerpartei gebe es schon genügend Männer mit christlicher Gesinnung, die neue Partei schwäche in Wahrheit den christlichen Gedanken. Klett kritisierte den CSVD: „So entzieht er den Parteien gerade diejenigen Glieder, die bei diesen als Salz hätten wirken können. Er erreicht damit genau das Gegenteil des angekündigten Zieles und verfällt zur Strafe selbst dem vergiftenden Einfluß des heutigen Parteienwesens.“ In der Parteizeitung des CSVD antwortete der Parteivorsitzende Bausch persönlich auf die Angriffe Kletts: Er habe sich „schon 1928 durch besonders gehässige Kampfesweise ausgezeichnet“, sei „ein fanatischer Parteigänger Hugenbergs, eingesponnen in bürgerlich-nationalistische Parteiideologie.“ Klett wiederum behauptete, der CSVD unterstütze „in Wahrheit weithin die Absichten der religionsfeindlichen

---

[290] Opitz, S. 176

Sozialdemokratie und geht Arm in Arm mit der Partei der wirklichen Plutokraten.“ Klett trat übrigens schon im Oktober 1931 in die NSDAP ein, ein Jahr später in die SA und wurde 1937 dort Scharführer.[291] Auch der Bauernbund erkannte den CSVD als Gefahr, so hieß es in einer Wahlveranstaltung: „Daß sich der christliche Volksdienst mit dem Zentrum verbünde, sei von einer Partei, die das Evangelische betone, allerhand.“[292]

Im Gäubote warben DDP und DVP für die Konzentration der liberalen Kräfte: „Mit der Aufstellung einer Einheitsliste soll das gesamte Interesse des Bürgertums in Erscheinung treten gegenüber den radikalen und revolutionären Bestrebungen. [...] Es geht nicht um kleine Interessen, es geht um die Existenz.“ Die Wirtschaftspartei habe sich dieser Abwehrfront nicht angeschlossen. Auch die Liberalen litten wohl unter Mobilisierungsproblemen, explizit wurden in dem Aufruf die „Wahlmüden“ angesprochen. In Veranstaltungen in Herrenberg, Pfäffingen und Gärtringen wurde ebenfalls an die Anhänger der „mittleren bürgerlichen Parteien“ appelliert. Die Partei war offensichtlich noch weniger als 1928 in der Lage, wie früher viele Anzeigen zu schalten, die Liberalen waren in der Defensive. [293]

Die Herrenberger DDP hatte ohnehin einen schweren Schlag zu verkraften: Der Tod des langjährigen Ortsvorsitzenden und Bezirksnotars Jakob Haug am 13. Januar 1929 „nach kurzer, schwerer Krankheit“ hatte ein tiefes Loch hinterlassen. Im Nachruf hieß es im Gäubote, man habe einen „gewissenhaften, treuen und soliden Beamten und einen lieben Arbeitskollegen, der stets mit Rat und Tat

---

[291] CSVD 28.8., 2.9. und 6.9.1930, Klett GB 5.3. und 22.5.1930, vgl. Rommel, S. 159, Spruchkammer-Akte von Theodor Klett, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902/4, Bü 6994

[292] Bericht GB 9.8.1930

[293] Bericht Liste GB 30.8.1930, Anzeige 4.9.1930

zur Hand war“ verloren. Altstadtheiß Wilhelm Haußer hatte das Amt kommissarisch übernommen, doch war er angesichts seiner angeschlagenen Gesundheit und seines Alters kaum in der Lage, es aktiv auszufüllen. Und so bat er bereits im August 1930 um Entlastung von diesem Amt. Als Nachfolger wurde Robert Strasser gewählt, der in der Stadt gut bekannte Direktor der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg (EKH). Allerdings kündigte Strasser schon an, dass ihn sein Beruf nur wenig Zeit für die Ausübung des Ehrenamtes lasse und er lediglich „dem Ruf vorerst folgen“ werde. Der Bauführer David Glemser wurde sein Stellvertreter, Buchhalter Christian Hechler Kassier und Schriftführer. Immerhin war es der Partei im Mai 1930 gelungen, mit Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier - dem späteren ersten Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg - einen prominenten Gast in den Hasensaal zu locken.[294]

Mit Robert Strasser hatte die Partei immerhin eine Galionsfigur gewonnen, die in der Stadt wohl bekannt war. Er war zunächst Gehilfe des EKH-Vorsitzenden und Unterjesinger Bürgermeisters Hans Wizemann gewesen, rückte zum Stellvertreter auf und übernahm 1921 die Leitung der EKH. Strasser war jedoch nicht nur ein grauer Verwalter, er engagierte sich nebenher in der Arbeitnehmerhilfe. Altstadtschultheiß Wilhelm Haußer lobte bei seinem 25-jährigen Amtsjubiläum im Januar 1931 „das Ansehen und die Beliebtheit, die im Verkehr mit Genossenschaften und Behörden aller Art zu Tage tritt.“ Bei den Landtagswahlen 1932 kandidierte er sogar für die DDP auf der Bezirksliste, allerdings nur als „Stimmenfänger“ auf einem aussichtslosen Platz. Die Linksliberalen verprellten mit der

---

[294] Tod Haug GB 13.1. und 16.1.1929, Bericht DDP-Versammlung GB 11.8.1930, Maier GB 18.5.1930

Umbenennung der Reichspartei in „Deutsche Staatspartei“ viele Stammwähler gerade im Südwesten.[295]

Eine aktive Rolle spielten die kleinen, neueren Parteien. Die Wirtschaftspartei lud zu einer Wahlversammlung im Hotel „Sonne“ ein, am 12. September wurde im Gäubote breit über ihre Ziele berichtet: „Die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte hat auf die Interessen des Mittelstands nicht entfernt Rücksicht genommen. [...] Dadurch ist eine starke Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts eingetreten.“ Alle Gesetze müssten darauf überprüft werden, wie sie auf den selbstständigen Mittelstand wirkten. Die Deutschnationalen versuchten dagegen zu halten. In einer Anzeige am 13. September wollte die Bürgerpartei die Behauptung widerlegen, Hugenberg habe gegen die Warenhaussteuer gestimmt: „Gerade das Gegenteil ist wahr. Die Deutschnationale Volkspartei beantragte eine reine Warenhaussteuer unter Ausschluß der größeren Einzelhandelsbetriebe. Dagegen aber stimmte die Wirtschaftspartei.“ [296]

Über den Wahlkampf der SPD in Herrenberg ist so gut wie nichts herauszufinden, lediglich eine Wählerversammlung im Hotel „Post“ am 3. September mit dem Reichstagsabgeordneten Erich Rossmann zum Thema „Um was geht es bei der Reichstagswahl“ kann nachgewiesen werden. Die Partei versuchte, sich im Wahlkampf als Anwalt der wirtschaftlich Schwachen, der Arbeiter und Angestellten, niederen Beamten und Kleinhandwerker und Kleinlandwirte darzustellen. Und als „Bollwerk gegen faschistischen Wahnwitz“, der Kapitalismus solle „hinausgestoßen werden in sozialistisches Land“. Allerdings wurden wieder einmal die allgemeinen Parolen nicht erklärt. Die Partei litt im

---

[295] Die Feier des 25-jährigen Dienstjubiläums des Herrn Direktor Robert Strasser, GB 6.1.1931

[296] Wirtschaftspartei GB 4.9. und 13.9.1930, Anzeige Bürgerpartei GB 13.9.1930

Gäu unter organisatorischer Schwäche: Zwischen 1926 und 1929 konnte kein einziges Mitglied gewonnen werden, in vielen Gemeinden war sie nicht präsent. Heftige Auseinandersetzungen lieferten sich die Sozialdemokraten mit den Kommunisten. Ob es auch in Herrenberg sogenannte „Rote Landsonntage“ gab, mit denen die KPD auf dem flachen Land Erfolg haben wollte, war nicht herauszufinden.[297]

Die Wahlen 1930 gingen als „Erbitterungswahlen“ in die Geschichte ein: Der NSDAP war es gelungen, viele Nichtwähler zu mobilisieren, die Wahlbeteiligung stieg reichsweit auf 82 Prozent an, die Nationalsozialisten erreichten 18,3 Prozent der Stimmen, die SPD verlor rund fünf Prozent, während die KPD reichsweit gestärkt wurde. Die bürgerlichen Parteien reduzierten ihren Anteil von insgesamt 42 auf 29 Prozent der Stimmen. NSDAP, KPD und DNVP hatten im Reichstag eine „negative Mehrheit“, Präsidialkabinette waren nun die einzig vernünftige Regierungsform. Für die liberalen Parteien bedeutete die Wahl eine Katastrophe, sie waren über Nacht zu Splitterparteien geworden.[298] Die NSDAP war eine Volkspartei, die geschickt die „Panik des Mittelstandes“ genutzt und verstärkt hatte.[299]

In *Württemberg* war der CSVD der eigentliche Wahlsieger, der 7 % der Stimmen erreichte. Zwar wurden auch hier NSDAP und KPD gestärkt und erhielten je knapp zehn Prozent, doch waren sie weit davon entfernt, wie im Reich knapp ein Drittel der Wähler zu bekommen. Die SPD gewann absolut an Stimmen dazu, verlor jedoch wegen der

---

[297] Anzeige GB 30.8.1930

[298] Schulze, S. 328 und Winkler, S. 391, Mommsen spricht von einem „Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte“, siehe Mommsen, S. 382, eine Analyse der Wahl siehe auch bei Kluge: Die Weimarer Republik, S. 362

[299] Hoepke, Klaus-Peter: Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot: zum Scheitern des nationalkonservativen Zähmungskonzepts an den Nationalsozialisten im Frühjahr 1933, in: Fridericana. Zeitschrift der Universität Karlsruhe 36-1984, S. 34-52, hier S. 35f., und Kluge: Weimarer Republik, S. 371

gestiegenen Wahlbeteiligung an Prozentpunkten. Großer Verlierer war die bürgerliche Mitte: Der Bauernbund erhielt nur noch 13 Prozent der Stimmen, die Bürgerpartei wurde mit vier Prozent zur Splitterpartei. Die liberale Einheitsliste hatte nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Das Experiment einer Verschmelzung beider Parteien galt fortan als gescheitert, selbst Reinhold Maier erklärte, die Listenverbindung sei ein Verlustgeschäft gewesen. Dennoch: Die NSDAP war weder das Eindringen in die Dörfer noch in die Hochburgen der Arbeiterparteien gelungen, in den Gemeinden unter 2000 Einwohner dominierten Bauernbund bzw. Zentrum deutlich, die NSDAP erzielte hier im Schnitt nur knapp acht Prozent. Das Ergebnis im Land Württemberg war für die Nationalsozialisten das schlechteste im ganzen Reich. Esslingen war mit 15 Prozent die Hochburg der Partei.[300]

In *Herrenberg* feierten CSVD (15,4 %) und Wirtschaftspartei (rund 11 %) erneute Erfolge. Sogar die im Land inzwischen unbedeutende Volksrechtpartei erzielte in der Stadt noch 3,3 Prozent der Stimmen. Dem CSVD gelang es, in großem Umfang Stimmen von Bauernbund und Bürgerpartei zu gewinnen: Im gesamten Oberamt erhielt die evangelische Partei rund ein Zehntel der Stimmen, während der Bauernbund rund elf Prozentpunkte einbüßte, damit seine absolute Mehrheit verlor und nur noch 46 Prozent erreichte. In der Stadt ging das Ergebnis des Bundes auf 9,4 Prozent zurück. Die Hochburgen Oberjesingen und Affstätt (je 85 Prozent) blieben jedoch unangetastet. Die Stärke des CSVD ist wohl auf die starke christliche Prägung des Bezirks Herrenberg und eine aktive Parteiorganisation zurück zu führen, wie sie im Wahlkampf 1930 zu beobachten war. Auch war es dem CSVD geschickt gelungen, die Unzufriedenheit mit dem „Parteiengezänk“ im Wahlkampf zu bündeln und eine „Politik der

---

[300] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 85ff. und Rommel, S. 159

Sachlichkeit“ zu predigen. In einzelnen Gemeinden im Gäu gelangen dem CSVD erstaunliche Mobilisierungserfolge: In Entringen bekam die Partei fast 38 Prozent, in Unterjesingen rund 20 Prozent. Hier verlor auch der Bauernbund mit 19 bzw. 28,5 Prozent am stärksten. Vor allem dem Zulauf von kirchlichen Vereinen und Freikirchen, aber auch aus dem unzufriedenen Mittelstand war der Erfolg des CSVD zu verdanken.[301] Dass die Wirtschaftspartei und auch die Volksrechtpartei in der Stadt Herrenberg dauerhaft Erfolg hatten, während sie im gesamten Oberamt und im Reich unbedeutend blieben (die Wirtschaftspartei holte nur noch knapp vier Prozent, die Volksrechtpartei weniger als ein Prozent), lag offensichtlich an der Stärke und der Unzufriedenheit des Mittelstandes in der Stadt, der wohl eine Protestpartei suchte. Die Liberalen wurden durch diesen Aderlass weiter dezimiert: DDP und DVP erreichten zusammen gerade mal noch zehn Prozent der Stimmen und lagen damit gleich wie in Württemberg. Von der liberalen Hochburg Herrenberg war (fast) nichts mehr übrig geblieben, die Ergebnisse unterschieden sich nur noch marginal von denen auf Reichs- und Landesebene. Im gesamten Oberamt stimmten nur 3,7 Prozent für die Einheitsliste. Die Bürgerpartei sackte in der Stadt auf 6,3 und im Oberamt auf zwei Prozent ab, auch sie konnte ihre alte Stärke in der Stadt nicht mehr wieder erlangen, woran auch die Person Wilhelm Niethammers nichts änderte. Auch hier eine Annäherung an die Ergebnisse in Land und Reich: Reichsweit war die DNVP mit 7,1 Prozent sogar stärker als in Herrenberg-Stadt, im Land war sie mit 4,0 Prozent auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit. Sogar in der liberalen Hochburg Unterjesingen blieben nur rund elf Prozent der Stimmen.

---

[301] Sproll, S. 72

Der NSDAP hingegen gelang es, an die Ergebnisse von 1924 anzuknüpfen, sie erzielte mit 13,7 % in der Stadt ein überdurchschnittliches Ergebnis für Württemberg. Die Verbindung mit Teilen des Mittelstandes, etwa durch den gleichzeitig mit Lechler eingetretenen Hasenwirt Hans Mäder, schien sich langsam auszuzahlen. Auch im Oberamt konnte die NSDAP mit 11,8 Prozent Fuß fassen, und das war ein markanter Unterschied zur Wahl im Mai 1924: Damals gelang es den Nationalsozialisten nicht, auf den Dörfern in die Domäne des Bauernbundes einzubrechen, 1930 hingegen zog die Partei fast mit den Stadtergebnissen gleich. Das war jedoch auf Erfolge in einzelnen Gemeinden im Oberen Gäu zurückzuführen wie in Oberjettingen (30 %), Bondorf (26 %) und Mötzingen (18 %), also genau in den Gemeinden, in denen es bereits aktive Ortsgruppen oder Stützpunkte gab. Exakt in diesen Gemeinden musste auch der Bauernbund Federn lassen, der sich damit sowohl durch die NSDAP als auch durch den CSVD bedroht fühlen musste.

SPD und KPD hielten ihre Ergebnisse von 1928 weitgehend, im Oberamt änderte sich wiederum nichts an der strukturellen Führung der KPD in der Arbeiterschaft, die in Gärtringen (22 %) und Öschelbronn (19 %) ihre starke Stellung behielt, während die SPD in keiner Landgemeinde des Oberamtes ein zweistelliges Ergebnis erzielen konnte. Angesichts der gestiegenen Wahlbeteiligung waren die 16,5 Prozent der SPD in der Stadt sogar noch ein relativer Erfolg. Bedenkt man, dass die Partei mit 20,5 Prozent in Land und Reich stärkste Kraft war bei dieser Wahl, wird vor allem die Schwäche der Partei im Gäu deutlich.[302]

Die „Erbitterungswahlen“ veränderten die politische Landschaft: Die Parteien waren nicht mehr nur wie 1928 zersplittert, der Aufstieg der

---

[302] Wahlergebnisse GB 15.9.1930, Kommentar GB 16.9.1930

NSDAP verschob die Gewichte deutlich nach rechts. Vor allem innerhalb des nationalen Lagers begann eine Bewegung hin zur NSDAP, der schon die Bürgerpartei in Stadt und Oberamt praktisch zum Opfer gefallen war, auch der Bauernbund blieb von dieser Entwicklung nicht verschont: Zum ersten Mal seit seiner Gründung wurde seine Existenz ernsthaft in Frage gestellt, auch wenn er im Gäu noch über starken Rückhalt verfügte, den die NSDAP erst 1932 aufbrechen konnte. Der Gäubote versuchte sich in einer Erklärung: „Das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen [...] findet wohl seine Begründung in erster Linie mit der gefühlsmäßigen Unzufriedenheit. [...] In dem Sieg der Nationalsozialisten liegt eine furchtbare ernste Mahnung.“ Ein weiteres Anwachsen der NSDAP wurde befürchtet. Nicht zu Unrecht, denn die Ortsgruppe ging konzentriert an den weiteren Aufbau, wie der Bericht von Eugen Rauch beweist: „Die Bevölkerung horchte auf. Wir aber gingen sofort an den inneren Aus- und Aufbau unserer Partei heran. [...] Der Nationalsozialismus hatte Fuß gefasst.“[303]

Fasst man die Ergebnisse zusammen, so dominierte im Oberamt ein geschwächter Bauernbund, die NSDAP entwickelte sich hier langsam zur ernsthaften Konkurrenz. Die übrigen Parteien blieben in den ländlichen Gemeinden marginalisiert. In der Stadt hingegen herrschte nun totale Parteienzersplitterung: Keine Gruppierung erreichte die 20-Prozent-Marke, acht Parteien zwischen sechs und 16 Prozent standen sich gegenüber, wobei die SPD paradoxerweise stärkste Partei war, gefolgt vom CSVD. Die Wahlbeteiligung war auch im Oberamt Herrenberg stark angestiegen, in der Stadt von 66 auf 81 Prozent, im ganzen Oberamt von 60 auf 72 Prozent.

---

[303] Bericht von Eugen Rauch, Sonderveröffentlichung GB 4.8. 1934

Die „Erbitterungswahlen“ verschärften die Wirtschaftskrise in Deutschland weiter. Die hohen Stimmanteile für die extremen Parteien verschreckten die Investoren, ausländische Finanzkreise zogen ihr Geld zurück. Die Preise verfielen, die nationalen Märkte wurden immer stärker durch Schutzzölle abgesichert, was der exportorientierten Industrie vor allem in Württemberg einen weiteren Schlag versetzte. Die Finanzkrise gipfelte im Juni 1931 in Bankzusammenbrüchen in Deutschland und Österreich. Württemberg wurde vom Strudel immer stärker mitgerissen. Die Zahl der Arbeitssuchenden verdreifachte sich von 1929 auf Ende 1931 auf über 130 000. Die Landwirtschaft wurde durch den Verfall der Viehpreise erneut stark getroffen, auch bei Milchprodukten ging der Preis beständig zurück. Auch der Holzmarkt brach zusammen, was viele Bauern hart traf: In weiten Teilen des Landes bildete der Holzverkauf eine wichtige Einnahmequelle. Und die Handwerker litten unter der zurückgehenden Kaufkraft nicht zuletzt der Kommunen.[304]

Mit den Wahlen 1930 hatten die antidemokratischen und antiparlamentarischen Parteien NSDAP, DNVP und KPD eine Sperrminorität mit 255 von 577 Sitzen im Reichstag. Verfassungsänderungen und ein von Brüning erhofftes Ermächtigungsgesetz waren ohne eine der Parteien nicht mehr möglich. Zwar hatten die demokratischen Parteien noch eine Mehrheit im Reichstag, doch der Versuch des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, eine „Große Koalition der Vernünftigen“ zu bilden, scheiterte am Widerstand der an sich unbedeutenden Wirtschaftspartei und der SPD-Gremien. Braun wollte Preußen als letzte Machtbasis der SPD retten, das Zentrum hatte angekündigt, dort die Seiten zu wechseln und eine Rechtsregierung mit DNVP und DVP zu bilden,

---

[304] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 90

wenn die SPD Brüning nicht unterstützen würde. Schließlich einigte sich die SPD auf eine Tolerierung Brünings im Parlament. Dessen Machtbasis bestand nun darin, dass die Mehrheit der Parteien darauf verzichtete, Notverordnungen nach Artikel 48 im Reichstag aufzuheben. Dabei nahm die SPD in Kauf, dass die KPD sich als Anwalt der Arbeiterschaft präsentieren konnte, während die Sozialdemokraten unpopuläre Einschnitte ins soziale Netz mittels einer nicht demokratisch legitimierten Präsidialregierung mittragen mussten. Schon auf dem SPD-Parteitag vom 31. Mai bis 5. Juni 1931 in Leipzig war das einzige Argument für die Tolerierung, dass man den Nationalsozialismus zurückgedrängt habe.[305]

Die Württembergische SPD war in der Tolerierungsfrage gespalten: Wilhelm Keil war ein entschiedener Befürworter der Tolerierungspolitik, während der neu gewählte, wesentlich jüngere und radikaler denkende Abgeordnete Kurt Schumacher diese entschieden ablehnte. Der Riss durch die Partei sollte bis Oktober 1931 andauern, als sich DNVP, Stahlhelm und NSDAP zur „Harzburger Front“ zusammentaten. Nun sahen auch Tolerierungsgegner wie Schumacher eine neue Bedrohung, die zu einer Gemeinsamkeit der Demokraten führen müsse.[306]

11.6. Gemeinderatswahlen 1931

Bevor 1931 die Kommunalparlamente in Württemberg neu gewählt wurden, hatte der Landtag am 19. März 1930 eine neue

---

[305] Pyta: Weimarer Republik, S. 116 und Winkler, S. 407, siehe auch Mommsen, S. 432

[306] Matthias, Erich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 101-278, hier S.105 und Winkler, S. 398, zur schwierigen Lage der SPD siehe Mittag: Wilhelm Keil, S. 293f. und Schulze, S. 346ff.

Gemeindeordnung verabschiedet. Demnach wurden die Städte in drei Kategorien je nach Einwohnerzahl aufgeteilt, die größten mit 100 000 Einwohnern hatten 40 bis 72 Gemeinderäte, die kleinsten sechs bis zwölf. Es blieb bei dem „rollierenden System“, dass die Gemeinderäte auf 6 Jahre gewählt waren und alle drei Jahre die Hälfte ausgetauscht wurde. Die Bürgermeister wurden auf zehn Jahre gewählt, bei einer Wiederwahl dauerte die zweite Legislaturperiode 15 Jahre. Der alte Name „Schultheiß“ wurde endgültig abgeschafft. Die Selbstverwaltung der Städte wurde gestärkt, allerdings konnte die Gemeindeordnung im Strudel des untergehenden Staates ihre Kraft kaum noch entfalten.[307]

Die Gemeinderatswahlen 1931 veränderten zum ersten Mal auch das kommunalpolitische Machtgefüge in Herrenberg. Das war die Folge der immer stärker werdenden Krise, die sich auch in Herrenberg bemerkbar machte. Am härtesten traf die Stadt die Schließung der Vollmoeller’schen Trikotfabrik im August 1931. Die Fabrikleitung in Vaihingen lehnte es in Verhandlungen mit Bürgermeister Reinhold Schick ab, den Betrieb wieder aufzunehmen. Die Firma arbeite sehr viel mit England, das die Einführung von Schutzzöllen erwäge, wodurch die Trikotfabrik „auf das Empfindlichste getroffen“ würde, hieß es im Gemeinderatsprotokoll.[308] Die Kommune litt zudem unter akuter Finanznot, der Abmangel war bei den Haushaltsberatungen 1931 weiter gestiegen, wobei die Umlage bei 20 Prozent stabil gehalten werden konnte. Das ging nur durch die Einführung neuer Steuern: Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1930 erlaubte es den Kommunen, mit der Biersteuer und der Bürgersteuer neue Einnahmequellen zu erschließen. Nach dem heftigen Protest von Fritz Böckle (SPD) und Wilhelm Zerweck (DDP) wurde die Biersteuer auch

---

[307] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 128f.
[308] GRP 21.9.1931, Bd. 41, S. 339

aus Angst vor dem Protest der Wirte und Biertrinker verschoben, wohl aber die bisherige Einwohnersteuer durch die Bürgersteuer zum 1. April 1931 ersetzt, was der Stadtkasse 2800 Reichsmark mehr brachte. Durch die neue Steuer wurden mehr Bürger erfasst, auch die Beamten. Fritz Böckle (SPD) gab dem Land die Schuld an der Finanzlage, wie im Gemeinderatsprotokoll bemerkt ist: „Das Land Württemberg behandele, wie die Statistik beweise, seine Gemeinden stiefmütterlich.“ [309]

Eine Obdachlosenwohnstätte wurde in einer Wandergaststätte eingerichtet, wobei hier viele Auswärtige wohnten. Auch die Arbeitslosigkeit wurde schlimmer, wie Bürgermeister Reinhold Schick bei den Etatberatungen 1931 verkündete: „Auch in der Verwaltung der Stadt Herrenberg spiegelt sich die große wirtschaftliche Not weiter Kreise und die allgemeine Wirtschaftskrise in sehr deutlicher Weise wider. Zu Beginn des Jahres 1931 beträgt die Zahl der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger 104, daneben hat die Stadt bis heute 15 Wohlfahrtserwerblose zu betreuen.“ Die Gemeindefinanzen würden durch diese Kosten zerrüttet. Im Februar beschloss der Gemeinderat, Fortbildungskurse für junge Arbeitslose einzurichten, jeweils einer für das Bauern- und einer für das Metallgewerbe. Auch der Gewerbeverein stimmte in die allgemeine Krisenstimmung mit ein. Bei der Hauptversammlung am 15. März 1931 hieß es beispielsweise: „Mit größer Sorge verfolgen die Handwerker die weitere Entwicklung.“ In einem Leserbrief an den Gäubote macht sich ein Kleinhandwerker im Juni 1931 Luft: „Der Kleinhandwerker steht vor dem Zusammenbruch. Will er Arbeit, so muß er billig arbeiten und auf den Lohn für seine Arbeit muß er warten und warten. Er selbst aber wird von kleinen

---

[309] Haushalt 1931 GRP 31.3.1931, Bd. 41, S. 139, Bier- und Bürgersteuern GRP 23.9.1930, Bd. 40, S. 382ff. und GRP 13.1.1931, Bd. 41, S. 8

Lieferanten mit Zahlungsbefehlen gedrängt, zu welchem Mittel er nicht greifen kann.“ [310]

Sowohl die NSDAP als auch die KPD riefen zum „Sturm auf die Rathäuser“ auf. Die KPD litt jedoch nach wie vor an organisatorischen Problemen im Land, ein KPD-Stadtrat aus Stuttgart meinte auf einer Bezirksparteiarbeiterkonferenz, eine ganze Anzahl von KPD-Gemeinderäten dürfe nicht mehr aufgestellt werden, weil sie nicht verstünden, Kommunalpolitik zu betreiben. Demgegenüber entfachte die NSDAP ein wahres Trommelfeuer an Propaganda, vermischte konkrete Vorschläge (Warenhaussteuer, Mittelstandskredite) mit allgemeinen Parolen („absolut saubere Verwaltung“). Auch versuchte sich die Partei, als Hüterin des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinderäte aufzuspielen, was angesichts ihrer zentralistischen und hierarchischen Struktur jedoch wenig glaubwürdig wirkte. Allein zwischen dem 26. November und 5. Dezember 1931 kündigte die NSDAP mehr als 180 Versammlungen in Württemberg an.[311]

Auch in Herrenberg war die Partei stark präsent: Regelmäßig hielt die NSDAP sogenannte „Pflichtsprechstunden“ ab, so zum Beispiel am 4. Dezember im Gasthaus „Sonne“. Auch war die Partei die erste, die im August eine Wahlveranstaltung mit dem badischen Fraktionschef Köhler in Herrenberg auf die Beine stellte. Am Tag vor der Wahl hieß es lapidar: „Benutzt den Wahlzettel mit dem Kennwort Hitlerbewegung!“ Die NSDAP trat mit dem Ingenieur und Kämpfer der ersten Stunde Eugen Rauch an. Dazu kam der Malermeister Christian Böckle, der 1928 noch auf der bürgerlichen Liste „Bürgerpflicht“ angetreten war. Es

---

[310] Obdachlosenwohnstätte GRP 16.6.1931, Bd. 41, S. 225, Etatberatung 1931 GB 28.1.1931, Fortbildungskurse für Arbeitslose GRP 10.2.1931, Bd. 41, S. 70 und GB 11.2.1931, Generalversammlung Gewerbeverein GB 16.3.1931, Leserbrief Kleinhandwerker GB 11.6.1931

[311] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 94f.

war eine bunte Mischung an Berufen: Der Gastwirt Hans Mäder, der als Inhaber des bekannten Gasthofs „Hasen“ in der Stadt wohlbekannt war und der Partei auch seinen Saal für Versammlungen zur Verfügung stellte. Dazu kamen Eduard Greiß, der Inhaber der einzigen Drogerie der Stadt, er hatte nach wie vor eine wichtige Multiplikatorenfunktion, und SA-Führer Eugen Rilling. Außerdem noch ein Gärtner und ein Angestellter. Disziplin wurde den Parteigenossen unbedingt abverlangt, in Stuttgart mussten sich die Kandidaten schriftlich verpflichten, keine Bindungen zu Juden zu besitzen und keine Aufsichtsratsposten bei Banken zu besetzen. Außerdem musste man sich direkt Hitlers Befehlen unterstellen, die 25 Programmpunkte anerkennen und das Mandat beim Ausscheiden aus der NSDAP niederlegen. Dass für Herrenberg genau so strenge Regeln galten, ist zu vermuten. In anderen Gemeinden trat die Partei hingegen nicht zu den Wahlen an, wie das Beispiel Oberjettingen zeigt. So schrieb Fritz Baitinger: „Bei der [...] Gemeinderatswahl sahen wir, mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse, von der Aufstellung einer eigenen Liste ab.“[312]

Die bürgerlichen Parteien konnten sich zum ersten – und letzten Mal – auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag einigen: Nach Absprache unter den Parteivorsitzenden gab es lediglich einen Wahlvorschlag des Gewerbevereins namens „Bürgersinn“ mit den amtierenden Räten Wilhelm Zerweck (DDP), Eugen Reichart, Gottlob Hiller und Johannes Gaiser an der Spitze. In einer Anzeige wurde versucht, die „unpolitische“ Gemeindepolitik zu bewahren: Auf dem Rathaus sei kein Platz für „hochpolitische Reden und Erörterungen weltanschaulicher Fragen“, stattdessen brauche es den „richtigen, goldenen Mittelweg.“ Der Wahlvorschlag „Bürgersinn“ enthalte eine Auswahl bewährter,

---

[312] Anzeigen GB 23.11., 24.11., 3.12. und 6.12.1931, Bericht Baitinger GB 4.8.1934, vgl. Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 95

uneigennütziger Männer, die „auch den Mut aufbringen, ungerechtfertigte Anträge strikt abzulehnen.“ Der Bauernbund hielt einmal mehr zahlreiche Versammlungen in den Gäugemeinden rund um Herrenberg ab, um mit den Fragen „Heimatpolitik oder Weltpolitik? Selbsthilfe oder Staatshilfe? Bund oder Partei?“ für seine Kandidaten zu werben.[313]

SPD und KPD bewarben sich angesichts der Auseinandersetzungen auf Reichs- und Landesebene zwischen den beiden Parteien getrennt, traten im Wahlkampf aber kaum in Erscheinung und gaben keine einzige Anzeige im Gäubote auf. Die SPD stellte ihre bekannten Köpfe Fritz Böckle und Hermann Kohler an die Spitze ihrer kurzen Liste. Die KPD hatte mit Julius Gößler einen kaufmännischen Angestellten auf ihrer Liste, zudem noch zwei Handwerksmeister und einen Kaufmann. Lediglich ein Gipser repräsentierte noch die Stammklientel der „Arbeiterpartei“. Die Partei war in Württemberg 1931 stark angewachsen, was eine Konsequenz der guten Basisarbeit war: Die KPD engagierte sich in Erwerbslosenausschüssen, organisierte Versammlungen und Demonstrationen, und so wuchs die Zahl der Mitglieder im Land um rund 50 Prozent, im Reich hingegen nur um ein Viertel. Ende 1931 waren es sogar 10 000 Mitglieder.[314] Ein Novum in der Kommunalpolitik war der CSVD, der nach dem Erfolg bei den Reichstagswahlen auch in den Rathäusern Fuß fassen wollte: Er trat mit dem Schreinermeister Johannes Kaupp, dem Ortsvorsitzenden Hermann Neef und dem Schneider Karl Röhm an. Hermann Neef war neunfacher Vater, weshalb er im November 1932 auch erfolgreich um

---

[313] Bericht GB 19.11., Anzeige GB 5.12.1931, Versammlungen Bauernbund GB 10.11., 19.11. und 20.11.1931

[314] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 92

eine Steuerbefreiung im Gemeinderat bat. Als Werkmeister bei Daimler verfügte Neef zudem über ein gesichertes Einkommen.[315]

Die bürgerliche Mehrheit schmolz bei den Wahlen am 6. Dezember beträchtlich zusammen: Der Wahlvorschlag „Bürgersinn“ erreichte lediglich 46 Prozent der Stimmen und vier Sitze, so viel hatte die DDP im Jahr 1919 alleine erzielt. Die NSDAP bekam hingegen mit 19,1 Prozent ein Rekordergebnis, und auch der CSVD erhielt auf Anhieb fast zehn Prozent der Stimmen. Die SPD holte mit nur 14,4 % trotz des populären Fritz Böckle ein schlechtes Ergebnis, die KPD hingegen schnitt mit 12,8 Prozent wie bei den letzten Wahlen ab. Da nur sieben Sitze zu vergeben waren, profitierte der „Bürgersinn“ von seiner relativen Stärke und erhielt mit Zerweck, Hiller, Gaiser und Reichart vier Sitze, NSDAP, SPD und KPD je einen Sitz. Im Gäubote wurde auf die hohe Wahlbeteiligung hingewiesen, es war mit einem noch besseren Abschneiden des CSVD und dessen Einzug in den Rat gerechnet worden. [316]

Da aufgrund des württembergischen Gemeinderechts nur die Hälfte des Rates neu gewählt wurde, hielt sich die Veränderung im Kommunalparlament in Grenzen. Mit Bökle, Zinser, Zerweck und Traub können vier Räte der DDP zugeordnet werden, Niethammer hielt als Letzter das Fähnlein der Bürgerpartei hoch, die SPD verfügte mit den 1928 gewählten Wilhelm Morlock und Paul Marquardt sowie dem bestätigten Fritz Böckle über drei Sitze, während NSDAP und KPD je ein Mandat hatten. Die bürgerliche Mehrheit blieb mit neun zu fünf Stimmen noch unangetastet. Das lag durchaus im Landestrend, die „Politisierung der Rathäuser“ war im Allgemeinen nicht gelungen. Von einer dominierenden Stellung der NSDAP konnte nicht gesprochen

---

[315] Werkmeister Daimler GRP 5.9.1924, Bd. 35, S. 827, Antrag Steuerbefreiung GRP 22.11.1932, Bd. 41. S. 874

[316] GB 6.12.1931

werden: In vielen Oberämtern stellte sie überhaupt keinen Gemeinderat, auf den Dörfern war sie meist gar nicht erst mit Kandidaten angetreten.[317] Doch dass fast ein Fünftel der Wähler für die NSDAP stimmten, obwohl die Ortsgruppe immer noch zahlenmäßig schwach war, und die Verfestigung des CSVD-Ergebnisses zeigten, dass die unruhigen politischen Verhältnisse sich auch auf die Kommunalpolitik auszuwirken begannen. Die Diskussionen wurden auch im Gemeinderat - dessen Mitglieder sich ab 1931 Stadträte nannten - heftiger, vor allem KPD und NSDAP sorgten oft für kontroverse Diskussionen, wie im nächsten Kapitel zu sehen sein wird.

Ein weiterer Faktor kam den Nationalsozialisten zugute. Landrat Wilhelm Ernst verließ Herrenberg und wurde 1931 Oberregierungsrat für Hochbauwesen. Nach dem Weltkrieg wurde er Präsident des Verwaltungsgerichtshofs. Der neue Amtsinhaber Dr. Ludwig Battenberg, 1890 in Frankfurt am Main geboren, begegnete der NSDAP mit Wohlwollen. Er machte nach der Machtergreifung Karriere in Ministerien und in der Landesversicherungsanstalt Pfalz machen, ehe er sich 1939 mit dem Gauleiter überwarf und suspendiert wurde. Battenberg engagiert sich schon früh in der DNVP/Bürgerpartei und war von 1924 bis 1928 deren Bezirksvorsitzender in Münsingen. Der NSDAP trat er im Jahr 1932 bei, damit hatte die Partei den ersten höheren Repräsentanten im Oberamt Herrenberg in ihren Reihen.[318]

11.7. Vergleich mit anderen Städten

Bei der Betrachtung der Endphase der Republik in den anderen Städten soll ein besonderer Blick auf den Durchbruch der NSDAP gerichtet werden, und zum Verhältnis der anderen Parteien zu der

---

[317] Schnabel, Württemberg 1928-45, S. 95, Schnabel: NSDAP in Württemberg, S. 64

[318] Angerbauer, S. 166

neuen Bewegung. Zunächst wieder die **protestantischen Industriestädte.** Hier ließ sich beobachten, dass die NSDAP zwar auch dort, wo sie bisher wie in Heilbronn oder Kirchheim schwach vertreten war, Gemeinderatsmandate errang und sich die Wahlergebnisse steigerten. Gleichzeitig wurde die Organisation ausgebaut, Untergruppen wurden gebildet. Dennoch gelang nicht überall der Durchbruch, wie das Beispiel Sindelfingen zeigt. Die bisherigen Hochburgen Pforzheim oder Esslingen erzielten schon 1930 überdurchschnittliche NSDAP-Ergebnisse. Die SPD erreichte in vielen Städten entgegen dem Reichstrend eine Stabilisierung, die KPD konnte aufgrund der Richtungskämpfe nicht so von der Radikalisierung profitieren wie im restlichen Reich.

In *Stuttgart* begann ab 1930 die rasante Aufwärtsentwicklung der NSDAP-Ortsgruppe. Der neue Ortsgruppenleiter Weinmayr setzte die Propagandarichtlinien von Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser um, die Mitgliederzahl verdoppelte sich auf 460. Bei den Reichstagswahlen 1930 erreichte die Partei in Stuttgart 9,8 %, damit lag man bei den „Erbitterungswahlen“ aber nur knapp über dem im Vergleich zum Reich recht schlechten Landesschnitt. Die SPD legte gegenüber dem guten 1928er-Ergebnis noch zu und erreichte rund 22 %, die KPD 14 % und die liberale Liste DDP/DVP 16 %. Die NSDAP verdichtete nun ihre Organisation, Hugo Kroll baute die „Hitlerjugend“ auf, am 1. Dezember 1930 wurde eine neue Geschäftsstelle in der Kronenstraße bezogen, unter Ortsgruppenleiter Otto Maier entstanden NS-Betriebszellen. Auch die SS erhielt eine eigene Geschäftsstelle. Bei der SPD wurde mit Kurt Schumacher der Generationswechsel vollzogen, die jungen und linken Mitglieder gaben den Ton an.[319]

---

[319] Müller: Stuttgart im Nationalsozialismus, S. 24f., und Nachtmann: Allein gegen rechts, S. 101

Im Jahr 1931 fanden zwei kommunale Wahlgänge statt. Bei der Oberbürgermeisterwahl fand sich gegen Karl Lautenschlager kein sozialdemokratischer Gegenkandidat. Nach vergeblichen Anrufen bei Gauleiter Murr präsentierte die NSDAP Karl Strölin, einen Amtmann beim Gaswerk, als Gegenkandidaten, der auch von der Volksrechtpartei unterstützt wurde, die immerhin 3 % bei den Wahlen 1930 erreicht hatte. Lautenschlager gewann mit 69,7 % der Stimmen, Strölin erzielte 15,6 %. Bei den Gemeinderatswahlen 1931 trat die NSDAP mit den selben Forderungen wie bei den OB-Wahlen an: Warenhaus- und Filalsteuern statt Bier- und Bürgersteuern, Abbau von Spitzengehältern der Beamten, 44-Stunden-Woche für Arbeiter. Die Wahl bedeutete den Durchbruch für die NSDAP, auch durch populäre Kandidaten wie Stadtpfarrer Ettwein und Rechtsanwalt Glück erzielte sie 21,5 %. Nur die SPD war noch knapp stärker mit 22,5 %, aber auch die KPD erreichte 18,2 %. Sogar die Kommunistische Partei Opposition (KPO) erhielt mit 1,9 % ein Mandat. Die Verbindung von DDP, DVP und Volksrechtpartei kam auf 11,1 %, die Bürgerpartei auf 9,5 %. Die NSDAP-Fraktion war ganz auf Strölin zugeschnitten und fiel einerseits durch taktisches Ungeschick und andererseits durch lange Reden gegen „jüdisch-asiatischen Zersetzungswillen“ auf. Allerdings stieß die Partei auf hartnäckigen Widerspruch von OB Lautenschlager.[320]

Einerseits Parteienzersplitterung, andererseits Radikalisierung: So sah es in *Sindelfingen* aus. Begünstigt wurde die Entwicklung durch eine Krise bei der Daimler-Benz AG, die allerdings durch eine geschickte Auftragspolitik des Werksleiters nicht so gravierend ausfiel wie in anderen Industriezentren. Die Mitarbeiterzahl sank dennoch von 2200 auf 1600. Die Parteienlandschaft wurde unübersichtlich: Ab 1930

---

[320] Müller: Stuttgart im Nationalsozialismus, S. 29ff. und Nachtmann: Allein gegen rechts, S. 101

existierte eine Ortsgruppe der „Wirtschaftspartei“, der CVD errang auf Anhieb zehn Prozent der Stimmen. Der erste Stadtrat der NSDAP gehörte früher der DVP an. Die Hitlerpartei störte ab 1928 verstärkt Veranstaltungen, im Jahr 1931 gab es eine SA-Werbeveranstaltung in der Stadt. Die „Erbitterungswahlen“ brachten der NSDAP jedoch keinen Durchbruch, sie blieb bei nur vier Prozent. Vielmehr profitierten die Kommunisten von der Krise, sie erreichten 20 Prozent der Stimmen, aber die SPD blieb mit 30 Prozent stärkste Partei. Bei den Gemeinderatswahlen 1931 konnte die SPD entgegen dem Trend mit einem detaillierten Programm und konkreten Forderungen die Wähler überzeugen. So wurden zum Beispiel 100 neue Wohnungen oder die Erweiterung der Volksschule versprochen. NSDAP und KPD hatten nur je einen Sitz im Rat.[321]

Auch in *Böblingen* konnte die NSDAP kaum mit den großen Erfolgen reichsweit mithalten, sie erzielte lediglich 14 % der Stimmen. Die KPD blieb hier mit 24 Prozent stärkste Partei, alle anderen Parteien wurden weiter dezimiert. Dass die Kommunisten nicht an ihr Rekordergebnis von 27 Prozent aus dem Jahr 1924 herankamen, lag wohl an der Gründung einer KPO-Ortsgruppe am 8. März 1930. Die KPO wehrte sich gegen die „ultralinke“ Politik, die auf eine Spaltung der Gewerkschaften abzielte und hatte mit Rudolf Aschbacher immerhin den Betriebsratsvorsitzenden von Daimler-Benz in ihren Reihen. Bis zu ihrem Verbot 1933 erreichte die KPO-Ortsgruppe etwa 25 Mitglieder, bei der Gemeinderatswahl zog der Vorsitzende Alfred Götz durch ein Ergebnis von 7,9 Prozent in den Gemeinderat ein.[322]

In *Esslingen* war nun wieder die „doppelte Radikalisierung“ zu beobachten. Einerseits stabilisierte sich die KPD bei den

---

[321] Heimberger, S. 132 und 135 und Ehrmann: Werk Sindelfingen, S. 136 sowie Zecha, S. 46

[322] Mirkes, S. 39

Reichstagswahlen 1930 wieder auf 17,9 %, die NSDAP lag andererseits nur knapp darunter mit 14,5 %. Die SPD musste Einbußen hinnehmen, blieb aber mit 31 % stärkste Partei. Bei den Gemeinderatswahlen 1931 erreichte die KPD mit 23,8 % ihre besten Ergebnisse während der Weimarer Republik in Esslingen, sie erhielt die meisten Stimmen. Aber mit Eugen Hund, Otto Blessing und Eugen Mangold waren nun auch drei Nationalsozialisten in dem Kommunalparlament, deren Kandidatur vom Deutschnationalen Handelsgehilfenverband unterstützt worden waren. Die NSDAP hatte damit ihr Ergebnis auf 20 % ausgebaut. Mit einer heftigen Debatte über die Sitzordnung machte die NSDAP gleich in der ersten Sitzung auf sich aufmerksam. Als 1930 Emil Hund, ein Arbeitskollege von Wilhelm Murr, die Ortsgruppe übernommen hatte, entwickelte sich die Mitgliederzahl nach oben. Allerdings hatte die Ortsgruppe so starke finanzielle Schwierigkeiten, dass sogar Reichsrevisoren der Parteileitung in München zur Kassenprüfung kamen. Die SA wuchs unterdessen zu einer starken Organisation heran, während die SS erst 1931 etabliert werden konnte.[323]

Nach jahrelang stabilen Verhältnissen machte sich die Radikalisierung nun auch in *Ulm* bemerkbar. Beispiel Gemeinderatswahl 1931: KPD, NSDAP und CSVD errangen Sitze im Kommunalparlament, das damit auf acht Fraktionen anwuchs. Die NSDAP erreichte mit dem Reichstagsabgeordneten und Ortsgruppenleiter Wilhelm Dreher durch aggressive Straßenpropaganda 7 der 22 Mandate, die DVP verlor drei Sitze, obwohl sie mit der NSDAP eine Listenverbindung eingegangen war. Der CSVD sicherte sich seine zwei Sitze durch eine bemerkenswerte Listenverbindung mit dem Zentrum. Der Ulmer Stadtbund verschwand als Protestbewegung vollkommen. Ab 1931

---

[323] Nachtmann: NSDAP in Esslingen, S. 241f. und Kienzle, S. 49 ff

wurde der Geislinger Eugen Munder neuer Ortsgruppen- und Bezirksleiter für Ulm, zahlreiche neue Stützpunkte entstanden.[324]

Einen ersten Durchbruch erzielte die NSDAP auch in *Heilbronn.* Dort war sie wegen eines stabilen Wählerpotenzials von SPD und DDP zunächst auf große Schwierigkeiten gestoßen, obwohl es seit 1923 eine Ortsgruppe gab. Noch 1929 berichtete der Ortsgruppenleiter in einem Brief an die Gauleitung über „Pflegmatiker und durchweg demokratisch eingestellte Bürger“ in der Stadt. Bei der Gemeinderatswahl 1931 zog die Partei jedoch zum ersten Mal in den Stadtrat ein. Der damals 38 Jahre alte Richard Drauz übernahm 1932 die Ortsgruppe als Kreisleiter auf Weisung von Gauleiter Murr, um die „jüdisch-marxistisch-liberalistische“ Hochburg Heilbronn zu erobern.[325]

In *Pforzheim* trat die NSDAP nach dem enttäuschenden Abschneiden 1928 verstärkt in die Öffentlichkeit, unter dem Gymnasiallehrer Herbert Kraft wurde die Gruppe straffer organisiert. Das Lokal „Goldene Rose“ wurde zum Parteilokal erklärt, damit hatte man einen festen Treffpunkt. SA und Hitlerjugend boten der Jugend sportliche Betätigung, die Partei baute ein gesellschaftliches Netz von NS-Organisationen auf. 1929 hatte die Ortsgruppe 50 Mitglieder, drei Jahre zuvor waren es nur 20 gewesen. Allerdings gab es finanzielle Unregelmäßigkeiten, daher verließen 26 Mitglieder die Partei. Als der Vorsitzende Kraft nach Mannheim umzog, trat der Ingenieur Grosse seine Nachfolge an. Bei drei Wahlkampfveranstaltungen sprachen der norddeutsche Pfarrer Münchmeyer über „Christentum und Hakenkreuz“ und der Kapitän a. D. Killinger von der Brigade Erhardt. Bei den Landtagswahlen 1929

---

[324] Dannenberg, S. 95 und Schmidt, S. 370

[325] Schlösser: Richard Drauz, S. 146 und Schlösser, Susanne: Die Heilbronner NSDAP und ihre Führer. Eine Bestandsaufnahme zur nationalsozialistischen Personalpolitik auf lokaler Ebene und ihren Auswirkungen vor Ort, in: Heilbronnica 2, Heilbronn 2003, S. 315

erreichte die NSDAP in der Stadt 6,4 %, weniger als im badischen Durchschnitt. Mit dem Einzug in den badischen Landtag hatte die Partei eine neue Plattform, in Pforzheim wurde eine Weihnachtsfeier organisiert und eine Frauengruppe gegründet. Mit dem Volksbegehren gegen den Young-Plan bekam die Ortsgruppe verstärkt Unterstützung durch die Vaterländischen Verbände. [326]

Zu den Reichstagswahlen 1930 waren die Versammlungssäle für die NSDAP gefüllt. Mit 19,4 % wurde das NSDAP-Ergebnis von Baden und dem Reich sogar noch übertroffen. Nun traten viele neue Mitglieder ein. Das ehemalige DVP-Mitglied Erwin Schmidt übernahm die Ortsgruppe, gliederte sie in mehrere Sektionen und richtete eine Geschäftsstelle sowie eine Propagandaabteilung ein. Allerdings musste er um seine Stellung als Berufslehrer fürchten und gab die Ortsgruppe an den Kaufmann Max Reich ab. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurde die NSDAP mit 20 Mandaten nur knapp zweitstärkste Partei nach der SPD (21 Sitze). Außerdem wählten Zentrum, EVD und DVP mit der NSDAP in einer „Einheitsfront“ gegen SPD und KPD ein NSDAP-Mitglied zum Stadtverordnetenvorstand. Es gab hier also eine frühe, wenn auch taktisch motivierte Solidarisierung mit der NSDAP. In der NSDAP stellten Selbstständige und Kaufleute zwei Drittel der Räte, allerdings legten viele schon kurze Zeit später ihre Mandate nieder. Die Politik der Stadtratsfraktion zielte darauf ab, den Einzelhandel gegen „jüdische“ Großkaufhäuser zu stärken. Ein Höhepunkt im Jahr 1931 für die NSDAP war das große SA- und SS-Gautreffen in Pforzheim am 4. und 5. Juli mit 2800 Besuchern, auch finanziell rentabel für die Ortsgruppe. Zwar vermerkt der Polizeibericht ein Stocken der Mitgliederentwicklung, doch gab es Juli 1931 schon drei Sektionen.[327]

---

[326] Wolfinger, S. 198ff.
[327] Wolfinger, S. 204ff.

Unter finanziellen Problemen litt die NSDAP besonders in *Kirchheim.* Als ein Reichsrevisor die Kassenlage prüfte, fand er unvollständige Mitgliedsnachweise und eine mangelhafte Buchhaltung vor. Die Ortsgruppe war ohnehin geschrumpft, 1929 zählte der SA-Sturm nur noch zehn Mann. Im Jahr 1931 gab es 35 Mitglieder in der Ortsgruppe, im gleichen Jahr zog die NSDAP mit dem Pflastermeister Friedrich Löffel in den Gemeinderat ein. Die Erbitterungswahlen 1930 hatten der Partei mit 17,4 Prozent den Durchbruch gebracht, während die KPD der SPD entgegen dem Trend keine entscheidenden Stimmenanteile abnehmen konnte.[328]

In den **katholischen Städten** zeigte sich zwar auch noch zu Beginn der 30er Jahre eine Immunität gegen Radikalisierung und Nationalsozialismus. Jedoch gelangen radikalen Parteien erste kleinere Erfolge. In vielen katholischen Städten wurde erst 1930/31 überhaupt eine Ortsgruppe gegründet, man war der Entwicklung aus protestantischen Städten um sieben Jahre hinterher. Das Zentrum konnte sein Wählerpotenzial weiterhin ausschöpfen und musste praktisch keine Verluste an radikale Parteien verkraften. Interessant war aber bei anderen bürgerlichen Gruppierungen die Leichtigkeit, mit der Wahlbündnisse oder Fraktionsgemeinschaften mit der NSDAP eingegangen wurden. Die KPD konnte in katholischen Landstädten der SPD nahe rücken oder sie gar überholen. In Friedrichshafen war wieder einmal vieles anders, hier litt die KPD an den internen Richtungskämpfen.

Ein Beispiel für den nur langsamen Aufstieg der NSDAP war *Rottenburg,* wo die NSDAP bei den „Erbitterungswahlen“ rund 6,6 Prozent erreicht. Das war eine Verzehnfachung ihres bisherigen Ergebnisses, blieb allerdings weit hinter dem aus protestantischen

---

[328] Kilian, S. 84 und Wilms, S. 55

Regionen und dem reichsweiten Resultat zurück. Die Partei trat in der Stadt kaum in Erscheinung. Das Zentrum verharrte unverändert bei 58 Prozent, nur die KPD konnte mit 12,7 % die SPD (7 %) deutlich als führende Arbeiterpartei ablösen. Ein ähnliches Bild in *Ravensburg:* Das Zentrum hielt seinen Stimmenanteil fast ohne Abstriche, die NSDAP blieb mit 5,2 % ohne Bedeutung, SPD und KPD lieferten sich auf niedrigstem Niveau einen Wettstreit. Nur die 11,8 Prozent der Wirtschaftspartei störten das friedliche Parteiensystem.[329]

Relative Stabilität auch in *Friedrichshafen,* wo die NSDAP allerdings anders als in den übrigen katholischen Städten 1930 mit rund 13 Prozent der Stimmen eine wahrnehmbare Größe erreichte. Die Mitgliederzahl der Ortsgruppe hatte sich auf 80 verdoppelt. In diesem Jahr fand in Friedrichshafen ein großes Vierländertreffen der NSDAP mit 1200 „Parteigenossen“ statt. Einen Mitgliederschub erhielt die NSDAP im Jahr 1931, als 120 weitere Personen beitraten, allerdings viele andere sie auch wieder verließen. Im gleichen Jahr gelang der Einzug in den Gemeinderat und eine Fraktionsgemeinschaft mit den Freien Wählern. Zudem wurde eine Geschäftsstelle mit einem SA-Heim eingerichtet. Die KPD konnte angesichts der anhaltenden Machtkämpfe in der Ortsgruppe nicht vom leichten Verlust der SPD von sechs Prozentpunkten profitieren, das Zentrum erholte sich von der Niederlage von 1928. Der Anteil der Kleinparteien blieb mit insgesamt 11 Prozent hoch.[330]

Nun ein Blick ins katholische *Langenargen.* Erst im Jahr 1931 gründete sich in Langenargen eine Ortsgruppe der NSDAP mit 15 Mitgliedern. Kurz darauf wurde eine Ortsgruppe des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegründet, die sozialdemokratische Versammlungen schützte.

---

[329] Ehrmann, S. 2 und Kraus, S. 2f.
[330] Kuhn: Friedrichshafen, S. 178

Das Reichsbanner bestand in Langenargen allerdings nur aus SPD-Anhängern. Bei den Bürgermeisterwahlen am 29. November 1931 siegte der parteilose Anton Herter über den bisherigen Zentrumsbürgermeister Mayr, was auf eine wachsende Instabilität schließen ließ. Zwei Wochen später erreichte die NSDAP bei den Gemeinderatswahlen ihr erstes Mandat. Während die NSDAP eine SA-Ortsgruppe gründete, entstand Ende 1931 auch eine KPD-Ortsgruppe. Bei den Reichstagswahlen 1930 erholte sich das Zentrum von den Verlusten von 1928 wieder etwas, die NSDAP kam erstmals über 10 %.[331]

Auch in kleineren katholischen Städten wurde die NSDAP sichtbar. In *Meßkirch* startete die NSDAP zu den Wahlen 1930 eine „Frühjahrsoffensive“ wie in ganz Baden, am 23. März 1930 gab es die erste NSDAP-Kundgebung in Meßkirch. Allerdings blieb die Stadt noch weitgehend immun gegen die NSDAP, die nur 8,4 % erreichte. Das Zentrum gewann fast 10 % hinzu und erhielt mit 46,6 % fast wieder die alten Werte. Aber auch die DDP erholte sich und erreichte 16,4 %, die SPD verharrte mit 14,8 % auf ihrem niedrigen Niveau. Dennoch bedeutete der Erfolg auch für die Meßkircher Nationalsozialisten eine Stärkung, am 4. Oktober 1930 gründete sich eine Ortsgruppe. Ernst Bäckert wurde zum Ortsgruppenleiter und Kreisleiter in Meßkirch ernannt. Um möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, wurde der Aufnahmebeitrag von 2 Reichsmark sowie der Monatsbeitrag von 1,20 Mark aus der Kasse der Ortsgruppe bezahlt. Allerdings traten bis 1933 nur 13 Meßkircher in die Partei ein. Auch bei der SA gab es 1931 nur 16 Mitglieder.

Die Bürgermeisterwahlen 1930 wühlten die Stadt Meßkirch auf: Nach dem Rücktritt des liberalen Amtsinhabers und ehemaligen

---

[331] Fuchs, S. 22ff.

Landtagsabgeordneten Johann Weißhaupt schlossen sich DDP, DVP und SPD zu einem Wahlbündnis „Großblock“ zusammen, um den DDP-Kandidaten Adolf Wendling zu unterstützen. Er setzte sich schließlich gegen den erbitterten Widerstande des Zentrums und der NSDAP durch. Die Kooperation des Zentrums mit bürgerlichen Parteien hatte sich schon bei der Gemeinderatswahl 1931 bewährt, allerdings in anderer Konstellation: Die NSDAP unterstützte den „Großblock“, um die Wahl des Zentrumskandidaten zu verhindern. Bei den Wahlen auf Kreis- und Bezirksebene erreichte die NSDAP kein Mandat, trotz einer erneuten „Versammlungsoffensive“. Aufsehen erregte eine große Lastkraftwagenfahrt durch die Dörfer. Doch in Baden wurde die Tätigkeit der Partei stärker behindert als in Württemberg, Versammlungen wurden zeitweise verboten und das Tragen der Braunhemdenuniform ebenfalls. Im September 1931 gab es einen Konflikt mit dem Bürgermeisteramt, als die Ortsgruppe illegal Plakate aufgehängt hatte. Die KPD sorgte mit einer Veranstaltung für Aufsehen, wo ein ehemaliger SA-Führer sprach, der zur KPD übergelaufen war. Dazu luden die Kommunisten auch die NSDAP-Ortsgruppe ein.[332]

In den **protestantischen Landstädten** änderte sich das Bild von uneinheitlichen, von örtlichen Gegebenheiten geprägten Entwicklungen langsam zu einem gemeinsamen Trend hin zur NSDAP. Zwar gab es in Herrenberg und Hall durch den Bauernbund, in Tübingen durch die liberalen Parteien und der SPD in Aalen noch starke Beharrungskräfte vor Ort, doch konnte in vielen Städten wie Nagold, Backnang, Wertheim und Balingen ein überdurchschnittlicher, durch starke Propaganda und organisatorische Ausfächerung der Partei begleiteter Anstieg der NSDAP beobachtet werden. Dies unterschied die protestantischen Landstädte von den beiden anderen Kategorien

[332] Weißhaupt: S. 59ff.

eindeutig. Auch ließ sich in einigen Städten wachsendes Wohlwollen der Honoratioren gegenüber der neuen Partie erkennen.

So machte das Volksbegehren gegen den Young-Plan die NSDAP in *Tübingen* wieder salonfähig. Die Mobilisierung führte wieder zu Versammlungen und weiteren Aktivitäten der Partei. Bei den „Erbitterungswahlen“ blieb sie mit 13,9 Prozent noch etwas unter dem Durchschnitt. Die NSDAP verstärkte nun ihre Bemühungen, organisierte ständig neue Vorträge, gründete Hilfsorganisationen wie das NS-Automobil-Korps oder den NS-Ärztebund und intensivierte den Kontakt zu den örtlichen Kriegervereinen. Eine Parteipresse gab es noch nicht, die NSDAP setzte daher auf die nationalistische „Tübinger Zeitung“, die zum Beispiel einen Fortsetzungsroman über Adolf Hitler veröffentlichte. Bei den Gemeinderatswahlen wurde die NSDAP mit 23,3 Prozent stärkste Partei, mit tatkräftiger Unterstützung der Handwerkerschaft. Die liberalen Parteien blieben aufgrund des Wahlrechts zwar stärkste Kraft im Rat, verloren aber trotz Listenverbindung erheblich an Stimmen, auch an den CSVD. Schon 1928 hatte der CVD in der pietistischen Hochschulstadt Tübingen sieben Prozent erzielt, bei den Wahlen 1930 erreichte er ein knapp zweistelliges Ergebnis.[333]

Ein Beispiel für den Durchbruch der NSDAP bot auch die Stadt *Aalen.* Hier startete die Ortsgruppe zu den Wahlen 1930 eine Versammlungswelle, die erstmals auch weit ins Umland von Neresheim bis Bopfingen ging. Unter dem zum Bezirksleiter Ost aufgestiegenen Adolf Kling gab es eine Fülle von Flugblattaktionen, SA-Aufmärschen und auswärtigen Rednern. Als die Staatspartei und die DVP ihren Spitzenkandidaten Theodor Heuss in den Spritzenhaussaal eingeladen

---

[333] Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 54ff. und Schönhagen, Setzler, Binder, S. 174

hatten, störte Kling die Veranstaltung mit eigenen Redebeiträgen. Mit 18,7 % erreichte die NSDAP in Aalen ein Ergebnis weit über dem Landesdurchschnitt, nach dem Zentrum (26,6 %) und der SPD (22,8 %). Eine Analyse von Roland Schurig zeigt, dass vor allem junge Männer und Frauen aus dem kleingewerblichen Milieu zwischen 20 und 29 Jahren zur NSDAP wechselten.

Im Jahr 1931 machte sich eine Gegenbewegung mit Versammlungen des Zentrums im gesamten Oberamt und Aktivitäten des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ bemerkbar. Gleichzeitig hatte mit dem Brauereibesitzer Karl Barth 1931 ein bekannter und angesehener Mann die NSDAP-Ortsgruppe übernommen. Die Partei profilierte sich im so genannten „Aalener Kaufhausstreit“: Sie unterstützte den Gewerbeverein in seinem Protest gegen das neue „Einheitspreiskaufhaus“ Wohlwert in der Bahnhofstraße. Mit der Gemeinderatswahl 1931 erreichte die NSDAP mit 19,8 Prozent ein neues Rekordergebnis. Nun hatte die Ortsgruppe Zugang zu kommunalpolitischen Entscheidungen. Die SPD verlor deutlich, das Zentrum war mit 27,1 % Gewinner der Wahl, KPD und Bürgerpartei kamen zum ersten Mal in den Rat. Die radikalen Parteien stellten nun Anträge für symbolische Politik: Die NSDAP tat sich mit der Forderung nach Wiederholung der Wahl zur Amtsversammlung hervor, die KPD propagierte niedrigere Beamtengehälter. Beide Anträge wurden abgelehnt, wobei NSDAP und KPD teilweise zusammenarbeiteten.[334]

Als absolute nationalsozialistische Hochburg erwies sich einmal mehr *Nagold.* Mit 33 Prozent erreichte die NSDAP bei den Wahlen 1930 das zweitbeste im ganzen Land, von der ehemaligen Stärke der Linksliberalen blieb in der Stadt kaum noch etwas übrig. Die Gewinne der NSDAP gingen in Nagold eindeutig zu Lasten der bürgerlichen

---

[334] Schurig, S. 72

Parteien der Mitte. Auch die DNVP musste deutliche Verluste verzeichnen, zweitstärkste Partei blieb die relativ stabile SPD, die kaum Stimmen an die KPD abgeben musste. Im negativen Sinne berühmt wurde Nagold im Juni 1931, als eine KPD-Veranstaltung nach Störungen der NSDAP in einer Schlägerei endete, 17 der beteiligten Kommunisten wurden von Tübinger Richtern verurteilt, die NSDAP-Mitglieder mangels Beweisen freigesprochen.[335]

In *Schwäbisch Hall* verhinderte der Bauernbund wie in Herrenberg einen größeren Aufstieg der NSDAP, die bei den Wahlen 1930 nur 6,6 % in der Stadt erreichte. In einigen Nachbargemeinden wie Gaildorf war sie zwar schon wesentlich stärker, doch waren die Ergebnisse bei den „Erbitterungswahlen“ kein Durchbruch für die Partei. Die SPD hielt ihren Anteil praktisch unverändert bei 30 %, doch zersplitterte sich das Parteienspektrum: Der CSVD (5,6 %) und die Wirtschaftspartei (14 %) banden viele bürgerliche Wählerschichten, ein Zeichen der Unzufriedenheit.[336]

Einen grundlegenden Wandel des Parteiensystems fand man in *Backnang.* Die SPD war hier eine „Partei der Meister und Vorarbeiter“, ganz ähnlich wie in Herrenberg, während sich die KPD aus ungelernten Arbeitern, Arbeitslosen, Kleinbauern und Kleinhandwerken rekrutierte. Die DDP hatte bis 1930 stets über dem Reichsdurchschnitt liegende Ergebnisse erreicht, noch 1928 waren es 20 % gewesen. Eine ähnliche Rolle wie in Herrenberg spielten die Konservativen: Der Ortsvorsitzende der Bürgerpartei, Stroh, war Verleger der örtlichen Lokalzeitung Murrtal-Bote. Die Wahlen 1930 führten zu einer enormen Radikalisierung. So erreichte die KPD in der Stadt 22 %, während die SPD nur auf 13,3 % kam. Die KPD trat jedoch wenig mit

---

[335] Ackermann, S. 203f. und Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 49
[336] Landesarchiv: Schwäbisch Hall, S. 77

Versammlungen in Erscheinung. Das hing auch mit der desolaten Finanzlage zusammen, weil 80 % der Mitglieder arbeitslos waren. Im Gemeinderat verweigerten die KPD-Räte die Zusammenarbeit mit dem „System“ vollständig. Ab 1931 setzte auch die Ortsgruppe die „ultralinke“ Strategie um, es kam häufig zu Zusammenstößen mit NSDAP-Anhängern Die SPD hingegen war von Verfassungstreue geprägt und setzte auf ihre Stammwähler, fast genauso viele interne wie öffentliche Veranstaltungen wurden zwischen 1930 und 1933 abgehalten. Die DDP erreichte nur noch knapp 9 %, während der CSVD, das unbedeutende Zentrum und die Splitterparteien fast ein Viertel der Stimmen erhielten. Die NSDAP war 1928 in der Stadt gegründet worden, bei den Wahlen 1930 erreichte sie 16,2 %. Im Jahr 1931 verstärkte die Ortsgruppe ihre Agitation, die Feiern zum „Deutschen Tag“ mit einem großen SA-Aufmarsch und Massenkundgebungen brachten der Partei neue Mitglieder. Hinzu kamen wie in Herrenberg „Sprechabende“ zu Fachthemen und Kulturveranstaltungen wie zum Beispiel die „Deutsche Weihnacht“.[337]

Ein weiteres Beispiel für einen exorbitanten Aufstieg der NSDAP war *Wertheim.* Die Stadt hatte sich ja schon 1928 als Hochburg der NSDAP erwiesen, noch im selben Jahr fanden große Aufmärsche und Veranstaltungen statt. Die Zahl der Mitglieder der drei Ortsgruppen im Oberamtsbezirk verdoppelte sich. Bei der badischen Landtagswahl 1929 erreichte die NSDAP in Wertheim mit 19,2 % erneut ein überdurchschnittliches Ergebnis. Eine besonders Rolle spielte der EVD in Wertheim, die badische Variante des CSVD. Er wurde bei den Landtagswahlen 1929 mit 20,3 % die stärkste Partei in Wertheim, noch mehr als der CSVD in Herrenberg gelang es der Partei, die evangelischen Wähler im protestantischen Wertheim anzusprechen.

---

[337] Hartmann, S. 103f. und Ebert, S. 89

Auch hier zeigt sich die Sprunghaftigkeit der evangelischen Agrarwähler, die keine feste politische Heimat hatten. Auch die DNVP erreichte mit 11,5 % ein gutes Resultat, während die SPD nur noch auf 14,1 % kam. Die Reichstagswahl 1930 brachte für die NSDAP den Durchbruch mit 30,5 % in Wertheim, der Anteil des EVD ging entsprechend zurück auf 15,3 %. Offenbar waren viele protestantische Wähler zur NSDAP abgewandert, dafür spricht auch der Zuspruch protestantischer Pfarrer im Bezirk Wertheim für die Nationalsozialisten. Auch deutlich mehr Amtsträger und Bürgermeister als in Herrenberg bekannten sich zur NSDAP.[338]

Und in noch einer protestantischen Landstadt kehrte sich der Trend für die NSDAP um: In *Balingen* brachte die Reichstagswahl 1930 der Partei einen Überraschungssieg von 22,9 Prozent. Zuvor war sie kaum in Erscheinung getreten und hatte unterdurchschnittliche Wahlergebnisse. Nun fühlte man sich beflügelt, organisierte zum Beispiel einen SA-Fackelzug und andere demonstrative Beweise der Präsenz vor Ort, wobei es auch zu Zusammenstößen mit Kommunisten kam. Die KPD kritisierte die Nationalsozialisten scharf in ihrer provokativen Zeitung „Der Balinger Pranger“. Auch die übrigen Parteien wehrten sich zumindest teilweise gegen das offensive Auftreten der NSDAP. Kritik kam sogar aus dem Gemeinderat nach einem beleidigenden Artikel in der NS-Presse über die Balinger Rathauspolitik. Die NSDAP wurde von der Gefallenengedenkfeier offiziell ausgeladen, der Partei ein städtischer Platz für „sportliche Übungen“ verwehrt sowie ein SA-Aufmarsch verboten.[339]

Auch für die früher starke *Leonberger* NSDAP bildete die Septemberwahl 1930 mit einem Ergebnis von 15,2 Prozent den

---

[338] Wieland: Wahlverhalten Wertheim, S. 190ff.
[339] Steinhart, S. 127f.

Grundstein für einen Neuanfang. Am 3. Oktober 1930 wurde die Ortsgruppe neu gegründet, unter der Führung des schon Anfang der 20er Jahre wichtigen NS-Aktivisten und Druckereibesitzers Jonathan Schmid. Nun strömten der Partei neue Mitglieder zu, Ende des Jahres waren es 38. Auch im benachbarten Eltingen und in Höfingen entstanden Ortsgruppen. Begünstigt vom Leonberger Tagblatt wurde Leonberg erneut zu einer Hochburg des Nationalsozialismus. Bei den Gemeinderatswahlen im Jahr 1931 gelangten erstmals drei Nationalsozialisten in das Kommunalparlament. [340]

Der **Städtevergleich** zeigt bei der NSDAP drei Entwicklungsstränge. Erstens gelang es der Partei 1930, in den protestantischen Landstädten eine dauernde Präsenz aufzubauen, ja sogar in einzelnen Städten überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. In den katholischen Städten wurde die Partei 1930/31 häufig überhaupt erst gegründet und blieb auch 1930 unbedeutend. In den evangelischen Städten wurde die seit 1924 weitgehend eingeschlafene Parteistruktur wieder belebt. Nur in Hochburgen wie Pforzheim, Nagold oder Esslingen hatte es schon ab 1928 wieder zahlreiche Aktivitäten gegeben, Leonberg wurde erst ab 1930 wieder zu einer „günstigen“ Stadt für die NSDAP. Herrenberg passt in das Schema anderer protestantischer Landstädte, die „Erbitterungswahlen“ 1930 brachten den Durchbruch und führten der Partei neue Mitglieder und fähige Agitatoren zu. Die Parteiorganisation wurde lokal ausdifferenziert, die Gliederungen vor Ort aufgebaut. Allerdings gab es im agrarischen Milieu noch die ordnende Kraft der Bauernbundes, was ein Ausgreifen der Partei in das Umland der Städte meist verhinderte. In einigen Städten wie Nagold und Wertheim ist das indes schon viel früher gelungen.

---

[340] Kuhn: Leonberg, S, 169 und S. 174ff.

Zweitens fasste die NSDAP vor allem in den protestantischen Städten kommunalpolitisch Fuß und zog in die Gemeinderäte ein. Zwar wurde dies behindert durch das beharrende württembergische Wahlrecht, aber auch eine kleine lokale Ratsfraktion reichte aus, um die Themen der Partei zu propagieren. Der Versuch, Antisemitismus und sozialen Populismus in die Rathäuser zu tragen, gelang aber nur unzureichend. Zwar wurde etwa im „Aalener Kaufhausstreit“, durch provokative Anträge in Stuttgart, Protest gegen das „jüdische Großbürgertum“ oder die Forderung nach niedrigen Gehältern für hohe Beamte Aufmerksamkeit über die Stammwählerschaft hinaus errungen. Doch fiel die Partei öfter durch Inkompetenz, interne Querelen, finanzielle Unregelmäßigkeiten oder allzu radikales Agitieren auf. In Herrenberg schien die Arbeit im Rat eine weniger wichtige Rolle als in anderen Städten gespielt zu haben. Auch gab es einzelne bürgerliche Politiker, wie OB Lautenschlager in Stuttgart oder der Balinger Stadtrat, die der NSDAP administrativen Widerstand entgegensetzten. Schwerer tat sich die NSDAP in den Industriestädten, wo die KPD eher vom allgemeinen Unmut profitierte, und in katholischen Städten.

Drittens konnte die NSDAP trotz der genannten Defizite langsam mehr Sympathie in bürgerlichen Kreisen gewinnen, vor allem in evangelischen. Sei es in taktischen Zählgemeinschaften, sei es durch den Zustrom von protestantischen Pfarrern, ehemaligen bürgerlichen Politikern oder angesehen Unternehmern, wie in Leonberg beispielsweise. Zwar konnten der Bauernbund, zum Teil die DDP und die SPD oder der CSVD zumindest die älteren Wähler des protestantisch-argarischen Potenzials halten, doch begann die Bindewirkung vor allem in der jüngeren Generation deutlich nachzulassen. Wo diese Bindung ohnehin nur schwach oder vorübergehend gewesen war wie in Wertheim, liefen schon ab 1930 Massen zur NSDAP über.

Die bürgerlichen Parteien gerieten angesichts dieser Entwicklung in die Defensive. Zwar blieben sie in den Gemeinderäten auch dank des Wahlrechts recht unangefochten, doch zeigen sich etwa bei der DDP wie in Reich und Land Auflösungserscheinungen, angefangen vom Tod bekannter Parteiführer bis zum dramatischen Rückgang der Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen. Sie wurde endgültig auf einen städtischen Kern zurückgeworfen, spielte auf dem Land keine Rolle mehr. Die Bürgerpartei stabilisierte sich auf niedrigem Niveau. Die SPD hingegen musste viele Stimmen an die radikale Konkurrenz der KPD abgeben. Diese gewann nicht nur in den Hochburgen wie Esslingen hinzu, gerade auf dem Land löst sie die SPD als stärkste Partei ab, sowohl in katholischen als auch evangelischen Städten. Insofern war Herrenberg auch für diese Entwicklung typisch. Die KPD konnte die Abspaltung der KPO ausgleichen, gerade die „ultralinke“ Strategie und die Abgrenzung zur SPD schien sie für junge Arbeiter attraktiv zu machen.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass auf lokaler Ebene die Radikalisierung der Parteilandschaft mit ein bis zwei Jahren Verzögerung erfolgte, in manchen Städten nahm man auch die Entwicklung von 1932 schon vorweg. Herrenberg war diesmal nicht langsamer als andere Städte. Ab 1930 lief die Entwicklung in Richtung NSDAP sogar fast parallel bzw. anderen Städten voraus, trotz der nach wie vor starken Rolle des Bauernbundes.

12. Das Krisenjahr 1932

12.1. Wirtschaftskrise und politische Unruhen

Das Jahr 1932 wurde schließlich zum Schicksalsjahr der Weimarer Republik. Brüning hatte es mit seiner Politik der Notverordnungen am Reichstag vorbei immerhin geschafft, dass ein Ende der Reparationen in Aussicht gestellt wurde. Mit der Genfer Abrüstungskonferenz war ein

erster Schritt zur Aufhebung des Versailler Vertrages gemacht. Doch die Arbeitslosigkeit erreichte schwindelnde Höhen: Im Jahr 1930 lag sie noch bei 15,7 Prozent, im Februar 1932 erreichte sie den Rekordwert von 30,8 % und 6,13 Millionen Arbeitslosen. Massenelend, sinkende Löhne und Sozialleistungen waren die Realität unter dem „Hungerkanzler“ Brüning. Reichspräsident Paul von Hindenburg war gesundheitlich stark angeschlagen und verfolgte das Ringen der Parteien mit zunehmender Distanz, dabei war er für Einflüsterungen aus seinem persönlichen Umfeld immer stärker empfänglich.[341]

Die staatstragenden Parteien waren nur noch ein Schatten ihrer selbst. Nach der Wahlniederlage der Staatspartei trat Erich Koch-Weser vom Parteivorsitz zurück, sein Nachfolger wurde der Vizekanzler und Finanzminister Hermann Dietrich. Außerdem kritisierte der Jungdeutsche Orden, die DStP sei eine linke Fortsetzungspartei der DDP und beendete seine kurze Zusammenarbeit mit der DDP, seine Vertreter zogen sich aus dem Hauptaktionsausschuss der Staatspartei zurück. Auf dem letzten Reichsparteitag der DDP am 8. November 1930 wurde beschlossen die DDP aufzulösen, ihr Vermögen auf die Deutsche Staatspartei zu übertragen und die Organisation anzugliedern. Einen Tag später wurde die DStP als neue Partei gegründet, am symbolbehafteten 9. November.[342]

Die Deutsche Staatspartei hatte im Reichstag nach dem Austritt der sechs Vertreter des Jungdeutschen Ordens nur noch 14 Mandate und lag damit unterhalb der Fraktionsstärke. Nur durch Abwerbung eines Abgeordneten von der „Deutschen Bauernpartei“ gelang es Parteichef Dietrich, die Fraktionsstärke wiederherzustellen. Zwar lag die Bedeutung der Partei in der Vermittlung zwischen Brüning und den

---

[341] Schulze, S. 358ff. und Mommsen, S. 443, zur Rolle Hindenburgs siehe Rauscher, S. 276ff., zu Kanzler Heinrich Brüning siehe auch Sendler, S. 493

[342] Zum Austritt des Jungdeutschen Ordens siehe Stephan, S. 473

Sozialdemokraten. Die starke Bindung an die unpopuläre Politik Brünings, die auch durch den Parteivorsitzenden und Finanzminister Dietrich symbolisiert war, wurde aber auch zu einer Belastung, wogegen sich in vielen Ortsvereinen Unmut breit machte. Die Partei fand weder die Kraft, die Regierungspolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen noch die Regierungsunterstützung zu versagen.[343]

Auch die DVP zerfiel immer stärker. Der Parteivorsitzende Ernst Scholz wurde für die katastrophale Wahlniederlage ebenso verantwortlich gemacht wie für das Scheitern einer bürgerlichen Sammlungsbewegung. Nachdem Scholz einmal mehr Fusionsverhandlungen mit der Staatspartei, dem CSVD und der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei nicht zum Erfolg bringen konnte und auch eine Fraktionsgemeinschaft zwischen Staatspartei und DVP scheiterte, war der richtige Zeitpunkt für seinen Sturz gekommen. Der eloquente Rechtsanwalt Eduard Dingeldey bedrängte den gesundheitlich angeschlagenen Scholz so lange, bis dieser Partei- und Fraktionsvorsitz niederlegte und Dingeldey als Nachfolger empfahl.[344]

Der neue Parteivorsitzende scheiterte jedoch mit dem Versuch, die Parteiorganisation der DVP zu zentralisieren und die Gliederungen der Parteispitze zu unterstellen. Um sein „Aktionsprogramm“ durchzusetzen, fehlte der Partei ebenso eine Massenbasis wie ein Presseorgan. Auch gelang es ihm nicht, die Kritik des rechten Parteiflügels an der Unterstützung für Brüning zum Schweigen zu bringen. Dingeldey vollzog daher selbst einen Rechtsschwenk, um die Einheit der Partei zu wahren. Dabei suchte er die Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm und näherte sich der „nationalen Opposition“ an. Die

---

[343] Matthias/Morsey: Die Deutsche Staatspartei, S. 50ff. und Stephan, S. 476
[344] Richter: Deutsche Volkspartei, S. 686

Konsequenz war absehbar: Die DVP stimmte 1931 nach starken Verlusten in Hamburg und einer drohenden Sezession westfälischer Wahlkreisverbände gegen die Regierung Brüning und ging in die Opposition, um ihr Profil wieder zu schärfen. Aber der Rechtskurs brachte die Partei an den Rand der Spaltung. Wegen eines Streits um Anwesenheitszwang in Fraktionssitzungen wurden schließlich die liberalen Parteiführer Julius Curtius, der ehemalige Außenminister, und Siegfried von Kardorff aus der Fraktion ausgeschlossen, was in Württemberg für große Empörung sorgte. Auch der letzte Versuch einer neuen Strategie der Parteiführung scheiterte, eine rechte Sammelbewegung des bürgerlichen Lagers unter Einbeziehung der Wirtschaftspartei, der Staatspartei und der Volkskonservativen zu gründen.[345]

Die SPD trug noch schwerer an der Tolerierung von Brüning. Sie war innerparteilich heftig umstritten. Der linke Flügel vertrat die These, man „müsse die Rechte zur Regierung kommen lassen, damit sie sich einschließlich der Natonalsozialisten abwirtschafte“. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun plädierte hingegen für eine „große Koalition der Vernünftigen“ und eine enge Kooperation zwischen seiner preußischen Regierung und dem Reich. Doch der Druck durch die kommunistische Konkurrenz und des linken Flügels verhinderten eine solche Annäherung ebenso wie die Distanz Brünings zur Sozialdemokratie. Auf dem Leipziger Parteitag 1931 fand der Tolerierungskurs der um Hans Vogel erweiterten Parteiführung dennoch eine Mehrheit, alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Der

---

[345] Booms, S. 530. und Richter: Deutsche Volkspartei, S. 749, über die Auswirkungen des Kurswechsels und das Ausscheiden der DVP aus der Regierung schreibt Winkler, im In- und Ausland sei das so interpretiert worden, dass sich „die Wirtschaft von Brüning abgewandt“ habe, siehe Winkler S. 410

spätere bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner brachte die Stimmung der Partei zum Ausdruck: „Der Faschismus ist ein Feind, der uns unmittelbar an die Gurgel will.“ Dem Kampf gegen diesen stärksten Feind müsse sich alles unterordnen, gerade auch die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.[346]

Die SPD geriet wegen ihrer Strategie jedoch von links immer mehr unter Druck, auch von ehemaligen Mitgliedern wie dem Göttinger Philosophen und Mathematiker Leonard Nelson. Er war 1925 aus der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der SPD ausgeschlossen worden und hatte den „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“ (ISK) gegründet. Der ISK lehnte die Tolerierungspolitik ab und vertrat eine Zusammenarbeit von SPD und KPD ohne marxistische Vorzeichen. Auch die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) von Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld und Heinrich Ströbel entfachte starke Aktivitäten, um die Republik zu verteidigen. Die Parteiführung bekämpfte solche Aktivitäten rigide, wobei die Fronten hier selten zwischen rechts und links verliefen, sondern zwischen aktivem und eher passivem Widerstand gegen den Drang nach rechts.[347]

Es gab aber auch einen Rechtstrend in der SPD , analog zur gesellschaftlichen Entwicklung. Zum Beispiel versuchte der „Hofgeismarer Arbeitskreis“ der Jungsozialisten, die SPD-Politik auf die Theorie der nationalen Volksgemeinschaft auszurichten. Andere Reformisten griffen die Parteiführung ob ihrer Untätigkeit gegenüber

---

[346] Miller/Potthoff, S. 135 und Mommsen, S. 432, Mommsen spricht auch von einer „Immobilität“ der SPD und einem defensiven Grundcharakter nach dem Leipziger Parteitag, siehe Mommsen, S. 601

[347] Miller/Potthoff, S. 135f.

der NSDAP an, Carlo Mierendorff, Julius Leber oder auch Kurt Schumacher forderten einen „militanten Einsatz für die Demokratie“.[348]

Eine kleine, linke Minderheit in der SPD wollte den Weg der Tolerierungspolitik nicht mitgehen. Der Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, Fritz Küster, berief Ende Juli 1931 eine Sonderkonferenz von Sozialdemokraten ein, die sich gegen die „nationalistisch-militärfromme und Tolerierungspolitik der SPD und die pseudorevolutionäre Katastrophenpolitik der SPD“ aussprach. Der Parteivorstand der SPD beschloss mit Berufung auf ein Verbot von 1925, wonach Sonderkonferenzen und Sonderveranstaltungen verboten seien, eine Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD und der Deutschen Friedensgesellschaft. Acht Reichstagsabgeordnete wurden ausgeschlossen, darunter Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld und Heinrich Ströbel. Vier Reichstagsabgeordnete und sieben ehemalige Mitglieder der Reichsleitung der bereits auf dem Leipziger Parteitag aufgelösten Jungsozialisten zeigten sich solidarisch, ebenso Ortsvereine in den Bezirken Zwickau-Plauen und Chemnitz. Die SPD-Abweichler gründeten am 4. Oktober 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Einen Teil der jungen Arbeiter zog die Partei an, wie den damals 18-jährigen Willy Brandt. Diese SAP blieb allerdings trotz der Vereinigung mit dem Rest der 1922 übriggebliebenen Mini-USPD, der Verschmelzung mit einer großen Minderheit der Kommunistischen Partei Opposition (KPO) und der Unterstützung von Intellektuellen wie Albert Einstein, Carl von Ossietzky und Lion Feuchtwanger ohne langfristigen Erfolg. Bei der Reichstagswahl im Juli 1932 erzielte sie nur 0,2 Prozent der Stimmen, sie hatte nie mehr als 25 000 Mitglieder. Mit Fritz Rück, Jacob Walcher und Hans Ziegler fanden sich prominente württembergische Sozialdemokraten in der

---

[348] Miller/Potthoff, S. 136

neuen Partei, die schon die USPD 1918 mitbegründet hatten. Darüber hinaus blieb die SAP Württemberg blieb dies weitgehend ohne Bedeutung, weil hier die Kommunistische Partei Opposition (KPO) ihre Hochburg hatten. Schon vor 1931 war die KPO in Württemberg eine Heimat für linke, ehemalige Sozialdemokraten geworden, daher blieb die SAP ohne große Resonanz.[349]

Der Kampf der Parteien verlagerte sich zusehends auf die Straße, die SPD setzte auf die Stärke des 1924 gegründeten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das von SPD, DDP und Zentrum getragen wurde. Es entwickelte sich zu einer sozialdemokratischen Schutztruppe der Republik, 1931 wurde aus dem Reichsbanner heraus eine Eliteeinheit „Schufo“ (Schutzformation) gebildet, die in der ganzen Republik mit großen Aufmärschen an die Öffentlichkeit trat. Auch die „Eiserne Front“ mit den Gewerkschaften und Arbeitersportorganisationen sollten im Straßenkampf die sozialdemokratische Fahne hochhalten. Zudem wurden Vorbereitungen für „Abwehrmaßnahmen“ gegen die Systemgegner getroffen.[350]

Die KPD änderte 1932 erneut ihre innere Organisation. In den Großbetrieben wurden Instrukteure eingesetzt und die Bezirke und Unterbezirke verkleinert. Da man ein Parteiverbot befürchtete, wurden „Instrukteurgebiete“ aufgebaut, die auch in der Illegalität eine Organisation durch Mundpropaganda möglich machen sollte. Auch der 1929 verbotene Rotfrontkämpferbund wurde illegal neu organisiert und in Sturmbataillone mit 350 bis 400 Mann unterteilt, *hinzu kamen spezielle Kampftruppen*. Der Versuch, über einen kommunistisch geprägten Reichsbauernbund das „Dorfproletariat“ anzusprechen, kam nicht mehr zur Ausführung. Ohnehin waren die Parteikassen nach den

---

[349] Zur Abspaltung der SAP siehe Bergmann, S. 168 und Winkler, S. 426, zur Situation der SAP und KPO in Württemberg siehe Greiffenhagen, S. 188

[350] Matthias: SPD, S. 126f.

vielen Wahlkämpfen leer, auch über die kommunistischen Nebenorganisationen konnte das Wählerpotenzial nicht über die Kernanhänger erweitert werden. Die Organisationskraft der KPD ging jedes Jahr weiter zurück.[351]

Unter dem Eindruck des Erstarkens der NSDAP erklärte sich die KPD-Führung auch bereit, wieder mit der SPD gemeinsam zu kämpfen. Am 25. April 1932 hieß es in einem Aufruf von KPD und RGO, man wolle den Kampf mit „jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind“ gemeinsam führen. Am 20. Juli bot das Zentralkomitee der SPD und den freien Gewerkschaften sogar an, einen Generalstreik gegen Papen zu organisieren, ebenso nach dem 30. Januar 1933. Doch das Angebot kam zu spät, zudem stand einmal mehr der Führungsanspruch der KPD einer echten Kooperation im Weg. Auch die neuen „Antifaschistischen Aktionen“ konnten den SA-Terror nicht aufhalten.[352]

Gleichzeitig formierte sich am rechten Ende des Parteienspektrums ein Zusammenschluss der republikfeindlichen Kräfte: Am 11. Oktober 1931 trafen sich in Bad Harzburg Nationalsozialisten, Deutschnationale, die inzwischen stark nationalistisch gewordene DVP, Wirtschaftspartei und Stahlhelm. Alfred Hugenberg rief als Führer der DNVP: „Hier ist die Mehrheit des deutschen Volkes!“ Hitler hatte jedoch keine Sekunde die Absicht, sich die Führung des rechten Lagers aus der Hand reißen zu lassen. Die DNVP war damit endgültig auf einen fundamentaloppositionellen Kurs gegenüber Brüning eingeschwenkt. Hugenberg hoffte, dadurch innerhalb des nationalen Lagers die drohende Hegemonie der NSDAP aufhalten zu können. Sorge vor einem Übergewicht Hitlers schien er nicht zu haben.[353] Auch in

---

[351] Bahne, S. 663 und Flechtheim, S. 279

[352] Flechtheim, S. 280 und Mommsen, S. 491

[353] Berghahn, S. 158ff. und Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr von: Die Deutschnationale Volkspartei, in: Matthias und Morsey: Ende der Parteien, S.

Württemberg war die Bürgerpartei nun voll und ganz auf Hugenbergkurs, Hirzel und Wider richteten ihre scharfen Angriffe gegen Heinrich Brüning in Berlin und die Regierung von Eugen Bolz im Land. Auf einem Vertretertag 1931 hatten sie eine „von jeder marxistischen Bindung freie Regierung“ gefordert.[354]

Die NSDAP entfachte nach ihrem Erfolg 1930 ein propagandistisches Dauerfeuer. Hitler bewältigte innerparteiliche Krisen und Machtkämpfe, der linke, sozialistisch inspirierte Flügel um Otto Strasser wurde Ende 1930 aus der Partei gedrängt. Auch den Konflikt mit SA-Führer Pfeffer entschied Hitler für sich. Die Schutzstaffel (SS) kam dabei erstmals als Parteipolizei zum Einsatz, Ernst Röhm wurde aus dem südamerikanischen Exil zurückgeholt und zum neuen SA-Führer bestimmt. Jedoch wurde es zunehmend schwieriger, die anwachsenden SA-Massen zu kontrollieren und nach außen die Maske des Anstandes zu wahren. Die innerparteilichen Machtkämpfe konnte Hitler jedoch für die konservativen Bürgerlichen gut als Eliminierung aller verfassungsfeindlichen und illegalen Bestrebungen seiner Partei darstellen, die Rolle als über den Strömungen stehender Schiedsrichter verlieh Hitler fast etwas Staatsmännisches. Die Verhandlungen etwa mit Brüning hatten die NSDAP hoffähig gemacht, die Legalitätstaktik von Hitler begann sich auszuzahlen.[355]

Der NSDAP-Führer hatte allerdings auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass er die bestehenden Gesetze nur nutzen wolle, um die Macht zu erobern und dann den Staat in seinem Sinne umzugestalten.

558, siehe auch Schulze, S. 363ff. und Winkler, S. 431, zur Strategie Hitlers in Richtung schneller Neuwahlen beim Treffen in Bad Harzburg siehe Mommsen, S. 489

[354] Müller: Bürgerpartei, S. 420

[355] Zu den Verhandlungen siehe Mommsen, S. 433, über den NSDAP-internen Streit siehe Bräuninger, S. 176ff., zur Legalitätstaktik siehe Kluge: Die Weimarer Republik, S. 371

Bezeichnend dafür war eine Zeugenaussage von Adolf Hitler im so genannten „Ulmer Hochverratsprozess“, als Teile der Reichswehr entgegen dem Erlass des Reichswehrministers Kontakte mit der NSDAP aufgenommen hatten. Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig sagte Hitler zu seinem Verständnis von Gesetz und Verfassung: „Wenn ich legal an die Macht gekommen bin, dann werde ich Staatsgerichte einsetzen, die die Verantwortlichen an dem Unglück unseres Volkes gesetzmäßig aburteilen sollen. Dann werden möglicherweise bald legal einige Köpfe rollen.“ Das Gericht gab sich mit dieser Aussage zufrieden und bescheinigte der NSDAP, nicht verfassungsfeindlich zu sein.[356]

Auch in Württemberg wurde die SS als Kadertruppe etabliert, die SA wurde zu einer paramilitärischen Organisation ausgebaut. Als 1932 zwei NSDAP-Mitglieder bei Auseinandersetzungen starben, nützte die NS-Propaganda dies sofort, um die demokratischen Parteien und die KPD dafür verantwortlich zu machen. Nicht nur in Stuttgart gehörten Straßenschlachten zur Tagesordnung, die Geheimpolizei konzentrierte sich aber in ihrem Einsatz für Ruhe und Ordnung fast nur auf die KPD.[357] Auf dem Land war es der NSDAP inzwischen in Württemberg immer besser gelungen, sich in den protestantischen Agrarregionen zu etablieren. Sie präsentierte sich damit nicht nur als vorübergehende Protestpartei, sondern bot den Landwirten eine dauerhafte Bindung. Das Programm war 1932 auch deutlich bauernfreundlicher: Die NSDAP kämpfte etwa in Württemberg gegen die Schlachtsteuer und beantragte im Landtag eine niedrigere Besoldung für höhere Beamte. Zum ersten Mal präsentierte die NSDAP auch fünf abtrünnige ehemalige Bauernbund-Funktionäre. Die Bauernpartei war erstmals an der Basis gespalten, vor allem die nächste Generation im Jungbauernbund folgte

---

[356] zitiert nach Thamer, S. 193

[357] Müller: Stuttgart im Nationalsozialismus, S. 24ff. und Thamer: Verführung und Gewalt, S. 350ff.

den alten Führern nicht mehr. Theodor Körner (alt) schrieb an einem Brief an die Mitglieder: „Wer nicht mehr Mitglied des Bauernbundes sein will [...], kann zu nichts gezwungen werden. [...] Aber mit Haß, Leidenschaft und Fanatismus haben wir nie Politik getrieben und werden auch keine Politik treiben, sonder mit Zähigkeit, Fleiß und Gottvertrauen.“[358]

Der CSVD hatte sich nach der Wahl 1930 mit der Konservativen Volkspartei und der Deutsch-Hannoverschen Partei zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen, da ihm ein Mandat zur Fraktionsstärke im Reichstag fehlte. Nachdem der CSVD bei der Wahl des Reichstagspräsidenten überraschend dem SPD-Kandidaten Paul Löbe seine Stimmen gegeben hatte, verdächtigten die rechten Parteien die neue Gruppierung der Gesinnungsgemeinschaft mit dem „Marxisten und Dissidenten Löbe“. Der CSVD unterstützte eindeutig die Regierung Brüning, auch weil er vom Reichspräsidenten ernannt worden war. Dies kam der Forderung des CSVD entgegen seine Rolle zu stärken und sprach der Tendenz der Partei, die Lösung in starken Führern zu suchen. Daher unterstützte der CSVD auch die Praxis der Notverordnungen, obwohl zwei Mitglieder deswegen die Fraktion verließen.[359]

Das Jahr 1932 stellte hohe Anforderungen an die Parteien: Fünf Wahlgänge mussten die Parteien organisieren, vor allem die NSDAP bot alle Ressourcen auf, um ihre Anhänger zu mobilisieren. Eine Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 schrieb eine Anmeldepflicht für öffentliche politische Versammlungen vor. Daher wurde beim Statistischen Landesamt zwischen April 1931 und der Landtagswahl

---

[358] Zitiert nach Weber, S. 422, vgl. auch Pyta: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 382f.
[359] Opitz, S. 187ff.

am 24. April 1932 Buch geführt über die Zahl der Versammlungen. Die NSDAP machte mit fast 7000 Versammlungen im Land fast so viele wie alle anderen Parteien zusammen, an zweiter Stelle folgte die KPD mit knapp 4000 Versammlungen. Im Oberamt Herrenberg sind die Zahlen noch eindeutiger: Von 227 Versammlungen insgesamt organisierte die NSDAP 114, der Bauernbund 39, die KPD 32 und die Deutschnationalen 14. Die SPD hingegen war mit sieben Versammlungen kaum noch präsent, die DVP hielt immerhin 14 ab, während die DDP nur eine Veranstaltung zustande brachte. Die restlichen Veranstaltungen wurden von anderen Parteien abgehalten.[360]

Auch in *Württemberg* stieg die Zahl der Arbeitlosen deutlich an, zur Jahreswende waren 134 000 Menschen arbeitslos. Allerdings war die mittelständische Industrie und die relativ krisensichere Verbrauchsgüterindustrie (Textil, Bekleidung, Nahrung, Genussmittel) noch recht stabil, während es beim Maschinenbau deutliche Rückgänge gab. Hier war die Zahl der Beschäftigten im Jahr 1933 im Vergleich zu 1928 um die Hälfte gesunken.[361] Die Landeregierung unter Eugen Bolz arbeitete mit Notverordnungen. Der Kontakt zur Reichsregierung erfolgte direkt über den Staatspräsidenten, der Reichsrat war als Vermittlungsorgan praktisch ausgeschaltet. Zwei Themen sorgten in den Städten und Gemeinden für Unruhe. Einerseits zwang die Landesregierung die Kommunen mit Erlassen zum Ausgleich ihrer Haushalte, auch wenn sie nur ein geringes Defizit aufwiesen. Das höhlte die kommunale Selbstverwaltung aus. Zweitens

---

[360] Mitteilungen des Württembergischen Statistischen Landesamtes, Jahrgang 1932, S. 241ff., vgl. Schnermann, Dieter: Herrenberg und die Wahlen des Jahres 1932, Arbeitshefte zur Ortskunde und Ortsgeschichte 4, Herrenberg 1987, S. 38ff.

[361] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 120

war schon 1928 der Reichssparkommissar Saemisch ins Land gerufen worden, um die Verwaltung auf Einsparungen und Vereinfachen zu durchleuchten. Er legte 1930 sein Gutachten vor und empfahl, die Zahl der Oberämter von 61 auf 23 zu reduzieren. Die neuen Oberamtsstädte sollten zum Mittelpunkt der Verwaltungseinheiten werden, die in etwa die gleiche Einwohnerzahl und eine unterschiedliche Struktur an Kommunen haben sollte. Doch die Landesregierung sah im Landtag keine Mehrheit für eine solche Reform, die erneut einen Proteststurm mit sich brachte. Selbst die DDP, die schon 1923 für die Reduzierung war, sprach sich gegen das Papier von Saemisch aus.[362]

In *Herrenberg* verschlimmerte sich die wirtschaftliche Lage zusehends. Bürgermeister Reinhold Schick berichtete im Januar 1932, es gebe 80 Erwerbslose in der Stadt. Das waren zwar weniger als im Vorjahr (104), allerdings wuchs die Gruppe der „Wohlfahrtserwerblosen“ auf 19 an. Die Stadt beschäftigte insgesamt 72 Leute als Holzhauer, 130 Personen galten in der Stadt als „hilfsbedürftig.“ Im Februar kam es zu Entlassungen bei den Daimler-Motorenwerken in Sindelfingen, „von der auch hiesige Arbeiter betroffen sind“, wie Bürgermeister Schick im Gemeinderat bemerkte. Im Februar berichtete der Bürgermeister über 109 Arbeitslose. Die Stadt setzte sie bei der „Chaussierung des Langenklingenwegs“ ein, eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Lediglich KPD Rat Julius Gößler stimmte „wegen grundsätzlicher Bedenken“ gegen diese Maßnahme. Die Finanznot zwang die Stadt zu immer neuen Sparmaßnahmen. Im Januar wurde beschlossen, Lehrmittel an Schulen nur noch auf Antrag kostenfrei abzugeben, wodurch 500 Reichsmark gespart wurden. Wilhelm Niethammer begründete im Stadtrat den Beschluss: „Es muss gespart werden wo

[362] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 127f.

immer möglich.“ Fritz Böckle (SPD) und Julius Gößler (KPD) traten hingegen für die Beibehaltung der Lehrmittelfreiheit ein.[363]

Wie standen die Herrenberger Parteien im Wahljahr 1932 da? Der Bauernbund war im Oberamt Herrenberg organisatorisch immer noch am besten gerüstet. Die Geschäftsstelle war im Juli 1928 in das Haus des Gäubote an der Horberstraße verlegt worden, die Sprechstunden fanden regelmäßig samstags mit Bauernanwalt Glaser statt. Die Verflechtung von Bauernpartei und Gäubote als dessen Organ war damit auch räumlich sichtbar. Theodor Körner, der 1932 in seinem „Grünen Buch der Bauernpolitik“ praktisch sein politisches Vermächtnis niedergeschrieben hatte, setzte nach wie vor auf die bewährte Mischung von Nationalismus, Kritik am Parlamentarismus und Interessenpolitik. So agitierte er im Februar 1932 auf einer Versammlung in Herrenberg gegen die Reparationsleistungen, wie im Gäubote berichtet wurde: „Die Gründe [für die Tribute] seien einesteils der schon lang her bestehende Neid gegen deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit, andernteils das in der Weimarer Verfassung verankerte undeutsche Parteiwesen, das verhindere, daß wir uns, wie die Türkei, Ungarn und selbst Österreich, gegen die übertriebenen Forderungen ernstlich zur Wehr setzen.“[364]

Im Landtag beklagte Körner im Mai 1931 die Notlage der Landwirtschaft: „Man sieht, wie überall das Geschäftsleben stockt und wie die Verhältnisse immer schwieriger und kritischer werden. [...] Die Lage unserer Landwirtschaft ist eine überaus schlimme und schwere. Das Einkommen geht zurück, und die Steuern sollen bezahlt werden.“

---

[363] Schick zur Lage GB 15.1.1932, Entlassungen Daimler GRP 9.2.1932, Bd. 41, S. 532, Arbeitsbeschaffung GRP 23.2.1932, Bd. 41, S. 559, Gegenstimme Gößler GRP 27.5.1932, Bd. 41, S. 573, Lehrmittelfreiheit GRP 26.1.1932, Bd. 41, S. 492

[364] Bericht über Bauernbund-Versammlung GB 24.2.1932

Doch der ständige Verweis auf die lange Tradition des Bauernbundes und immer wiederkehrende Appelle, dem Bund auch in schweren Zeiten die Treue zu halten, zeugten von den Schwierigkeiten, sich gegen die anstürmende NSDAP zu behaupten.[365] So blieben nur symbolische Einzelhandlungen, sozusagen in Rückbesinnung auf die Kernkompetenzen des Bauernbundes. Und darin war Theodor Körner immer noch gewieft. Geschickt präsentierte er sich nach einer Unwetterkatastrophe im westlichen Teil des Bezirks als Helfer in der Not. In Oberjettingen wurde ein Teil der Ernte vernichtet, über Nufringen, Deckenpfronn und Unterjettingen ging Hagelschlag nieder, die Gemeinde Sulz wurde überschwemmt. Im Landtag stellte Körner schnell den Antrag, Sulz so rasch wie möglich Hilfe zur Verfügung zu stellen, die Gebäudebesitzer beim Wiederherstellen ihrer Häuser und die Gemeinde beim Reparieren der Straßen zu unterstützen.[366]

Aber auch die NSDAP beteiligte sich am Wiederaufbau: Im Juni 1932 schickte die Ortsgruppe Herrenberg 50 Helfer nach Sulz, die beim Aufräumen und Instandsetzung der Wege halfen und in der Turnhalle eine Kantine einrichteten. Dennoch: Die strukturellen Probleme der Partei in Württemberg hielten an. Bei der Wahl zur Landwirtschaftskammer im Januar 1932 war es nicht gelungen, eine eigene Liste aufzustellen, obwohl die Gauleitung das gefordert hatte. Es gelang nur in Einzelfällen, gegen die Kandidaten des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes aussichtsreiche Bewerber aufzustellen. Nur im Bezirk III (Schwarzwald und Schwäbische Alb), zu dem auch Herrenberg gehörte, schaffte es der Nationalsozialist Kohler aus Talheim als einziges NSDAP-Mitglied im Land, auf dem letztmöglichen Platz in die Kammer einzuziehen. Stimmenkönig in dem

---

[365] Berichte GB 9.5.1931, Werbung „Grünes Buch der Bauernpolitik“ GB 31.1.1932

[366] GB 18.5.1932

Bezirk war im übrigen erneut Rudolf Adlung aus Sindlingen. Es deutete sich aber schon an, dass der Bezirk später eine Hochburg der NSDAP werden sollte.[367]

Die Parteiorganisation im Oberamt Herrenberg wurde weiter ausgebaut: Der 33-jährige Karl Ludwig Lechler wurde am 1. Oktober 1932 von Gauleiter Wilhelm Murr zum Kreisleiter des NSDAP-Kreises Herrenberg berufen. Dieses Amt war mit der Parteireform von Gregor Strasser im Sommer 1932 neu geschaffen worden, in Württemberg wurden die NSDAP-Kreise auf die Oberämter zugeschnitten. Lechler war damit direkt dem Gauleiter unterstellt und hatte Weisungsgewalt gegenüber den Ortsgruppenführern. Schon vor der Machtübernahme war er der „wichtigste Repräsentant der NSDAP im Kreis, gleichsam ein kleiner König“, wie Dieter Schnermann schreibt. Er war dem Gauleiter gegenüber für die politische und weltanschauliche Erziehung von Parteigenossen und politischen Leitern verantwortlich.[368]

Die Organisation wurde weiter gestrafft: Eugen Rauch wurde zum Kreispropagandaleiter ernannt, eine Ortsgruppe der NS-Frauenschaft wurde ins Leben gerufen. Am 14. Juli warb die Partei in einer Gäubote-Anzeige für ein Treffen dieser neuen Gruppe: „Wir bitten alle Frauen und Mädchen des Bezirks, die sich für unsere Sache interessieren, um ihr Erscheinen, damit wir über das Wollen und die Stellung der Frauenschaft Aufschluß geben können. Jede Nationalsozialistin bringt eine Bekannte mit.“ Während des Wahlkampfes zu den Reichspräsidentenwahlen wurde auch zum ersten Mal im Ammertal die NSDAP-Ortsgruppe Entringen aktiv.[369]

---

[367] NSDAP-Hilfe Sulz GB 21.6.1932, Schnabel: NSDAP in Württemberg, S. 65, Wahlergebnisse GB 6.2.1932

[368] Schnermann: Karl Ludwig Lechler, S. 379

[369] Bericht über NS-Frauenschaft Anzeige GB 14.7.1932, Anzeige NSDAP Entringen GB 6.3.1932

Allerdings zerrte der ständige Wahlkampf an den Nerven der Funktionäre, so berichtete Wilhelm Gauger: „Auf jeden 5. Tag fiel eine Versammlung, und was das zu bedeuten hatte an Arbeit, Ärger und Überdruß wussten nur wir. [...] Richtige Aufbauarbeit war jedoch leider nicht mehr möglich, weil eine Wahl die andere jagte.“ Und Eugen Rauch schrieb: „Die folgenden Jahre aber waren ausgefüllt von Arbeit Tag und Nacht, Sonntag und Werktag. [...] Die Arbeit, die der Erledigung harrte, war ins Unermessliche gestiegen.“ Lechler habe sich mit vollem Einsatz engagiert und einen Plan aufgestellt, wie jede Ortschaft intensiv „beackert“ werden könne.[370]

Die Partei verfügte nun über eine schlagkräftige Organisation, wurde in der Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen. Beispielsweise beim deutschen Liedertag Anfang Juli 1932, im Gäubote wurde berichtet: „Die Nationalsozialisten beteiligten sich mit Marschgesängen an diesem Klingen und Singen in unserer Stadt. Der angekündigte SA-Aufmarsch vollzog sich in vorbildlicher Ordnung und natürlich ohne jede Störung von außen. Es war eine stattliche Zahl Braunhemden, die nach den Klängen der Sturmbannkapelle durch die Straßen zogen.“ Im September wurde die NS-Militärkapelle zu einem Konzert mit Großem Zapfenstreich nach Herrenberg geholt, was für die Ortsgruppe ein „großes finanzielles Wagnis“ war. Der Gäubote warb daher für den Besuch: „Deshalb muss ein guter Besuch des Konzerts die hohen Ausgaben decken und damit auch für die Zukunft den Genuß guter Militärmusik in unserer Stadt sicherstellen.“ Auch hier wieder offene Sympathie für die neue Bewegung. Die Drogerie von Eduard Greiß diente der Ortsgruppe als Vorverkaufsstelle für solche Veranstaltungen.[371]

---

[370] Berichte Gauger und Rauch, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934
[371] Deutscher Liedertag GB 5.7.1932, Militärkonzert GB 6.9.1932, Vorverkauf

Mit dem in Tübingen hergestellten „Schwäbischen Tagblatt“ verfügte die NSDAP nun auch über eine Tageszeitung, die in Herrenberg erschien. Im September 1932 war die Zeitung ins Leben gerufen worden, sie trug den Untertitel „Nationalsozialistische Tageszeitung für die Bezirke Tübingen, Reutlingen, Herrenberg, Horb.“ Das Parteiblatt wurde im Verlag des Stuttgarter NS-Kuriers gedruckt und hatte Geschäftsstellen in Tübingen, Reutlingen und Herrenberg. Allerdings wurde wenig über lokale Belange berichtete, sondern vor allem die Propaganda der NSDAP verbreitet. Die Zeitung wurde im Frühjahr 1933 zugunsten der von der NS-Presse GmbH aufgekauften „Tübinger Zeitung“ eingestellt.[372]

Dieses „Schwäbische Tagblatt“ bot im Oktober der Stadt Herrenberg an, die amtlichen Bekanntmachungen kostenlos abzudrucken, während der Gäubote Zeilengeld erhielt. Der Gäubote wehrte sich und sprach von „unlauterem Wettbewerb“ und einer „Kampfansage gegen den Gäubote“. Eine Entscheidung darüber wurde jedoch immer wieder verschoben, bis sie sich mit der Gleichschaltung im März 1933 erledigt hatte. In Tübingen hatte der Gemeinderat dem Ansinnen des „Schwäbischen Tagblattes“ zugestimmt. Über Stadtrat Eugen Rauch arbeitete die NSDAP in der Kommunalpolitik mit, wobei von ihm keine Anträge ausgingen, er war ein eher unauffälliges Mitglied des Gemeinderats, wie die Gemeinderatsprotokolle ausweisen.[373]

GB 5.10.1932

[372] Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 92f.

[373] Zum Angebot des „Schwäbischen Tagblatts“ an die Stadt Herrenberg GRP 11.10.1932, Bd. 41, S. 810 und Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 93

12.2. Reichspräsidentschaftswahlen 1932

Eigentlich war Paul von Hindenburg schon zu alt und gesundheitlich angeschlagen, um bei der Präsidentschaftswahl 1932 erneut zu kandidieren. Doch Brüning war auf den greisen Generalfeldmarschall so fixiert, dass er sogar im Reichstag eine Wiederwahl auf Lebenszeit durchsetzen wollte. Dafür war er in Geheimverhandlungen mit der NSDAP sogar bereit, Hitler an der Regierung zu beteiligen. Der lehnte dieses Angebot jedoch ab und strebte selbst nach einer Kandidatur. So wurde Hindenburg erneut als Kandidat aufgestellt, diesmal als Vertreter einer republikanischen Allianz. Auch die SPD hatte sich für den Amtsinhaber ausgesprochen, um einen Reichspräsidenten Adolf Hitler zu verhindern. Dieser nutzte die Kandidatur zum höchsten Amt, um erneut die Massen für seine Ideen zu mobilisieren. Ernst Thälmann trat für die Kommunisten an. So wurde Hindenburg von Kräften unterstützt, deren Hilfe er gar nicht wollte. Und die Unterstützer traten mit gebremster Begeisterung an. Die Staatspartei etwa sah sich nolens volens gezwungen, für den Amtsinhaber zu werben, um die Radikalen von rechts und links klein zu halten.[374]

Einmal mehr wurde also auf den Hindenburg-Mythos gesetzt. Anders als 1925 reichte das Ansehen des Reichspräsidenten auch weit ins demokratische und sozialdemokratische Lager hinein. Das hing weniger mit seinen Heldentaten aus Kriegszeiten zusammen, als vielmehr mit seiner Amtsführung. Im Bestreben, das Amt überparteilich auszufüllen, stieß Hindenburg seine Gesinnungsgenossen immer wieder vor den Kopf. Zumindest die ersten fünf Jahre hielt Hindenburg sich in perfekter preußischer Disziplin buchstabengetreu an die

---

[374] Zum ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1932 Schulze S. 296 und Möller: Die Weimarer Republik, S. 82, sowie Kluge: Die Weimarer Republik, S. 396, zur schwierigen Rolle der SPD bei der Festlegung für Hindenburg siehe Winkler, S. 449 und Mommsen, S. 493

Spielregeln der Verfassung, ohne deren Wesen allerdings grundlegend zu verstehen. Trotzdem erwarb Hindenburg sich so auch bei seinen Kritikern das hohe Ansehen eines Staatsmanns. Und für die nationale Opposition blieb der Generalfeldmarschall aufgrund seiner glorifizierten Vergangenheit nach wie vor eine Symbolfigur, gegen die kaum anzukommen war.[375]

Allerdings hatten Hindenburgs eigentliche Anhänger aus dem konservativen Lager mit Theodor Duesterberg einen eigenen Bewerber ins Rennen geschickt. Duesterbergs trat als Kandidat von Deutschnationalen und Stahlhelm an, seine Bewerbung war allerdings selbst innerhalb des Stahlhelms nicht unumstritten. Die „Harzburger Front“ zerfiel über die Präsidentenwahlen, nachdem Hitler eine gemeinsame Kandidatur abgelehnt hatte und auch sonst die Deutschnationale Volkspartei zu gelegentlichen Hilfsgruppen degradiert hatte.[376]

In *Württemberg* fand innerhalb des konservativen Lagers eine heftige Auseinandersetzung darüber statt, welchen Kandidaten man unterstützen solle: Hindenburg, Hitler oder Duesterberg? Die Bürgerpartei ließ die Entscheidung ganz offen, die „Süddeutsche Zeitung“ enthielt sich jeden Kommentars zu einem der drei konservativen Kandidaten. Der Vizevorsitzende Schott brachte das Dilemma auf den Punkt: „Wir verehren Hindenburg, wählen ihn aber nicht, weil wir aus sachlichen Gründen dieses System nicht mehr

---

[375] Pyta: Hindenburg, S. 234

[376] Zum Zerfall der Harzburger Front wegen der Reichspräsidentenwahlen 1932 siehe Berghahn, S. 181 und Schulze, S. 365f., das Verhalten der einzelnen Parteien siehe Matthias und Morsey: Staatspartei, S. 54, Hiller von Gaertringen, S. 559 und Booms, S. 553, zu Hitlers Strategie siehe Mommsen, S. 494

dulden. Die Sozialdemokratie verehrt Hindenburg nicht, wählt ihn aber, weil durch seine Wahl ihre Niederlage vernebelt wird.“[377]

Beim Bauernbund war man sich zwar einig, den Vormarsch der „städtischen Beamten- und Professorenpartei“ NSDAP aufhalten zu wollen. Doch bei der Unterstützung für die beiden konservativen Kandidaten war die Partei gespalten. Während der Jungbauernbund im ersten Wahlgang für Duesterberg war und die beiden altgedienten Reichstagsabgeordneten Haag und Stauffenberg für Hitler, unterschrieb Theodor Körner als Landesvorsitzender einen Aufruf für den Reichspräsidenten. Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden: Die Wahl von Hindenburg oder Duesterberg wurde freigegeben. Den Anhängern des Bauernbundes fehlte die Orientierung: Viele evangelische Landwirte waren irritiert, plötzlich mit Sozialdemokraten, Liberalen und Zentrum Seite an Seite für Hindenburg zu kämpfen, waren diese Parteien doch jahrelang als die Ursache der Bauernmisere bezeichnet worden. Warum sollte man nicht gleich Hitler wählen, wenn man das System verändern wollte?[378]

Theodor Körner war zu diesem Zeitpunkt von schwerer Krankheit gezeichnet und offensichtlich nicht mehr Herr der Lage. Darauf deutet ein Zitat des altgedienten Calwer Reichstags- und Landtagsabgeordneten Wilhelm Dingler hin: „[Es wird] schwer fallen, das Porzellan, das St. Und H. [Stauffenberg und Haag, die beiden übrigen Reichstagsabgeordneten des Bauernbundes, Anm. d. Verf.] zerschlagen haben, wieder zusammenzuleimen. Der alte Körner dauert mich, wenn ich nur gesund gewesen wäre, so hätte ich diesen Herrn mit schwäbischer Offenheit und Derbheit meine Ansicht gezeigt.“[379]

---

[377] Zitiert nach Müller: Bürgerpartei, S. 422
[378] Weber, S. 422f. und Raberg, S. 299
[379] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 105ff., Dingler zitiert nach Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 106

Bei der SPD verteidigte Wilhelm Keil die Unterstützung seiner Partei für Hindenburg in der „Schwäbischen Tagwacht.“ Der Sieg Hindenburgs wird auch unser Sieg sein, weil er die Sicherung der Staatsform, die wir Sozialdemokraten geschaffen haben bedeutet, weil er gleichbedeutend ist mit der Niederlage der [...] Faschisten.“ Keil drängte gleichzeitig auf eine mehr „national“ akzentuierte SPD, womit er allerdings in der Landespartei relativ alleine stand. Schon bei der Diskussion um den Panzerkreuzer hatte sich Keil ins Abseits gestellt, Keil war einer der wenigen in der Landespartei gewesen, die die Zustimmung verteidigt hatten. Einmal mehr stellte sich Kurt Schumacher dieser staatstragenden Haltung Keils entgegen.[380]

In *Herrenberg* versuchte Körner wenigstens im Gäubote, Werbung für Hindenburg zu machen. Etwa indem er schon am 2. Februar 1932 den Aufruf des Hindenburg-Ausschusses abdruckte: „Das deutsche Volk will Hindenburg! [...] Gegenüber der geschichtlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen zurück. [...] Hindenburg! Um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges.“ Auch die Erklärung des früheren DNVP-Vorsitzenden Graf Westarp für Hindenburg bekam am 24. Februar breiten Raum in Körners Zeitung. Einen Tag vor der Wahl erschien in breiten Lettern der Aufruf: „Schluß jetzt mit Zwietracht, Parteigeist und Volksverhetzung! Wählt Hindenburg!“ Auch die DDP warb für den Generalfeldmarschall in einer Anzeige mit der Feststellung, dass „nur einer die menschliche Größe und das innere Recht hat, sich darum zu bewerben, weiterhin ‘Vater des Vaterlandes’ bleiben zu dürfen, wie er es bisher war - Hindenburg.“ Der CSVD warb mit einer Veranstaltung in der „Post“ am Tag vor der

[380] Zitiert nach Mittag: Wilhelm Keil, S. 302

Wahl ebenfalls für den Amtsinhaber.[381] Die Partei hatte sich von Anfang an für Hindenburg ausgesprochen und nutzte den Wahlkampf, um eine Unvereinbarkeit des Nationalsozialismus mit dem Christentum herauszuarbeiten. Ein Versuch der NSDAP, den CSVD zur Unterstützung Hitlers zu gewinnen, hatte daher keine Aussicht auf Erfolg.[382]

Allerdings gab es im Gäu viele Anhänger von Theodor Duesterberg. Der Stahlhelm trommelte für seinen Führer, und auch weite Teile der Bürgerpartei in Herrenberg standen wohl auf seiner Seite: In einer gemeinsamen Wahlversammlung von „Stahlhelm und deutschnationaler Volkspartei“ am 5. März, bei der auch Oberamtsbaumeister Christian Hagenlocher ein Grußwort sprach und so seine Unterstützung dokumentierte, wurde geschickt argumentiert: „Die Ehrerbietung gegen Hindenburg muss zurückstehen hinter die nationalen Notwendigkeiten. Hindenburgs Schreiben an unseren Bundesführer beweist, daß er keinerlei Bitterkeit empfindet.“ Zu Duesterberg hieß es: „Sein ungestümer Freiheitswille überzeugt die Gegner, reißt die Gleichgültigen auf.“ Eine schwarz-weiß-rote Kampffront und die Gefolgschaft gegenüber dem Stahlhelmführer wurden in einer Anzeige am 11. März eingefordert. Der Stahlhelm veranstaltete ab dem 3. März wie eine Partei im Wahlkampf alle zwei bis drei Tage eine Wahlversammlung in einem anderen Ort des Bezirks sowie in der Stadt, um für Duesterberg zu werben, dabei wurde auf seine Erlebnisse an der Weltkriegsfront abgehoben.[383]

---

[381] Aufrufe für Hindenburg GB 2.2.1932 und 24.2.1932, Anzeige der DDP im GB 11.3.1932, Anzeige für Hindenburg GB 12.3.1932

[382] Opitz, S. 233f.

[383] Bericht Stahlhelm und DNVP im GB 8.3.1932, Versammlungen Stahlhelm GB 3.3. und 5.3.1932

Am aggressivsten warb die NSDAP für ihren Kandidaten Hitler, die Partei eröffnete als erste den Wahlkampf am 28. Februar im Hasensaal mit dem Landtagsabgeordneten Christian Mergenthaler. Er übte scharfe Kritik an der Politik Brünings, der die Zinsen auf fünf Prozent gedrückt habe, und stellte eine Reihe von konkreten Forderungen auf: Einführung der Arbeitspflicht für 18- bis 20-Jährige, mindestens zwei Millionen Arbeitslose sollten in staatlichen Programme wie der Weiterführung des Neckarkanals oder dem Bau eines zweiten Stranges der Landeswasserversorgung untergebracht werden. Die NSDAP hätte Hindenburg unterstürzt, wenn dieser sich von Brüning losgesagt hätte, beteuerte Mergenthaler. Die Niederlage wohl schon erahnend rief er zum Schluss: „Und fällt die Entscheidung nicht am 13. März, dann beißt die Zähne zusammen! Es wird weiter gekämpft.“ In Pfäffingen sprach Gauleiter Wilhelm Murr von der Wahl als „Schicksalswende“, in einer Anzeige am Tag vor der Wahl schrieb die Partei: „Hitler kommt von unten. Er kennt die Not des Lebens.“[384]

Der erste Wahlgang am 13. März 1932 brachte noch keine Entscheidung, obwohl Hindenburg mit 49,6 Prozent die absolute Mehrheit nur um 350 000 Stimmen verfehlte. Hitler hatte aber immerhin 30,1 Prozent der Stimmen erhalten, also rund zwölf Prozent mehr als bei den „Erbitterungswahlen“ 1930. In Württemberg näherte sich das Ergebnis von Hitler mit 25 Prozent dem Reichswert an, das waren drei Mal so viel Stimmen wie die NSDAP 1930 erreicht hatte. Allerdings hätte Hindenburg im Land schon mit 58,5 Prozent den ersten Wahlgang für sich entschieden, Duesterberg und Thälmann lagen etwa zwei Prozent unter den Reichsergebnissen. Schwach blieb die NSDAP in katholischen Agrargebieten, während sie in den Oberämtern mit

---

[384] Bericht NSDAP-Versammlung GB 1.3.1932, Anzeige Pfäffingen GB 6.3.1932, Anzeige GB 12.3.1932

vielen evangelischen Bauern genau in die Hochburgen einbrach, die bis 1930 dem Bauernbund gehört hatten. Die radikalen Flügelparteien blieben in Württemberg schwächer als im Reich, die Landpropaganda der KPD zeigte aber in einigen ländlichen Oberämtern deutliche Erfolge.[385]

In mehrfacher Hinsicht exemplarisch war das Oberamt Herrenberg. So entsprach das Ergebnis in der Stadt Herrenberg fast deckungsgleich dem Reichsergebnis, Hindenburg holte mit 49,6 % sogar exakt das selbe Resultat. Hitler erreichte mit 28,5 Prozent etwas weniger als im ganzen Reich, hatte jedoch den nationalsozialistischen Stimmenanteil verdoppelt. Deutliche Gewinne konnte die NSDAP im bäuerlichen, evangelischen Umland erzielen: Während Hitler in den katholischen Dörfern wie Poltringen oder Oberndorf deutlich unter 30 Prozent blieb, hatte er exakt in den Gemeinden seine besten Ergebnisse, die früher Hochburgen des Bauernbundes gewesen waren und die schon 1930 zur NSDAP tendiert hatten: Oberjettingen (68 %), Bondorf (58,8 %), Kayh (83 %) und Nebringen (67 %). Man kann ohne Übertreibung sagen, dass diese Dörfer mit fliegenden Fahnen übergelaufen sind. Der Durchmarsch wurde nur dort verhindert, wo Duesterberg gute Ergebnisse erzielen konnte - auch das in ehemaligen Bauernbunds-Hochburgen: Affstätt (46 % für Duesterberg), Oberjesingen (41 %), Kuppingen (36,5 %) und Öschelbronn (34 %). Bei Hitler wie Duesterberg hingen die Ergebnisse auch unmittelbar mit dem Organisationsgrad zusammen: Wo es Ortsgruppen der NSDAP bzw. des Stahlhelms gab, waren sie wesentlich besser. Hitler lag im Oberamt Herrenberg mit 44 Prozent vor Hindenburg, der nur in der Stadt die absolute Mehrheit holte und nur 30 Prozent im Oberamt. Sein

---

[385] Ergebnisse der Reichspräsidentenwahlen GB 27.4.1925, zum Reichsergebnis siehe Mommsen, S. 496 und für das württembergische Wahlergebnis siehe Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 106

schlechtestes Resultat erreichte der Amtsinhaber in der Hitler-Hochburg Nebringen mit zwölf Prozent, aber Affstätt (15 %) und Oberjesingen (18 %) lagen ebenfalls in diesem Bereich. Nur in den katholischen Dörfern Poltringen und Oberndorf erreichte Hindenburg bis zu 80 Prozent der Stimmen.[386]

Die Entscheidung musste im zweiten Wahlgang fallen, der am 10. April stattfand. In diesem stellten sich nur noch Hindenburg, Hitler und Thälmann zur Wahl. Auch hier wurde die Spaltung des Bauernbundes erneut deutlich, weil sich nun auch der Jungbauernbund für Hitler aussprach, während die Bundesleitung nach wie vor zu Hindenburg stand.[387] Die Bürgerpartei beklagte in der „Süddeutschen Zeitung“ die „Uneinigkeit der nationalen Opposition“ und die „Selbstüberschätzung der Nationalsozialisten“ gegenüber den Partnern in der Harzburger Front.[388]

Theodor Körner verstärkte seine Werbung für Hindenburg und widmete in der „Schwäbischen Tageszeitung“ dem Generalfeldmarschall eine ganze Seite. Viele seiner alten Anhänger verstanden den alten Bauernbunds-Führer jedoch nicht mehr und waren enttäuscht. Auch Freiherr Hiller von Gärtringen warb unter der Überschrift „Furchtlos und treu“ massiv für Hindenburg in einer Gäubote-Anzeige am 11. April. Vier Tage vorher war ein „Frauenaufruf zur Reichspräsidentenwahl“ als Großanzeige geschaltet worden: „Hindenburg ist Vertreter des gesamten deutschen Volkes. Er steht über den Parteien. Er handelt, wie er es vor Gott und seinem Gewissen verantworten zu können glaubt.“ Zahlreiche Frauen hatten unterzeichnet, darunter die Gattinnen der Kommunalpolitiker

---

[386] Wahlergebnis GB 14.3.1932, siehe Anhang

[387] Weber, S. 423, zur Situation auf Reichsebene siehe Winkler, S. 452 und Mommsen, S. 494

[388] Müller: Bürgerpartei, S. 422

Niethammer, Haußer oder Zerweck, auch die Ehefrauen von Staatspräsident Bolz, SPD-Landeschef Blos oder Minister Hieber hatten unterschrieben. Die NSDAP-Ortsgruppe präsentierte sich am 11. April ebenfalls in einer Großanzeige: Hitler werde den Bürgerkrieg beenden, die „Inflationsmacher“ zur Rechenschaft ziehen. „Weil Adolf Hitler der Schöpfer, nicht der Kandidat der größten deutschen Freiheitsbewegung seit 100 Jahren ist, während der Name des Siegers von Tannenberg in unerhörter Weise [...] mißbraucht wird.“[389]

Der zweite Wahlgang brachte einen klaren Sieg Hindenburgs mit 53,0 %, während Hitler sein Potenzial auf 36,8 % ausbaute und Thälmann mit 13,2 Prozent sogar leichte Verluste hinnehmen musste. In Württemberg fielen die Gewinne Hindenburgs überdurchschnittlich hoch aus, er erreichte über 63 Prozent der Stimmen, während Hitler unter 30 Prozent blieb. Die spannende Frage war, wo die Stimmen Duesterbergs hinwanderten. Die Entwicklung war uneinheitlich, in manchen Oberämtern teilten sie sich unter Hindenburg und Hitler, in manchen gingen sie ganz zu Hitler über. Im Oberamt Herrenberg hingegen fielen die Stimmen fast vollständig auf Hindenburg, der mit 46,5 Prozent hauchdünn vorne lag, Hitler konnte sein überragendes Ergebnis aus dem ersten Wahlgang noch um zwei Prozent ausbauen und erreichte 46,4 %. In einigen Hochburgen wie Kayh musste Hitler aber leichte Verluste hinnehmen, in den übrigen Dörfern legte er zwischen zwei und vier Prozent zu. Absolute Hochburgen blieben Oberjettingen, Nebringen und Bondorf, also die Gemeinden im Oberen Gäu mit großen Ortsgruppen. NSDAP-Ortsgruppenleiter Fritz Baitinger

---

[389] Anzeigen Hindenburg GB 11.4. und 7.4.1932, Anzeige NSDAP im GB 11.4.1932, siehe Winkler, S. 453

schrieb 1934 über den Hitler-Anteil von 68 Prozent in Oberjettingen: „Die Ortsgruppe hatte die Probe bestanden.“[390]

In der Stadt Herrenberg steigerte Hitler seinen Anteil auf knapp über 30 Prozent, aber Hindenburg dominierte mit 58,4 Prozent deutlich. Im Umland gewann er in zwölf Gemeinden, allerdings oft nur mit einer oder zwei Stimmen Vorsprung, Hitler hingegen in 13. Wichtig war der Sieg in der alten Bauernbund-Hochburg Affstätt mit 67 Prozent. Die KPD stabilisierte ihre Werte, Thälmann holte 11,1 Prozent in der Stadt und rund sieben Prozent im Oberamt. Bleibt festzuhalten: Die Reichspräsidentschaftswahl festigte den gewaltigen Vormarsch der NSDAP und machte das Oberamt zu einer absoluten Hochburg der Partei. Der Bauernbund war in seiner Machtposition enorm gefährdet. Alle Hoffnungen richteten sich jetzt auf die Landtagswahl, wie ein Kommentar im Gäubote zeigt: „Der Stimmenzuwachs für den Nationalsozialismus für sich genommen ist zwar ein recht beträchtlicher, aber die kommenden Landtagswahlen, bei denen andere Voraussetzungen gelten, dürften wohl schon ein anderes Bild zeigen. [...] Alle Orakeleien über die Folgen der diesmaligen Stimmenzersplitterung der Bauernbündler werden aber rasch wieder verstummen, denn für die kommenden Landtagswahlen [...] gelten ganz klare Verhältnisse.“[391]

---

[390] Bericht Fritz Baitinger, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934
[391] Kommentar GB 16.3.1932

12.3. Landtagswahlen 1932

Zwei Wochen nach dem zweiten Präsidentschaftswahlgang fand in Württemberg die Landtagswahl statt. Die etablierten Parteien waren durch die Erfolge der Radikalen aufgeschreckt und mobilisierten jetzt ihrerseits. Doch im protestantischen Mittelstand war die Radikalisierung der alten Wählerschichten kaum nach aufzuhalten. SPD, Zentrum und die liberalen Parteien nahmen die NSDAP als Hauptgegner ins Visier. Die SPD hatte schon mit den Reichspräsidentenwahlen eine großangelegte Kampagne gegen die NSDAP begonnen. Dabei konzentrierte man sich darauf, die Schwächen der Bewegung hervorzuheben und die Glaubwürdigkeit der selbsternannten Ordnungsmacht der Partei in Frage zu stellen. So veröffentlichte die SPD eine Hotelrechnung Hitlers und warf ihm anschließend Maßlosigkeit vor. Widersprüche zwischen früherer und aktueller Propaganda wurden aufgedeckt, der NSDAP-Führer Hitler als „Instrument internationaler Kapitalistengruppen“ bezeichnet. Bekannte Reichstagsabgeordnete halfen im württembergischen Wahlkampf aus, Keil und Schumacher griffen gezielt die örtlichen Naziführer an und forderten nach dem Verbot einer „Tagwacht“-Ausgabe am 5. Januar 1932 bei Staatspräsident Bolz, entschiedener gegen die NSDAP vorzugehen. Dabei begeisterte Schumacher die Massen etwas mehr als Keil.[392]

Auch Staatspräsident Eugen Bolz und sein Zentrum führten einen aggressiven Wahlkampf gegen die NSDAP, setze sich vor allem kritisch mit ihrer Einstellung zum Christentum auseinander. Bei Bürgerpartei und Bauernbund war die Abgrenzung weit weniger klar. Die bis 1932 bewährte Abgrenzungsstrategie des Bauernbundes, die

---

[392] Mittag: Württembergische SPD, S. 90f. und Mittag: Wilhelm Keil, S. 313 sowie Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 124 und Rommel, S. 160

NSDAP als landwirtschaftsferne Partei und ihre Methoden als „gewissenlose Hetzer“ zu kritisieren, funktionierte nun nicht mehr. Der Bauernbund musste zugeben, dass die Landwirte nun verstärkt zur NSDAP überliefen, man sei „geschwächt, aber nicht vernichtet“.[393] Die Bauernpartei kämpfte gerade deswegen energisch um ihre Vormachtstellung, mit über 600 Veranstaltungen in Württemberg innerhalb von 14 Tagen erinnerte der Bund an seinen 40-jährigen Kampf für die Rechte der Landwirte. Theodor Körner gab die Parole aus: „Wählet zahlreich, wählet rechts, wählet nicht sozialistisch, sondern in alter treue Weise, vaterländisch, bodenständig, bauernbündlerisch!“[394]

Praktisch keine Rolle mehr spielten viele der Splitterparteien, die 1928 aufgetaucht waren. Fritz Wider hatte versucht, die Bürgerpartei mit der Volksrechtpartei zu vereinen. Das war zwar gescheitert, fiel aber angesichts der marginalen Rolle der Volksrechtpartei 1932 kaum noch ins Gewicht. Für die Landtagswahl schlossen sich die Wirtschaftspartei, die Nationale Volksgemeinschaft von Bazille und die DVP zu einer gemeinsamen Liste zusammen. Die Integration der Volksrechtpartei als relativ gesehen größten Splitterpartei scheiterte auch hier. Allerdings blieb der CSVD noch auf der politischen Bühne präsent, der sich von der radikalisierten DNVP/Bürgerpartei und Hugenberg abgrenzte. Dies sorgte für heftige Angriffe der Bürgerpartei und den Vorwurf, der CSVD bringe „Unfrieden ins protestantische Bürgertum“.[395]

Der CSVD versuchte nach Kräften einen energischen Wahlkampf zu führen, doch fehlte es an einem eigenen Presseorgan und an einer eingespielten Organisation. Die etwa 20 bis 30 Abgeordneten des CSVD waren ohnehin vollkommen überlastet mit Terminen. Finanziell

---

[393] Zitiert nach Weber, S. 423
[394] Zitiert nach Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 112
[395] Weber, S. 417

sorgten eine Volksdienstopferwoche im November, die regelmäßigen Mitgliedsbeiträge und Erlöse aus herausgegebenen Wochenblättern für die Grundlagen des Wahlkampfes. An der Spitze der Landesliste standen mit dem ehemaligen württembergischen CVJM-Vorsitzenden Karl Müller und dem Landwirt und Weingärtner Gottlob Bilger bekannte Persönlichkeiten. Inhaltlich war es für den CSVD schwierig im Wahlkampf, einerseits die Politik der Reichsregierung zu verteidigen, sich aber gleichzeitig dem Vorwurf von rechts zu Wehr zu setzen, Katholizismus und Sozialdemokratie gestärkt zu haben. Die Partei verlor zudem auch ständig Mitglieder an die NSDAP.[396]

Die Bürgerpartei richtete ihren Wahlkampf gegen Eugen Bolz und die Zentrumspolitik, der er ein „Doppelgesicht“ vorwarf: „Die Zentrumspartei ist immer dort zu finden, wo die starken Parteien stehen“. So drückte es der stellvertretende Parteichef Schott aus. Finanzminister Dehlinger hingegen präsentierte sich als Hüter der Staatsfinanzen und schob alle Probleme auf die Reichspolitik.[397]

Die NSDAP hatte Mühe, einen landespolitischen Wahlkampf zu führen. Der „Schwäbische Merkur“ vermutete gar, die Strategie der Nationalsozialisten sei „von auswärts eingeführt“. Die Forderung nach der „Entlassung aller Parteibuchbeamten“ stieß im Schwäbischen ins Leere: Eine von der NSDAP 1932 im Landtag beantragte Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass lediglich zwei höhere Beamte im ganzen Land Mitglied einer Partei waren. Das sich ausgerechnet die zentralistische NSDAP für den Erhalt der württembergischen Eigenheiten einsetze, war zudem wenig glaubhaft. Zwischen April 1931 und April 1932 hatten NSDAP und KPD etwa 60 Prozent aller

---

[396] Opitz, S. 267 und Sproll, S. 73
[397] Müller: Bürgerpartei, S. 422

Veranstaltungen abgehalten, in den zwei Wochen zwischen den beiden Wahlgängen sank ihr Anteil auf 40 Prozent.[398]

Der Nationalsozialismus hatte inzwischen auch Teile der evangelischen Kirche erfasst. Das zeigt ein Wahlaufruf des Nationalsozialistischen Evangelischen Pfarrerbundes in Württemberg. Darin wurde dem Zentrum „antichristlicher Marxismus“ vorgeworfen, Zentrum und Bolschewiken seien verbündet, Brüning und Bolz wollten eine „Alleinherrschaft des Zentrums“ erreichten, der nur durch eine starke NSDAP im Landtag begegnet werden könne. Auch der neue Kirchenpräsident Theophil Wurm zeigte unverhohlene Sympathie für die NSDAP und hoffte auf eine „christlich und national fundierte Freiheitsbewegung“. Allerdings führte seine scharfe Kritik an der politischen Betätigung von Pfarrern, wie etwa dem Bondorfer Wilhelm Krauß, zu Kritik von Christian Mergenthaler. Wurm beeilte sich zu versichern, dass er damit nicht die NSDAP bekämpfen wolle.[399]

Im Bezirk Herrenberg trat die NSDAP mit dem Nagolder Schreinermeister Philipp Bätzner an der Spitze an, es folgten Fritz Baitinger aus Oberjettingen, der Bondorfer Pfarrer Wilhelm Krauß, der Herrenberger SA-Führer Eugen Rilling und Stadtrat Eugen Rauch. Die Partei veranstaltete im Hasensaal zwei Wahlversammlungen, am Tag vor der Wahl wurde an die Bauern appelliert, die NSDAP als neue Interessenvertretung zu wählen: „Welche der seitherigen Parteien konnte uns Bauern vor der heutigen Not bewahren? Keine! Adolf Hitler sagt: Die Landwirtschaft retten, heißt Deutschland retten! [...] Außerdem vergeßt nicht, daß Adolf Hitler unsere Kirchen vor dem

---

[398] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 112ff.

[399] Zu Theophil Wurms Einstellung zum Nationalsozialismus siehe Lächele/Thierfelder: Parallele Leben, S. 168f., zur Haltung der evangelischen Landeskirche gegenüber der NSDAP siehe Ehmer, S. 84 und Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 124

antichristlichen Bolschewismus und damit vor ihrer Zerstörung schützte.“ Die Partei versuchte, zwei wichtige Gruppen im Bezirk - Landwirte und Protestanten - zu umwerben. Unterzeichnet hatten über 60 Persönlichkeiten aus dem gesamten Gäu, unter anderem Gemeinderäte aus Oberjettingen, Bondorf, Tailfingen, Nebringen, Nufringen, ein Gültsteiner Sägewerksbesitzer, der Entringer Bezirksobmann Louis Rebstock und der „Schwanen“-Wirt aus Reusten. Diese Liste bestätigt den regionalen Schwerpunkt der Partei im Oberen Gäu, dort stellte sie zahlreiche Gemeinderäte und war in der Bevölkerung verwurzelt - das erklärt auch die Wahlerfolge dort. Aber auch in den anderen Gemeinden des Bezirks gab es namhafte Anhänger - wie immer mit Ausnahme der katholischen Orte.[400]

Zum ersten Mal findet sich auch aus dem Oberamt Herrenberg ein Hinweis auf die Organisation des Zentrums: In Oberndorf gehörte Bürgermeister Eugen Reich nicht nur der Partei an, sondern versuchte als Ortsgruppenvorsitzender auch aktiv Politik zu machen. Bei einer Versammlung der Partei am 17. April nahm auch der Herrenberger Obersteuersekretär Josef Feil teil. Eugen Reich kandidierte auch für das Zentrum auf der Bezirksliste zur Landtagswahl auf dem aussichtslosen Platz vier. Leider schrieb der Gäubote über die Versammlung lediglich, dass „die Vorwürfe der NSDAP widerlegt“ worden seien und der Stuttgarter Stadtrat Ballus „in überzeugender Weise württembergische Belange“ behandelt habe.[401]

Auf der Landesliste des Bauernbundes stand Theodor Körner auf Platz zwei, der Herrenberger Bezirksvorsitzende Martin Haag wurde auf Platz 14 aufgestellt und hatte damit realistische Chancen auf einen Einzug in das Parlament, legte man frühere Ergebnisse zugrunde.

---

[400] Anzeigen NSDAP-Versammlungen GB 11.4. und 18.4.1932, NS-Wahlaufruf GB 23.4.1932

[401] Versammlungsbericht Zentrum GB 19.4.1932

Haag sagte am 7. April in Oberjettingen, ein großer Teil des Volkes und der Parteien habe „zu lange international gedacht statt zuerst an das eigene Vaterland“. Er nahm für den Bauernbund das Verdienst in Anspruch, dass in anderen Landeteilen immer wieder mit Anerkennung auf die „noch gesunden württembergischen Verhältnisse“ hingewiesen werde. Der Bauernbund glaubte tatsächlich, dass alle vor zwei Wochen zu Hitler und Duesterberg übergelaufenen Landwirte wieder in die Arme der Interessenpartei zurückkehren würden.[402]

Im konservativen Lager hatten sich DVP, die Volkskonservativen um Bazille und die Mittelstandspartei zu einer gemeinsamen Wahlliste zusammengeschlossen. Im Gäubote hieß es, die drei Parteien würden eine „nationale Mittelpartei“ bilden. In einer Anzeige am 22. April zur Landtagswahl wurde geschrieben: „Nicht Sozialisten, sie ruinierten durch Steuerverschwendung den Mittelstand. Nicht Demokraten, die Stützen von Reichsbanner und Sozialdemokratie. [...] Nicht Nazi, sie kurieren euch mit Radikalkuren zu Tod. Wählt die nationale Mittelpartei.“ Als Ziele gab die Partei in einer weiteren Anzeige einen Tag später an: Milderung der Parteigegensätze, Abwehr einseitiger Parteiherrschaft, christliche Weltanschauung, Sparsamkeit. Auch der einstige Bürgerpartei-Anhänger Freiherr Hiller von Gärtringen hatte sich der Volkskonservativen Vereinigung Bazilles angeschlossen. Allerdings war die Bedeutung der drei Parteien ohnehin schon marginal, sie waren zu Splitterparteien herabgesunken. Sogar die Volksrechtpartei fristete in Herrenberg noch ein Schattendasein, am 3. April hielt sie im Hasen eine Versammlung mit der bangen Frage „Kommt doch noch eine Inflation?“ ab.[403]

---

[402] Bericht Versammlung GB 11.4.1932

[403] Bericht Einheitsliste GB 21.4.1932, Anzeige DVP-Volkskonservative-Mittelstandspartei GB 22.4.1932, Volksrechtpartei GB 3.4.1932

Die Bürgerpartei, die im Gäubote immer häufiger unter der Bezeichnung DNVP auftauchte, war einmal mehr durch innerparteiliche Richtungskämpfe erschüttert. Finanzminister Alfred Dehlinger wollte nichts wissen von einer nationalen Regierung unter Ausschaltung des Zentrums. Auf Dehlinger bezog sich die Partei in einer Anzeige am 21. April: „Keine Ausgabe ohne Deckung! sagt der deutschnationale Finanzminister Dr. Dehlinger. Durch ihn ist Württemberg das bestverwaltetste Land in Deutschland mit den gesündesten Finanzen.“ Energisch agitierte die Partei gegen den CSVD, dem sie vorwarf, die evangelischen Belange zu schwächen und die linken Parteien zu stärken. Wiederum an der Spitze war der Altpfarrer Theodor Klett. Der CSVD wehrte sich gegen die Angriffe und warnte seinerseits davor, der NSDAP die Stimme zu geben, dabei erwies er sich als überaus staatstragend: „Jede solche Stimme gefährdet jedenfalls die organische Fortführung der bisherigen Regierungspolitik [...].“ Allerdings schien die Organisation in Herrenberg ihren Zenit bereits überschritten zu haben, im Gäubote fand sich jedenfalls keine einzige Anzeige oder ein Hinweis auf eine Versammlung der evangelischen Partei. Auf der CSVD-Bezirksliste standen aus dem Oberamt Herrenberg der Nufringer Hilfswärter Christian Gfrörer und der Landwirt Friedrich Maier aus Nebringen.[404]

Den Kampf gegen den Abwärtssog nahm auch die DDP auf. Neben Wirtschaftsminister Reinhold Maier wurden auch die Landtagsabgeordneten Bruckmann, Mauthe und Roth herausgestellt. Die Partei appellierte an ihre alten Wählerkreise in Handwerk und Mittelstand und verwies auf die Leistungen Maiers als Wirtschaftsminister, der erreicht hatte, dass in einer Notverordnung des

---

[404] GB 21.4.1932, Artikel Klett GB 22.3.1930, S. 116, Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 116

Reichspräsidenten die „Gründung von Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften“ strenger Kontrolle unterlag, was die Einzelhändler schützen sollte. Zwar empfahl die Handwerkskammer, Maier zu unterstützen, doch fand der Appell an die Vernunft in der Bevölkerung insgesamt nur wenig Widerhall.[405] Auch in Herrenberg suchte die DDP den Schulterschluss mit dem Mittelstand. Im Gäubote-Bericht über eine DDP-Versammlung vom 22. April hieß es: „Der Spitzenkandidat des Bezirks, Johannes Fischer, zeigte den besonders gearteten Aufbau unseres württembergischen Industrie- und Wirtschafslebens, das durch seine Verbundenheit mit der kraftspendenden Heimaterde und seine besondere Mannigfaltigkeit leichter kritische Zeiten überwinden könne als die Direktorialwirtschaft in den Mammutsbetrieben [...] des Nordens. Württemberg sei und müsse eine ‘Werkstatt für die Welt’ bleiben. Diese gesunde Eigenart des württ[embergischen] Wirtschaftslebens gelte es, zu erhalten.“[406]

Mit ihrem Vorsitzenden und EKH-Direktor Robert Strasser stellte die Partei einen bekannten Unternehmer an die Spitze ihrer Bezirksliste. Allerdings blieb ihm kaum Zeit, sich im Wahlkampf zu engagieren, wie der Gäubote schrieb: „Doch war seine Zustimmung zur Aufnahme in den Bezirkswahlvorschlag nur durch die Zusicherung zu erreichen, daß ihm eine aktive Beteiligung im Wahlkampf erspart bleibe, da ihm die Berufsarbeit in seiner verantwortungsvollen Stellung hierfür keine Zeit übrig lasse. Gleichwohl hat Herr Direktor Strasser aus seiner politischen Überzeugung heraus gerne seinen Namen für die Sache seiner politischen Freunde zur Verfügung gestellt, und es wird ihm aus diesen Kreisen heraus auch herzlich dafür gedankt.“[407]

---

[405] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 115
[406] DDP-Versammlungsbericht GB 22.4.1932
[407] Bericht über die Aufstellung von Strasser als DDP-Kandidat GB 7.4.1932

Die SPD richtete sich im Wahlkampf sowohl gegen NSDAP wie auch gegen die Kommunisten. Die Nationalsozialisten wurden als „Regierungs- und Tributknechte“ bezeichnet, der KPD wurde in der SPD-Zeitung „Schwäbische Tagwacht“ vorgeworfen, „lauter Nullen“ säßen in den Fraktionen der Partei. In Herrenberg trat die SPD außerhalb des Gemeinderates jedoch kaum noch in Erscheinung: Keine Anzeige, nur eine einzige Wahlversammlung mit dem Vaihinger Abgeordneten Berthold Heymann, dem Spitzenkandidaten im Bezirk wurde am 20. April über die „Bedeutung der württembergischen Landtagswahlen“ abgehalten. Die KPD hatte mit Julius Gößler nicht nur einen Stadtrat, der etwa bei der Lehrmittelfreiheit konkrete Forderungen stellen konnte. Mit Gößler verfügte die Partei auch über einen Landtagskandidaten: Er bewarb sich als einziger KPD-Vertreter aus dem Gäu auf der Bezirksliste, allerdings auf einem aussichtslosen Platz. Die Kommunisten warfen im Wahlkampf den Sozialdemokraten vor, „faschistische Regierungsmaßnahmen“ der Regierung Bolz zu tolerieren, die Partei hatte allerdings nach den Säuberungswellen und der Eliminierung der KPO-Opposition Mobilisierungsprobleme.[408]

Die Wahl brachte einen klaren Sieg der Nationalsozialisten: Sie wurden mit 26,4 Prozent stärkste Partei und verdreifachten den Anteil der Reichstagswahlen 1930. Die Hochburgen lagen in den alten Schwerpunkten des Bauernbundes und vor allem im evangelisch-agrarischen Nordosten des Landes, in den katholischen Agrargebieten blieb die Partei meist unter 15 Prozent. Der Bauernbund sank auf 10,7 Prozent und machte die aggressive Propaganda der NSDAP für die Niederlage verantwortlich. In einzelnen Oberämtern im Nordosten Württembergs konnte sich der Bund gut behaupten. Dabei galt nach

---

[408] Schnabel: Württemberg 1928-45, SPD-Anzeige GB 17.4.1932, KPD-Bezirksliste GB 15.4.1932

Thomas Schnabel folgende Faustregel: Je höher der Anteil der selbständigen, älteren Landwirte mit langer Bauernbund-Tradition, desto besser konnte sich die Interessenpartei gegenüber der NSDAP behaupten. Dennoch schien sich eine gewisse Resignation breit zu machen, die Machtübernahme der Nazis wurde schon fast erhofft. Im Gäubote wurde kommentiert: „Bauernbund und Bürgerpartei werden nun alles tun müssen, damit die Nationalsozialisten [...] nun auch die Verantwortung übernehmen.“[409]

Die SPD sank auf 16,6 Prozent, vor allem die Wahlenthaltung der Arbeiter war dafür wohl verantwortlich. Die KPD blieb bei 9,4 Prozent konstant, profitierte aber kaum von den Verlusten der SPD. Und die DDP wurde mit 4,8 Prozent auch in Württemberg immer unbedeutender, auch wenn die Ergebnisse anderswo im Reich noch deprimierender waren. Die DVP war mit 1,6 % bereits eine Splitterpartei und verlor ihre letzten Mandate. Die christlichen Parteien Zentrum (20,5 %) und CSVD (4,2 %) hatten ihre Position behauptet, die Partei von Bolz sogar leicht zugelegt.[410]

Im Oberamt Herrenberg war der Durchmarsch der NSDAP noch offensichtlicher, der Trend der Reichspräsidentenwahlen wurde fortgesetzt. Die Braunhemden wurden mit 38,5 Prozent stärkste Partei und verdreifachten ihren Stimmenanteil. Die schon bei den Präsidentschaftswahlen erkennbaren Hochburgen Oberjettingen (74,5 %), Bondorf (52 %) und Reusten (69 %) wurden wieder gehalten, wenn auch nicht mit so spektakulären Ergebnissen wie Hitler sie zwei Wochen vorher erreicht hatte. Im Schnitt lagen die Resultate fünf bis zehn Prozentpunkte niedriger als die Hitlers. Vergleich man die Landtagswahl mit den „Erbitterungswahlen“ 1930, dann wird deutlich,

---

[409] Kommentar GB 28.4.1932

[410] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 124f. und Besson, S. 253 sowie Gawatz: Württembergisches Parteiensystem, S. 219

dass die NSDAP im oberen Gäu ihre schon guten Ergebnisse verdoppelt hatte und dort zur dominierenden Partei aufgestiegen war. In den Bauernbund-Hochburgen wie Affstätt, wo die NSDAP 1930 noch nahezu unbedeutend war, wurden die Nationalsozialisten eine wichtige Mittelpartei. In Herrenberg-Stadt wurde die NSDAP mit 32,9 Prozent ebenfalls zur stärksten Kraft.

Der Bauernbund hingegen erreichte im gesamten Oberamt nur noch 34,5 Prozent der Stimmen, das war nur noch die Hälfte der Ergebnisse, die bis 1930 regelmäßig durch die Partei erzielt wurden. Selbst in Hochburgen wie Affstätt und Oberjesingen, wo der Bund noch über 60 Prozent lag, gingen im Vergleich zu den Ergebnissen der 20er Jahre gut 20 bis 30 Prozentpunkte verloren. In Gemeinden mit überdurchschnittlichen NSDAP-Ergebnissen lag der Bauernbund deutlich unter 40 Prozent, in Reusten gar nur bei 22 Prozent. Zeichen von Wahlenthaltung unter den Bauern waren deutlich zu erkennen: Die Wahlbeteiligung blieb in Stadt und Oberamt mit rund 68 Prozent um fünf bis zehn Prozent unter 1930 zurück, in absoluten Stimmen verlor der Bauernbund etwa 1400 Voten. Da der Bund im neuen Landtag nur noch neun statt wie bisher 15 Mandate errang, kam Martin Haag auf Platz 14 der Landesliste nicht ins Parlament. Der Bauernbund war angesichts dieses Ergebnisses ratlos: „Er [Martin Haag, Anm. d. Verf.] wäre sicherlich ein vortrefflicher Vertreter der 6 ländlichen Oberamtsbezirke geworden. Es ist eigentlich ein großes Rätsel, wie solch rein landwirtschaftliche Bezirke lieber einen Gewerbetreibenden anstatt einem ihrer anerkannten tüchtigen Berufsgenossen ihre Stimme geben.“ Gemeint war der Nagolder Schreinermeister Philipp Bätzner, der für die NSDAP in den Landtag kam.[411]

---

[411] Kommentar GB 25.4.1932

Die übrigen Parteien wurden fast bis zur Bedeutungslosigkeit dezimiert: Die Bürgerpartei, die 1920 noch ein Viertel der Stimmen erreicht hatte, erreichte nur noch 5,5 Prozent in der Stadt, auf den Dörfern blieb sie Splitterpartei. Das Gleiche galt für die liberalen und Mittelstandsparteien, die in keiner Gemeinde mehr nennenswerte Resultate erzielten. Immerhin behielten DDP (7,1 %) und DVP (5,7 %) in Herrenberg zusammen knapp zwölf Prozent der Stimmen, 1919 hatte allein die DDP über 40 Prozent geholt. Allerdings schienen sich die Liberalen auf diesem niedrigen Niveau zu stabilisieren, zumindest gegenüber 1930 wurden sogar rund zwei Prozent in der Stadt zugelegt. Die liberale Hochburgen auf dem Land wie Unterjesingen waren jedoch praktisch völlig verschwunden. Auch der CSVD musste deutlich Stimmen an die NSDAP abgeben und halbierte sein Ergebnis auf 6,4 Prozent in der Stadt und auf 4,6 Prozent im Oberamt. Trotzdem behielt er in Entringen (22 %) und Unterjesingen (16 %) eine gewisse Bedeutung.

Die KPD überholte jetzt die SPD auch in der Stadt zum ersten Mal: Mit 13,1 Prozent hatten die Kommunisten mehr Stimmen als die SPD, die nur noch 11,9 Prozent erzielte und in den Dörfern nicht einmal mehr in die Nähe von zweistelligen Ergebnissen kam, insgesamt erreichten die Sozialdemokraten gerade mal 3,6 Prozent im Oberamt. Demgegenüber blieb die KPD mit 7,6 Prozent stabil. In der Stadt dürfte sich die Gemeinderats-Mitarbeit von Julius Gößler bezahlt gemacht haben. Die schwache Wahlbeteiligung von unter 70 Prozent - die im übrigen voll im Landesschnitt lag - dürfte vor allem die radikalen Flügelparteien begünstigt haben, deren Anhänger aus Prinzip zur Wahl gingen, während die SPD unter Mobilisierungsproblemen litt. Das zeigt ein Blick auf die absoluten Stimmergebnisse: Die KPD steigerte sich gegenüber der Reichstagswahl 1930 nur von 182 auf 196 Stimmen, während die SPD von 285 auf 177 zurückging.

Der Blick auf das gesamte Oberamt zeigte das Bild einer völlig veränderten Parteienlandschaft: Ein Zweikampf von NSDAP und Bauernbund um Platz eins, die KPD als Kleinpartei und sonst nur noch Splitterparteien mit einzelnen regionalen Schwerpunkten. In Herrenberg-Stadt begann sich die Parteienzersplitterung zugunsten einer Dominanz der NSDAP aufzulösen. Die extremen Parteien waren in der Stadt überdurchschnittlich stark: Zusammen erreichten NSDAP und KPD fast 45 Prozent der Stimmen, während es im Land zehn Prozentpunkte weniger waren. Eine „negative Mehrheit“ der antirepublikanischen Parteien war in greifbare Nähe gerückt. Die Landtagswahl 1932 markierte also einerseits das Ende der Vorherrschaft des Bauernbundes im Oberamt und andererseits auch den endgültigen Untergang der bürgerlichen Mehrheit in Herrenberg-Stadt: Bauernbund, DDP, DVP, Bürgerpartei, Zentrum und CSVD erreichten zusammen nur noch knapp 39 Prozent. Damit wurde die Entwicklung in Reich und Land praktisch schon vorweggenommen.[412]

In der NSDAP-Ortsgruppe Herrenberg herrschte nun, glaubt man den Schilderungen von Wilhelm Gauger, eine euphorische Stimmung. „Also Sieg auf der ganzen Linie“, schrieb er. Allerdings sei nach diesen drei anstrengenden Wahlgängen die Ortsgruppe am Ende ihrer Kraft und Mittel angelangt: „Nun galt es wieder Kräfte zu sammeln, die Organisationsmaschine zu überholen und in Stand zu setzen, wussten wir doch nicht, wann sie wieder eingesetzt werden musste. Am meisten Kummer machte uns unsere Kasse, in welcher schon nach der ersten Wahl hoffnungslose und chronische Ebbe festzustellen war.“ Schnell mussten Schulden getilgt und ein neuer Grundstock angelegt werden.[413]

---

[412] Wahlergebnisse der Landtagswahl GB 25.4.1932, siehe auch Anhang
[413] Bericht von Gauger, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

Auch auf Landesebene hatte die Landtagswahl ebenfalls das Parteiensystem vollkommen verändert. Die NSDAP war nun die stärkste Partei geworden, nur noch das Zentrum war eine Mittelpartei, die restlichen Parteien waren wie die SPD dezimiert oder wie Liberale und Bürgerpartei marginalisiert. Theodor Körner durfte als ältester Abgeordneter den neuen Landtag eröffnen. In seiner Rede als Alterspräsident forderte er die Parteien dazu auf, bei der politischen Auseinandersetzung die Form zu wahren: „Es gehört zur Kunst der Politik, seinen gegenteiligen Standpunkt so darzulegen, dass er beim Gegner Beachtung findet, den gewünschten Eindruck macht und sich doch freihält von verletzenden Angriffen.“ Man dürfe nicht vergessen, dass man bei allem Unterschied der Parteien doch nur dem einen Ziel nachzustreben habe, „die Not der Zeit zu lindern, [...] die schweren Wunden des Krieges, die immer noch brennen, der Heilung entgegenzuführen und unserem Volk und Vaterland von ganzem Herzen zu dienen.“[414]

Doch schon die Wahl von Christian Mergenthaler (NSDAP) zum Landtagspräsidenten zeigte, wie sich die Verhältnisse verändert hatten und dass Körners Worte mehr frommer Wunsch denn Realität waren. Zwar gelobte Mergenthaler in seiner Antrittsrede, das Amt überparteilich auszuüben, doch bevorzugte er seine NSDAP-Fraktion durch Geschäftsordnungstricks, einseitiges Unterbrechen und Ermahnen anderer Abgeordneter. Die alte Regierungskoalition hatte nur noch 33 von 80 Sitzen und damit ihre Mehrheit verloren, die NSDAP wurde damit für die Regierungsbildung interessant. Evangelische Kreise innerhalb der Bürgerpartei wollten das Zentrum von der Regierung ausschließen, es sollte eine „katholikenreine“

---

[414] Verhandlungen des Landtags des Freien Volksstaates Württemberg, Stuttgart 1932, S. 1

Regierung aus NSDAP, Bauernbund, DNVP, DDP und CSVD gebildet werden, die mit 42 Sitzen eine knappe Mehrheit gehabt hätte. Die Regierungsverhandlungen mit der NSDAP stießen bei den Berliner Liberalen jedoch auf heftigen Widerstand.[415]

Die Reichsleitung der Staatspartei verhinderte eine „evangelische Front“, weil damit Brüning an entscheidender Stelle geschwächt worden und die Staatspartei wohl endgültig unglaubwürdig geworden wäre. Ein weiteres Problem war, dass die Nationalsozialisten in den Verhandlungen kein konkretes Regierungsprogramm aufweisen und zu wenig Fachleute für die Besetzung von Ministerien hatten. Der von Hitler diktierte Befehl, den Posten des Staatspräsidenten und das Innenministerium zu verlangen, ließen die Verhandlungen schließlich platzen. Als stärkste Fraktion wäre der NSDAP eigentlich der Posten des Staatspräsidenten zugestanden, doch war die Geschäftsordnung mit den Stimmen der anderen Parteien schon vor der Wahl geändert worden. Im NS-Kurier war von der „brutalen Vergewaltigung des schwäbischen Volkswillens“ die Rede, der Partei blieb lediglich mit Christian Mergenthaler, der bis 1932 der einzige Landtagsabgeordnete der Partei gewesen war, der Landtagspräsident. Offensichtlich hatte die württembergische NSDAP keine Chance, von sich aus die Macht zu ergreifen, dies musste von Berlin aus geschehen.[416]

---

[415] Stolle, S. 460

[416] Schönhagen, Beninga: Zwischen Verweigerung und Agitation: Landtagspolitik der NSDAP in Württemberg 1918/29, in: Schnabel, Thomas (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 6, Stuttgart 1982, S. 113-159, hier S. 121, zu den Verhandlungen mit der NSDAP über die Regierungsbildung siehe auch Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 123ff. und Besson, S. 254 sowie Stolle, S. 460

Die SPD wurde trotz eines Briefes von Wilhelm Keil an Eugen Bolz vom Zentrum als Koalitionspartner ausgeschlossen. Die Partei war bereits Repressalien ausgesetzt, die „Schwäbische Tagwacht“ wurde mehrfach beschlagnahmt. Die Polizei ging energisch gegen die Linksparteien SPD und KPD vor und kooperierte vereinzelt sogar mit den SA-Trupps der NSDAP. Daher beantragte die SPD einen Untersuchungsausschuss im Landtag, der klären sollte, ob die Feinde des Staates zum Schutz desselben herangezogen werden dürften.[417]

Die Regierung Bolz blieb geschäftsführend im Amt, verstand sich noch mehr als bisher als „Präsidialkabinett“ und regierte fast nur noch durch Notverordnungen. Dabei berief sie sich auf eine Verordnung des Reichspräsidenten, wonach die Landesregierungen „alle Maßnahmen zum Ausgleich der Haushalte“ ergreifen durften. Bolz erklärte zwar, er werde versuchen, für wichtige Entscheidungen eine Mehrheit im Landtag zu erhalten. Wenn dies nicht möglich sei, müsse er aber im Rahmen der Gesetze trotzdem handeln. Der Landtag im Stuttgarter Halbmondsaal wurde zum Forum für Tumulte und lautstarke Auftritte der erstarkten NSDAP-Fraktion.[418] Auch in den übrigen Ländern mit Ausnahme von Bayern war die NSDAP bei Landtagswahlen 1932 die stärkste Partei geworden.[419]

---

[417] Mittag: Württembergische SPD, S. 94 und Mittag: Wilhelm Keil, S. 314

[418] Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, S. 125f. und Mittag: Württembergische SPD, S. 93 sowie Müller: Bürgerpartei, S. 424

[419] In Bayern konnte die BVP ihre Dominanz bewahren, in Preußen hatte die NSDAP von 9 auf 162 Sitze zugelegt und mit der KPD eine Sperrminorität errungen. Allerdings blieb die NSDAP wie in Württemberg meist in der Opposition, mit Ausnahme von kleinen Ländern wie Thüringen, Braunschweig, Oldenburg, den beiden Mecklenburgs und in Anhalt, wo eine Koalition gebildet wurde. Übersichten siehe Mommsen, S. 498 und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 393

12.4. Reichstagswahlen am 31. Juli 1932

Der permanente Wahlkampf ging weiter. In Berlin schwand die Machtbasis von Reichskanzler Brüning: In Preußen hatte die Weimarer Koalition bei den Landtagswahlen nur noch ein Mandat mehr als die NSDAP errungen, die Regierung Braun blieb nur geschäftsführend im Amt. Damit war das Bündnis zwischen Brüning und SPD in Frage gestellt. Zudem hatte Brüning die Unterstützung der ostelbischen Großgrundbesitzer verloren, weil sein Reichskommissar nur noch wirtschaftlich überlebensfähige Güter entschuldete. Die altkonservativen Kräfte intervenierten beim Reichspräsidenten. Schließlich wurde Reichskanzler Brüning von Hindenburg entlassen. Franz von Papen, der völlig unbekannte ehemalige Husarenrittmeister und Militärattaché in Mexiko und Washington, wurde sein Nachfolger als Chef eines „Kabinetts der nationalen Konzentration“. Damit endete die „gemäßigte Phase des Präsidialsystems“, wie Heinrich August Winkler schreibt, und damit auch die doppelte Abhängigkeit: Die SPD musste Brüning tolerieren, um Preußen nicht zu verlieren, das Zentrum musste Preußen halten, um Brüning zu stützen.[420]

Franz von Papen passte jedoch besser als Brüning in die Strategie des Strippenziehers Kurt von Schleicher, die Nationalsozialisten zu „bourgeoisieren“. Schleicher wollte die SA, die eben erst auf Bestreben des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) verboten wurde, in die Reichswehr eingliedern. Da Schleicher über exzellente Kontakte zum Reichspräsidenten verfügte, musste sich Brüning

---

[420] Höhne, Heinz: Franz von Papen, in Vogt, Martin: Hermann Müller, in: Sternburg, Wilhelm von: Die deutschen Kanzler, Berlin 2006. S. 437-452, hier S. 442, Hintergründe zum Arrangement zwischen Brüning und der SPD siehe Winkler, S. 472, Mommsen spricht mit dem Regierungsantritt Papens bereits von einer „Präsidialdiktatur“, siehe Mommsen, S. 528

geschlagen geben. Das neue Reichskabinett bestand aus ostelbischen Junkern, konservativen Generälen und preußischen Aristokraten, und es stand auf wackligen Füßen: Die SPD erklärte dem neuen Kabinett sofort das „Misstrauen der Arbeiterklasse“. Am größten war die Verachtung für Franz von Papen aber in seiner eigenen Partei, dem Zentrum, weil er beim Sturz des Parteiführers und Kanzlers Heinrich Brüning beteiligt war. Wäre Papen nicht selbst aus der Partei ausgetreten, hätte diese ihn wohl ausgeschlossen. Die Zusammensetzung der Regierung war wie ein Echo der Kaiserzeit und der preußischen Aristokratie und passte kaum noch in die Zeit von Massendemonstrationen und Straßenkampf.[421]

Die Staatspartei trat nach erfolglosen Versuchen, eine Listenverbindung mit dem Zentrum zustande zu bringen, selbstständig an. Selbst der Parteivorsitzende Dietrich räumte der eigenen Partei nur wenig Chancen ein. Die Liberalen verzweifelten angesichts der aussichtslosen Lage und der bröckelnden Basis. Es wurde sogar eine Auflösung der Deutschen Staatspartei erwogen, was jedoch vor allem in Württemberg abgelehnt wurde. Der Vorsitzende des Handwerkverbandes trat aus der Partei aus, schloss sich jedoch nicht der NSDAP an.[422]

Noch fataler war die Lage bei der DVP. Nachdem Eduard Dingeldey ein „technisches Abkommen“ mit der DNVP über eine gemeinsame Reichsliste geschlossen hatte, war die Konsequenz der Austritt liberaler Mitglieder und der Vertreter des Deutschnationalen Handelsgehilfenverbandes. Wie weit die DVP inzwischen nach rechts geschwenkt war, zeigte die Anweisung Dingeldeys, von einer scharfen

---

[421] Schulze, S. 374ff., zur Person Papens siehe Pyta: Weimarer Republik, S. 134 und Winkler S. 478 sowie Sendler, S. 564, zur Rolle der DNVP siehe auch Hoepke, S. 37

[422] Matthias und Morsey: Staatspartei, S. 55 und Stephan, S. 488

Frontstellung gegenüber den Nationalsozialisten abzusehen. Die Partei stützte die Regierung Papen, betonte im Wahlkampf nationalliberale Prinzipien und führte ihre Kampagne gegen den Hauptgegner Sozialdemokratie unter der Überschrift „Für Aufbau und Freiheit, gegen Massenherrschaft, gegen Inflation, gegen Sozialisierung und Zwangswirtschaft, gegen das Geschwätz von Autarkie“.[423]

Die erste Handlung dieser neuen Regierung: Der Reichstag wurde aufgelöst, das Verbot der SA aufgehoben. Was einen, wie Schulze schreibt, „als Wahlkampf drapierten Bürgerkrieg“ zur Folge hatte.[424] Auch in Württemberg wurde das Uniform- und das Demonstrationsverbot aufgehoben, es kam immer häufiger zu Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern, die aber im Vergleich zu den Berliner Zuständen eher harmlos waren. Mit dem „Preußenschlag“, der Absetzung des SPD-Ministerpräsidenten Otto Braun, wurde das letzte republikanische Bollwerk gesprengt, Papen verwaltete als „Reichskommissar“ nun auch das größte Bundesland, dessen Polizei den Terror der SA zumindest gleich stark bekämpft hatte wie den der KPD. Sein Ziel war, einerseits die SPD als Machtfaktor auszuschalten, andererseits die Reichsreform in der Gestalt voranzutreiben, dass Preußen und das Reich personell verzahnt werden sollten. Schon Brüning hatte überlegt, zusätzlich zum Amt des Reichskanzlers auch das des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und so beide staatlichen Einheiten miteinander zu verschmelzen.[425]

---

[423] Booms, S. 532 und Richter: Deutsche Volkspartei, S. 766

[424] Blasius spricht in diesem Zusammenhang von einem „Wahlkrieg“ und „Blutwahlen“, siehe Blasius S. 32f. und S. 79f., zum weiteren Programm Papens siehe Kluge: Die Weimarer Republik, S. 427

[425] Zu Preußenschlag und Reichsreform siehe Mommsen, S. 547 sowie Blasius, S. 68f. und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 433

Die SPD reagierte mit passivem Fatalismus auf diese Ereignisse, Wilhelm Keil notierte nach dem Preußenschlag: „Zu beschließen gab es nichts, denn wir hatten nichts mehr zu sagen.“ Der Parteivorsitzende Otto Wels schilderte den Moment, als die Kunde von der Absetzung der preußischen Regierung in einer Runde mit dem ADGB-Vorsitzenden und Berliner Parteifreunden eintraf: „Der Eindruck der Nachricht war deprimierend. Kein Wort der Empörung, keine sichtbare Erregung war zu bemerken. Ich hatte den Eindruck, dass man allgemein ratlos war, was zu tun sei.[426] Die Partei entschied sich gegen aktiven Widerstand, da sie bei einem Generalstreik eine sofortige Militärdiktatur befürchtete. So hoffte die SPD auf die Macht des Stimmzettels. Die SPD rief ihre Anhänger auf, nichts zu unternehmen, was die Wahl am 31. Juli 1932 gefährden könnte, obwohl vielerorts die Kommandos der Eisernen Front auf einen Einsatzbefehl warteten. Die SPD-Führer orientierten sich an ihrer humanitären, legalistischen Tradition für Realpolitik und gegen militante Experimente. Die eindrucksvollen Massendemonstrationen der Eisernen Front dienten mehr der Selbstberuhigung und dem Auffangen der Emotionen der Anhänger.[427]

Innerhalb der KPD wurde nun verstärkt über die „Einheitsfront“ diskutiert. So gab es zum Beispiel bei den Kommunalwahlen in Württemberg gemeinsame Listen mit der SPD, in einigen Städten arbeiteten Bezirke zusammen. Das wurde zunächst noch von der Parteiführung als „rechtsopportunistische Abweichung“ verurteilt. Im Frühjahr 1932 deutete auch Thälmann an, dass eine „elastische Einheitsfront-Taktik“ möglich wäre. Nach dem Preußenschlag machte er kurz ein Angebot an die sozialdemokratischen Arbeiter, das vor den

---

[426] Miller/Potthoff, S. 139

[427] Schulze, S. 376ff., Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 126f. und Matthias: SPD, S. 127ff., zum defensiven Charakter des Widerstandes der Eisernen Front siehe Mommsen, S. 552

Wahlen jedoch schnell wieder zurückgezogen wurde. Die SPD blieb der „Hauptgegner“ im Wahlkampf. Vertreter der „ultralinken“ Strategie wie Heinz Neumann und sein Vertrauter Leo Flieg wurden dennoch in Absprache mit Josef Stalin aus der KPD-Zentrale entfernt. Stattdessen rückte Walter Ulbricht nach, der Politische Bezirkleiter Berlin-Brandenburg, und der deutsche Vertreter beim EKKI und Verfechter des neuen Kurses, Wilhelm Pieck.[428] Schon am 14. Juli 1932 wurde aus Furcht vor „Sozialdemokratisierung“ die Taktik erneut geändert, die „Antifaschistische Aktion“ wurde als Gegenstück zur „Eisernen Front“ von SPD, Freien Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersportbewegung gegründet.[429]

Die DNVP begrüßte die Regierung Papen vorbehaltlos, allerdings war ihr Parteivorsitzender Hugenberg bei der Regierungsbildung übergangen worden. Die Partei versuchte es mit einer Doppelstrategie: allgemeine Unterstützung für das „Kabinett der Barone“ bei gleichzeitigen Verbesserungsvorschlägen im sozialen Bereich. Die Bürgerpartei befand sich in einem Zwiespalt. Gerade in Württemberg war die Erschütterung über den Sturz Brünings besonders groß gewesen, und die Staatsregierung von Eugen Bolz bemühte sich nun, etwa bei der Aufhebung des SA-Verbotes gegen die neue Regierung in Berlin zu arbeiten. Wieder wurde die Spaltung der Bürgerpartei in eine hugenbergtreue Fraktion und den „Ministerflügel“ um Alfred Dehlinger deutlich. Die Partei hatte zu diesem Zeitpunkt allerdings ohnehin schon den Unterschied zwischen landespolitischem und Reichsprofil verloren.[430]

---

[428] Bahne, S. 670ff. und Flechtheim, S. 285, über den Kurswechsel der KPD siehe Winkler, S. 460

[429] Zur gescheiterten Einheitsfront siehe Winkler, S. 489

[430] Besson, S. 277 und Weber, S. 469

Als sich Staatspräsident Eugen Bolz mit anderen süddeutschen Regierungschef beim Reichspräsidenten traf, wurde dieses von der Bürgerpartei scharf kritisiert. In einem Brief an Hindenburg wurde sogar ausdrücklich erklärt, Bolz spreche nur als Vertreter des Zentrums, nicht etwa der Landesregierung. Für den Wahlkampf im Juli 1932 rief die Bürgerpartei zum „Endkampf mit dem Marxismus“ auf und wollte als „Sammlerin des Bürgertums“ auftreten, der Preußenschlag wurde begrüßt und das Zentrum als „Todfeind des Protestantismus“ angegriffen.[431]

Der Bauernbund musste sich Vorwürfe gefallen lassen, mit seinen drei Abgeordneten im Reichstag keinerlei Einfluss zu besitzen. Schon seit 1928 hatte sich der Zusammenschluss der regionalen Bauernparteien aufgelöst, bis dahin hatten die Landbünde von Hessen, Thüringen, Baden, Württemberg und Hohenzollern einen gemeinsamen Wahlvorschlag für die Reichstagswahlen erstellt. Eine nationale Bauernpartei hatte sich ohnehin nie bilden können. Schon 1930 hatte der Bauernbund einen eigenen Reichswahlvorschlag neben der Landvolkpartei aufgestellt, diesem verdankte Stauffenberg bis 1933 sein Mandat. Bei den Wahlen im Juli 1930 waren nur noch der Thüringer und der Württembergische Bauernbund an der Landvolkliste beteiligt, bei den beiden letzten Wahlen 1932 und 1933 trat der Württembergische Bund ganz alleine an. Der Bauernbund war nun auf Reichsebene vollkommen isoliert, zumal seine Abgeordneten aus der Fraktion des Deutschen Landvolks ausgetreten waren. Weitere Faktoren schwächten den Bauernbund: Die Anlehnung an DNVP oder NSDAP war in der Partei umstritten, auch die Stärke des Bundes bei

[431] Müller: Bürgerpartei, S. 424

den Landtagswahlen im Vergleich zu Reichstagswahlen schwand zusehends.[432]

Die NSDAP versuchte im Wahlkampf, sich als „wahre“ antisemitische Partei darzustellen, die paramilitärischen Aktivitäten der SA erreichten einen neuen Höhepunkt. Die Propaganda gegen das „System von Weimar“ und die „Misswirtschaft der marxistischen Parteien“, gegen die Farben der Republik und der Ruf nach einem „nationalen Aufbruch“ bestimmten den NSDAP-Wahlkampf. Auch in Württemberg gab es starke Aktivitäten: Die SA-Gruppe Südwest veranstaltete große Übungen und Aufzüge mit 2000 Mann in Stuttgart. Die Taktik der NSDAP war, zunächst für Unruhen zu sorgen und dann an den Ordnungssinn der Bürger zu appellieren. Auch das befristete Versammlungsverbot unter freiem Himmel von SA und SS in Württemberg tat er Entschlossenheit der SA keinen Abbruch, wie schon zehn Jahre zuvor.[433] Im Juni begann die Partei mit der umfangreichen Verteilung von Propagandamaterial, ab zehn Tage vor der Wahl gab es täglich eine Sondernummer des „Völkischen Beobachters“, alle zwei Tage eine Wahlkampfzeitung und je sechs Flugblätter und Broschüren. Das meiste Material lieferten die Gauleitungen diesmal kostenlos. Des weiteren setzte die Partei auf direkte Ansprach im Bekanntenkreis: Jedes Mitglied wurde aufgefordert, zwei bis drei Bekannte „auf das intensivste“ zu bearbeiten.[434]

Der CSVD hatte sich gegenüber dem Kabinett von Papen zunächst kritisch gezeigt, weil man ein „antigewerkschaftliches Kabinett der Schwerindustrie“ befürchtete. Diese Haltung wich jedoch einer gewissen Unentschiedenheit, weil von Papen immerhin das Vertrauen

---

[432] Weber, S. 468f.

[433] Zum Wahlkampf der NSDAP siehe Mommsen, S. 550, in Württemberg siehe Rommel, S. 160

[434] Zur Taktik der NSDAP siehe Mommsen, S. 534 und Rösch, S. 363

des Reichspräsidenten genoss. Zudem widerstrebte der Partei prinzipiell eine grundsätzliche Oppositionshaltung.[435] Für die Juliwahlen 1932 erwog man ernsthaft, nach den Misserfolgen bei Landtagswahlen gar nicht erst anzutreten, entschied dann aber einstimmig auf der Tagung der Reichsleitung am 11. und 12. Juni in Kassel für eine Beteiligung. Parteichef Simpfendörfer hatte schon im Februar die Linie vorgegeben, man müsse den „Staatsbegriff biblisch-reformatorischer Prägung“ gegen die NSDAP verteidigen, dies sollte im Wahlkampf nun geschehen. Dazu wurde auch eine Listenverbindung mit der Volksrechtpartei geschlossen, zudem stellte man gezielt Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf. Die Reichsleitung hoffte, angesichts der Listenverbindung von DNVP und DVP viele enttäuschte nationalliberale DVP-Wähler für sich zu gewinnen.[436]

In *Herrenberg* wurde der Etat für 1932 beraten. Einnahmeausfälle vor allem beim Holzverkauf belasteten die Kommune weiterhin, gleichzeitig stiegen „Fürsorgeaufwendungen“, die von Bürgermeister Reinhold Schick ausgerufene „rücksichtslose Sparsamkeit“ machte sich in Gehaltkürzungen von 22 bis 34 Prozent bei den Gemeindebediensteten bemerkbar. Dabei konnte man sich auf eine Notverordnung berufen.[437]

Der Wahlkampf begann erst drei Wochen vor den Neuwahlen. Der Bauernbund hielt am 19. Juli die erste Versammlung mit dem Blaubeurener Landtagsabgeordneten Heinrich Stooß und Theodor Körner ab. Die seit Jahren immer wieder gleichen Beschwörungsformeln klangen mittlerweile etwas abgedroschen: Es sei „dringend notwendig, daß auch im neuen Reichstag unsere Landwirtschaft eine tüchtige Vertretung von Landwirten“ bekomme, der Bauernbund habe „die Gabe, das Landvolk zu sammeln und aus ihren

---

[435] Opitz, S. 274
[436] Opitz. S. 277f.
[437] Artikel zu den Etatberatungen 1932 GB 26.4.1932

Reihen tüchtige Männer in den Reichstag zu senden.“ Körner sprach sich dagegen aus, die Gehälter der Minister symbolisch zu kürzen, wenn man nicht die gesamten Personalkosten reduziere.

Die geplante Schlachtsteuer wolle er mit „allen Kräften und mit allem Nachdruck bekämpfen“. Der eingespielten Organisation der Partei gelang es immer noch, in fast allen Orten des Bezirks Versammlungen abzuhalten. Allerdings befand sich der Bund in einer schwierigen strategischen Lage: Einerseits verdammte er weiterhin das demokratische System, andererseits grenzte er sich zunehmend gegen den gewalttätigen Radikalismus der NSDAP ab. Im Gäubote wurde am Tag vor der Wahl dieses Dilemma deutlich: „Der 31.7. wird nicht nur Wahltag, sondern auch Schicksalstag sein.“ Es müsse ein Schlussstrich unter die bisherige Nachkriegszeit gezogen werden. „Was im Herbst 1918 begann und im Laufe der Jahre zur Versklavung und Massenelend, Terror und Verzweiflung führte, erwies sich derartig deutlich als allgemeiner Verfall, daß heute kein vernünftiger Deutscher sich nach diesen Mißständen zurücksehnen wird.“ Der deutsche Parlamentarismus gehöre zu den schlimmsten Hindernissen auf dem deutschen Befreiungswege. Die Bürgerpartei lockte ihren Landesvorsitzenden und Stuttgarter Rechtsrat Dr. Hirzel in die Gäustadt zum Thema „Deutschlands Schicksalswende.“[438]

Zum ersten Mal erschien auch das Zentrum mit einer Anzeige im Gäubote, was dafür spricht, dass unter dem Oberndorfer Bürgermeister Eugen Reich in Grundzügen eine Parteiorganisation im Bezirk Herrenberg weiter aufgebaut worden war. Das Zentrum stellte sich dar als „einzige bürgerliche Partei, die gegenüber dem roten und braunen Sozialismus sich als unerschütterlicher Ordnungsblock erwiesen hat.“

---

[438] Anzeigen Bauernbund GB 15.7.1932 und 28.7.1932, Bericht Versammlung GB 18.7.1932, Anzeige Bürgerpartei GB 28.7.1932

Auch bei den Katholiken im Gäu war die Verehrung für den gestürzten Reichskanzler Brüning und die Ablehnung seines Nachfolgers Papen deutlich spürbar. So hieß es in den Wahlanzeigen des Zentrums im Gäubote, Brüning habe „als Kanzler in trostlosen Zeiten Ordnung und Frieden im Reich erhalten“. Seine Nachfolger hätten beides zerstört. Die DDP gab immerhin am 29. Juli noch eine Anzeige auf, in der sie sich scharf gegen die NSDAP abgrenzte: „Wollt Ihr Alleinherrschaft eines niemand verantwortl[ichen] Machthabers, Partei-, Gewalt und Schreckensherrschaft, Judenhetze, leichtfertige Preisgabe der Eigenstaatlichkeit Württembergs [...] dann verhelft den Nationalsozialisten zum Siege. [...] Wollt Ihr die Erhaltung der Freiheit [...], dann wählt Liste 8 Deutsche Demokratische Partei.“ [439]

Die NSDAP ließ am 29. Juli den neuen Nagolder Landtagsabgeordneten Philipp Bätzner sprechen, am 26. Juli wurde durch den Herrenberger Ortsgruppenleiter Wilhelm Gauger eine Omnibusfahrt zur Hitler-Großveranstaltung nach Reutlingen organisiert. Das Verbot der SA durch die Regierung Brüning hatte die Partei zunächst stark verunsichert: „Wir waren dadurch unserer besten Propagandawaffe beraubt“, so Wilhelm Gauger. Allerdings wurde das Verbot durch den Herrenberger Landrat Dr. Ludwig Battenberg wohl nicht so konsequent durchgesetzt, wie das eigentlich vorgesehen war. Ein Bericht von Jakob Braitmaier aus dem Stützpunkt Kayh zeigt das deutlich: „Herr Landrat Dr. Battenberg sollte das ganze Vermögen der SA beschlagnahmen. Er berichtete nach Stuttgart, dass bloß 2 Stohsäcke gefunden wurden, sonst aber die Suche ergebnislos verlaufen sei.“ Das Vorgehen war kaum verwunderlich, trat Ludwig Battenberg doch bereits im Juli in die NSDAP ein. Ohnehin war durch die Regierung Papens in den ersten Julitagen das Verbot der SA

---

[439] Zentrums-Anzeige GB 30.7.1932, Anzeige DDP 29.7.1932

wieder aufgehoben. Wilhelm Gauger konnte zufrieden sein und freute sich über die wiedergewonnene SA, „[...] mit welcher wir nun Sonntag für Sonntag von Ort zu Ort zogen und öffentliche Kundgebungen, je mit kurzer Ansprache an die Bevölkerung abhielten.“[440] Ingesamt verlief der Wahlkampf schleppend, die permanenten Urnengänge ermüdeten die Bürger. Ein Wahlhelfer schrieb am Tag nach der Auszählung im Gäubote in schwäbischer Mundart: „Ond Ihr, Ihr wählet Euch no z’tot.“[441]

Trotzdem mobilisierte der aufputschende Wahlkampf der NSDAP die Wähler: Im Reich war die Wahlbeteiligung mit 84 Prozent so hoch wie noch nie. Im Land und in Herrenberg lag sie etwa sieben Prozent niedriger, aber immer noch über dem Wert der Landtagswahl im April. Die NSDAP erreichte auf Reichsebene mit 37,3 % ihr bislang bestes Ergebnis, zusammen mit den 14,4 % der KPD gab es im Reichstag eine „negative Mehrheit“ der radikal antirepublikanischen Parteien. Die NSDAP hatte das protestantisch-agrarische Milieu in den Dörfern Mittelfrankens und Oberhessens mit Ergebnissen bis zu 80 % praktisch völlig aufgesogen. In den Ballungszentren gelangen auch Einbrüche in die gewerkschaftlich nicht gebundene Industriearbeiterschaft, nur Zentrum und Bayerische Volkspartei blieben nahezu unberührt. Während also das Zentrum stabil bei 15,7 % blieb, ging der SPD-Anteil auf 21,6 Prozent zurück. Die rechts-bürgerlichen Parteien von DNVP über die Liberalen bis zu den Splitterparteien erreichten nur noch elf Prozent der Stimmen. Hagen Schulze schreibt: „Das Wahlergebnis war für jedermann ein Desaster.“ Die SPD hatte vergeblich auf Zuwächse

---

[440] Berichte Jakob Braitmaier und Wilhelm Gauger, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934, Akten der NSDAP-Gauleitung, Staatsarchiv Ludwigsburg PL 501 I, Bü 93-95

[441] Anzeigen NSDAP im GB 26.7. und 29.7.1932, Einsendung Wahlhelfer GB 1.8.1932

angesichts der Empörung über den Preußenschlag gehofft, die neue Reichsregierung wollte zwar die NSDAP als Tolerierungspartner, nun war ihr die Partei aber zu stark geworden.[442]

In *Württemberg* verbesserte sich die NSDAP zwar auf 30,5 Prozent, doch blieb ihr der große Durchbruch verwehrt, obwohl ein hoher Anteil von Protestanten und selbstständigen Landwirten bei einem niedrigen Anteil von Arbeitern und Katholiken eigentlich die Partei hätte begünstigen müssen. Das lagt wohl auch daran, dass sie in keinem Wirtschaftsverband einen wichtigen Vertreter stellte, auch in Herrenberg war der Gewerbeverein noch fest in der Hand der liberalen oder konservativen Händler. Der SPD gelang im Vergleich zur Landtagswahl eine geringer Zuwachs auf 18 Prozent, was auf die gute Mobilisierung ihrer Anhängerschaft zurück zu führen war. Damit näherten sich die Ergebnisse denen des Reiches an. Auch die KPD stieg auf 11,2 Prozent. Der Bauernbund sank auf sieben Prozent, DDP, DVP, CSVD und Bürgerpartei unter fünf Prozent. Die Linksliberalen sahen sich zunehmend der Lächerlichkeit preisgegeben: Sie errangen mit Reinhold Maier und dem Parteivorsitzenden Hermann Dietrich nur noch zwei Mandate, beide übrigens in Württemberg. Sie nannten sich daher „Süddeutsche Demokraten“. Allein der „Zentrumsturm“ stellte mit 20,5 Prozent einen stabilen Block dar.[443]

In *Herrenberg* gelang der NSDAP endgültig der Durchbruch: Mit 42 und 43 Prozent war sie in Stadt und Oberamt die mit Abstand größte Partei und legte damit im Vergleich zur Landtagswahl noch einmal zehn Prozentpunkte zu. Die Nationalsozialisten lagen damit sogar noch sechs bis sieben Prozent über dem Ergebnis im Reich. Dabei war in den Hochburgen Oberjettingen, Bondorf und Mötzingen - mit

---

[442] Schulze, S. 382 und Möller: Die Weimarer Republik, S. 255 sowie Kluge: Die Weimarer Republik, S. 435

[443] Rommel, S. 160 und Greiffenhagen, S. 189

Ausnahme von Reusten - der Zenit erreicht, teilweise musste die Partei hier sogar Verluste hinnehmen. Entscheidend war der Aufschwung auch in den letzten Bollwerken des Bauernbundes wie Affstätt (NSDAP-Ergebnis: 35 %) und Oberjesingen (26 %). Die NSDAP profitierte von der hohen Wahlbeteiligung und der guten Mobilisierung ihrer Mitglieder: Während der Bauernbund im Oberamt nur 500 Stimmen verlor, gewann die NSDAP 1000 dazu. Nur in den katholischen Dörfern Oberndorf und Poltringen blieb die Partei deutlich unter 20 Prozent, hier dominierte unangefochten das Zentrum mit Ergebnissen über 70 Prozent. Ins katholische Milieu gelang der Einbruch also nach wie vor nicht.[444]

Der Bauernbund befand sich weiterhin auf dem Rückzug, nur noch 27,4 Prozent im Oberamt, und in der Stadt mit 7,5 Prozent ein einstelliges Ergebnis. Die Verluste gingen durchgehend durch alle Orte, sowohl in den Hochburgen Affstätt und Oberjesingen wie auch dort, wo die NSDAP stark war wie in Bondorf. Die Anhänger des Bundes gingen nur schleppend zur Wahl, was zusammen mit der höheren Wahlbeteiligung die Verluste erklärt. Die SPD konnte in der Stadt bei leichten Verlusten ein zweistelliges Resultat mit 10,2 Prozent retten, im Oberamt war sie mit 4,4 Prozent kaum noch von Bedeutung und hatte auch keine Orte mit besseren Ergebnissen. Bei der KPD wie gehabt gute Ergebnisse in Gärtringen und Nufringen, in der Stadt Herrenberg erreichte die Partei mit 13,4 Prozent fast das Ergebnis im Reich und ließ die Sozialdemokraten weiter hinter sich. Die DDP schaffte es nur noch in Herrenberg-Stadt mit 5,9 Prozent zu einem beachtenswerten Ergebnis, im Umland war sie praktisch nicht mehr vorhanden. DDP und DVP erreichten in der einstigen Hochburg Unterjesingen zusammen

---

[444] Poltringen hatte laut Staatshandbuch 1928 für Württemberg im Jahr 1928 genau 566 Einwohner, wovon 519 Katholiken waren. In Oberndorf gab es 662 Einwohner, davon 658 Katholiken.

nur noch ganze acht Stimmen, nicht einmal drei Prozent. Der CSVD stabilisierte sich auf dem niedrigen Niveau der Landtagswahl bei 6,3 Prozent in Herrenberg-Stadt und behielt seine Schwerpunkte Entringen und Unterjesingen.

Die NSDAP hatten den Bauernbund damit endgültig als stärkste Kraft abgelöst. Es gab keine Partei mehr, die den „Braunhemden“ noch Paroli bieten konnte. In Herrenberg-Stadt war dies noch am ehesten die KPD, die immer mehr zum Führer der linken Arbeiterschaft wurde und die zermürbte SPD verdrängte. Der Anteil extremistischer Stimmen stieg in Stadt und Oberamt auf 55 Prozent an, die bürgerlichen Parteien lagen in Herrenberg in etwa gleichauf mit den Linken mit je einem Viertel der Stimmen. Die Mitte war dezimiert und demoralisiert. Wilhelm Gauger sah es im Rückblick so: „Das national gesinnte Bauerntum unseres Bezirkes hatte die Idee des Nationalsozialismus erfaßt.“[445]

Außerdem war nicht nur Landrat Dr. Battenberg, sondern mit dem Stadtpfleger Emil Eipper noch ein weiterer hoher Beamter in die Partei eingetreten, was der Ortsgruppe weiteres Ansehen verlieh. Allerdings fiel der Mitgliederzuwachs nach dem strahlenden Sieg bei den Juliwahlen mit neun Neueintritten keinesfalls so hoch aus wie anderswo. Und noch gab sich der Bauernbund nicht geschlagen. Die drei Wahlgänge hatten auch dem letzten Funktionär der Partei klargemacht, dass die NSDAP mehr war als nur eine vorübergehende Erscheinung. Sie war eine fundamentale Bedrohung für die Existenz des Bauernbundes. Der verfügte aber mit dem Gäubote und seiner eingespielten Organisation noch über zwei wichtige Machtfaktoren.

---

[445] Bericht Gauger, Sonderveröffentlichung GB 4.8.1934

12.5. Reichstagswahlen am 6. November 1932

Die NSDAP wurde in Berlin noch nicht an der Macht beteiligt: Hindenburg und Papen blieben misstrauisch, die SA verstärkte ihren Terror aus Enttäuschung darüber, dass Hitler nicht an der Regierung beteiligt wurde. Aber auch Papen und Schleicher waren enttäuscht darüber, dass die NSDAP so stark geworden war. So war sie nicht mehr als Werkzeug für die Papen-Regierung und die Intereressen der Reichswehr, der Industriellen und der Gutsbesitzer zu gebrauchen. Angesichts des politischen Terrors auf den Straßen erließ von Papen eine Notverordnung, die politische Morde unter Todesstrafe stellte. Damit saß der Kanzler nun zwischen allen parteipolitischen Fronten, nur noch die DNVP und ein Großteil der DVP stützten ihn im Reichstag. Mittels einer Notverordnung wurde ein Wirtschaftsprogramm aufgelegt, das die Auflösung des Tarifrechts, aber im Gegensatz zu Brünings Deflationspolitik auch öffentliche Beschäftigungsmaßnahmen vorsah. Es wurde jedoch von allen Seiten bekämpft. Um zu verhindern, dass der Reichstag die Notverordnung aufhob - was sein gutes Recht gewesen wäre - löste Hindenburg das Parlament auf, bevor es zum ersten Mal zusammengetreten war. Papen erlitt in der einzigen Sitzung des neuen Reichstages trotzdem eine parlamentarische Niederlage: Ein Misstrauensantrag der Kommunisten wurde mit 512 gegen 42 Stimmen bei fünf Enthaltungen gebilligt. Dabei zeigte das Wirtschaftsprogramm bereits seine Wirkung: Im Oktober deutete sich erstmals eine Besserung der Wirtschaftslage an.[446]

Die Staatspartei war bei den Wahlen im Juli auf 0,7 % und 4 Sitze zusammengeschrumpft. Während sie die Regierung Papen zunächst als „Kabinett der nationalen Reaktion“ abgelehnt und auch in den

---

[446] Schulze, S. 385ff. und Pyta: Weimarer Republik, S. 141f. sowie Winkler, S. 511, Hintergründe zu den Verhandlungen mit Hitler siehe Mommsen, S. 561 sowie Blasius, S. 123f.

Wahlkampf für die Novemberwahlen im „Kampf gegen die Herrschaft der Junker“ zog, lockerte Parteichef Hermann Dietrich die grundsätzliche Oppositionshaltung gegenüber der Papenregierung, vor allem gegenüber dem neuen Wirtschaftsprogramm. Die Staatspartei forderte eine Verfassungsreform unter dem Schlagwort „nationale Demokratie“ mit einem Zwei-Kammernsystem, der Reichsrat sollte wie das britische Oberhaus zu einer gleichberechtigten Kammer werden. Auch war die Parteiorganisation durch die vielen Wahlen finanziell ausgeblutet, frühere Geldgeber hatten sich schon bei den Juliwahlen distanziert. Im Juni hatte die Partei erneut versucht, eine Liste mit dem Zentrum zustande zu bringen, was aber vom Zentrum abgelehnt wurde. Eine Listenverbindung mit der SPD fand im Vorstand der Staatspartei keine Mehrheit, auch um der Partei in Württemberg den Wahlkampf nicht zu erschweren. Einmal mehr brachte eine Verständigung mit der DVP keinen Erfolg.[447]

Die DVP unterstützte vorbehaltlos das „Kabinett der nationalen Konzentration“ und auch dessen Pläne für einen autoritären Staat. Dingeldey ging erneut eine Listenverbindung mit der DNVP ein. Eine letzte Regung machte der liberale DVP-Flügel, als der „Deutsche Nationalverein“ am 18. September 1932 mit dem Ziel gegründet wurde, alle Gruppen zwischen Zentrum und Deutschnationalen zu sammeln. Die Resonanz in der DVP war eher feindselig, das Vorhaben scheiterte wie alle anderen Versuche einer bürgerlichen Sammlung zuvor auch.[448]

Bei den Arbeiterparteien hatte sich das Gewicht von der SPD zur KPD verschoben: Mit dem Verlust Preußens hatte die Sozialdemokratie den letzten Einfluss auf die Politik verloren. Die SPD führte einen Krieg an allen Fronten, kämpfte gegen die Konservativen, die Kommunisten, den

---

[447] Matthias/Morsey: Staatspartei, S. 57 und Stephan, S. 489
[448] Richter: Deutsche Volkspartei, S. 774 und Booms, S. 532

Faschismus und gegen eine schwarz-braune Koalition. Innerhalb der Sozialdemokratie machte sich Resignation breit, und viele Genossen klammerten sich an den Glauben einer naturgegebenen, unaufhaltsamen Entwicklung der Geschichte hin zum Sozialismus. Im Kalender der „Schwäbischen Tagwacht“ hieß es: „Die Zukunft gehört nicht dem Faschismus, der Weg geht mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus.“ Die Partei stellte sich als Verfassungspartei dar, die seit 1918 für einen demokratischen und sozialen Staat gekämpft habe. Die KPD-Forderung nach einer Arbeiter- und Bauernrepublik fand bei den Arbeitern allerdings mehr Anklang als die Verteidigung der untergehenden Republik.[449]

Während die SPD in Berlin die Vorbereitungen für die Illegalität begann und Pläne für den Fall einer Besetzung der Parteizentrale ausarbeitete, musste Wilhelm Keil, der „ungekrönte König der württembergischen Sozialdemokratie“, die schwerste politische Niederlage seiner Laufbahn einstecken. Einerseits erreichte die Auseinandersetzung mit Kurt Schumacher einen neuen Höhepunkt, der mit dem Schlagwort „Das deutsche Volk braucht Brot, nicht Kanonen“ gegen den nationalen Kurs Keils Mehrheiten organisiert hatte. Keil hatte auch durch krankheitsbedingte Fehlzeiten an Autorität verloren, zudem entstand in den SPD-Gremien eine Stimmung gegen die „Vergreisung“ der Partei und gegen das „Machterhaltungskartell“ der Parteiführer und Funktionäre, die schon seit der Kaiserzeit im Amt waren. Schließlich erklärte Keil den Verzicht auf eine erneute Kandidatur, der erhoffte Widerspruch blieb jedoch aus. Sein Weggefährte Karl Hildebrand unterlag in einer Kampfabstimmung.[450]

---

[449] Winkler, S. 473 und Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 141
[450] Mittag: Wilhelm Keil, S. 315ff.

Die Lage der DNVP hatte sich mit der Juliwahl erneut verschlechtert, weil sich das Kräfteverhältnis stark zugunsten der NSDAP verschoben hatte. Zudem stand die Möglichkeit einer „braunschwarzen“ Mehrheit aus NSDAP und Zentrum/BVP im Raum. Im Wahlkampf für die Novemberwahlen warnte nun die DNVP plötzlich vor der Hitlerbewegung, allerdings mit dem recht abwegigen Vorwurf, Hitler wolle mit seinen Bemühungen um eine Parlamentsmehrheit das „System“ retten. Die NSDAP wiederum konterte und warf der DNVP „volksfremde Reaktion“ vor. Hugenberg setzte inhaltlich auf einen „neuen Staat“ als Monarchie ohne Parlamente und schlug dafür eine Reichstagsauflösung ohne Neuwahlen vor.[451]

Die KPD sah sich durch den Wahlerfolg gestärkt in ihrer Abgrenzung von den Sozialdemokraten. Die „ultralinke Taktik“ wurde im September erneut beschlossen, eine Gruppe an der Parteispitze um Hermann Remmele, Leo Lieg und Wilhelm Pieck wurde abgedrängt, die einen stärkeren Kampf gegen die NSDAP forderte. Der Generalstreik wurde nun zum wichtigen Mittel. Die kommunistische „Revolutionäre Gewerkschafts-Organisation“ und die „NS-Betriebszellen-Organisation“ riefen sogar gemeinsam zum Streik in Berlin auf und drangsalierten dabei sozialdemokratische Arbeiter, die sich nicht beteiligen wollten. Die Taktik der „Einheintsfront von unten“ richtete sich gegen die sozialdemokratischen Führer. Thälman glaubte wie die Komintern an eine Stabilisierung der KPD und überschätzte ihre Fähigkeiten. Tatsächlich hatte die KPD mit 350 000 Mitgliedern weit weniger Mobilisierungspotenzial als die SPD. Auch die Vorfeldorganisationen wie der RFB mit 40 000 und die kommunistische Jugendorganisation mit 55 000 Mitgliedern waren alles andere als kampfstarke Verbände.

---

[451] Hiller von Gaertringen, S. 560f.

Der von Hans Kippenberger aufgebaute militärische Apparat der KPD diente eher dem Selbstschutz denn der Verteidigung des Staates.[452]

Beim CSVD wurden immer mehr Stimmen laut, künftig bei Wahlen gar nicht mehr erst anzutreten. Die Entscheidung darüber fiel nicht mehr im Reichsvorstand, wo es wohl keine Mehrheit mehr gegeben hätte. Die Impulse gingen von den Landesverbänden aus, in denen eine Wahlbeteiligung Aussicht auf Erfolg hatte, also Westfalen und Württemberg. Der CSVD ging erneut eine Listenverbindung ein, und zwar mit der Volksrechtpartei, der Deutsch-Hannoverschen Partei und der „Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbsloser, Handel und Gewerbe (Erwerbslosenfront)“, deren Namenslänge in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung stand.[453]

In der NSDAP schwankte die Stimmung der Mitglieder zwischen Euphorie über den großen Erfolg der Juliwahlen und Enttäuschung über die gescheiterte Kanzlerschaft von Hitler. Daher konzentrierte man sich zunächst darauf, die neu gewonnen Anhänger und Mitglieder einzubinden oder für ihre Zwecke auszubilden. Zunächst sollten die Ortsgruppen ihre Schulden abbauen, regelmäßige Sprechabende wieder einführen, das Vereinsleben ausbauen und ein Zellensystem in allen Orten und Ortsteilen etablieren. Doch der Wahlkampf für die Novemberwahlen war für die NSDAP schwierig: Hohe Schulden der vergangenen Wahlkämpfe, geringe Motivation angesichts der erneuten Nichtbeteiligung der NSDAP an der Regierung, im Oktober waren sogar die ersten Parteiaustritte und eine wieder zurückgehende Spendenbereitschaft zu beobachten.[454]

---

[452] Bahne, S. 677 und Flechtheim, S. 285, zur tatsächlichen Kampfstärke der KPD siehe Mommsen, S. 599

[453] Opitz, S. 284

[454] Zur Stimmungslage in der NSDAP siehe Rösch, S. 365f. und Mommsen, S. 562

In *Württemberg* spielten Parlament und Parteien praktisch keine Rolle mehr, die Regierung stützte sich auf Notverordnungen. Nur wer ein Regierungs- oder Parteiamt mit guten Kontakten nach Berlin hatte, konnte noch Einfluss auf die Politik nehmen. So wie der Staatspräsident Eugen Bolz, der in Berlin die Verhandlungen mit der NSDAP über eine mögliche Regierungsbildung geleitet hatte. Das verwirrte die Zentrums-Anhänger ebenso wie die Unterstützung des KPD-Misstrauensantrags gegen Papen. Und so musste das Zentrum sein Verhalten auf allen Wahlversammlungen verteidigen. Die NSDAP versuchte, die Verunsicherung der katholischen Bevölkerung auszunutzen, das Zentrum habe selbst zugegeben, dass die Nationalsozialisten keine „Wirrköpfe“ und „Phantasten“ seien. Gegenwind bekam die NSDAP allerdings von der evangelischen Kirche: Der Oberkirchenrat wies die Pfarrer ausdrücklich an, sich nicht parteipolitisch zu betätigen, dabei waren vor allem Veranstaltungen der NSDAP gemeint. Obwohl die evangelische Kirche der Bewegung eher positiv gegenüber stand, hatte der Mord von SA-Männern an dem polnischen Arbeiter und Kommunisten in Potempa am 9. August 1932 und die fehlende Distanzierung Hitlers von der Bluttat Kirche und NSDAP entfremdet.[455]

Die auf Reichsebene zu beobachtende leichte wirtschaftliche Erholung war in *Herrenberg* bemerkbar, auch wenn die Lage für den Mittelstand weiter angespannt war. Die Handwerkskammer Reutlingen - zu der Herrenberg gehörte - schrieb im Oktober: „Zwischen Krise und Anzeichen der Besserung. Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung im Handwerk hat sich noch wenig bemerkbar gemacht. Überall fehlt es noch an ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten.

---

[455] Sproll, S. 70, Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 139, zur Rolle der Kirche siehe Ehmer, S. 117, zum Potempa-Mord siehe Blasius, S. 89f.

[...] Nur das Allernotwendigste wird gekauft, das gleiche ist auch bei Reparaturen der Fall. [...] Die große Last der Steuern und sonstigen Abgaben ist nach wie vor Gegenstand lebhafter Klagen im Handwerk.“[456]

Der Bauernbund hatte nun endgültig erkannt, wo der Hauptgegner stand und nahm den Kampf gegen die NSDAP an allen Fronten auf. Auf einer Wahlversammlung am 11. Oktober 1932 sagte der Bauernbund-Vertrauensmann Binder: „Hitler hätte sich in einer nationalen Regierung durchsetzen können, wenn er tatsächlich der Mann und der Führer ist, wie behauptet wird. Er hat aber gezeigt, daß er den Erfordernissen der Zeit nicht gerecht zu werden vermochte und hat lieber mit dem vielgeschmähten Zentrum verhandelt.“ Die Bauern sollten so machtvoll die Stimme erheben, dass sein Bund wieder in Lage versetzt werde, kräftigen Einfluss zu gewinnen. Martin Haag ergänzte: Wenn wir einen starken Bund hätten, würde die Schlachtsteuer nicht kommen.“ Bei einer Versammlung in Gültstein kritisierte Landesgeschäftsführer Muschler die Nationalsozialisten, „deren Programm heute noch so verschleiert ist wie ebemals, und die zur Machtergreifung die unsinnigsten Koalitionen einzugehen fähig sind.“ Erst jetzt erkannten Funktionäre und Anhänger des Bauernbundes, welche Gefahr von Hitler ausging. Ein Leserbrief im Gäubote machte deutlich, welche Stimmung in der Stadt herrschte: „Im Amtsblatt Nr. 255 lesen wir, daß die Presse von den NS geknebelt werden soll, im Amtsblatt Nr. 230 von 1931 werden von den Nazis diejenigen, welche die Naziversammlung besuchen, förmlich bedroht für den Fall - nehmen wir an - daß das Naziregiment kommt. In der schriftlichen Einladung zu der Versammlung am letzten Sonntag wird denjenigen, welche die Versammlung nicht besuchen, die Fähigkeit zur

---

[456] GB 18.11.1932

politischen Willensbildung abgesprochen! Was würde erst kommen, wenn der Wunsch und Wille der Nazis allweg in Erfüllung ginge! Wohl eitel Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit? Wähler denket nach!“[457]

Der Gäubote sah sich wachsenden Angriffen der NSDAP-Zeitung „Schwäbisches Tagblatt“ ausgesetzt, so dass Schriftleiter Karl Merz am 3. November schrieb: „Daß sich die nat.soz. Tageszeitung für Tübingen, Reutlingen und Herrenberg als Gouvernante fühlt und uns in dieser Eigenschaft schulmeistern will, wundert uns nicht. Wir sind nur erstaunt darüber, mit wie wenig Witz und wie viel Größenwahn dies geschieht.“ Die NSDAP schlug immer aggressivere Töne an. So warf sie dem Bauernbund vor, in Unterjettingen eine Frauenversammlung angekündigt zu haben, ohne sich als Veranstalter erkennen zu geben. Der Affstätter Molkereigenossenschaft hielt die NS-Zeitung vor, den Auszahlungstag für das Milchgeld extra auf einen Tag gelegt zu haben, als im Gasthaus „Linde“ eine NS-Versammlung stattfinden sollte. Der Affstätter Vertrauensmann Binder - der Sohn des früheren Bürgermeisters und Bauernbunds-Bezirksvorsitzenden - schilderte in einem Brief diesen Abend: Als Karl Ludwig Lechler in Affstätt mit seinen Parteigenossen angekommen sei, habe ein Jungbauer gerufen: „Von euch (also NS-Redner bzw. NSDAP) können und wollen wir nichts mehr hören und lernen.“ Binder meinte, es wäre endlich an der Zeit, dass in der NSDAP Einsicht und Vernunft die Oberhand bekommen würden. Er warf der Partei paradoxerweise vor, zur Mitte hin abgedriftet zu sein, also zum Zentrum. Eine die Wirklichkeit vollkommen verkennende Argumentation, die auch in Anzeigen verwendet wurde. So schrieb der Bauernbund am Tag vor der Wahl: „Wer Nationalsozialisten wählt, wählt Zentrum!“ Auch wurde nach wie vor der

---

[457] Anzeige GB 11.10., Bericht GB 13.10.1932, Anzeige GB 25.10. und Bericht GB 28.10.1932, Warnung vor NSDAP Leserbrief GB 4.11.1932

drohende Sozialismus und Kommunismus immer wieder als Hauptgefahr angeprangert. Offensichtlich boykottierte der Gäubote vorübergehend die NSDAP, weder Anzeigen noch Versammlungsberichte fanden sich im Vorfeld der Novemberwahl.[458]

Der Bondorfer Pfarrer und Ortsgruppenleiter Wilhelm Krauß trat erneut im Wahlkampf in Erscheinung, geriet dabei aber in Konflikt mit der Landeskirche und dem württembergischen Kirchenpräsidenten Theophil Wurm. Für die Reichstagswahl sollte Krauß am 2. November in Herrenberg auf einem Frauenabend über „Frau und Nationalsozialismus“ sprechen. Der Herrenberger Dekan Eugen Schmid meldete dies dem Oberkirchenrat und sprach sein Unverständnis darüber aus, dass Krauß auf einer politischen Veranstaltung sprechen wollte. Der Oberkirchenrat legte dem Bondorfer Pfarrer daher nahe, sich bei seinen Ausführungen „allgemeiner zu fassen und sich im Sinn des Erlasses vom 29. Sept. 32 einer Wahlagitation zu enthalten.“ Damit war die Anweisung an die württembergischen Pfarrer gemeint, im Wahlkampf keine Werbung für eine Partei zu machen, trotz der kaum verhohlenen Sympathie etwa des Landesbischofs für die NSDAP.[459]

Die Bürgerpartei verfügte nur noch über eine schwache Ortsgruppe. Davon zeugt der Bericht einer Versammlung vom 5. November: „Wenn die Ortsgruppe auch wenige zählt, die sich zur DNVP bekennen, so zeigte doch der Besuch am gestrigen Abend, daß das Interesse an dieser Partei wächst, die die Einheit des Reiches auf ihre Fahne geschrieben hat.“ Oberamtsbaumeister Christian Hagenlocher tauchte

---

[458] Kritik GB-Schriftleitung GB 4.11.1932, Berichte über Schwäbisches Tagblatt GB 3.11. und 14.11.1932, Leserbrief Binder GB 14.11.1932, Anzeige GB 5.11.1932

[459] Zur politischen Agitation von Pfarrer Krauß und die Haltung der Landeskirche siehe Ehmer, S. 117

in den Berichten immer wieder als Versammlungsleiter auf, vermutlich war er der letzte Vorsitzende der Bürgerpartei. Die Bürgerpartei setzte ganz auf die Regierung Papen und agitierte vor allem gegen die Verbindung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum. Auch sollte der Hindenburg-Mythos erneut reaktiviert werden. In einer Anzeige am 5. November hieß es: „Wer deutschnational wählt, wählt Hindenburg!“[460]

Mit starker Propaganda verbreitete die KPD die These, sie sei die einzig wahre Oppositionspartei, die nie mit den kapitalistischen Machthabern paktiert habe. In einer Gäubote-Anzeige am 20. Oktober 1932 warb die Partei: „Verschafft Euch Klarheit über den Weg, den Ihr aus Not und Elend beschreiten müßt.“ Leider liegen über den Herrenberger über den Wahlkampf der beiden Linksparteien praktisch keine Quellen vor, im Gäubote ist lediglich noch eine Anzeige für eine SPD-Wahlversammlung am 5. November mit Kurt Schumacher aus Stuttgart zu finden, der nach dem Zweiten Weltkrieg Bundesvorsitzender der Partei wurde. Immerhin kann damit noch sicher von der Existenz einer Ortsgruppe ausgegangen werden. Die Sozialdemokraten mussten zudem den Tod ihres beliebten Gemeinderates Wilhelm Morlock am 14. Oktober 1932 verkraften, er war 56 Jahre alt geworden. Für ihn rückte im Gemeinderat Heinrich Kohler nach.[461]

Auch die DDP wurde von dem Verlust eines ihrer wichtigsten Repräsentanten getroffen: Albert Zinser starb am 1. September 1932 im Alter von 52 Jahren. Im Wahlkampf setzte die DDP einzig und allein auf die Person des Wirtschaftsministers Reinhold Maier, nicht einmal der Name DDP tauchte in der Anzeige auf: „Wirtschaftsminister Dr. Maier ist frei und unabhängig, steht im Dienst des Volkes und kennt

---

[460] Bericht und Anzeige DNVP GB 5.11.1932
[461] Anzeigen KPD im GB 20.10.1932 und SPD im GB 4.11.1932

seine Not. Treue um Treue. Wählt Wirtschaftsminister Dr. Maier, Liste 8.“ Die Partei richtete scharfe Kritik an die DNVP, die schuld an den ständig neuen Wahlen sei. „Die Deutschnationalen waren die Wegbereiter Hitlers, Nationalsozialisten treiben mit Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen eine sozialistische Politik, die Bauern, Handwerker und Industrie zugrunde richtet.“[462]

Das Ergebnis der Wahl führte überraschenderweise zu starken Verlusten der NSDAP. Der gemeinsame Streik mit der KPD hatte die alten Ängste des Bürgertums vor einer rot-braunen Koalition heraufbeschworen, auch machte sich die wirtschaftliche Erholung wohl schon bemerkbar. Die NSDAP verlor im Reich wie in Württemberg rund vier Prozent, blieb aber mit deutlichem Abstand stärkste Kraft. Auch die „negative Mehrheit“ von NSDAP und KPD im Reichstag blieb bestehen. Ein Teil der Wähler kehrte zur bürgerlichen Rechten zurück, also zur DNVP, die im Reich etwa drei Prozent hinzugewann. In manchen Gebieten musste die NSDAP sogar Stimmen an die KPD abgeben. Die rückte mit 16,9 Prozent immer näher an die ohnmächtige und farblose SPD heran, die auf 20,4 Prozent zurückging. Das war in Württemberg noch deutlicher: Die KPD erzielte mit 11,2 Prozent erstmals wieder ein zweistelliges Resultat, die SPD sank auf 18,0 Prozent. Der Kampf des Bauernbundes trug nur wenig Früchte, gerade mal 1,5 % Zuwachs und ein Ergebnis von 8,0 Prozent ließen die alte Stärke nur mehr erahnen, es blieb bei zwei Reichstagsmandaten. Die Liberalen blieben in Württemberg zusammen unter fünf Prozent. Die demokratischen Parteien waren bei den letzten „freien“ Wahlen trotz der NSDAP-Verluste im Reich wie im Land geschwächt worden, der Anteil extremistischer Stimmen nahezu gleich geblieben. Der Trend ging nach

---

[462] DDP-Anzeige GB 4.11.1932

wie vor zu Parteien, die eine autoritäre Staatsform bevorzugten, wozu auch die DNVP gehörte.[463]

Während die NSDAP im Oberamt Herrenberg mit etwa fünf Prozent nur leicht verlor, musste sie in der Stadt rund zehn Prozent der Stimmen einbüßen. Gleichzeitig erholte sich die Bürgerpartei noch einmal, gewann 70 Stimmen dazu und bekam mit 10,9 Prozent wieder ein zweistelliges Ergebnis, und das trotz der schwachen Organisation. Im Umland blieb diese Renaissance praktisch aus, im gesamten Oberamt erzielte die Bürgerpartei lediglich 3,1 % der Stimmen. Die NSDAP verlor in ihren Hochburgen Nebringen (minus 4 %), Bondorf (minus 6), während sie in Oberjettingen sogar fünf Prozent zulegte, obwohl sie dort 30 absolute Stimmen weniger erhielt. Dabei machte sich die um 4 % gesunkene Wahlbeteiligung bemerkbar. Überdurchschnittlich verlor die NSDAP in den Bauernbund-Hochburgen Affstätt (minus elf) und Oberjesingen (minus zehn Prozentpunkte). Hier legte der Bund auch rund acht Prozent zu, blieb in absoluten Stimmen jedoch konstant niedrig. Es zeigte sich, dass die abgewanderten Landwirte nicht ohne weiteres zurückkehrten, sondern lieber den Wahlurnen fernblieben. Insgesamt legte der Bauernbund in Stadt und Oberamt nur zwei Prozent zu. Eine konstante Größe blieb der CSVD, der in Herrenberg-Stadt sogar 7,9 Prozent bekam und in seinen Stammgemeinden Entringen und Unterjesingen zwischen 15 und 25 Prozent pendelte.

Bei den Arbeiterparteien zeigte sich noch deutlicher als in Reich und Land die Dominanz der KPD: Während sich der Abwärtstrend der SPD fortsetzte (Stadt: 8,5 %, Oberamt: 3,5 %), erreichten die Kommunisten mit 15,2 Prozent in der Stadt eine nie gekannte Stärke. In Gärtringen (27 %) und Nufringen (20 %) waren sie noch stärker als zuvor eine

---

[463] Schulze, S. 388 und Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 146

ernstzunehmende politische Kraft, während die SPD hier nur drei bis fünf Prozent bekam. Das lag durchaus im Landestrend: In vier Oberämtern wurde die KPD gar stärkste Partei. Die DDP stabilisierte sich in Herrenberg auf niedrigem Niveau knapp unter sechs Prozent, die DVP knapp unter vier Prozent, sie gewannen in absoluten Stimmen praktisch nichts hinzu.

Der Anteil extremistischer Stimmen hatte sich in Herrenberg-Stadt sogar noch erhöht auf fast 50 Prozent, während die demokratischen Verfassungsparteien der Weimarer Koalition immer schwächer wurden und nur noch knapp 15 Prozent auf sich vereinigen konnten. Aber auch von einer bürgerlichen Mehrheit war man mit 38 Prozent weit entfernt. Herrenberg war bis 1931 ein Hort der Stabilität gewesen, in der Stadt und auch im Oberamt hatten die extremen Parteien keinen Fuß auf den Boden bekommen. Binnen eines Jahres hatte sich das grundlegend geändert: Die Verfassungsfeinde waren wesentlich stärker als in Land und Reich. Der Nationalsozialismus fand im protestantisch-agrarischen Milieu des Bauernbundes mit seinen antisemitischen Einsprengseln einen fruchtbaren Nährboden. Nachdem erst einmal die Widerstände gebrochen waren, liefen die protestantischen Bauern in Scharen zu der neuen Bewegung über. Daran konnte auch der Rückschlag im November 1932 nichts mehr ändern. Der Bauernbund hatte zu spät die Gefahr erkannt, seine alten Führer um Theodor Körner verloren zunehmend an Bindekraft. Das Gleiche galt für die Sozialdemokratie, die mit ihren ehrenwerten Repräsentanten Fritz Böckle, Paul Marquardt und Heinrich Kohler nicht mehr die junge Generation radikaler Arbeiter ansprechen konnten, die daher zu KPD oder NSDAP überliefen.

Die Bauernbund-Führer erkannten die Zeichen der Zeit jedoch nicht und glaubten, mit den Novemberwahlen sei eine Trendwende erreicht. So kommentierte der Gäubote am Tag nach der Wahl: „Bei den Rechtsparteien [...] ist ein erfreulicher Auftrieb festzustellen. [...] Will der

gewählte Reichstag leistungsfähig sein, so geht es ohne Koalition nicht ab und zwar müßte sie erfolgen zwischen Nationalsozialisten, Zentrum, bayr. Volkspartei und den Deutschnationalen.“ Offenbar glaubte man - wie viele im konservativen Lager – immer noch daran, die NSDAP zähmen zu können, worauf auch ein Satz in dem Kommentar hindeutete: „Immerhin ist die Nat.-Soz. Partei die stärkste Partei geblieben und trägt nach wie vor eine große Verantwortung für die kommende Entwicklung. Jetzt muß sie zeigen, daß sie etwas Brauchbares und Positives leisten kann.“ Der Dauerwahlkampf hatte die Parteien an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht. Das galt auch und vor allem für die NSDAP-Ortsgruppe Herrenberg, Wilhelm Gauger zog eine Bilanz: „Ein kampfreiches, aber erfolgreiches Jahr wurde abgeschlossen, eine Entscheidung war ausgeblieben. [...] Dieses Jahr mit seinen 5 Wahlen hat unsere kleine Ortsgruppe nicht weniger als 2500 RM gekostet. Mit leerer Kasse, aber ohne Schulden traten wir ins neue Jahr über, bereit in diesem Jahre die Entscheidung zu erzwingen.“[464]

12.6. Vergleich mit anderen Städten

Mit den Wahlen 1932 war die NSDAP auch im Oberamt Herrenberg tief in die protestantisch-agrarischen Wählerschichten vorgedrungen, die ihr bislang durch die unangefochtene Stellung des Bauernbundes verschlossen geblieben waren. Der Vergleich mit den anderen Städten soll nun untersuchen, ob dies der Partei auch in anderen Milieus in Württemberg gelang, und wie die Entwicklung im protestantischen Milieu anderorts aussah.

Zunächst der Blick in die **Industriestädte.** Hier konnten die Nationalsozialisten ebenfalls einen großen Erfolg feiern, gerade in

[464] Kommentar GB 7.11.1932, Bericht Gauger GB 4.8.1934

bislang für sie ungünstigen Städten wie Böblingen, Kirchheim oder Sindelfingen. Allerdings gelang das eher durch ein Einsammeln ehemals bürgerlicher Stimmen als durch große Gewinne in der Arbeiterschaft, dies gelang nur in schon bisher als Hochburgen bekannten Städten wie Pforzheim und Esslingen. Zudem blieben manche Arbeiterstädte wie Stuttgart oder Ulm der NSDAP nach wie vor weitgehend verschlossen oder zumindest wenig gewogen. Teils weil die Bindungen an bürgerliche Parteien oder an die SPD weiterbestanden, teils weil der CSVD noch einen guten Teil des protestantischen Protestwählerpotenzials erfolgreich an sich band.

Ein Beispiel dafür ist *Stuttgart.* Die drei Wahlgänge 1932 brachten der NSDAP zwar einen weiteren Aufschwung, der jedoch weit geringer ausfiel als im restlichen Land. Die NSDAP steigerte sich von 18 auf 22 % und fiel im November wieder auf 18 % zurück, die strukturelle Schwäche wurde nicht überwunden. Die SPD veränderte sich nur um wenige Prozentpunkte zwischen 18 und 20 %, die KPD hatte eine stetige Aufwärtsentwicklung von 11 auf 16 % in November 1932. Die beiden liberalen Parteien näherten sich der Bedeutungslosigkeit, nur die Bürgerpartei steigerte sich 1932 sogar auf 8 %. Der CSVD und andere Parteien spielten nur eine Nebenrolle. Es kam in den Wahlkämpfen des Jahres 1932 zu immer schlimmeren Ausschreitungen, Schlägereien und Überfällen. Die politische Auseinandersetzung fand auf der Straße statt, die „Schlacht von Heslach“ zwischen SA- und KPD-Anhängern von 1931 ist in die Geschichte eingegangen. Die NSDAP beklagte zwei Tote bei politischen Unruhen und nutzte diese zur Propaganda. Als Ende 1932 Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser im Machtkampf mit Hitler entmachtet wurde, veröffentlichte der Stuttgarter NS-Kurier nur Hitlers Stellungnahmen. Die depressive Stimmung der Partei versuchte die Gauleitung, mit einer Tagung aller Leiter von NSDAP, SA und SS und

einem verkündeten „Burgfrieden“ zu überspielen, mit „Deutschen Abenden“, Kulturveranstaltungen und Weihnachtsfeiern sollten die Mitglieder bei Laune gehalten werden. Das über die Ortsgruppe gut informierte Polizeipräsidium sprach von einer „ernsten Krise“, ein Zusammenbruch der Partei stehe aber nicht bevor.[465]

Ganz anders als in Stuttgart verlief die Entwicklung in *Sindelfingen und Böblingen.* War die NSDAP bei den Wahlen 1930 noch extrem schwach gewesen, liefen nun offensichtlich die bürgerlichen Wähler in Scharen zu den Nationalsozialisten über. Während die SPD ihre Stammwählerschaft stabil hielt und in Sindelfingen auf 33 Prozent sogar noch zulegte, verschwanden die einst so mächtige DDP ebenso wie die DVP oder der Bauernbund fast von der Bildfläche, das Gleiche galt für die DNVP. Die Kommunisten hielten ihre Stimmanteile von über 20 Prozent in beiden Städten recht konstant. Exorbitant war der Anstieg der NSDAP-Stimmen im Jahr 1932: In Sindelfingen im Vergleich zum Wahljahr 1930 von 5 auf 24 Prozent und in Böblingen von 14 auf 37 Prozent. Und diese Werte brachen auch bei den Dezemberwahlen entgegen dem Reichstrend nicht ein. War die NSDAP in beiden Städten bis 1932 praktisch kaum erkennbar, bestimmte sie nun plötzlich das politische System. Nur zögerlich regte sich gegen diese Entwicklung Widerstand: Nachdem sich SPD und KPD in Sindelfingen im Gemeinderat zunächst hart bekämpft hatten, gab es ab Mitte 1932 erste Anzeichen für eine Kooperation.[466]

Die Entwicklung in *Esslingen war* von einer gewissen Stabilität der Arbeiterparteien gekennzeichnet. Zunächst ein Blick auf die Wahlen des Jahres 1932. Bei den Reichspräsidentschaftswahlen erzielte Hindenburg mit 56,6 % und 57,4 % bessere Ergebnisse als im Reich,

---

[465] Wahlergebnisse Weber, Anhang 1, Müller: Stuttgart im NS, S. 26f.
[466] Heimberger, S. 138 und Mirkes, S. 42 sowie Zecha, S. 47

aber niedrigere als in Württemberg. Hitler blieb mit 22,1 % und 27,4 % hinter Reichs- und Landesergebnissen zurück, während Thälmann mit 18,1 % und 15,2 % über dem Schnitt lag.[467] Für die Landtagswahlen hatte die Esslinger NSDAP mit Wilhelm Murr, Dietrich von Jagow und zwei weiteren „Parteigenossen“ vier Vertreter auf der Landesliste der Partei, ein weiteres Zeichen für die starke Stellung der Ortsgruppe im Gau Württemberg. Die drei Wahlen 1932 zeigten, dass die Esslinger NSDAP sich in ihrem Ergebnissen dem Landestrend annäherte. Zur Landtagswahl verdoppelte die Partei ihr Ergebnis auf 30,0 % und übertraf damit das Landesergebnis, bei den Reichstagswahlen im Juli fast genau das gleiche Resultat, währen das Ergebnis im November nur 25,4 % betrug. Die Ortsgruppe erklärte die Niederlage im Rückblick: „Die Stimmung ist nicht für die NSDAP. Eine kleine Niederlage. Die Spreu trennt sich vom Weizen.“[468] Die Esslinger SPD blieb in ihrer Hochburg weitgehend stabil, bei der Landtagswahl zwar ein Rückgang auf 25 %, bei den beiden Reichswahlen allerdings mit 30,0 % und 27,1 % nur geringe Stimmverluste. Auch die KPD konnte ihre Stammwähler 1932 vollständig bei knapp unter 18 % halten, bei den Novemberwahlen waren es sogar fast 20 %. Schlagartig in die Bedeutungslosigkeit rutschten die liberalen Parteien mit Resultaten um 4 % (DDP) und DVP (2 %). Die DNVP blieb eine Partei um 5 %.[469]

In *Pforzheim* ging die Polizei 1932 entschlossener gegen die NSDAP vor. Eine Versammlung wurde aufgelöst, weil ein Redner die Regierung verächtlich gemacht hatte. Bei den Reichspräsidentschaftswahlen erreichte Hitler mit 30,8 und 42,8 % in Pforzheim überdurchschnittliche Ergebnisse. Die Pforzheimer NSDAP hatte vor allem die Arbeiterschaft angesprochen und überzeugt. Zu den Juliwahlen organisierte die

---

[467] Kienzle, S. 49ff. und Glück, S. 131ff.
[468] zitiert nach Kienzle, S. 79
[469] Glück, S. 134

NSDAP eine Frauenversammlung, um in der Stadt mit einem hohen Anteil arbeitender Frauen die gegen die Gleichberechtigung der Frau ausgerichtete Programmatik der Partei in ein rechtes Licht zu rücken. Arbeitslosen wurde bei Parteieintritt eine neue Stellung versprochen. Mit 48,2 % wurde Pforzheim zur absoluten Hochburg der Partei, die SPD (14 %) wurde erstmals von der KPD (15,7 %) übertroffen. Bei den Novemberwahlen ging der NSDAP-Anteil nur leicht auf 45,5 % zurück, die NSDAP hatte wie anderswo im Wahlkampf bewusst „einfache“ Leute gegen das Papen-Kabinett gesetzt hatte. Nach der Wahl wurde eine SA-Reserve gegründet.[470]

Auch in *Ulm* gelang der NSDAP eine enorme Mobilisierung, Kreisleiter Eugen Maier berichtete im Januar 1933 von 57 Prozent mehr Mitgliedern im vergangenen Jahr. Seit 1931 gab es das Kampfblatt „Ulmer Sturm“, im Oktober wurde die Bezirksleitung Ulm-Fils aufgelöst und eine neue, gestärkte Kreisleitung mit Eugen Maier an der Spitze etabliert. Bei den Wahlen 1932 wurde die NSDAP mit 28 Prozent stärkste Partei in Ulm, bei den Reichstagswahlen waren es 31 und 28 Prozent. Allerdings war der Erfolg nicht so durchschlagend wie im allgemeinen Trend.[471] Ein schwieriges Terrain blieb *Heilbronn* für die NSDAP, dort kam die Partei bei den Wahlen des Jahres 1932 nicht über 20 Prozent hinaus.[472]

Ganz anders sah dies in *Kirchheim* aus. Die Industriestadt wurde zu einer Hochburg der NSDAP, was sich nicht nur an den Wahlergebnissen von 38 und 35 % bei den Reichstagswahlen 1932 festmachen ließ. Die Ortsgruppe war sehr gut organisiert, es gab einen SA-Sturm, die NS-Frauenschaft und eine Hitlerjugend. Die NSDAP hatte bei den Wahlen mehr Stimmen als die beiden Arbeiterparteien

---

[470] Wolfinger, S. 212ff.
[471] Schmidt, S. 372
[472] Schlosser: Richard Drauz, S. 146

SPD und KPD zusammen erhalten, nur die KPD konnte ihren Anteil mit 17 und 18 Prozent stabil halten, während die SPD auf 14 Prozent abrutschte.[473]

Der Blick in die **katholischen Städte** zeigt, dass es hier für die NSDAP ungleich schwerer war als im protestantischen Raum, Fuß zu fassen und gar zur dominierenden Partei zu werden. Die Partei konnte allenfalls zum Zentrum aufschließen, nicht jedoch die Katholikenpartei als stärkste Kraft verdrängen. Obwohl die NSDAP mancherorts Aufmerksamkeit erlangte, blieben ihre Ergebnisse weit hinter protestantischen Regionen zurück, und das galt auch für industriell und von Arbeitern geprägte Städte wie Friedrichshafen.

In *Rottenburg und Ravensburg* verlor das Zentrum seine Vormachtstellung keineswegs und gab auch so gut wie keine Stimmen ab. Zwar gelangen der NSDAP mit 15 % in Rottenburg und 25 % in Ravensburg zweistellige Ergebnisse, diese blieben jedoch weit unter dem Landesschnitt. Auf niedrigem Niveau stabil verharrte in beiden Städten SPD und KPD, während die bürgerlichen Parteien praktisch verschwanden und von der NSDAP verdrängt wurden. Peter Ehrmann beschreibt die Situation trefflich, die NSDAP habe einen „Quantensprung aus der Bedeutungslosigkeit in die Rolle des Juniorgegners für das Zentrum“ gemacht. [474]

Auch in *Friedrichshafen* können wir das gleiche Bild erkennen: Die NSDAP wurde mit Ergebnissen um 23 % tatsächlich zum „Juniorgegner“ des Zentrums, das sich jedoch nach dem Verschwinden der Splitterparteien wieder an die alten Ergebnisse über 40 Prozent annäherte. Die KPD hingegen profitierte von der Radikalisierung und erreichte 1932 erst 11 Prozent im Juli und dann 17 Prozent bei den

---

[473] Kilian, S. 83
[474] Ehrmann, S. 10 und Kraus, S. 4

Novemberwahlen. Die NSDAP-Ortsgruppe umfasste 1932 etwa 230 Mitglieder, vor der Juliwahl war Adolf Hitler nach Friedrichshafen gekommen. Um bei den Katholiken anzukommen, anerkannte die Partei in Friedrichshafen sogar den „Primat des Papstes“. Das dortige Zentrum allerdings nahm die NSDAP nun als Konkurrenzpartei wahr und erklärte daher im Wahlkampf, der Nationalsozialismus sei „eine von der Kirche bis jetzt abgelehnte Bewegung“.[475]

Auch in den kleinen katholischen Städten ein ähnliches Bild. In *Langenargen* mobilisierten Zentrum und SPD im Wahljahr 1932 gegen die NSDAP, dazu kam auch Staatspräsident Eugen Bolz in die Gemeinde. Doch zum ersten Mal gelang der NSDAP bei den Reichstagswahlen im Juli der Sprung über 30 % in der Gemeinde, das Zentrum fiel erstmals unter 40 %. Auch bei den Novemberwahlen 1932 blieb die NSDAP mit rund 27 % relativ stark, das Zentrum kam nicht mehr an die 50 % heran. In *Meßkirch* fiel es der Partei weiterhin bedeutend schwerer, die katholische Bevölkerung zu überzeugen. Allerdings verstärkte die NSDAP ihre Anstrengungen, von 21 Veranstaltungen in der Stadt wurden 8 von ihr organisiert. Auch im übrigen Oberamt schickte die Partei ihrer Redner von einem Ort zu anderen, teilweise hatten sie bis zu drei Termine am Tag. Zwei NSDAP-Veranstaltungen wurden im Übrigen verboten. Bei der Reichspräsidentenwahl 1932 erhielt Hitler mit 23,3 und 24,7 % weit unterdurchschnittliche Ergebnisse, Hindenburg über 70 %. Obwohl es das zweitschlechteste NSDAP-Ergebnis in Baden war, hatte die Partei im Ort ihre Stimmenzahl verfünffacht. Die SA hielt jeden Samstag Turnübungen im Saal eines ehemaligen Gasthauses ab, nach dem SA-Verbot benannte sich die Gruppe einfach in „Nationaler deutscher Arbeiterverein“ um. Der Gemeinderat untersagte die

---

[475] Kuhn: Friedrichshafen, S. 179

Wehrsportübungen allerdings auf Antrag der SPD und mit Unterstützung des Zentrums, gegen die übrigen bürgerlichen Parteien und den Bürgermeister. Die Juliwahlen wiederholten den NSDAP-Anteil von einem Viertel der Stimmen, im November fiel die Partei aber wieder knapp unter 20 %. Die SPD erreichte nur noch 10 bis 11 %, die KPD im November immerhin 4,6 %, wobei sie in den „Arbeitergemeinden“ um Meßkirch bessere Resultate hatte.[476]

Abschließend der Vergleich mit anderen **protestantischen Landstädten.** Hier zeigte sich 1932 ein doppelter Einbruch: Die NSDAP konnte weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen, bedrängte erstmals wie in Herrenberg oder Hall den Bauernbund auch im agrarischen Umland, gleichzeitig verschwanden die liberalen Parteien praktisch vollständig aus der öffentlichen Wahrnehmung. Auch die Arbeiterparteien mussten nun erste Verluste ihrer festen Milieuwählerschaft hinnehmen, die KPD erstarkte gerade auf dem flachen Land zu Lasten der Sozialdemokraten.

In *Tübingen* erreichte Hitler bei der Präsidentenwahl 26,7 Prozent der Stimmen, im zweiten Wahlgang 34,2 %, der Anteil der NSDAP wurde bei den Landtagswahlen auf 33 und bei den Reichstagswahlen auf 40 Prozent ausgebaut. Damit war Tübingen von einer NS-skeptischen Stadt zu einer NS-Hochburg geworden. Das war das Ergebnis eines Trommelfeuers von Veranstaltungen, tatkräftig unterstützt von Parteiprominenz. Dabei wurden Zentrum und CSVD gleichermaßen attackiert, letzterer als „christlicher Handlanger der Systemparteien“. Den meisten Zulauf bekam die NSDAP von ehemaligen DDP-Wählern, was auch daran lag, dass die bekannten Landtagsabgeordneten Adolf Scheef und Otto Henne bei der Landtagswahl nicht mehr kandidierten. Zur Juliwahl gab es Zusammenstöße zwischen NSDAP und Arbeitern,

---

[476] Weißhaupt, S. 63ff.

zum Beispiel im „roten Lustnau“, SPD und KPD organisierten einen antifaschistischen Widerstand. Die NSDAP bekam jedoch Unterstützung von unerwarteter Seite: Kurz vor der Wahl im Juli bekannten sich 50 Hochschullehrer zum ersten Mal öffentlich zum Nationalsozialismus. Das war ein weiteres Zeichen für die starke Verankerung der NSDAP-Ortsgruppe im Bürgertum, die sich schon durch die Unterstützung der Gewerbetreibenden bei der Kommunalwahl gezeigt hatte.[477]

Der Dauerwahlkampf 1932 heizte auch in *Aalen* die politische Atmosphäre weiter auf. Die Kampagnen von NSDAP und KPD beschränkten sich jetzt nicht mehr auf argumentative Auseinandersetzungen mit den übrigen Parteien, sondern sie störten gezielt deren Veranstaltungen oder versuchten, sie zu „sprengen“. So gab es am 25. Februar 1932 eine Schlägerei zwischen SA und Reichsbanner in Fachsenfeld. Oberbürgermeister Schwarz gelang es, den KPD-Rat Karl Wiessner in die politische Arbeit im Gemeinderat einzubinden, 1932 trat Wiessner von seinem Amt zurück. Die NSDAP attackierte jedoch Schwarz und die übrigen Ratsmitglieder im Gemeinderat immer aggressiver. Bei den Wahlgängen 1932 zeigte sich eine hohe Stabilität der politischen Verhältnisse, die Verschiebungen der Reichsebene fanden in Aalen nur abgemildert statt. Bei den Präsidentschaftswahlen erreichte Hindenburg mit 66,2 und 68,8 % ein über- und Hitler mit 21,3 und 25,1 % ein unterdurchschnittliches Ergebnis. Die NSDAP erreichte bei den Reichstags- und Landtagswahlen recht konstante Ergebnisse um 25 % mit nur minimalen Schwankungen, die SPD blieb ebenfalls recht stabil zwischen 19 und 21 % ohne größere Schwankungen. Das Zentrum verlor leicht zugunsten der DNVP, die von 3,7 % im Juli auf 6,7 % im

---

[477] Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 56ff. und S. 70

November anstieg, die KPD steigerte sich sogar von 10,6 auf 11,4 %, was wohl auf eine „reale“ Politik an der Basis im Gegensatz zur „ultralinken“ Taktik zurückging, die von oben verordnet wurde. Massen konnte die KPD aber nicht mehr mobilisieren.[478]

Die absolute Mehrheit erreichte die NSDAP 1932 schon in *Nagold.* Bei den Juliwahlen 1932 stimmten 54 Prozent der Nagolder für die Partei, der Anteil ging im November auf 45 Prozent zurück, das Ergebnis lag aber immer noch weit über dem Durchschnitt von Land und Reich. Die bürgerlichen Parteien der Mitte wie DDP und Zentrum erreichten zusammen gerade mal 6 Prozent, die Arbeiterparteien knapp 20 Prozent. Weite Teile der bürgerlichen Wählerschaft waren offensichtlich zum Nationalsozialismus übergelaufen.[479]

War die NSDAP in *Hall* bislang eine Randerscheinung geblieben, so gelang ihr bis 1932 wie in Herrenberg der Durchbruch. Die Christlich-Deutsche Bewegung, ein Vorläufer der NS-Kirchenpartei Deutsche Christen, rief bei der Kommunalwahl 1931 die Protestanten auf, ihre Stimme nur den Rechtsparteien zu geben. Bei der Reichspräsidentenwahl lag Hitler im zweiten Wahlgang entgegen dem Landestrend vor Hindenburg. Der Übertritt des Bauernbund-Funktionärs Albert Schüle zur NSDAP brachte weiteren Auftrieb, bei den Juliwahlen 1932 erzielte die NSDAP 46 Prozent im Oberamt, der Bauernbund erreichte statt 39 nur noch 16 %. Bei den Novemberwahlen stimmten nur noch 35 % für die NSDAP, was jedoch immer noch weit über dem Landesergebnis von Württemberg lag. Eine Statistik in der Lokalzeitung „Kocherboten“ wies aus, dass von 177

---

[478] Schurig, S. 97ff.
[479] Ackermann, S. 206

Veranstaltungen im Jahr 1931 alleine 94 von der NSDAP abgehalten wurde.[480]

Der Aufstieg gelang der NSDAP auch in *Backnang*. So erreichten Hitler und Thälmann bei den Präsidentschaftswahlen in Backnang überdurchschnittliche Ergebnisse, bei den Landtagswahlen wurde die NSDAP mit 33,5 % erstmals die stärkste Partei, aber auch die KPD baute ihr Ergebnis auf 21,5 % aus. Schon 1932 gab es also eine Mehrheit der „Systemgegner“. Die protestantische Backnanger Bevölkerung wurde durch den „Volksredner“ Pfarrer Münchmeyer umworben, auch Frauen wurden gezielt angesprochen. Über das Radio wurden Hitlerreden auf dem Marktplatz übertragen. Bei den Reichstagswahlen im Juli erreichte die Propaganda mit 37,9 % ihr Ziel in Backnang. Zu den Novemberwahlen ließ die NSDAP bewusst einfache Parteigenossen auftreten, um gegen das „Kabinett der Barone“ in Berlin ein Zeichen zu setzen. Trotzdem verlor die Partei auch in Backnang rund 5 %. Die KPD profitierte ebenfalls von der Radikalisierung und erreichte mit 25 bzw. 26,9 % bei den beiden Reichstagswahlen Rekordergebnisse. Die SPD mobilisierte zum ersten Mal das Reichsbanner und die Eiserne Front, die Veranstaltungen gegen Hitler organisierten. Die SPD hatte mit Ergebnissen von 12 und 10,6 % jedoch kaum noch Bedeutung. Die bürgerlichen Parteien verloren trotz einer Flut von Wahlveranstaltungen an Rückhalt, DDP und DVP erhielten 1932 nur noch Ergebnisse deutlich unter 5 %. Nur die Bürgerpartei blieb mit etwa 7 % stabil.[481]

In *Wertheim* festigte sich die führende Rolle der NSDAP gegenüber den anderen Parteien im Wahljahr 1932 weiter. Das zeigen die Juliwahlen, wo die NSDAP 43,5 % in der Stadt erreichte, im gesamten

---

[480] Landesarchiv: Schwäbisch Hall, S. 79

[481] Hartmann: Ende der Parteien in Backnang, S. 102ff. und Ebert, S. 93

Oberamt Wertheim sogar 51,7 %. Allerdings beschränkte sich der Erfolg der NSDAP auf die evangelischen Gebiete. Das Zentrum blieb stabil bei 16,8 %, der EVD war nun durch die NSDAP vollkommen zurückgedrängt und erzielte nur noch 7,4 %. Bemerkenswert war auch, dass die Verluste der NSDAP bei den Novemberwahlen in Wertheim ausblieben. Im Gegenteil, die NSDAP verbesserte im Amtsbezirk Wertheim ihr Ergebnis sogar noch auf 52,4 %, während die Zentrumspartei zwei Prozent verlor.[482]

Einen erdrutschartigen Sieg errang die NSDAP auch in *Balingen* bei den Wahlen des Jahres 1932. Bei den Landtagswahlen wurden 36,9 Prozent erreicht, der Bezirksführer Emil Kiener wurde in den Landtag gewählt, während gleichzeitig die liberalen und bürgerlichen Parteien enorm verloren. Von der linksliberalen Mehrheit war nichts mehr übrig geblieben. Balingen war schon seit 1928 eine Hochburg der Partei, die Stadt galt als Hauptstützpunkt der SA im Land. Im Jahr 1929 wurden 150 Mitglieder gezählt, die SA hatte 1931 schon 95 Mitglieder. Margarete Steinhart erklärt den Aufstieg der Partei durch die Sozialstruktur der Stadt. Kleine Selbstständige, Handwerker, Angestellte und Beamte prägten das Bild, zudem bot das protestantische Milieu einen guten Nährboden für NS-Gedankengut. Die Linksparteien blieben hingegen stabil, die KPD erreichte bei den Reichstagswahlen im November 1932 sogar 25 Prozent der Stimmen und mobilisierte über ihr lokales Parteiorgan „Die Rote Bombe“ ihre Anhänger erfolgreich.[483] Die NSDAP-Ortsgruppe bekam in *Leonberg* nach den Landtagswahlen 1932 eine neue Führung. Jonathan Schmid wurde in den Landtag gewählt, der Pfarrerssohn Ernst Krohmer übernahm die Leitung. Die Partei war in Leonberg mit 39,4 % stärkste

---

[482] Wieland: Wahlverhalten Wertheim, S. 190ff.
[483] Steinhart, S. 137 und 144

Partei geworden, die alte NSDAP-Hochburg war somit nach vier Jahren Pause wiederhergestellt.[484]

Fazit des Städtevergleichs: Die Radikalisierung im Krisenjahr 1932 ließ sich nun in allen beobachteten Städten fast im Gleichschritt mit der Entwicklung im Reich beobachten. Der Aufstieg der NSDAP erfolgte vor nun vor allem nun in den protestantischen Landstädten rasant, im agrarisch-protestantischen Milieu brachen alle Dämme. Die NSDAP dominierte die lokalen Parteiensysteme, die alten Bindungen an die DDP und auch an den Bauernbund waren verloren gegangen. In Wertheim, Nagold, Balingen und Pforzheim war die Euphorie für die neue Partei so groß, dass sogar die Verluste der NSDAP bei den Novemberwahlen kaum stattfanden oder gar ins Gegenteil umschlugen. Gerade die evangelischen Bauern blieben, nachdem sie nun in Scharen vom Bauernbund und dem CSVD abgewandert waren, der NSDAP treu verbunden, während die proletarische Massenbasis in den Städten noch mehr „Stimmungswähler“ waren und der Partei auch rasch wieder den Rücken kehrten.

Wurde die politische Entwicklung in den kommunalen Parteiensystemen bis 1930 verzögert abgebildet, so nahm sie ab 1932 die Entwicklung auf Reichsebene sogar voraus. Die württembergischen evangelischen Städte waren von einem für die NSDAP unzugänglichen zu einem günstigen Terrain geworden. Etwas schwieriger hatte es die Partei in den Arbeiterstädten, hier gelang nicht überall das Eindringen in das sozialistische Milieu, wobei Esslingen oder Pforzheim Beispiele für ein erfolgreiches Werben um Arbeiter waren. Außerdem setzte auch in den katholischen Städten der Durchmarsch der NSDAP ein, allerdings stark gebremst durch das nach wie vor unangefochtene Zentrum als stärkste Partei. Die Katholikenpartei verlor nur wenig

---

[484] Kuhn: Leonberg, S. 176

Stimmen, konnte aber nicht mehr überall automatisch absolute Mehrheiten erreichen. Allerdings gab es hier noch am ehesten administrativen Widerstand.

Das Anwachsen der NSDAP ging in den protestantischen Agrarstädten vor allem zu Lasten des Bauernbundes. Hatte die Agrarpartei in Herrenberg bis 1932 trotz erster Auflösungserscheinungen in ihrem Milieu noch eine stabile Stammwählerschaft, verschwand diese nun immer stärker. Der Generationenkonflikt entschied sich auch biologisch durch Krankheit und Tod der alten Führungsriege, zu spät hatte die Bundesleitung die Gefahr durch die NSDAP erkannt. Aber auch für die Liberalen gab es in ihren ehemaligen Hochburgen wie Balingen, Nagold oder Aalen nichts mehr zu gewinnen, zumal auch bei der DDP immer mehr profilierte Köpfe starben oder die Partei verließen. Einzig die Bürgerpartei profitierte in Maßen von der Anbindung ans nationale Lager, ohne allerdings den Aufstieg der NSDAP zu bremsen.

Bei den Arbeiterparteien konnte die SPD in den alten Hochburgen wie Esslingen, Sindelfingen oder Böblingen ihre Anhängerschaft stabilisieren, das Reichsbanner machte die Partei immerhin zumindest in Esslingen, Balingen, Tübingen oder Stuttgart noch zu einem Machtfaktor im Straßenkampf. Aber schon in Esslingen profitierte die KPD mehr von der Radikalisierung der Arbeiterschaft als die SPD. In den kleineren Städten wie Herrenberg, aber auch im katholischen Rottenburg und Ravensburg und auf dem Land wurde die SPD von der KPD durchgehend überholt, nur in agrarisch-industriellen Mittelstädten wie Aalen war das nicht zu beobachten. Die unklare Haltung und Zerstrittenheit der Landespartei mag diesen Trend verstärkt haben, letztlich war die SPD wie die bürgerlichen Parteien überaltert und ratlos angesichts der Systemkrise, während die KPD mit ihrer „ultralinken“ Strategie und der revolutionären Rhetorik attraktiv erschien.

13. Machtergreifung und Gleichschaltung

13.1. Machtergreifung und Wahlen am 5. März 1933

Dann ging alles ganz schnell. In Berlin überschlugen sich die Ereignisse. Papen fand im Reichstag keine Mehrheit für sein reaktionäres Programm eines „Neuen Staates“, nur DNVP, DVP und BVP unterstützten noch seinen Kurs. Die Verhandlungen Hitlers mit Hindenburg scheiterten jedoch erst einmal, und die Forderung Papens nach einer autoritären Diktatur wollte Hindenburg nicht mittragen. Sein Nachfolger wurde General von Schleicher, der bislang immer im Hintergrund die Fäden gezogen hatte. Am 7. Dezember kam es im Reichstag zu einer Saalschlacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, ein letztes Bild in diesem Jahr von einem Parlament, dass nur noch die Bühne eines absurden Theaterstückes war.[485]

Das martialische Auftreten konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die NSDAP in einer tiefen Krise befand. Die Wirtschaftslage erholte sich, die Arbeitslosigkeit ging zurück, bei Landtagswahlen musste die Partei eine Niederlage nach der anderen einstecken. Die SA belästigte Bürger mit Geldsammelbüchsen, in der Partei machte sich Depression breit. Die Partei musste einen Kredit nach dem andren aufnehmen, nur noch die Machtergreifung konnte die NSDAP vor dem finanziellen Bankrott retten. Kanzler Schleicher versuchte in dieser Situation, die NSDAP zu spalten. Dabei setzte er auf Gregor Strasser, für den der sozialistische Teil des Parteinamens mehr als nur strategische Bedeutung hatte. Sein radikalerer Bruder Otto Strasser war schon 1930 aus der Partei gedrängt worden, Gregor

---

[485] Schulze, S. 391f. und Kluge: Die Weimarer Republik, S. 448, zu Schleichers Rolle siehe auch Sendler, S. 627f., zum „Neuen Staat“ von Papen siehe Mommsen, S. 578, Hintergründe über Schleichers Taktik bei Winkler, S. 549 und Mommsen, S. 595

Strasser war in diesem Jahr Reichsorganisationsleiter und damit einer der engsten Vertrauten von Hitler geworden. Der neue Reichskanzler Schleicher wollte nun Gregor Strasser als Vizekanzler und preußischen Ministerpräsidenten installieren. Doch Hitler witterte Verrat, Strasser verlor im Machtkampf mit dem Parteiführer die Nerven, brach zusammen und verließ Berlin, Hitler übernahm seine Parteiämter.[486]

Auch der Versuch Schleichers scheiterte, sich als „sozialer General“ zu profilieren und ein „Querfront“-Bündnis mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu schmieden. Diesmal lag es an der Parteiführung der SPD. Sie fürchtete, durch die Zusammenarbeit mit Schleicher weiter Anhänger nach links zu verlieren. Zudem kam Schleicher durch seine Annäherung an Gewerkschaften und SPD die Unterstützung der Großindustrie abhanden. Zu dem Scheitern seiner Strategien kamen Intrigen im Reichspräsidialamt.[487] Das „Umfeld“ des Reichspräsidenten mit seinem „in der Verfassung nicht vorgesehenen Sohn“ Oskar, der gestürzte Kanzler Franz von Papen und viele andere wie einflussreiche Bankierskreise bearbeiteten Hindenburg schließlich so lange, bis er am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannte.[488]

---

[486] Kissenkoetter, Udo: Gregor Strasser und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 147f., zu den Machtkämpfen in der NSDAP siehe auch Schulze, S. 396 und Rösch, S. 374,

[487] Zur Querfront-Politik siehe Schulze, S. 400ff. und Pyta: Weimarer Republik, S. 150. Trotz des Scheiterns ist das Werben Schleichers zumindest beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ADGB auf mehr Gegenliebe gestoßen als bei der SPD. Der grundsätzliche Kampf der SPD gegen jegliche Präsidialregierung sei „bedenklich“, hieß es am 29. November 1932 im ADGB-Bundesvorstand, „Opposition um jeden Preis bedeutet freiwillige Ausschaltung unseres Einflusses.“, siehe Winkler, S. 550. Mommsen sieht in der Regierung Schleicher den „Anschein einer Wiederingangsetzung des parlamentarischen Systems“, siehe Mommsen, S. 597

[488] Kolb, Eberhard und Pyta, Wolfram: Die Staatsnotstandsplanung unter den Regierungen Papen und Schleicher, in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Die

Die „nationale Erhebung“ wurde durch die NSDAP in vielen Städten mit großen Umzügen gefeiert. Doch trotz „Machtergreifung“ war die Hitlerbewegung noch lange nicht am Ziel. Zunächst ließ Hitler den Reichspräsidenten erneut den Reichstag auflösen und für den 5. März Neuwahlen ausschreiben. Er blieb damit bei seiner legalistischen Strategie, formell nach außen hin die Verfassung einzuhalten. Bis zu den Wahlen im März stand alles im Zeichen der Massenmobilisierung für den Führer. Parallel dazu und mit dem Instrument der „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ als Gummiparagraf wurde der Straßenterror durch SA und SS intensiviert. Schritt für Schritt wurden die Machtzentren der Republik ausgeschaltet: Mit einem zweiten „Preußenschlag“ wurde das wichtigste Bundesland endgültig dem Reich unterstellt und die parallele Regierung von Braun ausgeschaltet. Die Reichswehr erhielt die Zusage, dass ihre Stellung unangetastet bleiben würde, und ließ Hitler gewähren. Der Reichstagsbrand am 27. Februar wurde als Anlass genommen, die dafür beschuldigte KPD mit einer Verhaftungs- und Terrorwelle lahm zu legen.[489]

Der Wahlkampf zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933 war vor allem durch heftige Agitation der NSDAP gegen die Linksparteien und das Zentrum geprägt. Aber auch der Bauernbund hatte die

---

deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 155-181, hier S. 179., eine detaillierte Schilderung der Ernennung von Hitler siehe Winkler, S. 585ff. und Mommsen, S. 626ff. Während Pyta und Kolb die vorherrschende Meinung vertreten, durch die Ausrufung eines Staatsnotstandes und eine vorübergehende Militärdiktatur Schleichers hätte Hitler noch aufgehalten werden können, vertritt Dirk Blasius die These, Schleichers „Querfront“-Konzept sei als Mittel gegen den Bürgerkrieg und zur Überwindung der Frontstellungen richtig gewesen. Schleicher habe aber im Januar 1933 diese Chance verspielt, als er den Boden der Verfassung verlassen wollte. Siehe einerseits Kolb/Pyta: Staatsnotplanung, S. 179 und andererseits Blasius, S. 155ff.

[489] Thamer, S. 232ff. und Möller: Die Weimarer Republik, S. 255

Katholikenpartei als Gegner ausgemacht: Der katholische Reichstagsabgeordnete des Bauernbundes Freiherr von Stauffenberg-Rißtissen warf dem Zentrum vor, es sei mit seiner „Kuhhandel-Politik“ schuld an der Not der Bauern. Stauffenberg-Rißtissen gehörte zu den radikalen Bauernbündlern: Er hatte schon bei den Präsidentschaftswahlen 1932 Hitler unterstützt, war in dieser Frage jedoch Theodor Körner unterlegen. Im Frühjahr 1933 war Körner jedoch schon schwer krank und lag im Sterben, der Bauernbund war somit ohne politische Führung. Denn schon Ende 1932 war mit dem langjährigen Calwer Abgeordneten Wilhelm Dingler einer der großen, alten Männer des Bundes gestorben. Das Verhältnis zur NSDAP blieb so unklar. Theodor Körners gleichnamiger Sohn griff die Nationalsozialisten scharf an und warnte vor dem „nationalistischen Rausch der Phrase.“ Doch auf Reichsebene unterstützte der Bund die neue Regierung und hatte sich damit an die NSDAP gefesselt.[490]

Am 13. Februar wurde im Gäubote der Entschluss des Landesausschusses der Bauernpartei abgedruckt: „Wir begrüßen es, daß es endlich gelungen ist, die NSDAP mit den anderen Rechtsparteien und Rechtskreisen zusammen zu führen und so hinter die neue Regierung zum erstenmal seit dem Jahr 1918 eine nationale Einheitsbewegung zu stellen, die losgelost vom Marxismus und falscher Demokratie, dem kranken deutschen Volk Rettung bringen und es vor dem drohenden Bolschewismus bewahren kann.“ Ende Februar feierte der Bauernbund sein 40-jähriges Bestehen. Der Abgeordnete Heinrich Haag grenzte sich als Gastautor im Gäubote klar gegen die NSDAP ab: „Wenn aber noch nicht alles Notwendige erreicht wurde, so nicht durch Versagen der immer in der Kampffront für die Landwirtschaft Stehenden, unserer Freunde, sondern durch den

---

[490] Weber, S. 422

Widerstand der viel zu vielen auf der anderen Seite. Und dazu gehören leider auch Millionen derer, die heute als Nationalsozialisten an der Seite von uns getreten sind [...]“[491]

Die DNVP durfte sich für kurze Zeit darüber freuen, einen Sieg über das so lange bekämpfte „System“ errungen zu haben. Schon die sofort angesetzten Neuwahlen durchkreuzten aber die Strategie, die NSDAP durch die Regierungsverantwortung zu entlarven. Mühsam grenzte sich die Partei im Wahlkampf von Hitler ab, dessen erklärtes Ziel es war, eine Mehrheit von 51 % für die „nationalen“ Parteien zu erreichen. Hugenberg warnte vor „sozialistischen Experimenten“ und betonte die christlich-konservative Weltanschauung. Eine Integration anderer Parteien scheiterte, die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ versammelte neben Hugenberg nur noch wenige Einzelpersonen wie Franz von Papen und Stahlhelmführer Seldte.[492]

Die Bürgerpartei wählte auf einem Vertretertag im Januar 1933 ihre Führer Hirzel und Schott einstimmig wieder und verkündete, ein „Zurückfallen ins Weimarer System“ und ein Aufleben des Parlamentarismus müsse mit allen Kräften verhindert werden. Auf einer Tagung Ende Januar veranstaltete die Partei eine völkische Tagung zur Rassenfrage, wo ein Gesetz zur „Sterilisierung Minderwertiger“ gefordert wurde. Hirzel hoffte, „daß der große nationale Schwung der Hitlerbewegung durch den Einfluß Hugenbergs und Papens staatspolitisch fruchtbar verwertet werde.“[493]

Die Machtergreifung kam auch für die württembergische NSDAP gerade zum richtigen Zeitpunkt: Bei einer Kreisleitertagung Mitte Dezember 1932 in Stuttgart hatte sich nach dem Ausscheiden von Gregor Strasser ein tiefer Riss angedeutet. Nach dem 30. Januar

---

[491] GB 13.2.1933 und 28.2.1933
[492] Hiller von Gaertringen, S, 582
[493] Müller: Bürgerpartei, S. 426

wurde die Partei mitgerissen von der Welle der nationalen Begeisterung. Zur Landtagssitzung erschienen die NSDAP-Abgeordneten in Uniform und bestens gelaunt, der schon seit den Landtagswahlen am 14. April 1932 nicht mehr arbeitsfähige Landtag vertagte sich gleich bis nach den Reichstagswahlen. Die NS-Presse schloss sich der Propaganda auf Reichsebene an und entfachte ein gewaltiges publizistisches Trommelfeuer. Dabei griffen sie auch Staatspräsident Eugen Bolz, Justizminister Josef Beyerle und Wirtschaftsminister Reinhold Maier an und störten deren Wahlkampfveranstaltungen. Durch die Reichstagsbrandverordnung waren der Landesregierung auch weitgehend die Hände gebunden. Hatte sich das Kabinett bislang noch um Chancengleichheit bemüht, musste man nun auf Anweisung den KPD-Wahlkampf durch Polizeiaktionen, Kundgebungsverbote und Beschlagnahme von Wahlkampfmaterialien behindern.[494] Christian Mergenthaler, der am Tag nach der Machtergreifung in SA-Uniform die Landtagssitzung eröffnet hatte, machte auf einer Wahlveranstaltung in Ludwigsburg deutlich, welchen Stellenwert er der Wahl einräumte: „Möge der 5. März ausfallen wie er wolle, wir haben die Macht und wir werden unter allen Umständen an der Macht bleiben.“[495]

Die Staatspartei musste nun erneut einen Wahlkampf führen, für den sie weder finanziell noch psychologisch gerüstet war. Nun endlich gelang eine „rein technische“ Listenverbindung mit der SPD: Sechs Mitglieder der Staatspartei waren in aussichtsreicher Position auf der SPD-Liste platziert. Obwohl der neue Generalsekretär Otto Nuschke immer wieder betonte, es sei nur eine „technische Abmachung“, kein

---

[494] Sauer, Paul: Die nationalsozialistische Machtergreifung und die Gleichschaltung des Landes, in: Handbuch zur baden-württembergischen Geschichte IV: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003, S. 231-320, hier S. 235

[495] Stolle, S. 461

politisches Bündnis, waren viele Mitglieder und Wähler irritiert.[496] Der Wahlkampf wurde gegen „die drei Unheiligen Hitler-Hugenberg-Papen“ geführt. Der Straßenterror der NSDAP und die Entwicklung des Wahlkampfes ließen die Staatspartei jedoch immer mehr am Erfolg zweifeln. Die Wahlveranstaltungen der DDP wurden auch in Württemberg von der SA gestört, bei Reden von Reinhold Maier kam es zu Schlägereien. Die DDP-Landespartei wandte sich sogar in einem Telegramm an den Reichspräsidenten und bat Hindenburg, die NSDAP zur Ordnung zu rufen. Dennoch lief der Wahlkampf insgesamt friedlicher ab als etwa in Preußen.[497]

Die Novemberwahlen hatten in der DVP zunächst eine gewisse Euphorie erzeugt. Die Parteiorganisation sollte durch ein straffes Netz von „Wahlkreisführern“ neu aufgebaut werden, was jedoch schon aus Geldmangel kaum möglich war. Durch den Austritt ganzer Verbände war die Partei vielerorts nur noch das Gerippe einer abgestorbenen Organisation. Die Idee einer Umbenennung in „Nationalliberale Partei (Deutsche Volkspartei)“ wurde aber nicht weiterverfolgt. Im Wahlkampf 1933 wurde die DVP als Partner der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ von Hugenberg verschmäht. Als letztes Aufbäumen der DVP muss die „Technische Listenverbindung“ mit dem CSVD, der Deutschen Bauernpartei und der Deutsch-Hannoverschen Partei zum „Christlich-Nationalen Block“ gewertet werden. Parteichef Eduard Dingeldey hoffte, zum Zünglein an der Wage der rechten Mehrheitsparteien zu werden.[498]

Bei der SPD erlahmte der Widerstandswille, der sich noch am 30. Januar mit Demonstrationen der Arbeiter gegen Hitler gezeigt hatte.

---

[496] Stephan, S. 489

[497] Matthias/Morsey: Staatspartei, S. 66 f

[498].Booms, S. 534 und Richter: Deutsche Volkpartei, S. 786 und S. 794 sowie Besson, S. 335

Am 31. Januar hatten sich noch Parteiausschuss, Parteivorstand und Reichstagsfraktion der SPD mit dem Bundesausschuss des ADGB getroffen, um die Weichen für aktives Handeln zu stellen. Die psychologische Wirkung des Reichstagsbrands, der Notverordnungen, und der unablässigen Propaganda der NSDAP ließen die Hoffnung auf erfolgreichen Widerstand sinken. Auch der Straßenterror durch die SA und der Druck durch staatliche Machtmittel unter der Führung der NSDAP ließ die Hoffnung vieler Sozialdemokraten auf wirksame Gegenaktionen sinken.[499]

Die Furcht vor Aktionen gegen einen „legal“ an die Macht gekommenen Reichskanzler war jedoch nur ein Faktor. Die Theorie der „naturnotwendigen“ Entwicklung zum Sozialismus begründete die Hoffnung der SPD, es handele sich nur um eine Periode des Übergang. Diese abwartende Haltung hatte der SPD im Kaiserreich letztlich Erfolg gebracht, half jedoch nicht im Jahr 1933. Der SPD-Wahlkampf wurde stark antikapitalistisch und antifaschistisch geführt, man hoffte, dass die Hitlerregierung die Erwartungen ihrer Anhänger nicht erfüllen könne. Trotz großer Mobilisierung schwankte die Partei zwischen Hoffnung und Resignation.[500]

Der CSVD hatte sich zunächst hinter die Regierung von Schleicher gestellt. Nach der Machtergreifung erkannte man nun trotz der scharfen

---

[499] Miller/Potthoff, S. 142

[500] Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 510, zur Rolle der SPD siehe auch Matthias: SPD, S. 152ff., Mittag: Württembergische SPD, S. 94, Mittag: Keil, S. 314f., Pyta vertritt die These, die SPD habe zwar „in Theorie und Praxis die nationalsozialistische Gefahr erkannt“ und mit allen Mitteln bekämpft. Jedoch hätten ihr die entscheidenden Machtmittel gefehlt, Hitler wirkungsvoll Widerstand entgegen zu setzen, vor allem weil sich zentrale staatliche Institutionen und ein Teil der preußischen Verwaltung dem Abwehrkampf verweigert hätten.

Abgrenzung der Vergangenheit „im Nationalsozialismus wertvolle Aufbauelemente für den deutschen Staat der Zukunft.“ Obwohl der CSVD nach den Wahlen eine Koalition aus NSDAP und Zentrum fürchtete, wollte die Partei der neuen Regierung eine „ehrliche Chance“ geben und die proklamierte „nationale Erhebung“ dämpfen.[501] Im Wahlkampf wurde in Württemberg zum ersten Mal das Parteiblatt „Christlicher Volksdienst“ verboten, weil dort die Kritik Hitlers an den vergangenen 14 Jahren als „sündhaft und lächerlich“ bezeichnet wurde. Die Reichsleitung wollte trotz des Druckes den Kern des CSVD mit aller Macht zusammenhalten. Dazu diente auch die Beteiligung an der Listenverbindung „Technische Arbeitsgemeinschaft“ mit der DVP, der Deutschen Bauernpartei und der Deutsch-Hannoverschen Partei.[502]

In *Herrenberg* gab es vor der Machtergreifung noch eine emotionale Debatte um die Bürgersteuer: Angesichts der Finanznot sah Bürgermeister Reinhold Schick keine andere Möglichkeit, als diese um enorme 500 Prozent zu erhöhen. NSDAP-Stadtrat Eugen Rauch agitierte gegen diese Anhebung: Jede Steuererhöhung sei sinnlos, solange nicht das Fass ohne Boden gestopft sei. Aber auch KPD-Stadtrat Julius Gößler sprach sich gegen die Änderung aus und plädierte dafür, es der Aufsichtsbehörde zu überlassen, den Abmangel zu decken. Die kommunale Selbstverwaltung sei ohnehin schon so eingeschränkt, dass es darauf nicht mehr ankomme. Die Mehrheit der Räte, auch die der SPD, stellten sich hinter die Verwaltung. Im Januar 1933 zeichnete sich schon eine wirtschaftliche Erholung ab, so nahm die Vollmoeller’sche Trikotfabrik ihre Arbeit wieder auf. Im Gemeinderatsprotokoll hieß es dazu freudig: „Die Firma hat nämlich die Alleinherstellung der weltbekannten ‘Jansen-Badeanzüge’ für

---

[501] Opitz, S. 293
[502] Opitz, S. 294f.

Deutschland von England übernommen und will diesen Artikel [...] in Herrenberg herstellen lassen.“ [503]

Der Machtwechsel wurde in Herrenberg mit Begeisterung aufgenommen. Am 31. Januar veranstalteten SA, Stahlhelm und die Jungbauern einen Fackelzug zu Ehren Hindenburgs und Hitlers durch Herrenberg. Der Gäubote schrieb: „Es war keine Siegesfeier, sondern ein Gelöbnis an das Vaterland.“ Landrat und NSDAP-Mitglied Ludwig Battenberg sagte: „Ein Gefühl unendlicher Erleichterung, der Befreiung von jahrelangem, zentnerschwerem Druck erfüllt heute die Brust von Millionen Deutscher. Uns Nationalsozialisten, zumal als Träger der machtvollsten und stärksten politischen Bewegung, die Deutschland je gesehen hat, uns ist es zu Mute, wie dem Bergsteiger, der nach unendlichen Mühen [...] endlich den Gipfel erzwungen hat und das weite Land zu seinen Füßen liegen sieht.“ Stahlhelm-Ortsgruppenführer Karl Merz pflichtete bei: „In selbstlosem Zusammenwirken aller nationalen Kräfte ist eine Regierung gebildet worden, die eine echte Führung der Nation in allen ihren politischen und sozialen Nöten ermöglicht.“ NSDAP-Kreisleiter Karl Ludwig Lechler fügte euphorisch hinzu: „Jeder von uns fühle es, daß wir mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler an einem Wendepunkt der deutschen Geschichte angelangt sind.“ Der Gäubote schrieb am 31. Januar 1933 wohlwollend: „Der Weg zur Einigkeit war schwer. Das neue Kabinett mit Adolf Hitler an der Spitze hat ihn beschritten. Es ist ein nationales Verdienst und hoch zu würdigen [...] Die Voranstellung dieses Gedankens der Einigkeit und der Wille treuer Zusammenarbeit im neuen Kabinett gibt uns den Glauben, daß dieser Weg das deutsche Volk vom Abgrund weg einer besseren Zukunft entgegenführt.“

---

[503] Artikel Bürgersteuer GB 18.11., 23.11. und 29.11.1932, GRP 15.11.1932, Bd. 41, S. 843 und GRP 17.11.1932, Bd. 41, S. 858, Trikotfabrik GRP 17.1.1933, Bd. 42, S. 23

Besonders positiv wurde der Eintritt der Deutschnationalen um Hugenberg und den Stahlhelmführer Franz Seldte in das neue Kabinett gewertet, offensichtlich sah man in der autoritären Regierung einen Fortschritt im Vergleich zum parlamentarischen System.[504]

Der Bauernbund versuchte die Erfolge der deutschnationalen Minister herauszustreichen, so in einer Anzeige am 4. März: „Schon zeigen sich erste Erfolge. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte beginnen sich zu festigen und zu heben.“ Damit Hugenberg, Papen und die anderen konservativen Minister nicht einfach aus der Regierung geworfen werden könnten, müssten sich die Wähler hinter diese Männer stellen. „Es muß verhindert werden, daß die Nationalregierung einseitig nationalsozialistisch werde.“ Im Gäubote wurde am 1. März unter der Überschrift „Der Bauernbund im Wahlkampf“ berichtet, dass großes Interesse an den Versammlungen herrsche, etwa in Unterjettingen und Herrenberg, wo Heinrich Haag auf dem Marktplatz sprach. In einer Anzeige am selben Tag versuchte die Partei, Jungbauern anzusprechen, die am stärksten zum Nationalsozialismus tendierten: „Ihr Jungbauern, wo steht ihr? Ihr pflegt Volkslieder und Tanz, treibt Spiel und Wehrsport, wollt eingedrungenem Femd- und Ungeist männlich deutschen Geist entgegensetzen, deutsche Art erhalten. Aber nun stehen wir im Kampf, ein Endkampf um all das, was Eure Ideale sind. [...] 40 Jahre schon kämpfen wir Alten im Bauernbund dafür. Diese sind nicht mehr, sind gefallen im harten Streit oder haben im Kampf um eure Zukunft ihre Kräfte zerrieben, sind alt und milde geworden.“ Der Generationenkonflikt und das Dilemma des Bauernbundes wurden in diesen Zeilen deutlich, den alten Führern

[504] GB 31.1.1933

fehlte die Kraft, das Ruder noch herum zu reißen, und zu der neuen Generation von Jungbauern fehlte ihnen die Verbindung.[505]

Der SPD wurde im letzten Herrenberger Wahlkampf der Republik die Schuld für die Not der letzten 14 Jahre zugeschoben. Eine Zusammenarbeit mit der KPD kam auch nach der Machtergreifung nicht zustande. Die Sozialdemokraten stellten die Alternative „Potsdam oder Weimar“ zur Wahl: „Potsdam, das ist Preußentum, Militarismus, Reaktion, soll anstelle von Weimar: das ist Demokratie, Volksrecht, soziale Befreiung treten.“ Die KPD konnte bis zum Reichstagsbrand in Württemberg im Gegensatz zum übrigen Reich noch etwas unbehelligter agieren, sieht man von der Beschlagnahmung der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ ab. Nach der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ des Reichspräsidenten wurde ihre Propagandamaschinerie lahmgelegt, doch es kam nicht in großem Umfang zu Verhaftungen. In Herrenberg traten beide Arbeiterparteien fast nicht in Erscheinung, zumindest gibt es keine Aufzeichnungen darüber.[506]

Die DVP fand mit dem Freiherren Hiller von Gärtringen einen späten Fürsprecher. Er hatte offensichtlich der Bürgerpartei den Rücken gekehrt und schrieb in einer Anzeige zur Reichstagswahl 1933: „Die nationale Partei, die uns gestärkte Sicherheit bietet, dem Feldmarschall [Hindenburg, Anm. d. Verf.] auch auf diesem Wege zu folgen ist für mich die Deutsche Volkspartei.“ In einer Anzeige vom selben Tag versuchte die Partei, ihre Existenzberechtigung zu erklären und auf den nationalistischen Zug aufzuspringen: „Warum Deutsche Volkspartei? Weil eine Partei, die sich um die nationale Befreiung größte Verdienste erworben hat, aus der ‚nationalen Front’ nicht ausgeschlossen werden

---

[505] Der Bauernbund zur Reichstagswahl, GB 13.2.1933, Anzeige 4.3.1933, „Der Bauernbund im Wahlkampf“ und Anzeige GB. 1.3.1933

[506] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 164

darf.“ Die Bürgerpartei trat als „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ mit anderen Kleinparteien an.[507]

Die NSDAP trommelte in Herrenberg energisch für den erhofften Wahlsieg. Der württembergische SA-Führer von Jagow war einmal mehr nach Herrenberg zur Jahresversammlung der Ortsgruppe am 17. Februar gekommen und sprach von dem „Umschwung in der Geschichte des deutschen Volkes am 30. Januar 1933“. Er skizzierte die Lage so: „Neue Männer kamen an die Spitze der Nation, saubere, ehrliche Charakteure, die von dem besten Wille beseelt sind, Deutschland in nationalem Geiste wieder nach auswärts zu führen.“ Der Redner schloss mit den Worten: „Deutschland wird leben, weil wir es wollen.“[508]

Das Ergebnis brachte der NSDAP den erhofften Durchbruch: Fast 44 Prozent im Reich, 43 Prozent im Land. Zusammen mit der DNVP (acht Prozent) reichte es zur absoluten Mehrheit im Reichstag, in Württemberg nicht ganz, da die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ nur 5,2 Prozent erhielt. Die Gewinne der NSDAP resultierten aber vor allem aus Mobilisierungseffekten von bisherigen Nichtwählern und Enttäuschten, weil die absoluten Stimmenzahlen der anderen Parteien nicht wesentlich zurückgingen. Der Bauernbund erreichte in Württemberg mit 5,4 Prozent das schlechteste Ergebnis seines Bestehens. Die Beteiligung an der Reichsregierung und die Forderung nach einer starken Stimme des Bauernstandes waren weitgehend ungehört geblieben. Offensichtlich zog es die Mehrheit der Wähler vor, eine grundsätzliche Wende mit der NSDAP zu erreichen als die Parteien, die jahrelang mit Zentrum und SPD koaliert hatten, noch einmal zu wählen. Dafür spricht die Tatsache, dass die

---

[507] Anzeigen GB 4.3.1933

[508] zitiert nach Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 161

Nationalsozialisten gerade in den Oberämtern am stärksten waren, in denen 1924 noch Bauernbund und Bürgerpartei dominiert hatten.

Der NSDAP gelang es auch zum ersten Mal, in die katholischen, vom Zentrum beherrschten Gebiete einzudringen, so dass sogar die bislang weitgehend stabile Katholikenpartei rund drei Prozent verlor. Damit war die NSDAP auch in den süddeutschen Ländern etabliert, in denen sie bisher unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hatte. Die Liberalen spielten keine Rolle mehr: Die Staatspartei erreichte im Reich nur noch 0,8 Prozent und in Württemberg 2,8 Prozent. Die Partei verlor endgültig ihr letztes Reichstagsmandat. Die Listenverbindungen mit der SPD schadeten offenbar in den liberalen Kerngebieten, weil sie die Stammwähler irritierten. Der CSVD verlor vor allem in Württemberg stark an Stimmen.[509]

Das Ergebnis in *Herrenberg* war einmal mehr typisch für den rasanten Aufstieg der NSDAP: In der Stadt legte die NSDAP 20 Prozentpunkte zu und erreichte mit 52,0 Prozent die absolute Mehrheit. Auch die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ behauptete sich mit 11,4 Prozent, zählt man noch die 11,5 Prozent der KPD und die sechs Prozent des Bauernbundes dazu, so hatten die antidemokratischen Kräfte fast 80 Prozent der Stimmen für sich geholt. Die DDP sank in ihrer einstigen Hochburg Herrenberg mit 2,9 Prozent in die Bedeutungslosigkeit und holte im gesamten Oberamt nur noch 0,8 % der Stimmen, der liberalen Schwesterpartei DVP ging es mit 0,5 Prozent noch schlechter. Die SPD blieb bei den absoluten Stimmzahlen konstant, angesichts der hohen Wahlbeteiligung kam sie aber in der Stadt nur noch auf 6,9 und im Oberamt auf 2,8 Prozent der Stimmen. Die NSDAP hatte im Oberamt nun genau die Stellung, die bis 1930 der Bauernbund innegehabt hatte:

---

[509] Greiffenhagen, S. 191, Rommel S. 162, Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 170f. und Opitz, S. 297

Mit 57,8 Prozent dominierte sie den Bezirk unangefochten, in Dörfern wie Oberjettingen (80 %), Reusten (86 %) oder Bondorf (65 %) brauchte es keine Parteienverbote, um politische Konkurrenz verschwinden zu lassen.

Bemerkenswert war aber, dass die NSDAP in die letzten Bastionen des Bundes eindrang: In Oberjesingen legte die Partei von 17 auf 52 Prozent zu und verdrängte den Bauernbund (41,7 Prozent) auf Platz zwei, nur noch in Affstätt war die Körner-Partei mit 50 Prozent mit zwei Prozent Vorsprung knapp vorne. Auch hier ein enormer NSDAP-Zuwachs von 20 Prozentpunkten. Auch die einstmals republikanische Hochburg Unterjesingen lief mit 68 Prozent zum Nationalsozialismus über, und sogar im katholischen Oberndorf verdoppelte sich die NSDAP auf 18 Prozent, wobei das Zentrum hier noch mal 30 Stimmen zulegte und mit 76,5 % unangefochten das Dorf dominierte. Die NSDAP hatte hier - wie in anderen katholischen Agrargebieten auch - bisherige Nichtwähler mobilisieren können.

Der Bauernbund erreichte im gesamten Oberamt nur noch 19,4 Prozent der Stimmen. Insgesamt hatte die Weimarer Koalition im Oberamt Herrenberg nur noch acht Prozent der Wähler hinter sich. Außer dem Bauernbund und der KPD (6,5 % im Oberamt, trotz Verlusten noch gute Ergebnisse in Nufringen und Gärtringen) gab es neben der NSDAP keine Partei mehr, die im „Bezirk“ noch von Relevanz war. Wilhelm Niethammer schrieb nach dem zweiten Weltkrieg in seiner Chronik rückblickend: „Mit diesem Wahlergebnis haben die Nationalsozialisten auch die Macht auf dem Rathaus in Herrenberg errungen. Es marschiert daher am 7. März eine Abteilung der S.A. mit einigen Stahlhelmern vor das Rathaus, begeben sich in das Amtszimmer des Stadtschultheißen und erklären, eine Flaggenhissung mit den Fahnen des neuen Reiches vornehmen zu wollen. Der Stadtvorstand lässt sie ohne Widerstand gewähren und es

werden die Hakenkreuz- und schwarz-weiß-rote Flagge am Rathaus angebracht. Am 18.3. ist in Herrenberg schulfrei, zur Feier der nationalen Erhebung in Deutschland.“[510]

Lange Zeit war das Oberamt Herrenberg für die NSDAP schwer zugänglich gewesen. Doch nun hatte sich die Zurückhaltung in Begeisterung verwandelt, so dass Karl Ludwig Lechler beim NSDAP-Kreistag 1934 in Herrenberg sagen konnte: „Heute gibt es, davon bin ich fest überzeugt, wenige Kreise in Württemberg, die so von innen heraus nationalsozialistisch denken und fühlen wie der Kreis Herrenberg.“[511]

13.2. Gleichschaltung und Ende der Parteien

Zwar waren die Nationalsozialisten enttäuscht, dass es nicht zu einer absoluten Mehrheit gereicht hatte. Das Wahlergebnis wurde dennoch als Sieg verkauft, und die Bedeutung der DNVP nahm nun rapide ab. Indem die kommunistischen Abgeordneten verhaftet und ihre Mandate annulliert wurden, brauchte man die DNVP nicht einmal mehr als Mehrheitsbeschaffer. Nun begann die „nationalsozialistische Revolution“, die administrative Gleichschaltung des Landes von oben, begleitet von gewaltsamen Aktionen der SA von unten. Nach und nach wurden alle bisherigen Machtträger ausgeschaltet. So war auch die Selbstständigkeit *Württembergs* nur noch eine Frage der Zeit, unmittelbar nach der Reichstagswahl begann die Gleichschaltung der Länder. Reichsinnenminister Frick ernannte am 8. März den SA-

---

[510] Das Eiserne Buch der Stadt Herrenberg, Fortsetzung der Ortschronik der Stadt Herrenberg, geschrieben von Wilhelm Niethammer 1947/1958, Eintrag März 1933

[511] Geleitwort Lechler, Sonderbeilage GB 4.8.1934

Gruppenführer von Jagow zum Polizeikommissar von Württemberg, woraufhin viele kommunistische Funktionäre verhaftet wurden.[512]

Die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung, die Regierung in Stuttgart könne die Ordnung in ihrem Staatsgebiet nicht mehr aufrecht erhalten, diente als Begründung. Von Jagow bildete eine Hilfspolizei aus SA, SS und Stahlhelm. Schließlich trat der Landtag am 15. März ohne die kommunistischen Abgeordneten zusammen und wählten den NSDAP-Gauleiter Wilhelm Murr mit den Stimmen von NSDAP, DNVP und Bauernbund zum neuen Staatspräsidenten. Die SPD stimmte für Wilhelm Keil, Zentrum und DDP enthielten sich. Finanzminister Dehlinger hatte schon im Wahlkampf für die NSDAP geworben und blieb im Amt. Der Bürgerpartei-Vorsitzende Hirzel wurde zunächst mit beratender Stimme ins Staatsministerium berufen. Als im April das parlamentarische Regierungssystem endgültig abgeschafft und Murr zum Reichsstatthalter ernannt wurde, verschwand Hirzel kommentarlos aus dem Kabinett, nur Dehlinger blieb im Amt. Am 31. März wurde der Landtag aufgelöst und nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen umgebildet. Das Württembergische Ermächtigungsgesetz wurde am 8. Juni 1933 verabschiedet, wobei die SPD hierbei eine unklare Rolle spielte, sich zu keiner klaren Ablehnung durchrang und anschließend durch Wilhelm Keil erklären ließ, im Landtag weiter sachlich mitarbeiten zu wollen. Im November wurde der Landtag endgültig aufgelöst.[513]

Der neue Reichstag sollte nur noch eine Aufgabe haben: einem „auf vier Jahre befristeten“ Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, mit dem die

---

[512] Zur Gleichschaltung des Landes Württemberg siehe Sauer: Württemberg im Nationalsozialismus, S. 236ff. und Schnabel: Machtergreifung S. 74

[513] Zur Rolle der württembergischen Parteien nach der Machtergreifung siehe Rommel, S. 163, und Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 209, und Müller: Bürgerpartei, S. 427f.

Regierung unabhängig von Parlament und Verfassung Gesetze erlassen konnte. Die 81 KPD-Abgeordneten waren zwar im Mitgliederverzeichnis des Reichstages aufgenommen, aber von Reichstagspräsident Hermann Göhring (NSDAP) nicht eingeladen worden. Ohnehin waren die meisten schon verhaftet. Ein letztes Mal traten die Parteien in Erscheinung, denn Hitler brauchte eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Im Zentrum warnte Ex-Kanzler Brüning vor dem Handel mit Hitler, die Parteiführung verlangte Zusicherungen für die katholische Kirche, die Rolle des Reichspräsidenten und der Unabhängigkeit der Richter. Auch in der Staatspartei waren Theodor Heuss und Ex-Finanzminister Dietrich gegen das Gesetz, sie beugten sich aber der Mehrheit. Ihre letzten 5 Abgeordneten stimmten schließlich zu. Am Tag darauf rechtfertigten sie sich in einem Brief an die Mitglieder, durch das Ermächtigungsgesetz sei die „Sprengung der Gesetzlichkeit“ verhindert worden. Auch Bayerische Volkspartei (BVP), CSVD und DVP stimmten zu. Nur alle 94 teilnehmenden SPD-Abgeordneten stimmten mit Nein, der Parteivorsitzende Otto Wels begründete in der letzten freien Rede im Reichstag diese Entscheidung mit dem berühmt gewordenen Satz: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“[514]

Die Parteien wurden nun nach und nach verboten oder lösten sich selbst auf. Die SPD verschwand ab Ende März immer mehr, ganze Ortsvereine traten aus der Partei aus. Die Parteiführung setzte auf Abwarten und Beschwichtigung und hoffte wie unter dem Sozialistengesetz auf den Wiederaufstieg nach der Unterdrückung. Die SPD-Spitze glaubte an eine baldige Normalisierung der Verhältnisse und wollte der Regierung keinen Vorwand geben, die Partei in die

---

[514] Thamer, S. 270 und Matthias/Morsey: Staatspartei, S. 70 und Möller: Die Weimarer Republik, S. 282f.

Illegalität zu drängen. Auch der ADGB wollte durch Distanzierung von der SPD und Anpassung seine Selbstständigkeit retten. Dies misslang: Nachdem am 1. Mai schon mehrere Gewerkschaftsbüros angegriffen worden waren, besetzten SA und SS am Tag nach den Maifeiern alle Gewerkschaftshäuser. Am 10. Mai wurden alle Parteihäuser, Zeitungen und Büros der SPD beschlagnahmt. Ein Teil des Vorstandes um den Vorsitzenden Otto Wels, Philipp Scheidemann, Wilhelm Dittmann, Arthur Crispien, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding emigrierte nach Prag. Am 22. Juni 1933 wurde die Partei von Reichsinnenminister Frick verboten.[515]

Die Württembergische SPD war schon Monate vor dem Verbot paralysiert. Bereits am 10. März war die „Schwäbische Tagwacht verboten“ worden, am 10. Mai 1933 beschloss der Landesvorstand die Selbstauflösung. Wilhelm Keil erklärte, damit solle ein „gewisses politisches Eigenleben“ erhalten bleiben. Die Erklärung bewirkte jedoch das Gegenteil: Viele Ortsvereine lösten sich auf, Gemeinderäte gaben ihre Mandate zurück. Kurt Schumacher lehnte Keils „Legalitätskurs“ ab und stritt für den Aufbau einer Untergrundorganisation. Am 6. Juli wurde Schumacher verhaftet, Keil blieb hingegen bis 1945 unbehelligt.[516]

Die KPD hatte sich zwar schon seit 1929 auf die Illegalität vorbereitet, aber nicht mit einer so allumfassenden Unterdrückungswelle gerechnet. Die Partei wurde von den Ereignissen überrollt, war wie gelähmt und schon gar nicht zu „Offensivaktionen“ in der Lage. Schon am 3. März war Ernst Thälmann verhaftet worden, nach heftigen Machtkämpfen übernahm Wilhelm Pieck die Führung der Exilpartei, hinter dem

---

[515] Miller/Potthoff, S. 145

[516] Thamer, S. 289 und Sauer: Württemberg im Nationalsozialismus, S. 239, zur problematischen Haltung der SPD in Württemberg siehe Mittag: Württembergische SPD, S. 94ff. und Mittag: Wilhelm Keil, S. 355ff.

wiederum Walter Ulbricht stand. Ein nur schlecht funktionierendes System von geheimen Treffs und verdeckten Telefonanrufen wurde aufgebaut. Die Machtergreifung wurde falsch eingeschätzt, manche Funktionäre sprachen gar von einer „beschleunigten Kampfschulung für das Proletariat“. Trotzdem entkamen viele Funktionäre, die nun die Partei vom benachbarten Ausland befehligen sollten. Es entstanden vor Ort illegale KPD-Zellen, die in ihrem Bereich weitgehend selbstständig operierten. Allerdings blieb nur ein Bruchteil der KPD-Anhänger in diesen Zellen organisiert, viele Anhänger wechselten sogar zur NSDAP über. Von den 340 000 Mitgliedern der Partei waren im Jahr 1936 etwa 160 000 in Gefängnissen und Konzentrationslagern, während etwa 10 000 emigrierten.[517]

Die Staatspartei löste sich selbst auf. Zunächst hatte man versucht, durch Anpassung die Parteiorganisation zu retten. Als jedoch immer mehr Beamte die Partei in Richtung NSDAP verließen, wurden die Stimmen für die Auflösung lauter. Letzter Anlass war, dass im Juni die Reichstagsmandate der DDP mit der Begründung annulliert wurden, dass sie eine Listenverbindung mit der SPD eingegangen seien, für die es ein Betätigungsverbot gebe. Die Auflösung der Partei wurde in drei Zeilen verkündet, ohne Begründung. In Württemberg gab es noch etwas mehr Widerstandswillen: Obwohl sich die DDP an der Basis vielerorts auflöste, wollte die Parteiführung in Stuttgart noch Ende Mai die Partei aufrechterhalten. Nachdem am 28. Juni die Reichsführung die Selbstauflösung entschieden hatte, war auch in Württemberg das Ende der Partei gekommen.[518]

Sechs Tage später folgte ihr die DVP. Schon nach den Märzwahlen wurde diskutiert, ob die Partei überhaupt noch einen Zweck erfülle. Der

---

[517] Bahne, S. 699ff. und Meyer, S. 51

[518] Matthias/Morsey: Staatspartei, S. 71f. und Rommel, S. 163

seit 15 März in der Schweiz weilende Eduard Dingeldey wehrte sich als Exponent der nationalliberalen Kreise gegen die im Rheinland schon vollzogene Auflösung, ein letztes Mal traten die beiden Parteiflügel in Gegensatz. Ein letztes Aufbäumen war ein Vorstandsbeschluss im Mai gegen die Auflösung, wonach der rechte Parteiflügel endgültig zur NSDAP überlief. Noch im selben Monat wurden die Parteistatuten geändert, die Reste der Partei in der „Reichsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei“ gesammelt. Auch die aufgelöste Parteiorganisation sollte wieder aufgebaut werden. Auch der Versuch schlug fehl, allen Mitgliedern in „Schutzbriefen“ nationale Gesinnung zu attestieren und sie damit vor dem Zugriff des NS-Staates zu schützen. Um seine letzten Anhänger vor Repressalien zu bewahren, wurde die DVP am 4. Juli aufgelöst, ein Übertritt zur NSDAP wurde wie bei der Staatspartei nicht empfohlen.[519]

Beim CSVD versuchte Parteichef Simpfendörfer zunächst noch, der Partei durch vorbehaltlose Unterstützung der NSDAP eine Fortexistenz zu ermöglichen. Seine Aussage von „gemeinsamen Grundlagen“ stieß allerdings in der Parteizeitung auf Vorbehalte, dort wurde deutliche Kritik am neuen System geübt. Die Diskussion über die künftige Rolle der Abgeordneten und der Parteiorganisation wurde vertagt. Ende April schlossen sich in Nürnberg und Stuttgart die ersten CSVD-Anhänger als Hospitanten den NSDAP-Fraktionen an, ab Mai folgten zahlreiche Abgeordnete. Der Versuch, wieder eine evangelische Organisation ohne Parteicharakter zu werden und im neuen Staat durch engen Anschluss an die NSDAP mitzuarbeiten, wurde von der Reichsregierung abgelehnt. Schließlich vereinbarte Simpfendörfer mit Reichsinnenminister Frick, den CSVD aufzulösen und die Abgeordneten den NS-Fraktionen als Hospitanten anzuschließen. Ein

---

[519] Booms, S. 535. und Richter: Deutsche Volkspartei, S. 816f.

Teil der Mitglieder wechselte später zu den „Deutschen Christen“, ein Teil zum Widerstand der „Bekennenden Kirche“. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollten einige ehemalige CSVD-Politiker eine wichtige Rolle bei der Gründung der CDU/CSU spielen. Dieser Sprung über die Konfessionsgrenzen war der Partei in der Weimarer Republik trotz einiger lokaler Versuche nie gelungen, wurde von weiten Teilen auch nicht angestrebt.[520]

Die DNVP musste mit ansehen, wie ihre „Bollwerke“ unterspült wurden: Weder der Reichspräsident noch Papen als „Kontrolleur“ oder Reichswehr und die Industriellen konnten Hitler Einhalt gebieten. Zunächst hatte die Partei versucht, mit dem Zentrum das Ermächtigungsgesetz zu begrenzen. Anfang Mai wechselte die DNVP den Namen und nannte sich „Deutschnationale Front“, wollte deutschnationale Kampfringe und Sonderorganisationen bilden. Da nun immer mehr DNVP-Mitglieder die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Verhältnissen forderten, sah sich die Partei nun den gleichen Attacken der NSDAP ausgesetzt wie zuvor die Linken. Am 26. April trat Stahlhelmführer Seldte zur NSDAP über, die Angriffe der SA auf die Kampfringe nahmen zu. Der Alldeutsche Hugenberg brachte sich im Kabinett selbst ins Abseits, in dem er ein deutsches Kolonialreich in Afrika und eine Wirtschaftsexpansion bis in die Ukraine forderte. Am 26. Juni trat Hugenberg zurück, mit einem „Freundschaftsabkommen“ durften die Mitglieder der Deutschnationalen Front zur NSDAP wechseln. Am 27. Juni löste sich der Landesverband der Bürgerpartei in Württemberg offiziell auf, ihre Abgeordneten traten zur NSDAP über. Am 11. Juli erhielt Fritz Wider auf der letzten Versammlung des größten

[520] Schnabel: Württemberg 1928-45, S. 206ff., und Opitz, S. 298ff.

und traditionsreichen Kreisvereins Stuttgart schließlich die Vollmacht zur Liquidation der noch verbliebenen Geschäfte.[521]

Der Bauernbund schaltete sich selbst aus. Man habe sich ohnehin nur an Wahlen beteiligt, um die Vorherrschaft der Linken zu brechen, das sei nun gelungen. Zwei Wochen nach der Wahl entschloss sich der Vorstand, Mitglieder aus allen Parteirichtungen aufzunehmen, Ziel sei die Verständigung und Zusammenarbeit aller nationalen Parteien. Mit einer Satzungsänderung wurde der Charakter als politische Partei aufgegeben. Der Bund hatte ohnehin kaum noch Rückhalt bei vielen Bauern, seine Führer waren gestorben oder wie Körner todkrank, und man arbeitete gleichzeitig an der Regierung mit. Mitte Mai wurde der Jungbauernbund in die NSDAP eingegliedert, am 6. Juni war in Stuttgart die Landesbauernschaft Württemberg und Hohenzollern unter dem Nationalsozialisten Arnold gegründet worden, in die der Bauernbund aufging.[522]

Auch die Gleichschaltung der Städte und Gemeinden ließ in Württemberg nicht lange auch sich warten. Die NSDAP versuchte zunächst, die größeren Städte unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Oberbürgermeister und Bürgermeister wurden durch effektvoll propagierte Korruptionsvorwürfe aus ihren Ämtern gedrängt, unterstützt durch Unter- und Sonderkommissare. Da in Württemberg die Stadtvorsteher meistens parteilose Fachbeamte waren und die NSDAP schon ab der Ebene der Mittelstädte kaum geeignetes Führungspersonal stand, blieben aber viele Bürgermeister in ihrem Ämtern. SPD und KPD stellten ohnehin keine Stadtvorsteher. Ende 1933 amtierten in 74 von 104 Städten noch die selben Männer. Die

---

[521] Über die letzten Monaten der DNVP siehe Hiller von Gaertringen, S. 599 ff. und Thamer, S. 289, zur Auflösung der Bürgerpartei siehe Müller: Bürgerpartei. S. 429

[522] Sauer: Württemberg im Nationalsozialismus, S. 239 und Rommel, S. 163

NSDAP griff auch die Gemeinderäte als „unnütze Debattierclubs“ an. Zunächst wurden die Wahlergebnisse vom 5. März auf die Kommunen übertragen, ohne die KPD. Die NSDAP-Fraktionen waren nun die eigentlichen Machtfaktoren. Der Antrag des Gemeindetages, die Gemeinden und Städte bis 5000 Einwohner davon auszunehmen, fand kein Gehör.[523]

In *Herrenberg* vollzog sich der Prozess der Gleichschaltung innerhalb von zwei Monaten. Bei der ersten Gemeinderatssitzung nach der Märzwahl, am 22. März 1933, gab KPD-Stadtrat Julius Gößler folgende Erklärung ab: „Die politische Lage macht es mir nicht mehr möglich, dem Gemeinderat anzugehören. Ich erkläre, dass ich, um nicht mit meinem Gewissen in Konflikt zu kommen, mein Mandat mit sofortiger Wirkung niederlege und aus dem Gemeinderat austrete.“ Nachfolger wäre der Schreinermeister Jakob Hausch gewesen. Bürgermeister Schick wollte zunächst nach den Vorschriften der Gemeindeordnung Hausch einsetzen, doch daraus wurde nichts: „Der Oberamtsvorstand, Landrat Dr. Battenberg, habe jedoch nach erfolgter Rücksprache des Vorsitzenden am 23. März 1933 erklärt, dass für Kommunisten kein Platz mehr in den Parlamenten und auch im Gemeinderat sei, die fraglichen Bestimmungen der G.O. müssten als ausser Wirkung gesetzt betrachtet werden. Die Stelle habe deshalb bis auf weiteres unbesetzt zu bleiben.“ Am selben Tag gaben die städtischen Bediensteten eine Erklärung ab: „Die städt. Beamten und Angestellten ohne Ausnahme erklären, dass sie ihre Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber der neuen nationalen Regierung loyal erfüllen und alles daransetzen werden, um zusammen mit den massgebenden Faktoren den schwierigen Aufgaben der Gegenwart gerecht zu werden.“[524]

---

[523] Sauer: Württemberg im Nationalsozialismus, S. 240f.
[524] GRP 23.3.1933, Bd. 42, S. 81 und S. 82 und GB 23.3.1933

Einen Tag später kam der Gemeinderat zu einer Sondersitzung zusammen, um Hitler und Murr zu Ehrenbürgern der Stadt zu ernennen. Bürgermeister Reinhold Schick rief vom Balkon des Rathauses auf den mit SA-Fackelträgern, Jungbauern und Stahlhelmern besetzten Marktplatz: „Die Bürgerschaft Herrenbergs hat bei der Reichstagswahl am 5. März dieses Jahres in überwältigender Masse zum Ausdruck gebracht, dass sie zu der Regierung der nationalen Erhebung und ihren Repräsentanten vollstes Vertrauen hat.“ Um das zu unterstreichen, wurde der Hasenplatz in Adolf-Hitler-Platz und die Gartenstraße in Hindenburgstraße umbenannt als „weithin sichtbares Zeichen der Geschlossenheit der Herrenberger Bevölkerung in diesen geschichtlichen Tagen, sowie der unbedingten Gefolgschaft mit der nationalen Regierung in Reich und Land.“ [525] Nur einmal wurde von Empörung in der Bürgerschaft berichtet: Als die Polizei bei der Auflösung von oppositionellen Versammlungen auf SA-Männer zurückgriff, berichtete die „Schwäbische Tagwacht“ über „Erregung bei ruhigen Bürgern“. Der nationalsozialistische Landrat Battenberg erklärte dazu: „Die Polizeigewalt und die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit habe ich. Ich werde deshalb auch künftig das tun, was ich für richtig halte.“[526]

Die SPD-Räte Fritz Böckle, Paul Marquardt und Heinrich Kohler legten am 27. März ihre Mandate nieder. Über das Schicksal von Heinrich Kohler gibt seine Spruchkammer-Akte Aufschluss. So erzählte er vor der Spruchkammer laut Protokoll: „Ich wurde 1933 von den Nazi aus dem Gemeinderat ausgeschieden. Bei dieser Gelegenheit wollte mich der damalige Landrat Battenberger wegen einer von mir gemachten Äußerung im Gemeinderat, auf den Heuberg [Konzentrationslager bei

---

[525] Sondersitzung GRP 24.3.1933, Bd. 42, S. 96 und GB 25.3.1933
[526] Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 114

Stetten am Kalten Markt, Anm. d. Verf.] schaffen lassen, was jedoch durch Mithilfe des damaligen Bürgermeisters Schick und des Landjägers Graser vereitelt wurde.“ Eugen Rauch habe versucht, ihn zum Eintritt in die NSDAP zu überreden, was er jedoch abgelehnt habe. Schließlich sei 1937 massiv Druck auf ihn ausgeübt worden, Ortsgruppenleiter Gauger habe erklärt, „dass es jetzt höchste Zeit sei, andernfalls werde ein anderer an meinen Platz gestellt.“ Um seinen Arbeitsplatz nicht zu verlieren und seine achtköpfige Familie mit kleinen Kindern zwischen zwei und drei Jahren weiter versorgen zu können, trat er schließlich doch der NSDAP bei, wurde gleichzeitig Mitglied bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und bei der National-Sozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Schließlich wurde Kohler von Wilhelm Gauger zum Blockwart bestimmt, in dieser Funktion habe er vor allem Beiträge eintreiben müssen. Seine Rechtfertigung: „Nazi wurde ich aber deswegen trotzdem nicht, da ich meine Überzeugung als Sozialdemokrat nicht aufgeben konnte.“[527]

Der KPD-Politiker Julius Gößler hatte ein ähnliches Schicksal. In der Verhandlung gegen Eugen Rauch vor der Spruchkammer Böblingen nach dem Zweiten Weltkrieg erzählte er, dass er auf Bestreben der SS seinen Arbeitsplatz bei der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg (EKH) verlieren sollte. „Herr Rauch und Herr Reichert haben sich damals für mich eingesetzt, sie sind zweimal zur politischen Polizei nach Stuttgart gefahren und haben sich dafür eingesetzt, dass ich aus der Firma nicht entlassen werde“, berichtete er. Eugen Rauch selbst beschrieb die Situation so: „Ich habe dann im Jahre 1933 bei der allgemeinen Verhaftungswelle erfahren, dass auch er [Gößler, Anm. D. Verf.] verhaftet werden sollte, ich bin damals mit Herrn [Fritz] Reichert

[527] Spruchkammer-Akte von Heinrich Kohler, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902/4, Bü 7382

zum Innenministerium, politische Abteilung gefahren, und habe mich für Gößler verbürgt und erreicht, dass von seiner Verhaftung und Entlassung Abstand genommen und er auch weiterhin nicht mehr behelligt wurde.“ Julius Gößler stand jedoch nach eigenen Aussagen während der zwölfjährigen Herrschaft der NSDAP „unter dauerndem geistigen Druck und wurde meiner Fähigkeiten und Leistungen entsprechend stets übersehen.“ Offensichtlich muss er irgendwann nachgegeben haben, zumindest trat er 1934 der NSV bei und wurde 1941 dort sogar Blockwart, 1935 schloss er sich der DAF an.[528]

Am 3. Mai 1933 wurde der Gemeinderat neu gebildet: Durch das Gleichschaltungsgesetz war er am 3. April aufgelöst worden, nun wurde er auf zehn Sitze verkleinert, von denen sieben der NSDAP zustanden und drei dem Bauernbund, der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot und dem CSVD. Die SPD war aus dem Gemeinderat verschwunden. Bürgermeister Reinhold Schick beeilte sich, eine Ergebenheitsadresse abzugeben: „Adolf Hitler, der oberste Führer, heil, heil, heil!“ rief er, und NSDAP-Stadtrat Eugen Rauch „dankte im Namen des Kollegiums für die freundlichen Worte der Begrüssung.“ Der NSDAP fehlte es aber - wie in den meisten Gemeinden Württembergs - an qualifizierten Personen, die Verwaltung zu übernehmen. So wurde Rauch lediglich erster stellvertretender Bürgermeister, Wilhelm Niethammer der zweite Stellvertreter. Erst ein Jahr später trat Schick aus Verärgerung über die Politik der NSDAP zurück, sein Nachfolger wurde der schon 1932 der Partei beigetretene langjährige Stadtpfleger Emil Eipper.[529]

---

[528] Spruchkammer-Akten von Eugen Rauch und Julius Gößler, Staatsarchiv Ludwigsburg EL902/4, Bü 10466 und Bü 4041

[529] GRP 3.5.1933, Bd. 42, S. 100

Im Herrenberger Umland, wo die NSDAP schlecht organisiert war, übernahmen alte Bauernbund-Funktionäre die neu entstandenen Strukturen der landwirtschaftlichen Vertretung. So wurde zum Beispiel im Kreis Herrenberg niemand anderes als Martin Haag Vorsitzender und Rudolf Adlung zweiter Vorsitzender der neuen Landesbauernschaft. In seiner Spruchkammer-Akte bestätigen mehrere Zeugen die Vorgänge: Beim Bauernverband wollte man verhindern, dass ein Nationalsozialist Kreisbauernführer wurde, daher schlug man Haag vor. Gleichzeitig trat er der NSDAP bei. Offensichtlich gab es jedoch in der Partei erhebliche Vorbehalte gegen Haag, da er sich im Wahlkampf 1932 und 1933 noch scharf von der NSDAP abgegrenzt hatte.“ Vermutlich aus diesem Grund wurde er schon ein Jahr später von dem Oberjettinger Ortsgruppenleiter Fritz Baitinger abgelöst. Theodor Körner musste das nicht mehr miterleben: Er starb am 29. April 1933 nach schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren. Im Gäubote hieß es im Nachruf hieß es: „Die allgemeine Entwicklung der politischen Verhältnisse ging auch an seinem Lebenswerk nicht spurlos vorbei. Nun hat er ausgekämpft.“[530]

Das Schicksal der wichtigsten Herrenberger Politiker der Weimarer Republik im Dritten Reich vollständig zu verfolgen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, daher seien nur einige Einzelschicksale beispielhaft genannt. Viele bürgerliche Politiker traten schon relativ schnell im Laufe des Jahres 1933 der NSDAP bei, die Ortsgruppe wuchs laut Angaben von Gauger auf „mehrere Hundert Mitglieder an“. Die Übertritte erfolgten teils aus Überzeugung, teils weil die Betroffenen um ihre Arbeitsplätze oder ihre berufliche Perspektive fürchteten. Beispielsweise der Kaufmann Oskar Ansel, der noch bei der

---

[530] Landesbauernschaft GB 19.5.1933, Tod Körner GB 30.4.1933, dazu auch Greiffenhagen S. 191, Rommel S. 163, Schulze S. 409, Spruchkammer-Akte von Martin Haag, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902/4, Bü 4445

Gemeinderatswahl 1928 eine gemeinsame Liste mit der SPD gegründet hatte: Er trat 1933 sowohl der NSDAP als auch der DAF und dem NSV bei, weil er befürchtete, sonst nicht mehr beliefert zu werden. Georg Häffelin, der langjährige Vorsitzende der Bürgerpartei, trat ebenfalls diesen drei Organisationen bei, weil er – nach eigenen Angaben – um sein Malergeschäft fürchtete. Der Fabrikant Friedrich Gebert, Gründer der Wirtschaftspartei in Herrenberg, wurde 1933 Mitglied und 1934 sogar Kreisjägermeister, zudem ging er in den „Berufsverband der Leisten-, Rahmen-, Bilder- und Spiegelindustrie“ und wurde dort Kreisbeauftragter, nach eigenen Aussagen aus rein beruflichen Gründen. Johannes Gaiser, der 1928 gegen die bürgerliche Einheitsliste in den Gemeinderat gekommen war, wurde ebenfalls NSDAP-Mitglied und blieb Obermeister der Zimmerer-Innung Böblingen.[531]

Gregor Miller, der frühere Vorsitzende der DVP, engagierte sich im kleinen Rahmen in NS-Unterorganisationen, ohne Mitglied der NSDAP zu sein: Er war „Zellenwalter“ beim NSV, trat dem National-Sozialistischen Lehrerbund (NLSB) bei, 1937 dem Reichskolonialbund und 1942 dem NS-Reichskriegerbund. Er beteuerte, der NSV habe mit der Partei nur wenig zu tun gehabt und sich sozial-karitativen Zwecken gewidmet, seine „Gegnerschaft zum Nazismus war grundsätzlich“. Wilhelm Niethammer war zwar Mitglied des Stahlhelms, beteiligte sich jedoch nach dessen Überführung in die SA nicht mehr an Veranstaltungen.

Auch der Gäubote-Schriftleiter Karl Merz machte seinen Frieden mit dem neuen Regime. Er hatte von Theodor Körner den Gäubote-Verlag geerbt, der durch die Gründung der NS-Zeitung in Herrenberg

---

[531] Spruchkammer-Akten EL 902/4 von Oskar Ansel 146, Johannes Gaiser 3610, Friedrich Gebert 3766, Georg Häffelin Bü 4542

wirtschaftlich beeinträchtigt wurde. Nachdem Merz 1930 einen Eintritt in die NSDAP noch abgelehnt habe, sei er 1933 schließlich dem Drängen von Kreisleiter Lechler nachgekommen. Im Jahr 1934 wurde er Mitglied zahlreicher Unterorganisationen: Bei der DAF, dem NSV, dem NS-Reichsverband für Leibesübungen (NSRfL), dem Reichsverbund der deutschen Presse, dem Reichskolonialbund und schließlich 1941 Sturmführer der SS-Reserve. Immerhin gelang es Merz, nicht an die NS-Presse angeschlossen zu werden. Während die politischen Artikel vom Kreispresseamt kamen, beschränkte er sich auf kulturelle und lokale Ereignisse. Die Aussage von Merz vor der Spruchkammer bringt auf den Punkt, wie es vielen Mitläufern aus dem konservativen Milieu ergangen ist: „Ich stelle nicht in Abrede, dass ich im Dritten Reiche mitgegangen bin. Ich hatte den ehrlichen Glauben an die Zukunft in der Überzeugung, einer guten Sache zu dienen. Die Jahre des Dritten Reiches bedeuten die größte Enttäuschung meines Lebens. Wie ein roter Faden schlingt sich durch mein ganzes Dasein der Kampf um meine Existenz, meine Familie, Heimat und Vaterland.“[532]

13.3. Vergleich mit anderen Städten

In Herrenberg ging der Umsturz also reibungslos und ohne großen Widerstand über die Bühne. Wie sah dies nun in katholischen und Industriestädten aus, wo es ein ungleich größeres Potenzial an Widerstand gegen die neuen Machthaber gab? Und wie verhielten sich andere ländliche, protestantische Städte im Südwesten? Zunächst die Gruppe der **protestantischen Industriestädte.** Hier lässt sich mit Ausnahme der Stadt Pforzheim feststellen, dass die NSDAP zwar gute und überdurchschnittliche Ergebnis bei den Märzwahlen erreichte, dies

[532] Spruchkammer-Akte EL 902/4 Miller Bü 9202, Niethammer Bü 9728, Karl Merz Bü 9079

aber fast ausschließlich auf Kosten der bürgerlichen Parteien. SPD und KPD hielten ihre Anteile, der NSDAP gelang es also nicht, in großem Maße ins Arbeitermilieu einzudringen. Nach der Machtergreifung gab es zwar oft machtvolle Kundgebungen, doch in keiner Stadt richtigen Widerstand gegen die neuen Machthaber. Auch die Gleichschaltung von Gemeinderäten und Stadtverwaltungen lief geräuschlos.

Ähnlich unspektakulär wie in Herrenberg liefen zum Beispiel Machtergreifung und Gleichschaltung in der Landeshauptstatt *Stuttgart* ab. Während in Berlin das Reich umgewälzt wurde, diskutierte in Stuttgart der Gemeinderat über den Bezug von Diäten an Wahltagen. Am 16. Februar kam der neue Reichskanzler Hitler zu einer großen Propagandaausfahrt nach Stuttgart zu einer Massenkundgebung. Gegen Ende der Veranstaltung schnitt ein unbekannter NSDAP-Gegner das Kabel durch. Drei Beamte des Post- und Funkdienstes wurden daher des Amtes enthoben. Während im Gau erste Rivalitäten zwischen Gauleitung und SA begannen, wurde die Stadt Stuttgart gleichgeschaltet. Bei den letzten Reichstagswahlen am 5. März 1933 wurde die NSDAP zwar mit rund 30 % stärkste Partei in der Stadt, blieb jedoch immer noch weit unter dem Reichsergebnis. Die SPD hatte mit 23,7 % sogar alle Stimmen von 1932 zurückgewonnen, und auch die KPD blieb mit 13,1 % noch erstaunlich stabil. Das Zentrum hatte während der gesamten Weimarer Republik in der Stadt stabile 8 % gehabt, aber auch die Bürgerpartei hielt sich mit 8,7 % auf einem für sie guten Niveau. Am 16. März zog der kommissarische Innenminister Jonathan Schmid die Verwaltung der Hauptstadt an sich und setzte NSDAP-Fraktionschef Strölin als Staatskommissar für das Bürgermeisteramt ein. Schon am Tag nach der Wahl gingen die Stuttgarter SPD-Führer wie Schumacher und Schoettle in den Untergrund, wechselten täglich ihre Quartiere. Der Stuttgarter Reichsbannerführer Karl Molt mobilisierte am 7. März noch einmal

2000 Reichsbannerleute, doch die Aktion wurde aus Furcht vor blutigen Ausschreitungen abgeblasen. Schoettle vernichtete die Mitgliederkartei und brachte die Parteikasse in Sicherheit. Die SPD-Gemeinderäte wurden von Strölin vor dem Betreten des Rathauses gewarnt.[533]

Auch in *Sindelfingen* hielt sich die Euphorie für den Nationalsozialismus in Grenzen. Am Tag der Machtergreifung zählte die Ortsgruppe lediglich 29 Mitglieder, das Wahlergebnis vom März 1933 war mit 33,6 Prozent war unterdurchschnittlich und fast ausschließlich auf das Verschwinden der übrigen bürgerlichen Parteien zurückzuführen. Die SPD steigerte ihr Ergebnis sogar noch auf 28,5 %, die KPD erreichte 18 Prozent. Auch nach der Machtergreifung gab es Ansätze von Widerstand: Am 17. Februar gab es eine Kundgebung der „Eisernen Front“ mit 800 Personen auf dem Marktplatz. Doch schon Anfang März wurden 30 kommunistische Arbeiter verhaftet und ins Lager Heuberg gebracht, am 15. März wurde das Vermögen von Reichsbanner, Eiserner Front, KPD und kommunistischen Vereinen beschlagnahmt, am 20. April das der sozialdemokratischen Vereine, und am 24. April löste sich die SPD auf. Es war der NSDAP aber auf legalem Wege praktisch nicht gelungen, die Sindelfinger Industriearbeiterschaft für sich zu gewinnen.[534]

Anders sah dies in *Böblingen* aus, wo beide Arbeiterparteien nur noch weniger als 30 Prozent ereichten und die NSDAP mit 49,9 % triumphieren konnte. Die NSDAP war hier erfolgreicher beim Sammeln von Arbeiterstimmen, dennoch blieb die Kernwählerschaft von SPD und KPD erhalten. Der Lauf der Dinge war letztlich aber der gleiche wie in der Nachbarstadt, nach und nach wurden alle Organisationen und Parteien verboten. Die SPD löste sich jedoch nicht selbst auf, ihre

---

[533] Müller: Stuttgart im NS, S. 107ff.
[534] Heimberger, S. 140ff. und Zecha, S. 49f.

Ortsvereine im Oberamt Böblingen wurden erst am 17. August 1933 liquidiert.[535]

Deutlich unter den Erwartungen blieben die Märzwahlen für die NSDAP in *Esslingen. So errang* die NSDAP am 5. März 1933 trotz der starken Vertretung der Esslinger in der Gauleitung nur knapp über 30 % im Oberamt, auch in der Stadt kam sie selbst mit der Deutschnationalen Front/DNVP nur knapp über 40 %. Auch die Arbeiterparteien SPD (27 %) und KPD (16 %) verloren nur unwesentlich von ihren Anhängern, mit dem Zentrum (6 %) gab es in der Stadt keine Mehrheit für die neue Regierung im „roten Esslingen“. Trotzdem wurde am Abend des 8. März das Rathaus besetzt und die schwarz-weiß-rote Fahne gehisst, drei Tage später begann die SA eine Verhaftungswelle gegen KPD-Funktionäre, aber auch SPD-Gemeinderäte.

Oberbürgermeister Ingo Lang von Langen versuchte, durch einen Seitenwechsel Karriere zu machen. Er hatte sich Hoffnung auf den Stadtvorsteherposten in Stuttgart gemacht. Als aber dort Strölin eingesetzt wurde, trat Lang auch in Esslingen zurück, gegen den Willen der Esslinger NSDAP. Die Partei hatte kein geeignetes Personal für einen solchen Verwaltungsposten, schließlich setzte sie Alfred Klaiber als Staatskommissar ein, der schon in der Bezirksverwaltung gearbeitet hatte und nach seiner Ernennung der NSDAP beitrat. Bei seiner Amtseinsetzung im Gemeinderat erklärte die SPD, sie wolle weiterhin konstruktiv mitarbeiten, am 10. April löste sich die Partei auf. Am 23. Juni erklärte Staatskommissar Klaiber, er habe die SPD-Räte aufgefordert, nicht mehr zu den Sitzungen zu erscheinen. Die bürgerlichen Parteien DDP und DVP lösten sich ebenfalls auf, wobei die DVP sogar anders als auf Reichsebene empfahl, in die NSDAP

---

[535] Mirkes, S. 46ff.

überzutreten. Nur zwei Räte von Bauernbund und CSVD blieben im Gemeinderat. Die NSDAP-Ortsgruppe wuchs sprunghaft an, weil große Teile des Bürgertums übertraten, auch im Hinblick auf beruflichen Aufstieg.[536]

Wie schon in der Vergangenheit war *Pforzheim* eine Hochburg der NSDAP, sie fiel damit aus dem Raster anderer protestantischer Industriestädte. Zunächst kam es bei einem Fackelzug von SA und Stahlhelm zu schweren Krawallen mit KPD-Anhängern. Am Wahltag, dem 5. März, wurden zahlreiche Kommunisten verhaftet. Die NSDAP erreichte 57,5 % der Stimmen in der Stadt, damit lag sie weit über dem Schnitt in Reich und Baden.[537] In *Ulm* wollte Kreisleiter Eugen Maier seinen Bezirk zum Musterkreis und zur „braunen Hochburg“ machen. Zunächst aber gab es am 12. Februar eine machtvolle Kundgebung der Eisernen Front mit 5000 Anhängern. Eine bizarre Veranstaltung gab es Mitte Februar: Die NSDAP hatte die KPD-Führer zu einem Abend über „Wahrheit und Dichtung der KPD über Russland“ eingeladen und freies Rederecht zugesagt. Als die KPD mit 50 Mann kam, wurde ihrem Sprecher jedoch sofort das Wort entzogen und dieser von der Bühne geworfen. Trotz Widerständen gab es bei der Wahl im März jedoch mit 45,2 Prozent ein überdurchschnittliches Ergebnis für die NSDAP. Der Gemeinderat beschloss schon vor der Gleichschaltung in vorauseilendem Gehorsam die Selbstentmachtung und eine Neuwahl, die jedoch nie stattfand. SS und Polizei besetzten das Ulmer Rathaus. OB Emil Schwammberger wurde wegen „Korruption und Misswirtschaft“ abgesetzt, die Stadtverwaltung durch einen Untersuchungsausschuss „von demokratischen Elementen gesäubert“.

---

[536] Borst, Otto: Esslingen im „Dritten Reich“, in: Von Weimar bis Bonn. Esslingen 1919-1949, Sigmaringen 1991, S. 223-234, hier S. 228ff., auch Nachtmann: NSDAP in Esslingen, S. 249f.

[537] Wolfinger, S. 155ff.

Eugen Maier wurde zum Politischen Sonderkommissar für Stadt und Oberamt Ulm, was für Konflikte mit dem am 3. August ernannten neuen OB Friedrich Foerster führte.[538] In *Heilbronn* blieb ein Rest Widerstand gegen die NSDAP, die auch bei den Märzwahlen nicht die SPD als stärkste Partei übertrumpfen konnte. Auch hier wurde Kreisleiter Richard Drauz am 6. April zum Politischen Kommissar für das Oberamt Heilbronn ernannt, nachdem der Heilbronner Landrat in den Ruhestand geschickt worden war.[539]

Eine für die NSDAP erfolgreich eroberte Arbeiterstadt war *Kirchheim.* Wie in Böblingen blieb zwar eine stabile Wählerschaft von SPD und KPD von 30 Prozent, doch konnte die NSDAP mit 49 Prozent fast die absolute Mehrheit erreichen. Der Großteil der Wähler kam wohl von den praktisch verschwundenen bürgerlichen Parteien, der Anteil der Arbeiterparteien war seit 1920 weitgehend gleich geblieben. Bürgermeister Marx war NSDAP-Mitglied und verbot schon im März zahlreiche Organisationen und Aktivitäten der Arbeiter, am 1. April begannen Terroraktionen gegen Juden. Nach der Umbildung des Gemeinderates hatte die SPD noch drei Sitze. Zunächst gab Bürgermeister Marx bekannt, dass er Murr und Mergenthaler zu Ehrenbürgern der Stadt ernannt hatte. Dann wurde die SPD nicht in die Ausschüsse gewählt, im Juni wurden ihre Mandate wegen des SPD-Verbotes ohnehin annulliert.[540]

In den **katholischen Städten** zeigte sich selbst im Jahr 1933 eine starke Beharrlichkeit der Wählerschaft. Vor allem das Zentrum konnte bis 1933 der NSDAP insofern Paroli bieten, als sie von ihrem Wähleranteil nur wenig abgab und in den meisten Städten die stärkste Partei blieb. Nach der Machtergreifung war von katholischer Seite noch

---

[538] Schmidt, S. 374ff.
[539] Schlösser: Richard Drauz, S. 146
[540] Kilian, S. 85ff.

am ehesten mit vereinzeltem Widerstand zu rechnen. Auch hier blieb das Arbeitermilieu relativ unangetastet, trotz einiger NSDAP-Erfolge etwa in Friedrichshafen. Die Nationalsozialisten feierten 1933 auch in den katholischen Städten erstmals Erfolge, blieben jedoch deutlich unter dem Durchschnitt.

Völlig unverändert blieb mit 56,8 Prozent das Zentrumsergebnis in *Rottenburg* bei den Wahlen 1933. Wie schon 1932 in anderen Städten wurde die NSDAP aber mit 23,9 Prozent zum „Juniorgegner“. Die Arbeiterparteien wurden hier auf zusammen 13 % dezimiert, wobei die KPD mit 9 Prozent klar vorne lag, dies war eine Parallele zu protestantisch-agrarischen Regionen.[541] Erfolgreicher war die NSDAP in *Ravensburg.* Zwar wurde die Partei auch hier nicht stärkste Kraft, kam mit 37,2 Prozent aber nahe an das Zentrum heran, das mit 40,2 % im Gegensatz zu Rottenburg doch einen Teil seiner Anhänger verloren hatte. Die Arbeiterparteien lagen bei 14 Prozent, alle anderen Gruppierungen spielten keine Rolle.[542]

Anders als in den protestantischen Arbeiterstädten erzielte die NSDAP bei den Arbeitern in *Friedrichshafen* gute Erfolge, wie die Betriebsratswahlen 1933 zeigten, Bei Dornier stimmten 44 Prozent für die NSDAP-Liste, beim Luftschiffbau 27 Prozent. Bei den Angestellten von Dornier waren es sogar 69 Prozent. Das entsprach auch der Sozialstruktur der NSDAP-Ortsgruppe: Sie bestand zu 51 Prozent aus dem Mittelstand, also Selbstständigen, Beamten, Kaufleuten, Ingenieuren und technischen Angestellten, ein Drittel waren Arbeiter. Die von der NSDAP angekündigte Aufrüstung mag eine wichtige Rolle bei dem Votum der Betriebsratswahlen beim Rüstungskonzern Dornier gespielt haben. Bei dem Reichstagswahlen verloren SPD (13 %) und

---

[541] Ehrmann, S. 10
[542] Kraus, S. 4

KPD (9 %) zusammen noch einmal Stimmen, das Zentrum erreichte zwar mit 38 Prozent sein schlechtestes Ergebnis in der Weimarer Republik, dennoch blieb die Partei vor der NSDAP mit 32 Prozent. Die Machtübernahme erfolgte widerstandslos. Zwar wollte der Bürgermeister zunächst nicht unterm Hakenkreuz seinen Dienst versehen, gab diesen Widerstand jedoch bald auf. Trotzdem wurde er im Herbst abgelöst und durch einen NSDAP-Mann ersetzt.[543]

Widerstand leistete das Zentrum in *Langenargen*. Die Katholikenpartei versuchte, durch eine Flut von Wahlwerbung mit der Parole „Parteiwillkür oder Volksrecht“ ihre Wähler zu motivieren. Die Eiserne Front veranstaltete einen aufsehenerregenden Demonstrationszug „Gegen die faschistisch-reaktionären Diktaturgelüste“. Trotzdem erreichte die NSDAP bei den Wahlen rund 45 % der Stimmen, das Zentrum etwa 38 %, alle anderen Parteien blieben unter 10 %. Nach der Wahl wurde der Gemeinderat neu besetzt, das örtliche Reichsbanner löste sich am 11. Mai auf, der Arbeiterverein Sängerlust schon am 2. Mai.[544]

In *Meßkirch* wurde vor den Märzwahlen die örtliche Zentrumszeitung vom Ministerium verboten, nachdem diese eine Rede Hitlers zensiert hatte. Nur noch eine Wahlkampfveranstaltung hielten DNVP, KPD und Zentrum ab, die NSDAP organisierte einen Fackelzug am 1. März mit 50 Mann. Nun erst gelang es der NSDAP, mit 34,7 % auch in der Stadt Meßkirch an die Erfolge in Reich und Land anzuschließen, etliche Zentrumswähler hatten wohl die Seiten gewechselt. Das Zentrum erreichte nur noch 44,4 %, die SPD lag bei 9 %. Außerdem beiden Parteien konnte lediglich die DNVP noch mit 4,1 % ein nennenswertes Ergebnis erzielen. Die NS-Flaggen wurden auch hier gehisst, allerdings

---

[543] Kuhn: Friedrichshafen, S. 259
[544] Fuchs, S. 28

gab es im Bezirk einen speziell katholischen Widerstand: So wurde der SA in Meßkirch der Zutritt in die katholische Kirche mit Uniform und Flaggen verwehrt. Auf politischer Ebene versorgte die NSDAP ihre Mitglieder mit Posten: Der Ortsgruppenleiter Ramsperger wurde Krankenverwalter, SS-Sturmführer Rudolf Mainhard Stadtkassengehilfe. Am 5. Juli löste sich das Zentrum als letzte Partei in Meßkirch auf. Bürgermeister Wendling wurde nicht völlig ausgeschaltet, musste aber 1934 als Bürgermeister nach Stetten am Kalten Markt wechseln, weil der NS-Kreisleiter Bürgermeister in der Amtsstadt Meßkirch werden wollte.[545]

Zum letzten Mal der Blick in die **protestantischen Landstädte.** Hier konnten die Nationalsozialisten fraglos ihre größten Erfolge erzielen, vor allem wo früher DDP und Bauernbund Wahlsiege der NSDAP verhindert hatten. Gerade ehemalige DDP-Hochburgen wie Tübingen, Nagold oder Balingen waren nun Vorreiter der nationalen Erhebung, teilweise mit unverhohlener Unterstützung weiter bürgerlicher Kreise, wie es in Tübingen zu beobachten war. Folgerichtig verschwanden die übrigen bürgerlichen Parteien wie DDP und DVP, mit Abstrichen auch DNVP und CSVD von der Bildfläche, ihre Wähler wurden von der NSDAP regelrecht aufgesogen. Auch die ländlichen Hochburgen des Bauernbundes wie in Hall wurden nun zu Hochburgen der Nationalsozialisten. Nur die Arbeiterschaft blieb auch hier ein weitgehend geschlossenes Biotop, in das die NSDAP nur in Ausnahmefällen wie in Nagold teilweise einbrechen konnte.

Dabei war die NSDAP Ende 1932 vielerorts in einer Krise. In *Tübingen* wurde die Partei von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler regelrecht überrascht, seit dem Rückschlag vom November hatte es keine einzige Veranstaltung mehr gegeben. Der linksliberale OB

---

[545] Weißhaupt, S. 68ff.

Scheef schenkte dem Ereignis zunächst keinerlei öffentliche Beachtung, nur die Arbeiterbewegung mobilisierte noch am 30. Januar 200 Anhänger der KPD auf den Marktplatz. Im benachbarten Mössingen hatten gar Arbeiter der Textilbetriebe die Arbeit niedergelegt. Die Schutzpolizei beendete diese einzige große Streikaktion gegen die Machtergreifung in Württemberg.

Die Aktivitäten gingen in Tübingen eher in eine andere Richtung. Einmal mehr bekundeten Universitätsangehörige und bekannte Bürger am 1. März ihre Loyalität gegenüber den Nationalsozialisten. Bei den Wahlen 1933 schlug sich das nieder mit 49,2 Prozent für die NSDAP. Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot erhielt 12 %, SPD und KPD zusammen nur noch 16 Prozent, auch hier war der Anteil der Arbeiterwähler konstant. Die NS-Studentenschaft verstand sich nun als „Schrittmacher der braunen Revolution“, von der Universität aus leiteten sie den Machtwechsel in Tübingen ein. Der OB wehrte sich noch am 8. März gegen das Hissen der Hakenkreuzflagge am Rathaus, bis dies aus Stuttgart von Dietrich von Jagow verfügt wurde. Scheef arrangierte sich schnell mit den neuen Machthabern, die NSDAP hatte auch keinen anerkannten Fachmann, der ihn hätte ersetzen können. Insgesamt 27 Tübinger wurden verhaftet und ins Konzentrationslager Heuberg gebracht worden, aber innerhalb weniger Monate wieder entlassen. Bei der Auflösung von Arbeitervereinen griff die Schutzpolizei auch auf SA und SS zurück, was in Tübingen anders als in Herrenberg nicht auf Widerstand stieß. Nur die Arbeiter leisteten passiven Widerstand durch politische Ausflüge und Spaziergänge, oder indem man sich gegen einen NSDAP-Betriebsratsvorsitzenden bei der „Tübinger Chronik“ wehrte. Zudem gab es geheime Gruppen von Antifaschisten und Lehrern, die sich in Privaträumen trafen.[546]

---

[546] Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 104f. und 114f. und

In *Aalen* löste die „nationale Erhebung“ zunächst Protest aus. Am Nachmittag des 31. Januar gingen 30 Anhänger der KPD auf die Straße und demonstrierten gegen die Machtergreifung. Die NSDAP feierte am Abend mit einem Fackelzug zum Marktplatz die neue Regierung. Doch die Rede von Ortsgruppenleiter Karl Barth stieß keineswegs nur auf Zustimmung: Als das Deutschlandlied angestimmt wurde, sang ein Teil der Menschen lautstark die „Internationale“ dagegen an. Als Kurt Schumacher am 1. März in Aalen war, mobilisierte er viele Anhänger im überfüllten Spritzenhaussaal für die Wahl am 5. März. Aber auch der Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot griff in den Wahlkampf ein mit dem Abspielen einer Schallplatte, auf der Papen seine Ziele erläuterte. Die NSDAP brachte Landtagspräsident Christian Mergenthaler nach Aalen. Bei den Märzwahlen wurde sie zwar mit 34,1 % stärkste Partei, blieb jedoch weit unter dem Reichs- und Landesergebnis. Im ganzen Oberamt waren es sogar unter 30 %. Die SPD büßte weiter Stimmen ein und fiel auf 18,6 % zurück, ebenso die KPD mit 8,0 %. Am 9. März zog die NSDAP die NS-Flagge an öffentlichen Gebäuden auf. Der örtliche Stahlhelmführer Studienrat Wolf hisste hingegen am Rathaus die schwarz-rot-goldene Flagge und wollte wie die DNVP im Reich die Monarchie wiederherstellen. Am 18. und 21. März beschlagnahmten Wehrverbände das Naturfreundehaus und das Waldheim des Arbeiterturnvereins. Als „Klein-Potsdam am Kocher“ wurde am 21. März eine „machtvolle Kundgebung der nationalen Verbände“ zelebriert. Schließlich wurde der Gemeinderat wie überall im Land umgebildet, nachdem er in seiner ersten Sitzung nach der Märzwahl eine Selbstauflösung auf Antrag der NSDAP abgelehnt hatte. Oberbürgermeister Friedrich Schwarz blieb bis 1934

Schönhagen, Setzler, Binder: Kleine Tübinger Stadtgeschichte, S. 176f.

im Amt, dann gab er angesichts der Angriffe der NSDAP auf, die ihren Ortsgruppenchef Karl Barth an seiner Stelle einsetzte.[547]

Ganz ähnliche Ergebnisse wie im Herrenberger Umland gab es bei den Märzwahlen 1933 auch in *Wertheim.* Die NSDAP erreichte sogar 60,8 % im Amtsbezirk, und auch in der Stadt Wertheim mit 51,6 % eine absolute Mehrheit. Hier gelang entgegen dem allgemeinen Trend der großangelegte Einbruch in die katholischen Gebiete, denn auch in katholischen Gemeinden des Bezirks Wertheim kam die NSDAP deutlich über 50 % der Stimmen, anders als in Oberschwaben.[548]

Auch für den NSDAP-Kreisleiter in *Schwäbisch Hall* kam die Machtergreifung am 30. Januar überraschend, sogleich stürzte man sich in den Wahlkampf. Unverhohlen kündigte man eine „nationale Diktatur“ auch ohne Wahlsieg nach den Märzwahlen an, nur die Eiserne Front wehrte sich noch mit Aufmärschen. Das Oberamt Hall wurde zu einer Hochburg der NSDAP mit 57,3 %, doch in der Stadt Hall blieb das Ergebnis mit 40,7 % noch etwas hinter dem allgemeinen Trend zurück. Die SPD erreichte zum ersten Mal seit 1920 nur noch 23 Prozent der Stimmen. Die Bürgermeister im Oberamt blieben weitgehend im Amt: Sechs waren ohnehin zur NSDAP übergelaufen, die übrigen, dem Bauernbund nahestehenden Ortsvorsteher, wurden als „rechtsgerichtet“ eingestuft. Das galt auch für den Landrat, der von der Staatspartei nahtlos zur NSDAP wechselte.[549]

In *Backnang* gab es ähnlich wie in Aalen lautstarke Proteste gegen die Machtübernahme, die Rede eines NSDAP-Abgeordneten wurde durch Nazigegner gestört. Bei den Wahlen im März aber zeigte sich, wie groß der Anhang der Hitlerpartei in Backnang war: Mit 48,0 % erreichte die Partei fast die absolute Mehrheit, sie lag damit 5 % über dem

---

[547] Schurig, S. 93ff.
[548] Wieland: Wahlverhalten in Wertheim, S. 196
[549] Landesarchiv: Schwäbisch Hall, S. 81

Reichsdurchschnitt. Zweitstärkste Partei blieb die KPD mit 19,7 %, gefolgt von der SPD, die mit 11,4 % nur einen minimalen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte, ebenso wie die DNVP mit 8,0 %.[550] Wie kaum anders zu erwarten war das Wahlergebnis von 1933 in *Nagold* abermals ein Rekord für die NSDAP: Sie erreichte in der ehemals linksliberalen Hochburg 61,8 Prozent der Stimmen, im ganzen Oberamt Nagold gaben mit 66,2 Prozent gar zwei Drittel der Wähler den Nationalsozialisten ihre Stimme. Nicht einmal die Arbeiterparteien (zusammen 10 %) konnten diesem Trend noch entgegenstehen, andere Parteien spielten schon längst keine Rolle mehr, sieht man von der DNVP (5 %) ab.[551]

Schon vor der Machtergreifung versuchte die NSDAP in *Balingen* die Politik des Gemeinderates aggressiv anzugreifen. Der Vorwurf, die NS-Fraktion sei beim Haushaltsentwurf übergangen worden, wurde von der SPD und dem Bürgermeister einhellig als „demagogische Stimmungsmache“ zurückgewiesen. Widerstand regte sich bei den Arbeiterparteien, am 18. Februar 1933 organisierten KPD und SPD zwei große Kundgebungen. Die NSDAP wollte die Wähler im Wahlkampf mit Filmabenden, Fackelzügen und aufputschenden Reden des Ortsgruppenleiters Emil Kiener mobilisieren. Mit Erfolg: Bei den Märzwahlen stimmten 50,2 Prozent für die NSDAP, die Arbeiterparteien blieben aber stabil bei 23 %. Nun setzte eine große Verhaftungswelle im Bezirk gegen die Kommunisten ein, später auch gegen Sozialdemokraten. Aus Angst vor Inhaftierung traten die SPD-Gemeinderäte aus der Partei aus und legten ihre Mandate nieder, die SPD-Ortsgruppe erklärte sich für aufgelöst. Zuvor waren die Sozialdemokraten von der Polizei gewarnt worden. Im Nachbarort

---

[550] Hartmann, S. 104ff. und Ebert, S. 95
[551] Ackermann, S. 203

Heselwangen hatte die SPD trotz Gleichschaltung eine Mehrheit im Gemeinderat, erst nach dem reichsweiten SPD-Verbot schieden die Räte am 11. Juli aus. Die Gleichschaltung war hier noch einige Wochen verzögert worden.[552]

In *Leonberg* gab es am Tag nach der Machtergreifung eine Rauferei zwischen Kommunisten und NSDAP-Anhängern. Da die Polizei die Lage nicht allein unter Kontrolle brachte, griff sie auf SA-Männer zurück. Eine Beschwerde der SPD im Landtag war die Folge, die jedoch ohne Konsequenzen blieb. Die Gleichschaltung lief auch hier in zwei Phasen ab: bis zum 31. März wurden die Kommunisten bekämpft, danach auch Sozialdemokraten und schließlich die bürgerlichen Parteien. Ein erster Schritt war die Umbenennung der Ebertstraße in Adolf-Hitler-Straße. Die SPD arbeitete bis zum Parteiverbot mit und gab sogar Ergebenheitsadressen ab, danach wurden ihre Räte von Sitzungen ausgeschlossen. Der Gemeinderat bestand nur noch aus einer achtköpfigen NSDAP-Fraktion, weil die übrigen Räte ihr als Hospitanten beitraten. Der DDP-Bürgermeister Gotthilf Funck war schon 1932 wegen angeblicher Unterschlagung abgesetzt worden, nach einer Übergangsphase wurde am 15. August 1933 der NSDAP-Fraktionschef Abele als Nachfolger gewählt.[553]

Die **Analyse des Städtevergleichs** zeigt eine in allen beobachteten Städten gleiche Entwicklung nach der Machtergreifung. Nennenswerten Widerstand gab es kaum, nicht einmal in den Arbeiterhochburgen Stuttgart und Esslingen, auch in den katholischen Städten gab es nur symbolische Aktionen. Die SPD hielt sich an die Stillhaltestrategie der Gesamtpartei oder löste sich gar vorauseilend auf, die Kommunisten wurden durch Verhaftungen schon früh ausgeschaltet.

---

[552] Steinhart, S. 148ff. und S. 172ff.
[553] Kuhn: Leonberg, S. 182ff.

Die Wahlen im März 1933 zeigten, dass die NSDAP in ihren neuen protestantischen Hochburgen wie Backnang, Herrenberg, Nagold, Balingen und Wertheim weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, der Bauernbund war nun endgültig verdrängt. In Industriestädten wie Esslingen und Stuttgart oder in agrarisch-industriellen Städten mit gemischter Konfessionsstruktur wie in Aalen blieb ihr ein durchgreifender Erfolg meist ebenso verwehrt wie in katholischen Städten. Allerdings wurde die NSDAP auch hier in der Regel die stärkste Partei oder kam dem Zentrum zumindest gefährlich nahe. SPD und KPD behielten etwa die Stärke in den meisten Städten, vor allem in den Hochburgen Esslingen und Stuttgart, verteidigten ihr Milieu also weitgehend. Außerhalb der klassischen Industriezentren spielten sie kaum noch eine Rolle. Auch blieb die KPD häufig in ländlichen Städten stärker als die SPD, unabhängig von der konfessionellen Prägung. Die Bürgerpartei/DNVP, die als Kampfbund-Schwarz-Weiß-Rot antrat, konnte ihre Ergebnisse am 5. März ausbauen, danach verschwand die Partei jedoch in allen Städten von der Bildfläche. Die meisten Funktionäre traten in die NSDAP über, das gleiche galt für den Bauernbund.

14. Analyse und Fazit

14.1. Analyse der Parteiensysteme in Reich, Württemberg und Herrenberg

Bevor das Wahlverhalten für die einzelnen Parteien untersucht werden soll, zunächst ein Blick auf die Parteienlandschaft der Weimarer Republik mit einem speziellen Fokus auf Württemberg gerichtet werden. In der politischen Mitte spielten die **Liberalen** zu Beginn der Weimarer Republik eine überproportional wichtige Rolle als Scharnier zwischen den Lagern und Zünglein an der Waage. Dabei stand die **DDP** im Reich stets im Zwiespalt zwischen Regierungsverantwortung

und Opposition und pendelte häufig zwischen den beiden Polen. Auch zwischen der Sehnsucht nach einer gemeinsamen liberalen Partei und dem Wunsch nach einer „Brückenfunktion“ zwischen dem bürgerlichen Lager und der SPD entstanden Widersprüche. Das gleiche galt für die radikalen Theorien linksliberaler Theoretiker und Staatsrechtler, die im Gegensatz zur pragmatischen Praxis der Partei standen. Die DDP hatte gegen Ende der Republik zudem ein Generationsproblem, weil die Jugend stark nach rechts hin zu autoritären Lösungen tendierte. Die Gründung der Deutschen Staatspartei war der untaugliche Versuch, über den Jungdeutschen Orden diesen Trend aufzufangen. Im Kern war die DDP eine Honoratiorenpartei geblieben, die sich zu wenig mit den politischen Extremen beschäftigte und mit ihrem Verfassungspatriotismus am Ende niemand mehr begeistern konnte.

In *Württemberg* setzte sich die klare Trennlinie zwischen Liberalen und Konservativen aus dem Kaiserreich fort, symbolisiert in dem Konflikt mit dem umstrittenen Staatspräsidenten Bazille. Erst 1930 änderte die DDP diesen Kurs und trat mit Reinhold Maier in die Regierung ein. Zu diesem Zeitpunkt war die Partei jedoch schon in einer Abwärtsspirale, die sich zwar in Württemberg langsamer, aber ebenso unaufhaltsam nach unten drehte . Schon ab 1928 war der Mittelstand als Kernklientel weitgehend abhanden gekommen, nach der Flucht zu den Splitterparteien wechselte ein Großteil zur NSDAP. Der Eintritt in die Regierung verschreckte weitere Traditionsliberale. Von einer wichtigen Volkspartei mit Anhang in Stadt und Land war die DDP zu einer kleinen Interessens- und Splitterpartei abgestiegen.

Die **DVP** etablierte sich unter Gustav Stresemann, dem einzigen großen Staatsmann von Weltformat in der Weimarer Republik, zu einer Funktionspartei. Stresemann drängte mit seiner klugen Außenpolitik die Reparationsansprüche zurückdrängte und verlieh der Republik Stabilität. Die DVP war das Scharnier zwischen Sozialdemokraten,

DDP und den rechten Parteien, symbolisiert durch die Integrationskraft Stresemanns. Sie stand jedoch auch spiegelbildlich für den Widerstreit zwischen republiktreuen, liberalen Kräften und der antirepublikanischen, nach rechts tendierenden und antisozialistischen Schwerindustrie, die Stresemann zeitlebens erfolgreich, aber gegen Ende immer verzweifelter bekämpfte. Nach seinem Tod driftete die DVP extrem nach rechts, ohne den Erosionsprozess auch nur annähernd aufhalten zu können oder dem Trend zum Straßenkampf, zur Massenbewegung der NSDAP als Volkspartei neuen Typs, etwas entgegensetzen zu können. In Württemberg blieb die DVP durchgehend schwach, was mit der späten Gründung und der Integration weiter Teile der Nationalliberalen in die württembergische DDP zusammenhing. Es gelang auch nicht, sich als Funktionspartei zu positionieren.

Auf Reichsebene war die **DNVP** zu Beginn der Republik die Sammlung aller republikfeindlichen Kräfte und der alten Anhänger der Monarchie sowie eine Landwirtschaftspartei, was in der Weimarer Mittelphase zu einem weitgehend pragmatischen Mitregieren führte. Erst mit der Machtübernahme von Alfred Hugenberg setzte ein dramatischer Rechtskurs ein. Der konnte die Partei zwar vor dem Untergang bewahren, der den liberalen Parteien widerfuhr, doch unterschätzte Hugenberg die Dynamik und Brutalität der NSDAP. Nicht die Rückkehr eines autoritären, vielleicht sogar monarchischen Staates war der Trend der Zeit, sondern eine neue Rechtsdiktatur mit völkisch-antikapitalistischem Einschlag und Massenanhang. Da wirkte die DNVP nur noch wie in Abziehbild vergangener Zeiten und ging als unbedeutende Strömung in der „nationalen Erhebung“ der NSDAP auf.

Am Beispiel der konservativen Parteien wird der entscheidende Unterschied des *württembergischen Parteiensystems* zum reichsweiten deutlich: Es gab schon ab 1920 ein viel stärker einsetzenden Trend

nach rechts. Die sozialistischen Parteien erreichten danach nur noch um 25 %, hielten dieses Niveau aber relativ stabil. Schon ab 1924 waren Konservative und Bauernbund in die Regierung integriert. Von dem Rechtstrend profitierte bis 1930 vor allem der Bauernbund, der Mitte der 20er Jahre seinen organisatorischen Zenit erreichte und wie die SPD in den Arbeiterzentren und das Zentrum im katholischen Neuwürttemberg eine enge Bindung von Milieu, Partei und Organisation und damit einen hohen Ausschöpfungsgrad seines Potenzials erreichen konnte. Die Verbindung vom einfachen Landwirt über die agrarischen und konservativen Vorfeldorganisationen, das „Bindemittel“ der konservativen Pressearbeit und das Bündnis mit der Bürgerpartei für die konservativen Stadtwähler waren lange ein Erfolgsmodell, bis es durch die Kooperation mit der NSDAP und deren Aufstieg überholt war. Auch die Konservativen hatten ein Problem mit Überalterung: Der Bauernbund verpasste den Sprung über die Generationenschranke, und damit auch die Anbindung an sein Milieu. Das zeigte auch die Abhängigkeit der Bauernbund-Ergebnisse von sinkender Wahlbeteiligung.[554]

Die Bürgerpartei blieb analog zur Stärke des Bauernbundes insgesamt schwach aufgestellt und auf die Stadt beschränkt. Dabei gab es zwei Zäsuren: 1918 mit der Abspaltung der Nationalliberalen von der ehemaligen Deutschen Partei, und 1930 mit der Abspaltung der „Volkskonservativen“ um Bazille. Beide Schritte warfen die Bürgerpartei stärker auf die Stadtklientel zurück. Interessant war der Wandel der Rolle von Wilhelm Bazille, der zunächst als verhasster, rechtskonservativer Kulturkämpfer galt, dann aber gegenüber dem radikalen Kurs durch Hugenberg und Hirzel in der eigenen Partei als

[554] Eine ausführliche Untersuchung über diesen Zusammenhang findet sich auch bei Weber, S. 495ff.

staatstragender, vernunftbetonter Vertreter eines moderaten Kurses in die Minderheit geriet. Er stand auch für den vergeblichen Kampf der Bürgerpartei um eine eigenständige Rolle gegenüber der DNVP im Reich, die gegen Ende der Republik praktisch nicht mehr vorhanden war. So geriet die Bürgerpartei vom Windschatten des Bauernbundes in den der NSDAP.

Am linken Ende des Spektrums standen wie im Reich SPD und KPD. Die **Sozialdemokraten** waren nach der Revolution unerwartet aus der Rolle einer ausgegrenzten Minderheit mit eigener Subkultur in die einer staatstragenden Partei hinüber gewechselt. Die Partei war zwischen den Polen Revolution und Arbeiterräte einerseits und pragmatischem Korporatismus andererseits hin- und hergerissen. In Regierungsverantwortung drifteten Teile der Basis nach links ab und wurden von der KPD aufgenommen. Da die SPD auch in der Opposition durch Tolerierungen oder informelle mit den bürgerlichen Parteien zusammenarbeitete, konnte sie ihr Profil nicht schärfen und wurde von den radikalen Parolen der KPD übertönt. Die SPD kam so in eine „Mittellage“ zwischen KPD und den Bürgerlichen und später der NSDAP. Sie kämpfte als einzige „Staatspartei“ der Weimarer Republik gegen alle anderen, schätzte die NSDAP allerdings falsch als vorübergehende Erscheinung ein, die man wie im Kaiserreich unter dem Sozialistengesetz durch Anpassung und stillen Widerstand langfristig überstehen könne. Selbst wenn einige SPD-Führer den Ernst der Lage richtig erkannt hatten, so fehlten der Partei die Mittel, der Hitlerbewegung wirksam entgegenzutreten.

In *Württemberg* waren die Sozialdemokraten traditionell durch eine stark pragmatische Haltung geprägt, die sich an ihrer Integrationsfigur Wilhelm Keil festmachte. Im Gegensatz zu dieser positiven Grundeinstellung zum Staat war die Partei jedoch in Württemberg noch weniger als im Reich in die Regierungsverantwortung eingebunden.

Nur unmittelbar nach der Revolution stellte sie mit Wilhelm Blos den Staatspräsidenten, nach einem Jahr verließ die Partei die Regierung und sollte die Entwicklung, mit der Ausnahme von 1921 bis 1923, auch fortan nur von den Oppositionsbänken begleiten. Die Phase der Großen Koalition im Reich unter Hermann Müller ab 1928 fand in Württemberg nicht statt. Die SPD blieb so von jeglicher Gestaltungsmacht ferngehalten, konnte von diesem Oppositionsstatus aber nicht profitieren, weil sie zwischen konstruktiver Mitarbeit und radikaler Agitation schwankte, personell symbolisiert durch die Politiker Keil und Schumacher. Der von Jürgen Mittag benannte „Klassenkompromiss“ zwischen gemäßigten Sozialisten und dem gemäßigten Bürgertum hat in Württemberg nicht funktioniert, auch der pragmatische Kurs Keils ermöglichte keinen Aufstieg zur Volkspartei.

In permanenter Konkurrenz zur SPD stand die **KPD** in der Weimarer Republik. Die Sozialdemokraten wurden zunehmend zum Hauptgegner der Kommunisten. Bis Mitte der 20er Jahre hoffte die Partei noch auf einen Systemwechsel, auch danach blieb eine kommunistische Räterepublik nach sowjetischem Vorbild das Fernziel jenseits aller taktischen Erwägungen. Die ständigen Richtungskämpfe, das permanent wechselnde Führungspersonal, die häufigen Strategiewechsel sowie ab 1925 unter Ernst Thälmann die Stalinisierung der Partei verschreckten jedoch viele Anhänger. Die strenge Orientierung nach Moskau auf das EKKI war eine Skurrilität der deutschen Parteienlandschaft. Dennoch gelang es der KPD vor allem gegen Ende der Republik, einen harten Kern von Anhängern und viele von der SPD enttäuschte Arbeiter an sich zu binden. Die KPD überschätzte jedoch immer wieder das radikal-revolutionäre Potenzial der deutschen Arbeiter und ihren Einfluss auf das Proletariat. Zudem unterschätzte man die Macht der NSDAP und konzentrierte damit die Energie auf die Bekämpfung des „Sozialfaschismus“ der SPD. Sowohl

SPD und KPD blieben Milieuparteien, der Aufstieg zur Volkspartei blieb der SPD verwehrt. Nach 1920 war die Anhängerschaft beider Parteien wieder auf einen festen Kern geschrumpft. Die KPD blieb eine systemfremde Partei.

Zwar blieb durch die Schwäche der SPD in Württemberg der KPD zwar viel Raum für Agitation, doch konnte sie im kleinräumigen Südwesten nur in wenigen Arbeiterzentren und in den kleinen „Arbeitergemeinden“ mit Pendlern viel Anhang finden. Doch die stark hierarchische Struktur und die Säuberungswellen, der sogar der Württembergische KPD-Chef Hans Stetter zum Opfer fiel, schreckten gerade im ländlichen Raum viele potenzielle Anhänger ab. Noch stärker als im Reich war die KPD ein Fremdkörper im württembergischen Parteiensystem, was auch durch viele nicht aus dem Land stammende Funktionäre symbolisiert wurde.

Der Aufstieg der **NSDAP** war in zwei Phasen unterteilt, die parallel zur wirtschaftlichen Krisensituation der Republik verliefen. Die erste Aufbauphase bis zum Hitler-Putsch 1923 in München, bei der die NSDAP versuchte, mit den altkonservativen und monarchischen Kräften zu kooperieren oder diese zu verdrängen. Die Bewegung war in dieser Phase noch stark auf München, aber weniger extrem nur auf die Person von Adolf Hitler ausgerichtet, auch wenn er schon die entscheidende Rolle spielte. Erst in der zweiten Phase ab der Weltwirtschaftskrise 1929 wuchs die NSDAP zur Massenbewegung an. Eine Mischung aus legalistischer Strategie und einer Mobilisierung der unzufriedenen Massen des (protestantischen) Mittelstandes sowie bisheriger Nichtwähler brachte den Erfolg. Die bürgerlichen Mittelparteien lösten sich praktisch in Luft auf oder wurden wie die DNVP vereinnahmt und durch Umarmung erdrückt. Auch die relativ stabilen Milieuparteien SPD und Zentrum gaben einen Teil ihrer Anhänger an die NSDAP ab. Das innerparteiliche Erfolgsrezept war

dabei eine Mischung aus einer extremen Zentralisierung beim Parteiführer, einer straffen, bürokratisierten Struktur bis auf Blockebene, die Ausdifferenzierung in verschiedene Gesellschafts- und Berufsgruppen, der Einsatz moderner Massenkommunikationsmittel und eine radikale, populistische und einfache Lösungen versprechende Ideologie. Gerade für die junge Generation wirkte dies anziehend, während die „Altparteien“ nicht nur wegen ihrer Tradition aus dem Kaiserreich als solche bezeichnet werden konnten. All dies wäre aber ohne die Person Adolf Hitlers nicht möglich gewesen, nur er konnte durch seine rhetorischen Fähigkeiten, durch Integration der verschiedenen Strömungen und skrupelloser Rücksichtslosigkeit gegenüber innerparteilichen Gegnern die heterogenen Kräfte zusammenhalten.

Um die NSDAP in *Württemberg* erklären zu können, ist zunächst ein Blick auf die regionale Entwicklung der Partei erforderlich. Die Hochburgen der Partei lagen ab 1928 in Schleswig-Holstein, Pommern, Breslau, Südhannover-Braunschweig und Chemnitz-Zwickau, während sie in Württemberg, Niederbayern, Nordwestfalen oder Berlin deutlich schwächer war. Die süddeutschen Agrargebiete und die industrialisierten Zonen des Reiches waren die Schwachpunkte, zwei prägende Faktoren der württembergischen Gesellschaft. Allerdings gab es 1933 eine tendenzielle Angleichung der NSDAP-Wahlerfolge in den Regionen, in Süddeutschland konnte die Partei 1932 die frühere Schwäche ausgleichen, zum Teil sogar überkompensieren. Die größten Erfolge erzielte sie Falter zufolge in protestantischen Agrarregionen und Kleingemeinden. Vor allem ab 1932 war die Partei in kleineren Gemeinden und Städten stärker als in großen, allerdings war der

Unterschied nicht so signifikant wie in der historischen Wahlforschung oft vermutet.[555]

Die Wahlergebnisse der NSDAP in Württemberg waren bis 1932 deutlich unterdurchschnittlich, erst 1933 glichen sie sich also an. Eigentlich hätte das Land aber angesichts seiner Sozialstruktur ein für die Partei günstiges Land sein müssen. So stellt Wolfram Pyta für den protestantisch-ländlichen Raum fest, dass sich die NSDAP am stärksten milieugerecht verhielt, dass sie die Landwirte, Pfarrer und Lehrer als Sympathisanten auf dem Land gewann. Dabei führte sie einen neuen, massenpopulistischen Politikstil ein, der sich von den konservativen Honoratiorenparteien unterschied. Der Aufstieg der NSDAP war im Reich maßgeblich von der Stärke der Bewegung auf dem flachen, protestantischen Land geprägt.[556]

Allerdings wirkten die wirtschaftliche Stabilität, die geringe Arbeitslosigkeit, die starke Kirchenbindung und die kompakte katholische Wählerschaft dem entgegen. Die Bürgerpartei konnte als „entschlackte“ konservative Partei gegen Ende der Republik in Württemberg sogar noch stärker werden, und der Bauernbund wirkte auf dem Land als, wie Reinhold Weber richtig schreibt, „regionaler Puffer für die NSDAP-Wähler“. Er verhinderte die NSDAP als Milieupartei der evangelischen Landbevölkerung, weil er bis 1932 tief verwurzelt und verbunden mit seinem Milieu blieb. Erst als die junge Generation zur NSDAP überlief, die Partei mit der Agitation etwa bei der Schlachtsteuer agrarische Themen besetzte und die Organisation des Bauernbundes durch fehlende reichsweite Anbindung und die landwirtschaftliche Gleichschaltung ab 1933 ins Leere lief, konnte die NSDAP reüssieren. Thomas Schnabel vermutet angesichts der

---

[555] Falter: Hitlers Wähler, S. 156ff. und 163ff. und Falter/Bömermann, S. 290
[556] Pyta: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 324ff.

Tatsache, dass die absoluten Stimmergebnisse der Parteien in Württemberg relativ konstant blieben, dass die NSDAP im Land wesentlich stärker bisherige Nicht- oder Neuwähler ansprechen konnte, es zu einer „Radikalisierung des Mittelstands“ kam und viele Wähler überwechselten.[557]

Neben dem starken Rechtstrend war für das *württembergische Parteiensystem* eine Besonderheit des protestantischen Milieus entscheidend, das zum Anfang des Jahrhunderts noch keine feste parteipolitische Bindung hatte. Zwar bot sich der Bauernbund als neue politische Kraft an, doch gelang es ihm über die Zeit gesehen nicht, die agrarischen Landwirte dauerhaft zu binden. So blieben die bürgerlichen Protestanten anfällig für Splitterparteien (Mittelstand in der Stadt), christliche Parteien wie den CSVD und auf dem Land für eine agrarische Protestpartei, wie sie ab 1932 die NSDAP wurde. Wo die Unzufriedenheit der protestantischen Mitte der Gesellschaft nicht kanalisiert wurde, flüchtete diese sich auch in Wahlenthaltung. Das zeigt die seit 1920 ständig sinkende Wahlbeteiligung.

Das württembergische Parteiensystem war also anfangs stärker liberal, später stärker konservativ und gegen Ende der Republik in etwa genau so nationalsozialistisch geprägt wie im Reich. Die Linken spielten nur eine Nebenrolle, während der Konservatismus wesentlich wichtiger war. Allerdings gab es, wie Reinhold Weber zu Recht ausführt, trotz der Stärke konservativer Parteien kein geschlossenes konservatives Milieu, vielmehr fanden sich konservative Wähler in vielen Gesellschaftsschichten, von bürgerlichen Beamten, mittelständischen Unternehmern bis zu agrarischen Kreisen auf dem Land. Auch diese Unentschiedenheit und Zersplitterung des

---

[557] Weber, S. 497ff. und Gawatz: Württembergisches Parteiensystem, S. 216ff.

konservativen Milieus war ein Faktor für den späten Aufstieg der NSDAP.[558]

Wie lassen sich nun die in Kapitel 3 genannten **Wahlverhaltenstheorien** auf die Parteiensysteme in Herrenberg und in den Vergleichsstädten übertragen? Die einzelnen Parteien sollen nun auf Basis der theoretischen Ansätze analysiert werden. Es finden sich klare Zusammenhänge zwischen der Mitgliedschaft in einer sozialen Gruppe und der Wahl einer Partei, wie sie der soziologische Erklärungsansatz vorhersagt. Dies gilt vor allem für den **Bauernbund und das Zentrum.** So erreichte das Zentrum in Gebieten mit hohem Katholikenanteil seine besten Ergebnisse. Für das Oberamt Herrenberg soll die zu 99 Prozent katholische Gemeinde Oberndorf als Beispiel dienen: 1919 stimmten rund 85 Prozent für das Zentrum, diese Parteibindung blieb bis 1933 ziemlich stabil, so erreichte die Partei bei der letzten Wahl noch 76 Prozent. Das katholische Milieu erwies sich hierbei als erstaunlich stabil, das zeigt auch der Vergleich mit anderen katholischen Städten wie Rottenburg, Ravensburg oder Friedrichshafen. Gleichzeitig erzielte der Bauernbund in seinen besten Zeiten 1920 bis 1924 in Oberndorf nur Ergebnisse um elf Prozent, wodurch das Zentrum auch als berufsständische Partei der katholischen Bauern bezeichnet werden konnte. Eine Statistik von Josef Griesmeier für die Reichstagswahlen 1930 fand für das Oberamt Herrenberg heraus: Auf 1000 Katholiken fielen 406 Stimmen für das Zentrum. Dieser im Vergleich zum restlichen Land überdurchschnittliche Wert ergebe sich daraus, dass die Katholiken in den Enklaven Oberndorf und Poltringen wohnten und daher kaum „fremden Einflüssen“ ausgesetzt seien. Sie waren noch stärker an ihre Milieupartei gebunden als in katholischen Regionen Oberschwabens,

---

[558] Weber, S. 511ff.

obwohl dort das Zentrum schon in perfekter Symbiose mit seinem Milieu eine Dauerregierungspartei geworden war, und das schon im 19. Jahrhundert.

Was für das Zentrum in katholischen Gebieten galt, lässt sich in abgeschwächter Form auch auf den Bauernbund in protestantischen Agrarregionen übertragen, Auf den Bauernbund entfielen von 1000 Landwirten im Oberamt Herrenberg 447 Stimmen, einer der höchsten Werte in Württemberg. In katholischen Oberämtern waren es nur zwischen 22 und 77 Stimmen. Das spricht für die hohe Mobilisierung der protestantischen Landwirte durch den Bund, obwohl die Zahlen von 1930 schon das Manko haben, dass die Bindekraft des Bundes stark nachgelassen hatte.[559] Vergleicht man den Anteil von Landwirten im Oberamt bei der Volkszählung 1933 (56 Prozent) mit den Wahlergebnissen des Bauernbundes, die bis 1928 zwischen 61 und 58 Prozent pendelten, zeigt sich die hohe, nahezu geschlossene Bindung der Landwirte an den Bund.

Diese Bindung des agrarisch-protestantischen Milieus an eine Partei, die wir als Cleavage im Sinne des soziologischen Ansatzes bezeichnen können, wurde verstärkt durch die Organisation der Partei. Die Funktionäre des Bauernbundes waren im Bezirk Herrenberg durchgehend Landwirte. Von den 16 Personen, die sicher oder vermutlich dem Bund zugeordnet werden konnten, waren alle Landwirte oder ehemalige Bauern, der Mehlhändler Christian Kohler handelte ja mit einem direkten Erzeugnis der Landwirtschaft und hatte so eine große Nähe zu dem Milieu. Auch ist davon auszugehen, dass er wie die meisten Händler in Herrenberg nebengewerblich noch einen Acker betrieb. Lediglich Theodor Körner und Gäubote-Schriftleiter Karl Merz waren keine originären Landwirte, sie waren jedoch im

---

[559] Griesmeier, S. 110f.

konservativen Milieu aufgewachsen. Auch der Zusammenhang zwischen Konfession und Bauernbund ist eindeutig: Nur in protestantischen Regionen, was Herrenberg ja zu 90 % war, konnte er seine Dominanz im Agrarsektor entfalten. Und noch ein dritter Faktor ist nachgewiesen: Der Bauernbund war keine Partei der Großbauern, vielmehr ist der kleine, selbstständige Landwirt die Keimzelle der Partei, Herrenberg war dafür ein gutes Beispiel.[560]

Betrachtet man die Entwicklung des Bauernbundes, so fallen zwei Entwicklungslinien auf. Die Revolutionswahlen von 1919 fielen aus dem Rahmen, wenngleich der Bauernbund auch hier schon im Oberamt stärkste Partei war. Ab 1920 für zwölf Jahre war der Bauernbund die absolut dominierende Partei, die Wahlergebnisse gingen langsam von 61 auf 57 Prozent bis zum Jahr 1928 zurück, während sich allerdings gleichzeitig die anderen Parteien vollkommen zersplitterten und der Bund unangefochten dominierte. Der CSVD konnte in Herrenberg einen Teil konservativer protestantischer Wähler an sich binden, ohne die Stellung des Bauernbundes zu gefährden. Neben regionalen Hochburgen und der vorübergehenden Sympathie von Teilen der parteipolitisch „heimatlosen“ Protestanten konnte der CSVD aber irgendwo dauerhafte Bindungen schaffen. Der in Württemberg und im Gäu stark vertretene Pietismus spielte hier als Faktor eine wichtige Rolle.[561]

Anders als im Umland war die Entwicklung des Bauernbundes in der Stadt Herrenberg: Der Bauernbund blieb wegen des geringen Anteils von Landwirten hier relativ unbedeutend, erreichte 1920 knapp 15 Prozent der Stimmen und schmolz dann langsam auf 9 Prozent (1930) ab, um schließlich im März 1933 bei knapp sechs Prozent zu landen.

---

[560] Personen siehe Anhang, siehe auch Weber, S. 482ff.
[561] Zum Pietismus siehe auch Weber, S. 499 und Hermle, S. 16

Der Bund bezog seine Stärke aus dem Umland, war in der Stadt auf eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien angewiesen. Erst das Aufkommen der NSDAP stellte die Macht des Bauernbundes in Frage: Die „Erbitterungswahlen“ 1930 stellten eine Zäsur dar. Sie brachten erstmals einen Verlust von einem Drittel der Stimmen in der Stadt und einem Fünftel im Oberamt. Parallel zum Aufstieg der NSDAP verlor die Interessenpartei im Oberamt bis zum Juli 1932 über 50 Prozent ihrer Stimmen und wurde auf 27 Prozent dezimiert, im März 1933 war mit 19,7 % der Tiefpunkt erreicht. In der Stadt blieb das Potenzial hingegen noch bis Ende 1932 relativ stabil bei knapp zehn Prozent. In den Hochburgen Oberjesingen und Affstätt konnte sich der Bund länger halten, hier gelang der NSDAP erst 1933 der endgültige Durchbruch zur stärksten Partei.

Wir erkennen also ein klares Cleavage „Landwirte versus Industriearbeiterschaft und Stadtbevölkerung“. Es gab auch gesellschaftliche Vorfeldorganisationen wie den Landwirtschaftlichen Bezirksverein, der eine gesellschaftspolitische Koalition mit der Interessenpartei einging. Zieht man das sozial-psychologische Modell hinzu, gibt es weitere Erklärungsmöglichkeiten für die Stärke des Bundes: Die Person von Theodor Körner als im ganzen Reich bekannten Repräsentanten und Inhaber hoher Ämter, in Verbindung mit der Möglichkeit, sich im Gäubote darzustellen, dürfte die Wahl zusätzlich zur Parteiidentifikation der Bauern mit dem Bund beeinflusst haben. Der Niedergang des Bundes korrespondiert auch mit dem schrittweisen Rückzug Körners aufgrund von Krankheit und Alter, wenn auch darin keinesfalls die wichtigste Ursache zu sehen ist. Körner stand aber für die ältere Generation in der Führungsschicht des Bauernbundes, die den Kontakt zur Jugend verloren hatte und in der Endphase der Republik kaum noch Kraft und Fähigkeiten hatte, dem Trend der Jugend zur NSDAP etwas entgegenzusetzen. Als zweiter

kurzfristiger Faktor kommen prägnante Themen hinzu, mit denen der Bund mobilisieren konnte: 1920 etwa der Kampf gegen die Zwangswirtschaft, anschließend die Forderung nach landwirtschaftlichen Schutzzöllen. Als der Bund jedoch an der Regierung in Reich und Land beteiligt war, ließ auch die Bindekraft dieser Parolen nach.

Die **Bürgerpartei** hing im Schlepptau des Bauernbundes. Als Vertreterin der konservativen Beamtenschaft und der Großindustrie hatte sie einen schweren Stand: Theodor Körner deckte das konservativ-nationalistische Milieu geschickt ab, der Anteil an Beamten lag im gesamten Oberamt nur bei rund vier Prozent, und eine Großindustrie gab es praktisch nicht. Die kleineren Fabriken in der Stadt gehörten entweder auswärtigen Fabrikanten (wie die Vollmoeller'sche Trikotfabrik), oder die Unternehmer gehörten dem liberalen Lager an, wie etwa EKH-Direktor Robert Strasser oder der Goldleisten-Fabrikant Friedrich Gebert. Von den 15 Personen, die eindeutig der Bürgerpartei zuzuordnen sind, waren sieben Beamte, zwei Handwerksmeister, mit Baron Hiller von Gaertringen gehörte zumindest zeitweise ein Gutsbesitzer zu der Partei. Auch fanden sich zwei Kaufleute unter den Funktionären. Insgesamt blieb die Bürgerpartei auch im ganzen Oberamt schwach. Das Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung 1919 kann hier nicht maßgebend sein, der Bauernbund trat bei dieser Wahl nicht an. Die Deutschnationalen erhielten lediglich 1924 ein zweistelliges Ergebnis, sonst blieben sie im Oberamt immer deutlich unter zehn Prozent. Ab 1930 geriet die Partei in einen unaufhaltsamen Abwärtssog und war ab diesem Zeitpunkt im Umland praktisch nicht mehr präsent, woran auch ein kleiner Anstieg 1932 auf drei Prozent nichts mehr änderte.

Ganz anders dagegen die Entwicklung in der Stadt Herrenberg, die Trennung zwischen Stadt und Land im konservativen Lager wurde

auch hier deutlich sichtbar: Schon 1919 hatte die Bürgerpartei über ein Fünftel der Stimmen auf sich vereinigt, dieser Wert konnte auf über 25 Prozent ausgebaut werden. Allerdings brach die Partei 1928 ein und halbierte ihr Ergebnis, bis zur Landtagswahl 1932 fiel sie kontinuierlich bis auf 5,5 Prozent. Bis zur letzten Reichstagswahl erholte sich die Partei jedoch wieder auf 11,4 Prozent. Das entspricht einerseits der allgemeinen Entwicklung im Reich. Doch scheint es sowohl bei diesem Aufschwung als auch bei dem ersten bis 1924 lokale Kandidateneffekte gegeben zu haben: Oberamtmann Risch war als der oberste Beamter im Kreis bis 1924 ein wichtiges Aushängeschild der Partei. Wilhelm Niethammer trat zwischen 1920 und 1924 zur Bürgerpartei über und wurde sogar ihr Repräsentant, wurde jedoch nach 1924 nicht mehr mit der Partei direkt in Verbindung gebracht. Und gegen Ende der Republik trat mit dem früheren Pfarrer Theodor Klett ein wichtiger Kirchenvertreter auf den Plan, der engagiert für die Partei stritt und offensiv die Auseinandersetzung mit dem CSVD führte. So könnten sich die im Vergleich zu Land und Reich überproportionalen Zuwächse erklären. Allerdings zeigen der spätere Übertritt von Klett zur NSDAP und der Kampf „völkischer“ Pfarrer für die Hitlerpartei wie der Bondorfer Pfarrer Wilhelm Krauß, dass die Bindung der evangelischen Kirche an die Bürgerpartei ab 1932 deutlich nachließ.

Themenorientierungen scheinen hingegen kaum eine Rolle gespielt zu haben, beherrschte der Bauernbund mit dem Gäubote doch das publizistische Feld und griff über Theodor Körner immer wieder die „Dauerbrenner“ Versailles, Kriegsschuldlüge und Dolchstoßlegende auf. Bleibt zusammen zu fassen: Die Bürgerpartei war in Herrenberg eine Beamtenpartei, im Oberamt blieb sie immer im Schatten des Bauernbundes, war jedoch zumindest bis 1924 in der Stadt die wichtigste Regierungspartei. Beim Cleavage „Staat - Kirche“ übernahm sie zeitweise den Gegenpart zu den säkularen Kräften, wobei auch die

liberalen Parteien keinesfalls kirchenfern waren. Die Bürgerpartei blieb auf die Protestanten und die Städte beschränkt, die Wählerklientel war gewerblich-mitelständisch und von Beamten geprägt.

Die Trends der historischen Wahlforschung für die **NSDAP** lassen sich auch in Herrenberg nachweisen. Zunächst zeigt eine statistische Auswertung aller Mitglieder, die entweder durch öffentliche Auftritte oder die Akten der NSDAP-Gauleitung den NSDAP-Ortsgruppen im Oberamt Herrenberg zugeordnet werden können, zwei Dinge: Erstens war die NSDAP im Oberamt eine Partei der Handwerker, der einfachen Arbeiter und der Angehörigen des Mittelstandes. Zunächst waren es noch einfache Angestellte, erst nach 1930 stieß mit Karl Ludwig Lechler ein Angehöriger des höheren Mittelstandes hinzu. Arbeiter kamen erst im Jahr 1932 dazu, vor allem Steinbruch- und Landarbeiter, nicht das klassische Industrieproletariat. Insgesamt waren ein Drittel aller festgestellten Mitglieder Handwerker, die meisten davon unselbständig beschäftigt, ein Viertel waren Arbeiter, der Mittelstand bestehend aus Kaufleuten, Angestellten, Ingenieuren, Beamten und Gastwirten bildete ein weiteres Viertel. Völlig unterrepräsentiert waren mit knapp zehn Prozent die Landwirte, gerade in den stark bäuerlich geprägten Umlandgemeinden, zumindest bis 1933. Auch Frauen waren mit nur vier Prozent extrem selten, auch im Vergleich zur NSDAP im ganzen Reich. Diese Befunde stärken die These der NSDAP als Klassenpartei des radikalisierten Mittelstandes, wie sie die Klassentheorie sieht.

Zweitens war die NSDAP im Oberamt Herrenberg eine Partei der jungen Leute. Nicht nur die Funktionäre wie Rauch, Greiß oder Reichert waren etwa 30 Jahre alt, als die Ortsgruppe wiedergegründet wurde, auch die meisten Mitglieder waren zwischen 18 und 30 Jahren alt. Rechnet man das Durchschnittsalter aller nachgewiesen NSDAP-

Mitglieder aus, so kommt man auf 28,3 Jahre.[562] Auffallend war auch, dass es sich bei den Anhängern nicht um Mitglieder der lokalen Führungseliten handelte, es gab praktisch keine Querverbindungen zu wichtigen Vereinen. Abgesehen von dem Drogeristen Eduard Greiß fanden sich auch nur wenig bekannte Kaufleute in den Reihen der Partei. Außerdem waren es, von Ausnahmen abgesehen, meistens Menschen, die sich bislang nicht politisch engagiert hatten. Dieser Befund spricht für die Massentheorie, weil bisher nicht am politischen System partizipierende Bürger als Träger einer neuen politischen Klasse auftraten.

Die großen Wahlerfolge der NSDAP gingen immer mit einem Anwachsen der Wahlbeteiligung einher: Als der NSDAP-Vorläufer „Völkisch-Sozialer Block“ 1924 in der Stadt 12,4 Prozent holte, stieg die Wahlbeteiligung um sechs Prozent, die absoluten Stimmergebnisse der bürgerlichen Parteien blieben aber weitgehend konstant. Noch gravierender war das 1930: Die Wahlbeteiligung stieg um 15 Prozent in der Stadt, nur mittlere absolute Stimmverluste der bürgerlichen Parteien, aber eine Verzehnfachung der NSDAP-Stimmen. Auch bei der letzten Wahl 1933 stieg die Beteiligung um 15 Prozent an, die NSDAP verdoppelte ihre absoluten Stimmen. Wie stark hier ein Kandidateneffekt durch die Person Hitlers bestand, zeigt sich am Beispiel der Reichspräsidentenwahl 1932: Erreichte Hitler im Oberamt 5392 Stimmen, so waren es bei der Landtagswahl zwei Wochen später rund 1000 Stimmen im Oberamt weniger. Betrachtet man den Verlauf als Ganzes, so fallen zwei Entwicklungen auf: Erstens war die NSDAP bis 1930 im Oberamt vollkommen unbedeutend, erzielte Ergebnisse deutlich unter fünf Prozent und konnte dem Bauernbund nie gefährlich

[562] siehe Anhang

werden. In der Stadt hingegen verfügte die Partei schon 1924 über ein Potenzial von 13 Prozent der Wähler.

Zwar wurde die NSDAP mit den „Erbitterungswahlen“ auch in Herrenberg wieder wahrgenommen, doch dauerte es bis 1932, bis ihr der Einbruch in die bäuerlichen Wählerschichten im Umland und in den Mittelstand in Herrenberg gelang. Mit der Landtagswahl 1932 stieg die NSDAP in der Stadt zur beherrschenden Partei auf, überwand ihre Schwäche im Umland, und binnen weniger Monate wurde Herrenberg eine absolute Hochburg mit weit überdurchschnittlichen Resultaten. Vergleicht man die absoluten Stimmergebnisse, dann wird klar, dass die NSDAP im Umland die Stimmen vom Bauernbund gewann, also die Landwirte an sich band: Hatte der Bauernbund bis 1932 immer zwischen 5000 und 6000 Stimmen erhalten, so waren es im Juli 1932 nur noch 3300. Das änderte sich auch im November 1932 nicht mehr: Er erreichte fast genau gleichviel absolute Stimmen, während die NSDAP etwa 900 verloren hatte und die Wahlbeteiligung um sechs Prozent zurück gegangen war. Die NSDAP hatte bei den Novemberwahlen also ein Mobilisierungsproblem, doch die vom Bauernbund abgeworbenen Wähler kehrten nicht mehr zu ihm zurück. Die Wahl 1933 schließlich verdoppelte die absoluten Stimmen der NSDAP, während der Bauernbund ein Drittel weniger Stimmen holte als vor 1932.

Interessant ist, dass die NSDAP-Werte in Herrenberg-Stadt 1924 deutlich über dem Oberamtsergebnis lagen, ab 1930 war es umgekehrt. Die NSDAP saugte die verschiedenen Mittelstandsparteien regelrecht auf, sie verschwanden mit ihrem Aufstieg. Leider lassen sich genauere Wählerwanderungen nicht mehr nachvollziehen, da zu dieser Zeit die Technik von Wahlbefragungen noch nicht fortentwickelt war. Fazit: Die Herrenberger haben dem Nationalsozialismus länger widerstanden als weite Teile des Reiches, gehörten ab 1932 aber zu

den glühendsten Befürwortern der neuen Bewegung. Diese Entwicklung verlief parallel zur nachlassenden Bindewirkung des Bauernbundes, wie sie in Herrenberg exemplarisch war. Schließlich wurden bei der NSDAP 1932/33 doch noch die prinzipiell begünstigenden Faktoren wirksam. Falters These von einer „Volkspartei“ wird in Herrenberg bestätigt, weil die NSDAP unter ihrem Dach sowohl in der Stadt Herrenberg den radikalisierten Mittelstand sowie ehemalige Nichtwähler, als auch auf dem Land die protestantischen Bauern vereinte.

Stellt man die Entwicklungskurven von NSDAP und **liberalen Parteien** einander gegenüber, so ergibt sich eine gegenläufige Entwicklung. Das Potenzial der Liberalen war gewaltig, vor allem in der Stadt: 40,9 Prozent holte die DDP am 19. Januar 1919, stellte im Gemeinderat die absolute Mehrheit. Hier machten sich lokale Kandidateneffekte bemerkbar mit den bekannten Personen Zinser, Niethammer, Bökle, später Keck und Gerlach. Das erklärt die guten Gemeinderatswahlergebnisse. Die Verankerung im Mittelstand war aber mindestens genau so wichtig. Legt man den soziologischen Ansatz zugrunde, waren DDP und DVP der Gegenpol zu den Arbeiterparteien im Konflikt „Arbeit - Kapital“, mit dem Gewerbeverein auf der einen und den Gewerkschaften oder dem Arbeiterverein auf der anderen Seite gab es auch Interessenorganisationen. In der Tat versammelten sich nicht nur Selbstständige und Kaufleute, sondern auch Fabrikanten wie EKH-Direktor Strasser oder Sägewerksbesitzer Friedrich Keck in den Reihen der DDP. Mit Wilhelm Zerweck konnte die Partei sogar ins landwirtschaftliche Milieu vorstoßen, was das sozial-psychologische Erklärungsmodell ins Spiel bringt. Lokale Kandidateneffekte ergaben sich auch durch den Unterjesinger Bürgermeister Hans Wizemann.

So war die DDP 1919 eine klassische Mittelstandspartei mit landwirtschaftlichen Einsprengseln: Von den 24 nachgewiesenen Funktionären oder Kandidaten der DDP waren acht Handwerksmeister, vier Kaufleute, fünf Beamte, zwei Landwirte. Doch der Stern der Partei begann rasch zu sinken: Wichtige Repräsentanten wie Niethammer oder Wizemann verließen die Partei. In der Stadt ging es von 1919 bis zur Landtagswahl 1932 kontinuierlich bergab. 650 Stimmen hatte die DDP bei der Nationalratswahl 1919, 1920 waren es nur noch halb so viele. Etwa 30 Stimmen gingen nun bei jeder Wahl verloren. Bedenkt man, dass DDP und DVP 1930 zusammen antraten, ging der Abwärtstrend weiter. Zwar war sogar noch 1932, als die Partei im Reich überhaupt keine Rolle mehr spielte, ein linksliberaler Rest von knapp fünf Prozent übrig geblieben, doch war dies nur noch ein kümmerliches Ergebnis im Vergleich zur Endphase des Kaiserreiches.

Wie die Bürgerpartei wurde auch die DDP durch den Aufstieg der Mittelstandsparteien geschwächt. Ihr Niedergang ging einher mit den spektakulären, aber vorübergehenden Erfolgen von Wirtschafts- und Volksrechtpartei. Nur drei Personen lassen sich der Wirtschaftspartei zuordnen, doch gehörten Fabrikant Fritz Gebert und zwei Handwerksmeister zum klassischen Milieu der DDP. Durch die starre Gemeindeverfassung blieb der Partei zwar im Gemeinderat noch lange ein starkes Gewicht erhalten, auch konnte Robert Strasser mit Sicherheit gewisse Kandidateneffekte erzielen. Aber insgesamt ging der Partei die breite Verwurzelung im Mittelstand verloren. Im Umland gab es einzelne liberale Hochburgen wie Entringen, Unterjesingen und Mönchberg, doch diese verschwanden kontinuierlich. Die für die DDP vor allem in Württemberg typische Verwurzelung im agrarisch-protestantischen Milieu ging schon Mitte der 20er Jahre fast ganz verloren. Wie bei den meisten anderen Parteien spielte die DDP ab

1930 im Oberamt keine Rolle mehr und hatte auch keine regionalen Schwerpunkte.

Die rechtsliberale Schwester **DVP** kam im Oberamt Herrenberg - von einem kurzfristigen, durch den populären Bürgermeister Hans Wizemann bedingten Aufschwung in Unterjesingen abgesehen - erst gar nicht ins Spiel. In der Stadt Herrenberg gelang es der Partei hingegen, dauerhaft zwischen sechs und zehn Prozentpunkte aus dem DDP-Anteil für sich zu gewinnen. Leider gibt es kaum Quellen über das Personal der DVP. Bestimmend war auf jeden Fall die Person Gregor Millers, doch schwächte die Abwanderung von Fritz Gebert die Nationalliberalen. Ab 1928 begann auch hier ein unaufhaltsamer Abstieg. Das liberale Stimmenpotenzial blieb in der Stadt zwischen 250 und 350 Stimmen von 1920 bis 1928 stabil, rutschte dann 1930 auf etwa 170 bis 180 Stimmen und halbierte sich weiter. Vergleicht man die absoluten Stimmenzuwächse der NSDAP, so bestätigt sich die Vermutung, dass der Mittelstand zum Nationalsozialismus übergewechselt war.

Die Analyse der **Arbeiterparteien** ist angesichts der Quellenlage mit Vorbehalt zu sehen, dennoch lassen sich Feststellungen machen. Die Arbeiterparteien hatten in der Stadt Herrenberg 1919 zusammen rund 580 Stimmen, danach blieben SPD und KPD stabil bei 350 bis 400 Stimmen. Mit leichten Schwankungen blieb es bis 1933 in etwa bei diesen Stimmenzahlen. Das spricht für eine große Geschlossenheit der Anhängerschaft, Verschiebungen gab es lediglich zwischen den Arbeiterparteien. Das bestätigt auf den ersten Blick die Annahmen des soziologischen Ansatzes: Im Konflikt „Arbeit - Kapital“ waren SPD, KPD bzw. USPD die klassischen Interessenparteien, verfügten mit - im Bezirk Herrenberg allerdings nur wenig vertretenen - Gewerkschaften und Arbeiter-, Sport- oder Gesangsvereinen über Vorfeldorganisationen. Allerdings wies Griesmeier mit einer Statistik

darauf hin, dass die Klassengegensätze in agrarisch geprägten Oberämtern nicht so stark seien. So wählten 1930 im Oberamt Herrenberg laut Griesmeier von 1000 Arbeitern lediglich 448 SPD und KPD. Griesmeiers Erklärung: „Auf dem Lande, [...] wo das Klassenbewusstsein schwerer zu wecken ist und vielfach nicht einmal so recht empfunden wird, wählt ein großer Teil der Arbeiter bürgerlich“.[563] Bei SPD wie KPD fällt jedoch auf: Der Anteil von klassischen Fabrikarbeitern war, zumindest bei den Funktionären, sehr gering. Von 17 der SPD zugeordneten Personen waren das nur sechs, dem stehen fünf Handwerksmeister entgegen, die wie Fritz Böckle oder Wilhelm Morlock sogar zu den Führungsgestalten gehörten. Bei den nachgewiesenen KPD-Funktionären herrschte das handwerkliche Milieu noch stärker vor: Auch hier zwei Handwerksmeister, dazu ein Zimmermann und mehrere Sattler. Mit Julius Gößler wurde sogar ein kaufmännischer Angestellter die wichtigste Figur der Herrenberger Kommunisten. Es handelte sich also nicht um das klassische Arbeitermilieu, daher konnten die Gegensätze zu den anderen Parteien auch nicht so scharf sein. In jeder Hinsicht aus dem Rahmen fallen die beiden ersten Wahlergebnisse von 1919, hier erreichte die SPD mit 35 Prozent in der Stadt Rekordergebnisse. Nur bei Kommunalwahlen konnten ähnliche Werte für die sozialistischen Parteien erreicht werden, wobei hier Kandidateneffekte bekannter Persönlichkeiten wie Wilhelm Morlock, Paul Marquardt und Fritz Böckle für die SPD und Julius Gößler oder Wilhelm Haug für die KPD auftraten.

Der Generationswechsel lässt sich bei den Arbeiterparteien in Herrenberg gut nachweisen: Während die wichtigsten Vertreter der SPD alle in den 70er oder 80er Jahren des 19. Jahrhunderts geboren waren, kamen die KPD-Funktionäre um die Jahrhundertwende zur

---

[563] Griesmeier, S. 112f.

Welt. Die Ausnahmeergebnisse 1919 lassen sich als Issue-Effekte (Orientierung der Wähler an Themen) im sozial-psychologischen Modell erklären: Die Revolutionsstimmung nach dem Zusammenbruch und der Kriegsniederlage, die Enttäuschung über das alte, monarchische System ließen die Wähler die Klassengrenzen vergessen und bescherten der SPD ein weit überdurchschnittliches Ergebnis. Das zeigen auch die Ergebnisse aus dem Oberamt, in dem die Linksparteien nie mehr über 20 Prozent hinaus kamen. Interessant sind die Verschiebungen von der SPD hin zur KPD über die Jahre hinweg gesehen, besonders gravierend im Umland: Die SPD ging schon 1920 auf unter sechs Prozent zurück und blieb bei diesem Wert relativ konstant, mit ab 1930 leicht sinkender Tendenz.

In den einzigen Gemeinden, wo die SPD noch Erfolge erzielten, nämlich Nufringen und Gärtringen, wurde die Partei ab 1924 durch die KPD als Arbeiterpartei abgelöst und blieb so im Oberamt weitgehend ohne Anhang. Die KPD hingegen verlor zwar ihre frühere Hochburg Öschelbronn über die Jahre gesehen, doch blieb sie nicht nur in Nufringen und Gärtringen konstant um 20 Prozent, sondern hielt sich im ganzen Oberamt - bei starken Schwankungen - um die acht Prozent. In den Krisenjahren 1924 und 1932 bekam sie sogar zweistellige Resultate. Etwas anders sah das in der Stadt aus: Sieht man von dem Einbruch der Krisenwahlen 1924 ab, hielt sich die SPD bis 1930 konstant bei Werten über 15 Prozent. Ab 1930 begann ein stetiger Abwärtstrend der SPD, während die KPD spiegelbildlich dazu aufstieg, bis sie im November 1932 auch in der Stadt mit 15 Prozent die Führungsrolle übernehmen konnte. Sogar bei der Märzwahl 1933, als die KPD auch in Württemberg schon erheblichen Beschränkungen unterlag, bekam die Partei fast noch zwölf Prozent.

Zwar profitierte die KPD wie die NSDAP von der Krise und verbesserte ihre Ergebnisse 1924 und ab 1930, doch konnte sie das Potenzial der

Arbeiterparteien nicht erweitern. Da das absolute Stimmenergebnis von SPD und KPD nur wenig schwankte, ist davon auszugehen, dass enttäuschte SPD-Wähler von der KPD gewonnen bzw. die jungen Arbeiter an sie gebunden wurden, während die alternden SPD-Anhänger schlicht wegstarben. Der Tod von Wilhelm Morlock 1932 mag dafür ein Beispiel sein, es rückte kein junger Nachwuchspolitiker mehr nach. Die USPD spielte im Bezirk nur eine Statistenrolle, die rasch von der KPD übernommen und in offensiverer und erfolgreicherer Form fortgeführt wurde.

Bleibt noch der Christlich-Soziale Volksdienst CSVD als Phänomen: Er tauchte im Jahr 1928 auf, blieb in der Stadt mit einem Stimmenpotenzial von rund 100 Stimmen eine konstante Größe. Sein Rekordergebnis von 15,4 Prozent 1930 korrespondiert noch am ehesten mit dem Abstieg der Bürgerpartei von 12,5 auf 6,3 Prozent. Dafür spricht auch die heftige Auseinandersetzung zwischen den Partein durch Pfarrer Klett und Hermann Neef, den Vorsitzenden des Herrenberger CSVD. Die Berufsstruktur war heterogen: Unter den sechs Personen, die dem CSVD zugeordnet werden konnten, waren zwei Handwerksmeister, Neef war Werkmeister bei den Daimler-Motorenwerken, dazu kamen zwei Handwerker und ein Beamter. Soziologische Erklärungsansätze würden nahe legen, dass analog zum Zentrum eine evangelische Konfessionspartei innerhalb des Kirche-Staat-Cleavages benötigt wurde, weil offensichtlich die Bürgerpartei diese Rolle nicht mehr erfüllen konnte. Das sozial-psychologische Modell würde wohl eher Issue-Orientierung aufführen, also die Themen des CSVD (christliche Werte, „saubere“ Politik, gegen Parteienstreit), auch war die Person des populären Parteiführers Bausch in Korntal dazu angetan, Personeneffekte zu erzielen. Der CSVD verharrte in der Stadt bis zum Ende stabil zwischen sechs und acht Prozent, ebenso (mit höheren Werten) blieb er in Entringen und Unterjesingen ein

konstanter Faktor. Offensichtlich bot das evangelische Milieu hier eine stabile Nische für das „evangelische Zentrum“.

14.2. Analyse des Städtevergleichs

Die Analyse für das Herrenberger Parteiensystem soll nun mit den anderen beobachteten Stadtkategorien verglichen werden. Dabei geht es um das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien, um die dramatischen Verluste der liberalen Parteien und der Konservativen und den gleichzeitigen Aufstieg der NSDAP. Dabei sollen die unterschiedlichen Entwicklungen in Industriestädten, in protestantischen Landstädten und in katholischen Städten aufgezeigt werden.

In der Gruppe der **protestantischen Industriestädte** lassen sich folgende Trends beobachten: Die beiden Arbeiterparteien hielten in der Regel ihre Anteile stabil, in den Hochburgen Esslingen, Sindelfingen und Böblingen hatten sie zumindest bis 1932 eine Mehrheit in der Stadt, in anderen Arbeiterstädten um die 30 Prozent. Sie kamen über ihr Milieu nicht heraus, der NSDAP gelang es aber mit Ausnahme von Pforzheim auch kaum, in dieses Milieu nachhaltig einzudringen. Die Kommunisten lösten in den Krisenjahren 1923/24 die SPD vorübergehend als stärkste Arbeiterpartei in den Industriezentren ab, nur in Böblingen gelang ihr dies dauerhaft. Dennoch verzeichneten wir in allen evangelischen Arbeiterstädten eine stabile KPD zwischen 13 und 20 Prozent, die ihre Anteile bis 1933 halten konnte.

In allen beobachten Industriestädten spielten die Liberalen schon im Kaiserreich und zu Beginn der Weimarer Republik eine gewichtige Rolle, auch wenn die SPD bei den Wahlen 1919 in der Regel die stärkste Partei war. Vor allem in Stuttgart, Böblingen, Sindelfingen oder Kirchheim war die DDP die Partei des Mittelstandes, der Handwerker, der bürgerlichen Honoratioren und gab in den Rathäusern den Ton an. Einen dramatischen Einbruch in diese Strukturen gab es mit den

Wahlen 1930, mit dem Aufstieg der NSDAP kam den Liberalen bei den „Erbitterungswahlen“ ein Drittel ihrer Wähler abhanden. Im Gegenzug zu den erdrutschartigen Gewinnen der NSDAP verloren DDP und DVP schließlich ab 1932 jede Bedeutung, mit niedrigen einstelligen Ergebnissen konnten sie in keiner beobachteten Stadt ihre Stellung in den Jahren 1932 und 1933 auch nur annähernd halten.

Bei der Bürgerpartei und den Konservativen gab es bis 1924 eine Aufwärtsbewegung analog zur großen Krise des Reiches, die beiden Parteien in der Regel Ergebnisse über 20 Prozent einbrachten. Bei den Wahlen 1928 verloren die Konservativen überall ein Drittel ihrer Wähler, ab 1932 verschärfte sich die Krise zugunsten der NSDAP. Allerdings blieb den beiden Parteien das Schicksal der DDP erspart, der starke Rechtskurs schien sich insoweit auszuzahlen, dass die Ergebnisse knapp unter zehn Prozent in allen Städten stabilisiert wurden.

Die NSDAP tat sich in den protestantischen Industriestädten schwer. Mit Ausnahme von Pforzheim blieb die Partei bis 1932 bei weit unterdurchschnittlichen Ergebnissen, in Kirchheim erreichte sie 1930 gerade mal das Reichsergebnis. Nur in Böblingen und Pforzheim konnte sie ab 1932 Ausnahmeergebnisse erreichen, hier hatte sich das Bürgertum schon früher den Nationalsozialisten angenähert. In den übrigen Arbeiterstädten schien sie selbst mit dem Aufsaugen der liberalen und eines Teils der konservativen Stimmen sowie durch Mobilisierung der Nichtwähler nicht die Ergebnisse des übrigen Reiches, ja nicht einmal des übrigen Landes erreichen. Häufig ließ sich hier auch eine doppelte Radikalisierung beobachten: NSDAP und KPD erstarkten in den Wirtschaftskrisen gleichermaßen.

In den **katholischen Städten** gab es in agrarisch-mittelständisch geprägten Städten wie Rottenburg, Ravensburg oder Kleinstädten wie Langenargen nur einen begrenzten Anhang der Arbeiterparteien. Er

pendelte zwischen zehn und 20 Prozent, wobei die KPD in vielen Städten die SPD ab 1930 überholte, in Ravensburg gar schon ab 1920. In katholischen Industriestädten wie Friedrichshafen lag das Potenzial über 30 Prozent, aber auch hier erstarkte schon 1920 die KPD mit der Krise und fiel nur in der stabilen Phase zwischen 1924 und 1928 hinter die SPD zurück. Die Kernwählerschaft der Arbeiterparteien reduzierte sich etwas, jedoch nicht unter 20 Prozent. Da die Liberalen in den ländlich-katholischen Städten nie größere Bedeutung hatten, waren ihre Verluste auch nicht so dramatisch. Das Zentrum konnte seine Wähleranteile bis 1928 stabil halten. Dann musste es in einigen Landstädten Verluste hinnehmen, aber auch in Friedrichshafen oder Ravensburg. Dies hing auch mit dem Auftauchen der Mittelstandsparteien zusammen. Trotzdem blieb die Katholikenpartei unangefochten, erst 1930 und 1932 wurde NSDAP zum ernstzunehmenden „Juniorgegner“ des Zentrums. Bei der letzten Wahl 1933 gelang es der Hitlerpartei, Teile der Zentrumswählerschaft und bisherige Nichtwähler für sich zu überzeugen. In keiner beobachteten Stadt konnte die NSDAP das Zentrum aber überflügeln.

Die Gruppe der **protestantischen, ländlich geprägten Städte** kann nun direkt mit Herrenberg verglichen werden. Bei den Arbeiterparteien fällt auf, dass die KPD generell weitaus schwächer war als in den Industriestädten, unabhängig von der Konfession. Erst gegen Ende der Republik konnte die KPD erstarken und wie in Herrenberg oder Backnang die SPD sogar überholen. Ansonsten zeigte sich auch hier das kleine Milieu der Landarbeiterschaft stabil, es blieb etwa in Tübingen, Backnang oder Balingen fast gleich. Die SPD war nur zu Beginn der Republik eine echte Mittelpartei, bis auf Aalen erreichte sie ab 1930 nur noch niedrige zweistellige Ergebnisse. Genauso dramatisch wie in den protestantischen Industriestädten war der Abstieg der Liberalen. Die DDP war in Städten wie Nagold, Herrenberg,

Aalen und Tübingen im Jahr 1919 eine Volkspartei, gerade in den ländlichen Regionen hatte sie schon im Kaiserreich mit populären Persönlichkeiten viele Wähler an sich gebunden. Spätestens ab 1930 war es damit in fast allen Städten vorbei, nur in Tübingen hielt sich das liberale Wählerpotenzial noch bis 1932. Spätestens dann verschwand die DDP genauso wie die DVP in der Bedeutungslosigkeit.

Demgegenüber konnte sich die Bürgerpartei, die in Tübingen, Herrenberg oder Nagold neben der DDP eine führende Stellung zu Beginn der Republik innehatte, auch gegen Ende wieder stabilisieren. Interessanterweise war die NSDAP aber gerade in den Städten ab 1930/32 besonders stark und holte überdurchschnittliche Ergebnisse, in denen die Bürgerpartei mit dem Bauernbund zuvor Ergebnisse über 30 Prozent erreicht hatte. Es spricht also einiges für die These, dass wie im agrarischen Umland etwa von Herrenberg die Konservativen fast ebenso wie die Liberalen ihre Stimmen an die NSDAP abgeben mussten.

Die NSDAP konnte in fast allen beobachteten, protestantischen Landstädten vor allem 1933 außergewöhnliche Resultate erzielen, die Beispiele Nagold (61,8 %), Balingen (50,2 %), Herrenberg (52,0 %) und Wertheim (50,6 %) sprechen eine deutliche Sprache. In all diesen Städte konnte man in den Anfangsjahren der Republik noch nicht eine eindeutige Parteihochburg ausmachen, da es im protestantischen Wählerpotenzial große Fluktuationen gab. Mal dominierte die SPD, mal die DDP, mal die Bürgerpartei. Nur im bäuerlichen Umland herrschte unangefochten der Bauernbund. Erst ab 1932 entstanden neue Loyalitäten, nachdem man in den Städten von DDP und Bürgerpartei, auf dem Land vom Bauernbund abgekommen war. Der Vergleich der Oberamtsergebnisse von Nagold, Hall und Herrenberg zeigt, dass die NSDAP analog zum Niedergang des Bauernbundes aufstieg, im Fall Nagold verlor das konservative Lager sogar noch dramatischer als in

Herrenberg von 52 auf 5 Prozent. Anders als in den katholischen Regionen gab es spätestens 1933 keine starke Kraft mehr, die den Nationalsozialisten noch auf Augenhöhe begegnen konnte. Wo wie in Wertheim oder in der Stadt Backnang der Bauernbund als fester Ansprechpartner für das evangelische Agrarmilieu fehlte, konnte sich die NSDAP schon früher durchsetzen, in Backnang profitierte auch die KPD von der Radikalisierung.

Die Stadt Aalen fiel ein wenig aus diesem Bild, die NSDAP tat sich hier schwerer, die SPD blieb mit 18,6 % recht stabil. Das lag aber an dem Charakter von Aalen als teilweise industriell, teilweise agrarisch geprägter Stadt mit gemischten Konfessionsverhältnissen, daher gab es hier auch ein starkes Zentrum mit durchgehend einem Viertel der Stimmen. Es erwies sich wie in den katholischen Stammlanden als Stabilisator. Da es auch eine ausgeprägte Industriearbeiterschaft gab, hatte die NSDAP gleich mit zwei „unfreundlichen“ Milieus zu kämpfen.

Der **Gesamtüberblick über den Städtevergleich** bestätigt einerseits die Trends, die schon für Württemberg gelten: Hohe Wählerbindung bei Bauernbund (protestantische Bauern) und Zentrum (Katholiken), ebenso Stabilität des Arbeitermilieus mit Verschiebungen zur KPD gegen Ende, ein nur in den Gemeinderäten durch das Wahlsystem gebremster Abstieg der Liberalen, verhinderter Aufstieg der NSDAP in kleinräumigen und stabilen Städten, später dann um so schnelleres Anwachsen. Zu den Parteienentwicklungen im Einzelnen:

- *Rolle des Bauernbundes:* Der Bauernbund konnte in den Anfangsjahren in seinen Hochburgen eine hegemoniale Stellung einnehmen, wofür Herrenberg typisch war. Das galt auch für andere protestantisch geprägte Oberämter. Der Bauernbund erwies sich, wo er durch protestantische und kleinagrarische Struktur stark war, als regionaler Puffer, der die Nationalsozialisten vom Land fernhielt. Herrenberg war dafür ein extremes Beispiel, die Gegenpole bildeten

Wertheim, Nagold und Backnang, wo die NSDAP früher als im restlichen Reich überdurchschnittliche Erfolge erzielte. Die Trennung von Stadt und Land im konservativen Lager funktionierte dort, wo es protestantische Mehrheiten gab. In katholischen Gegenden vereinte das Zentrum konservative Land- und Stadtwähler.

- *Abstieg der Liberalen:* Die liberalen Parteien konnten ihre dominierende Rolle aus dem Kaiserreich nur noch in kommunalen Parlamenten halten. Zwar profitierten sie in den meisten Städten von ihrer Verwurzelung in der älteren Generation von Honoratioren, es fehlte jedoch der politische Nachwuchs. In keiner beobachteten Stadt blieb die DDP bei überregionalen Wahlen bei 20 %, selbst in Hochburgen wie Herrenberg, Nagold oder Balingen verlor sie gegen Ende der Republik fast jede Bedeutung. Die DVP konnte sich etwa in Backnang oder Esslingen stärker profilieren, indem sie das konservative Bürgertum ansprach, verlor diese Rolle jedoch rasch an die Bürgerpartei. Dem Aufstieg der NSDAP konnten die Liberalen in keiner Stadt etwas entgegensetzen.

- *Rolle der Arbeiterparteien:* In Herrenberg spielten beide wegen der nicht-industriellen Struktur kaum eine Rolle. Sie waren wie in den katholischen und protestantischen Landstädten nur in der Revolutionszeit von Bedeutung, spielten dann nur noch eine Statistenrolle. Sie fielen damit als politische Gestaltungsfaktoren aus, und auch in der Endphase als Widerstandsfaktor gegen die NSDAP. Wo die Arbeiterparteien stark waren wie in Esslingen, Sindelfingen oder Stuttgart, konnte die NSDAP schwerer Fuß fassen. Die KPD hatte in den Industriezentren ihre größten Wahlerfolge, überholte die SPD auf dem Land oft auf niedrigstem Niveau.

- *Zentrum als stabilisierender Faktor:* In Herrenberg wie in allen protestantischen Städten fehlte mit dem Zentrum ein weiterer stabilisierender Faktor. Während in Aalen die Zentrumspartei und ein

Stamm von Industriearbeitern Stabilität bis zum Ende der Republik brachten und in Rottenburg, Ravensburg und Friedrichshafen das Zentrum die NSDAP bis zum Schluss als stärkste Partei abdrängte, fehlte dieser Stabilisierungsfaktor ebenso in Backnang, Nagold oder Pforzheim.

- *NSDAP mit punktuellen Erfolgen:* Nur wo die oben genannten Stabilisierungsfaktoren fehlten, konnte sich die NSDAP schnell und ungehindert ausbreiten. Die strukturelle Schwäche der Partei in Württemberg lässt sich auf lokaler Ebene durch organisatorische und personelle Defizite gut erklären. Sieht man von den großen Hochburgen Nagold, Pforzheim und Wertheim ab, war die Partei bis 1932 der Reichsentwicklung meilenweit hinterher und extrem schlecht organisiert.

14.3. Fazit

Die Parteienlandschaft der Weimarer Republik war durch eine vielschichtige Komplexität gekennzeichnet. Nicht nur die Vielzahl von Parteien, auch die interne und regional unterschiedliche Entwicklung machen eine differenzierte Beobachtung notwendig. Der Querschnitt der Parteientwicklung vom Reich über das Land Württemberg bis zur kommunalen Ebene und die Beispielstadt Herrenberg zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede. So konnte sich keine Partei der Entwicklung in Berlin entziehen. Nicht die SPD mit ihrem kurzen Aufblühen, ihrer schwierigen Lage zwischen den ideologischen Blöcken und dem Schwanken zwischen Opposition und Regierung. Nicht die Liberalen, die trotz ihrer regionalen und berufsständischen Verwurzelung in Württemberg und im Mittelstand der Städte die inhaltliche und zahlenmäßige Erosion ihrer Basis nicht verhindern konnten. Nicht die Konservativen, die durch ihr „Erfolgsmodell“ einer

Trennung in Stadt (Bürgerpartei) und Land (Bauernbund) lange Zeit stabil blieben, aber in den Machtkampf der DNVP hineingezogen wurden und schließlich auch in den Kommunen spätestens 1932 durch die NSDAP verdrängt wurden. Die NSDAP konnte sich trotz ihrer strukturellen und organisatorischen Schwäche durch den Aufstieg im Reich beflügeln lassen. Auch die Arbeiterparteien und das Zentrum, die in der Endphase der Republik ihre Milieus weitgehend verteidigen konnten, hatten letztlich der Übermacht der NSDAP nichts entgegenzusetzen.

Und doch lässt sich die Reichsentwicklung nicht eins zu eins auf das Land Württemberg und die beobachteten Städte übertragen. Einiges verlief ganz anders, und in Herrenberg war dies noch deutlicher. Eine generell verzögerte Entwicklung bis 1930 und dann eine teilweise Überkompensation durch begeistertes Überlaufen zur NSDAP, was in manchen Städten wie Backnang, Nagold oder Pforzheim schon früher vorweggenommen worden war. Eine starke Beharrung durch „Widerstandsfaktoren“ wie stabile Milieus bei Katholiken, Arbeiterschaft und protestantischen Bauern, und nicht zuletzt eine grundlegende wirtschaftliche und politische Stabilität, die trotz Ausnahmen etwa in Esslingen und Backnang für die Mehrzahl der Städte galt, nicht zuletzt für Herrenberg.

Die Parteienlandschaft in Herrenberg mit Streiflichtern in das Umland im Gäu zu untersuchen, war ein angesichts der Quellenlage schwieriges Projekt. Die inhaltliche Analyse der linken Arbeiterparteien muss unvollständig bleiben, da es an Quellen mangelt, trotzdem ließ sich einiges an Personen und Organisation in Erfahrung bringen. Bei den bürgerlichen Parteien und vor allem bei der NSDAP ist es gelungen, Verbindungen zwischen Personen und Milieus, zwischen

Parteiführern und lokalen Honoratioreneliten herzustellen. Speziell bei der NSDAP war sogar eine detaillierte Analyse von Aufbau, Struktur und Organisation der Ortsgruppe möglich. Die wichtigsten Entwicklungslinien der Weimarer Republik waren auch in Herrenberg, wenn auch zunächst abgeschwächt, zu beobachten: Revolution, Krisenjahre und Inflation, Stabilität in den Goldenen 20ern und die Weltwirtschaftskrise hatten direkte, wenn auch gedämpfte Auswirkungen auf die Parteienlandschaft.

Der Vergleich der empirischen Erkenntnisse über Herrenberg mit denen anderer Städte aus Württemberg (und einigen badischen Beispielen zur Ergänzung) hat gezeigt, dass Herrenberg typisch war für die Beharrlichkeit des protestantisch-agrarischen Milieus, typisch war für die Unstetigkeit des protestantisch-liberalen Bürgertums und das Umschwenken zur NSDAP. Spiegelbildlich glich das Oberamt Herrenberg mit seinem starken Bauernbund ein wenig den katholischen Städten mit dem starken Zentrum. Am anderen Ende der Skala standen die Industriestädte mit ihrem geschlossenen Proletariat und starken Arbeiterparteien, die um die Führung der sozialistischen Arbeiter kämpften. Das fand in Herrenberg nur als Echo auf die Parolen aus Berlin und Stuttgart statt. Durch den ausführlichen Städtevergleich ist auch ein plastisches Bild der regionalen Parteiensysteme in Württemberg mit seinen Städten und Landesteilen entstanden, wobei auch der Besonderheit und Differenziertheit des württembergischen Wahlverhaltens auf den Grund gegangen wurde.

Es bleiben einige Besonderheiten gerade in Herrenberg, die den Reiz der lokalgeschichtlichen Forschung ausmachen. Erstens die außergewöhnlich starke Rolle des Bauernbundes als Interessenpartei und deutschnationales Sprachrohr, die Sonderrolle des Bauernbund-

Führers Theodor Körner. Gleichzeitig die Nebenrolle der Bürgerpartei im Oberamt, während sie in der Stadt mit Wilhelm Niethammer, Georg Häffelin und Oberamtmann Risch für einige Jahre aufblühte, dann aber an den in Herrenberg besonders starken CSVD ebenso Stimmen abgeben musste wie an die NSDAP. Zweitens die Resistenz des konservativ-nationalistischen Bauernmilieus gegen die NSDAP bis 1932 und die radikale Kehrtwende hin zur begeisterten Unterstützung Hitlers. Auffallend die organisatorische Schwäche und die geringe Mitgliederzahl der NSDAP in Herrenberg, die erst im Jahr 1932 mit der Berufung Karl Ludwig Lechlers zum Kreisleiter wirklich überwunden wurde. Drittens die strukturelle Schwäche der Linksparteien, die jedoch - auch dies eine Besonderheit - zum handwerklichen Milieu Verbindungen hatten. Und viertens die starke Verankerung und wichtige Stellung der liberalen Parteien in der Stadtpolitik und - zumindest bis 1928 - deren dominierende Stellung im Herrenberger Parteiensystem, symbolisiert durch bekannte Politiker wie Albert Zinser, Karl Bökle, Fritz Rauser, Wilhelm Zerweck und sogar Schultheiß Wilhelm Haußer. Herrenberg war von 1918 bis 1933 beleibe kein „Nest“, in dem sich nichts veränderte, auch wenn es keine großen Umwälzungen und Straßenschlachten gab. Mit dem Nationalsozialismus ging aber für Herrenberg nicht nur wegen des Systemwechsels und der Inhaftierung von politischen Gefangenen eine Epoche zu Ende, 1938 folgte auch die endgültige Auflösung des Oberamts Herrenberg und die Zusammenlegung zum Kreis Böblingen. Eine Jahrhunderte alte Kultur der Selbständigkeit ging verloren. Auch wenn es wohl kaum einer derjenigen ahnte, die am Tag nach der Machtergreifung mit Fackeln über den Marktplatz marschierten: Die

Weimarer Republik in Herrenberg war in mehrfacher Hinsicht die letzte Blütezeit Herrenbergs als selbständige Oberamtsstadt.

15. Quellen- und Literaturverzeichnis

15.1. Ungedruckte Quellen

Stadtarchiv Herrenberg

- Gemeinderatsprotokolle der Stadt Herrenberg 1918-1933, Bände 32-42
- Das Eiserne Buch der Stadt Herrenberg, Fortsetzung der Ortschronik der Stadt Herrenberg, geschrieben von Wilhelm Niethammer 1947/1958

Staatsarchiv Ludwigsburg

- Ministerialakten für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung – Verwaltungsakten – Teilband 1: Ortsvorsteherwahlen in Herrenberg 1858-1935, Bestand E 180 II
- NSDAP-Ortsgruppen im Kreis Böblingen 1931-44, Bestand PL 405/4
- NSDAP-Kreisleitung Böblingen 1936-1944, Bestand PL 502/5
- NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern, Reste der einstigen Registratur der NSDAP-Gauleitung, Bestand PL 501 I und II, darunter Aufnahme neuer NSDAP-Mitglieder 1930-32
- Spruchkammerakten Böblingen EL 902/4

Landeskirchenarchiv Stuttgart

- Pfarramtsbericht 1926, Bestand A 129, Bü 1981
- Pfarramtsbericht 1932, Bestand A 129, Bü 1981

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

- Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte im Oberamt Herrenberg, Akten des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte in Württemberg 1918-1920, Bestand 135 A, Bü 54

- Ausübung und Verwaltung der Kontroll- und Mitwirkungsbefugnisse der Arbeiter- und Soldatenräte in den Oberämtern und Städten, Akten des Landesausschuss der Arbeiter- und Bauernräte in Württemberg 1918-1920, Bestand E 135 Bü 100
- Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates in Nebringen, Akten über die Sicherheitskompanie 4 in Herrenberg, Bestand 135 B, Bü 1144

Nachlass Hermann Sauer, Nufringen

- Hermann Sauer: Herrental. Auf Tatsachen beruhende Erzählung aus Herrenberg

15.2. Zeitungen

- Der Beobachter. Organ der Demokratischen Württembergischen Volkspartei, Jahrgänge 1918-1920
- Der Sozialdemokrat. Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Württemberg, Jahrgänge 1918-1920
- Der Kommunist. Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Württembergs, Jahrgang 1921
- Gäu- und Ammertalbote ab 1925 nur noch Gäubote, Jahrgänge 1918-1933
- Schwäbische Tagwacht. Organ der Sozialdemokraten Württembergs, Jahrgänge 1918-1933
- Süddeutsche Arbeiterzeitung 1922-1933, mit Lücken in der Landesbibliothek Stuttgart
- Württembergisches Wochenblatt für die Landwirtschaft. Fachzeitschrift der württembergischen Landwirtschaftskammer, Vereinsblatt des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württembergs, 1918-1928

15.3. Gedruckte Quellen

- Aufruf der vereinigten Mannheimer und Heidelberger Zigarrenarbeiter, 1. September 1848, Auszug aus Frisch, Walther: Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie, Leipzig 1905, S. 16f, in: Scherer, Peter und Schaaf, Peter: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848-1949, Stuttgart 1984, S. 45-46
- Aufruf des Aktionsausschusses der Stuttgarter Betriebsräte zum Generalstreik, 27. August 1920, in: Scherer, Peter und Schaaf, Peter: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848-1949, Stuttgart 1984, S. 308
- Bericht der Leitung des 9. Bezirks (Stuttgart) des DMV über die Auswirkungen der Inflation, in: Scherer, Peter und Schaaf, Peter: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848-1949, Stuttgart 1984, S. 1923f.
- Briefe aus dem Reichstag. Von Theodor Körner, M.d.R., veröffentlicht im Gäu- und Ammertalbote 1920-28
- Die Geschichte der Bewegung und der Partei im Kreise Herrenberg von Anbeginn bis zur Machtübernahme am 30. Jan. 1933, Sonderveröffentlichung des Gäubote am 4. August 1934 zum NSDAP-Kreisparteitag in Herrenberg
- Die Ortsgruppe Herrenberg 1923 und ihre Entwicklung, von Eduard Greiß, Sonderveröffentlichung des Gäubote am 4. August 1934 zum NSDAP-Kreistag in Herrenberg
- Einwohnerbuch von Herrenberg. Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Oberamtsstadt Herrenberg und Verzeichnis der Handel- und Gewerbetreibenden sämtlicher Ortschaften des Bezirks, Herrenberg 1930

- Flugblatt der württembergischen Staatsregierung vom 28. August 1920, DGB-Kreisarchiv Stuttgart, in: Scherer/Schaaf: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden, Stuttgart 1984, S. 390f.
- Gemeinsamer Gesetzesentwurf der SPD, der KPD und des Ausschusses für Fürstenenteignung über die Enteignung der Fürsten, in: Scherer/Schaaf: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden, Stuttgart 1984 S. 340f.
- Geschichte des Stützpunktes Kayh, von Stützpunktleiter Jakob Braitmaier, Sonderveröffentlichung des Gäubote zum NSDAP-Kreistag in Herrenberg vom 4. August 1934
- Mitteilungen des Württembergischen Statistischen Landesamtes, Jahrgänge 1932 und 1933, Stuttgart 1933
- Ortsgruppe Bondorf, von Ortsgruppenleiter Krauß, Sonderveröffentlichung des Gäubote zum NSDAP-Kreistag in Herrenberg vom 4. August 1934
- Statistisches Handbuch für Württemberg, Jahrgang 25, 1927-1935, Stuttgart 1937, S. 48f.
- Sonderbeilage des Gäubote: 700 Jahre Herrenberg, Handels- und Gewerbeverzeichnis, 19.7.1929
- Verhandlungen des Landtages des Freien Volksstaates Württemberg aus dem 2. ordentlichen Landtag in den Jahren 1924/25, Stuttgart 1928
- Verhandlungen des Landtages des Freien Volksstaates Württemberg aus dem 4. ordentlichen Landtag in den Jahren 1932/33, Stuttgart 1933
- Württembergisches Statistisches Landesamt: Staatshandbuch für Württemberg 1922, Stuttgart 1922

- Württembergisches Statistisches Landesamt: Staatshandbuch für Württemberg 1929, Stuttgart 1928

15.4. Literatur

15.4.1. Gesamtdarstellungen und Parteienentwicklung

- Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschland, in Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 655-739
- Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933, Düsseldorf 2003
- Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1996
- Bergmann, Theodor: Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD (Opposition), 2. Auflage, Hamburg 2001
- Birkelund, John P.: Gustav Stresemann. Patriot und Staatsmann, Leipzig 2003
- Blasius, Dirk: Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930-1933, Göttingen 2005
- Booms, Hans: Die Deutsche Volkspartei, in: Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 523-539
- Bräuninger, Werner: Hitlers Kontrahenten in der NSDAP 1921-45, München 2004
- Brauns, Nikolas: Revolution und Konterrevolution. Ausgewählte Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bonn 2005
- Brenner, Wolfgang: Walter Rathenau. Deutscher und Jude, München 2005

- Breuer, Dieter und Cepl-Kaufmann, Gertrude: Deutscher Rhein, fremder Rosse Tränke? Symbolische Kämpfe um das Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg, Essen 2005
- Dornberg, John: Der Hitlerputsch. 9. November 1923, 2. Auflage, Frankfurt/Berlin 1998
- Dorpalen, Andreas: Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966
- Duppler, Jörg und Groß, Gerhard P.: Kriegsende 1918, Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999
- Falter, Jürgen W. u.a.: Erklärungsmodelle von Wahlverhalten, in: Aus Parlament und Zeitgeschichte, Band 37/38-1990, S. 3-13
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991
- Fest, Joachim: Hitler, Berlin 2002
- Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1976
- Forster, Bernhard: Adam Stegerwald 1874-1945. Christlich-Nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker und Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003
- Gabriel, Oscar W.: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs, in: Gabriel, Oscar W. u.a. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 233-254
- Gessner, Dieter: Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen der agrarkonservativen Politik bis 1933, Düsseldorf 1976
- Hettling, Manfred: Partei ohne Parteibeamte. Parteisekretäre im Linksliberalismus von 1900 bis 1933, in: Dowe, Dieter, Kocka, Jürgen und Winkler, Heinrich August: Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Schriftenreihe der Stiftung

Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 7, Oldenburg 1999, S. 109-134

- Hesemann, Michael: Hitlers Lügengebäude. Wie der Führer die Deutschen täuschte, Erfstadt 2005
- Heyde, Philipp: Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan, Paderborn 1998
- Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr von: Die Deutschnationale Volkspartei, in: Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 543-652
- Höhne, Heinz: Franz von Papen, in Vogt, Martin: Hermann Müller, in: Sternburg, Wilhelm von: Die deutschen Kanzler, Berlin 2006. S. 437-452
- Hoepke, Klaus-Peter: Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot: zum Scheitern des nationalkonservativen Zähmungskonzepts an den Nationalsozialisten im Frühjahr 1933, in: Fridericana. Zeitschrift der Universität Karlsruhe 36-1984, S. 34-52
- Holzbach, Heidrun: Das System Hugenberg. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Studien zur Zeitgeschichte 18, Stuttgart 1981
- Jansen, Christian: Antiliberalismus und Antiparlamentarismus in der bürgerlich-demokratischen Elite der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7-2001, Berlin 2001, S. 773-795
- Jonas, Erasmus: Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965
- Kieseritzky, Wolther von: Liberale Parteieliten und politische Steuerung der Öffentlichkeit im Kaiserreich. Die Vernetzung von Partei und Presse, in: Dowe, Dieter, Kocka, Jürgen und Winkler,

Heinrich August: Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 7, Oldenburg 1999, S. 85-108

- Kissenkoetter, Udo: Gregor Strasser und die NSDAP, Stuttgart 1978
- Kluck, Thomas: Protestantismus und Protest in der Weimarer Republik. Die Auseinandersetzungen um Fürstenenteignung und Aufwertung im Spiegel des deutschen Protestantismus, Frankfurt am Main 1999
- Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt am Main 1985
- Kluge, Ulrich: Die Weimarer Republik, Stuttgart 2006
- Kolb, Eberhard: Der Frieden von Versailles, München 2005
- Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 23, Düsseldorf 1962
- Kolb, Eberhard: 1918/19: Die steckengebliebene Revolution, in: Stern, Carola (Hrsg.): Wendepunkte deutscher Geschichte, Frankfurt am Main 1994, S. 99-125
- Kolb, Eberhard und Pyta, Wolfram: Die Staatsnotstandsplanung unter den Regierungen Papen und Schleicher, in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 155-181
- Krause, Hartfrid: USPD, Frankfurt am Main 1975
- Kruse-Jarres, Jürgen D.: Karl Jarres. Ein bewegtes Politikerleben – Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, München 2006
- Krumeich, Gerd und Schröder, Joachim (Hrsg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004

- Lademacher, Horst: Philipp Scheidemann, in: Sternburg, Wilhelm von: Die deutschen Kanzler, Berlin 2006, S. 211-231
- Langewiesche, Dieter: Die politische Klasse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Dowe, Dieter, Kocka, Jürgen und Winkler, Heinrich August: Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 7, Oldenburg 1999
- Lewis, Brenda Ralph: Die Geschichte der Hitlerjugend 1922-1945. Die verlorene Kindheit, Wien 2003
- Liebe, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 8, Düsseldorf 1956
- Link, Werner: Die amerikanische Stabilisierungspolitik 1931-32, Düsseldorf 1970
- Lipset, Seymour M. und Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in: Mair, Peter (Hrsg.): The West European Party System. Oxford, 1967, S. 91-138
- Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996
- Maser, Werner: Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt/Main, Wien und Berlin 1981
- Matthias, Erich und Morsey, Rudolf: Die Deutsche Staatspartei, in: Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 31-97
- Matthias, Erich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 101-278
- Merkenich, Stephanie: Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933, Beiträge zur

Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 113, Düsseldorf 1998

- Meyer, Christoph: Herbert Wehner. Biographie, München 2006
- Miller, Susanne und Potthoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD, Bonn 1988
- Möller, Horst: München: Der Marsch auf die Feldherrnhalle 1923, in: Alois Schmid/Katharina Weigand (Hrsg.): Schauplätze der Geschichte in Bayern, München 2003, 369-387
- Möller, Horst: Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie, München 2004
- Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1933. Ein Handbuch, 5. Auflage, Graz 1999
- Mommsen, Hans: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918-1933, Berlin 1989
- Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik, 5. Auflage, Stuttgart 1986
- Opitz, Günter: Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969
- Prager, Eugen: Geschichte der USPD, Bonn 1980
- Pyta, Wolfram: Die Weimarer Republik, Opladen 2004
- Pyta, Wolfram: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 106, Düsseldorf 1996
- Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989

- Pyta, Wolfram: Paul von Hindenburg als charismatischer Führer der deutschen Nation, in: Möller, Frank (Hrsg.): Charismatische Führer der deutschen Nation, München 2004, S. 109-140
- Rauscher, Walter: Hindenburg. Feldmarschall und Reichspräsident, Wien 1997
- Reichel, Peter: Schwarz-Rot-Gold. Kleine Geschichte deutscher Nationalsymbole nach 1945, München 2005
- Reuter, Elte, Hedeler, Wladislaw, Helas, Horst und Kinner, Klaus: Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928, die KPD am Scheideweg, Berlin 2003
- Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 134, Düsseldorf 2002
- Richter, Ludwig: Von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei, in: Dowe, Dieter, Kocka, Jürgen und Winkler, Heinrich August: Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Band 7, Oldenburg 1999, S. 135-160
- Rösch, Mathias: Die Münchner NSDAP 1925-1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, Studien zur Zeitgeschichte 63, München 2002
- Schröder, Wilhelm Heinz: Politik als Beruf? Ausbildung und Karrieren von sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Dowe, Dieter, Kocka, Jürgen und Winkler, Heinrich August: Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 7, Oldenburg 1999, S. 28-84

- Schüren, Ulrich: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978
- Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, 2. Auflage, Berlin 1998
- Schumacher, Martin: Mittelstandsfront und Republik 1919-1933, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 44, Düsseldorf 1972
- Sendler, Bernhard: Die Führung in den Koalitions- und Präsidialkabinetten der Weimarer Republik, Berlin 1999
- Song, Seog-Yun: Politische Parteien und Verbände in der Verfassungslehre der Weimarer Republik, Schriften zur Verfassungslehre 49, Berlin 1996
- Stephan, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973
- Thamer, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1986
- Tjaden, Karl Hermann und Abendroth, Wolfgang: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO), Hamburg 1983
- Trippe, Christian F.: Konservative Verfassungspolitik 1918-1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 105, Düsseldorf 1995
- Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Fall des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt am Main 1999

- Vogt, Martin: Hermann Müller, in: Sternburg, Wilhelm von: Die deutschen Kanzler, Berlin 2006. S. 251-271
- Wenzel, Otto: 1923 – Die gescheiterte deutsche Oktoberrevolution, Münster 2003
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, 4. Auflage München 2005
- Zentner, Christian: Der Erste Weltkrieg, Rastatt 2000
- Zinn, Karl-Georg: Hans Luther, in Vogt, Martin: Hermann Müller, in: Sternburg, Wilhelm von: Die deutschen Kanzler, Berlin 2006. S. 397-418
- Zollitsch, Wolfgang: Die Erosion des traditionellen Konservatismus. Ländlicher Adel in Preußen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, in Dowe, Dieter, Kocka, Jürgen und Winkler, Heinrich August: Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Oldenburg 1999, S. 161-182

15.4.2. Literatur zu Württemberg

- Besson, Waldemar: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928 bis 1933, Stuttgart 1959
- Biland, Stefan: Die Deutsch-Konservative Partei und der Bund der Landwirte in Württemberg vor 1914, Stuttgart 2002
- Boelcke, Willi A.: Sozialgeschichte Baden-Württembergs, Stuttgart 1989
- Brandt, Hartwig: Die württembergische Sozialdemokratie im Parteiensystem des frühen Kaiserreiches. Eine Skizze, in: Ritter, Gerhard. A. (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und

Sozialmilieu des Kaiserreiches, Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 18, München 1990, S. 127-134

- Christ-Gmelin, Maja: Die württembergische Sozialdemokratie 1890-1914, in: Schadt, Jörg und Schmierer, Wolfgang: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Schriften zur politischen Landeskunde 3, Stuttgart 1979, S. 107-132
- Diephouse, David J.: Selbstbehauptung und Selbsterneuerung. Der Evangelische Volksbund für Württemberg und die Krise der Moderne 1919-1933, in: Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Württembergs Protestantismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 199-212
- Ehmer, Hermann: Völkische Pfarrer in Württemberg, in: Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Württembergs Protestantismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 78-121
- Falter, Jürgen W. und Bömermann, Hartmut: Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg: Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifische Faktoren?, in: Oberndörfer, Dieter und Schmitt, Karl: Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Ordo Politicus 28, Berlin 1991, S. 283-298
- Fenske, Hans: Der liberale Südwesten, Stuttgart 1981
- Gawatz, Andreas: Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889-1912), Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 128, Düsseldorf 2001
- Greiffenhagen, Sylvia: Die württembergischen Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik 1914-1933, in: Schadt, Jörg und Schmierer, Wolfgang: Die SPD in Baden-

Württemberg und ihre Geschichte, Schriften zur politischen Landeskunde 3, Stuttgart 1979, S. 160-191

- Griesmeier, Josef: Die Reichstagswahlen im Wahlkreis Württemberg von 1919-1930, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, 1930/31, S. 77-131
- Hachmann, Barbara: Der Degen. Dietrich von Jagow, SA-Obergruppenführer, in: Scholtyseck, Joachim und Kißener, Michael: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 267-282
- Heilbronner, Oded: Hitlers Wähler in Süddeutschland, in: Stadt Laupheim: Nebeneinander, Miteinander, Gegeneinander? Zur Koexistenz von Juden und Katholiken in Süddeutschland, Laupheimer Gespräche 2000, Gerlingen 2002, S. 183-248
- Henning, Friedrich: Liberalismus und Demokratie im Königreich Württemberg, in: Rothmund, Paul und Wiehn, Erhard R.: Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 4, Stuttgart 1979, S. 59-77
- Hermle, Siegfried: Kirche nach 1918. Ende und Neuanfang, in: Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Württembergs Protestantismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 11-31
- Kieß, Rudolf: Christian Mergenthaler, in: Ottnald, Bernd: Baden-Württembergische Biographien, Stuttgart 1999, S. 317-320
- Kieß, Rudolf: Kirche und Schule in der Weimarer Republik, in: Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg (Hrsg.) Württembergs Protestantismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 62-77
- Köhler, Joachim: Ausbruch aus dem katholischen Milieu? Katholikinnen und Katholiken in Württemberg 1918-1933, in:

Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Württembergs Protestantismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 122-138

- Kolb, Eberhard: Regionale und lokale Räteorganisation in Württemberg 1918/1919, Düsseldorf 1976
- Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg: Parallele Leben? Johannes Merz und Theophil Wurm, in: Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg: Württembergs Protestantismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 155-173
- Mai, Gunther; Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-18, Stuttgart 1983
- Mittag, Jürgen: Die württembergische SPD in der Weimarer Republik. Eine sozialdemokratische Landtagsfraktion zwischen Revolution und Nationalsozialismus, Vierow 1997
- Mittag, Jürgen: Wilhelm Keil (1870-1968). Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 131, Düsseldorf 2001
- Müller, Hans Peter: Die Bürgerpartei/Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in Württemberg 1918-1933, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 61-2002, S. 375-433
- Naujoks, Eberhard: Württemberg von 1864 bis 1918, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Band III, Stuttgart 1992, S. 333-432
- Neuschl, Sylvia: Geschichte der USPD in Württemberg oder: Über die Unmöglichkeit einig zu bleiben, Stuttgart 1981
- Neuschl-Marzahn, Sylvia: Große Hoffnungen und eine große Frau. Auf dem Weg in den freien Volksstaat, in: Bassler, Siegfried (Hrsg.):

Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart, Stuttgart 1987, S. 76-83

- Niehuss, Merith: Die Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens, in: Ritter, Gerhard. A. (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreiches, Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 18, München 1990, S. 104-126
- Raberg, Frank: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten, Stuttgart 2002
- Rieber, Christof: Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878-1890, Stuttgart 1984
- Rieber, Christof: Die württembergische Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz 1878-1890, in: Schadt, Jörg und Schmierer, Wolfgang: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Reihe: Schriften zur politischen Landeskunde, Band 3. Stuttgart 1979, S. 71-77
- Rommel, Hans-Otto: Aufbruch und Zusammenbruch der Demokratie in Württemberg, in: Rothmund, Paul und Wiehn, Erhard R.: Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Reihe: Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 4, S. 131-164
- Sauer, Paul: Die nationalsozialistische Machtergreifung und die Gleichschaltung des Landes, in: Handbuch zur baden-württembergischen Geschichte, Band IV: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003, S. 231-320
- Sauer, Paul: Württemberg in der Weimarer Republik, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Band IV: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003, S. 73-150

- Schmierer, Wolfgang: Die Anfänge der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie in Baden und Württemberg - Vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz von 1878, in: Schadt, Jörg und Schmierer, Wolfgang (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Schriften zur politischen Landeskunde 3, Stuttgart 1979, S. 33-63
- Schnabel, Thomas: Warum geht es den Schwaben besser? Württemberg in der Weltwirtschaftskrise 1928-1933, in: Schnabel, Thomas (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 6, Stuttgart 1982
- Schnabel, Thomas: Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928-1945/46, Schriften zur politischen Landeskunde 13, Stuttgart 1986
- Schnabel, Thomas: Die Schwäche einer regionalen Parteiorganisation. Die NSDAP in Württemberg 1928-1933, in: Schnabel, Thomas (Hrsg.) Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 6, Stuttgart 1982
- Schönhagen, Beninga: Zwischen Verweigerung und Agitation: Landtagspolitik der NSDAP in Württemberg 1918/29, in: Schnabel, Thomas (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 6, Stuttgart 1982, S. 113-159
- Scholtyseck, Joachim: Der Mann aus dem Volk. Wilhelm Murr, Gauleiter und Reichsstatthalter in Württemberg-Hohenzollern, in: Scholtyseck, Joachim und Kißener, Michael: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 477-497

- Scholtyseck, Joachim und Kißener, Michael: Die Führer der Provinz. NS-Biographien in Baden und Württemberg, Konstanz 1997
- Simon, Klaus: Württembergischer Liberalismus in der Zeit der Demokratisierung und Parlamentarisierung, in: Rothmund, Paul und Wiehn, Erhard R.: Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 4, Stuttgart 1979, S. 97-114
- Sproll, Heinz: Katholische und evangelische Parteien in Württemberg seit dem 19. Jahrhundert, in: Weihnacht, Paul-Ludwig: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Schriften zur politischen Landeskunde 2, Stuttgart 1978
- Stolle, Michael: Der schwäbische Schulmeister. Christian Mergenthaler. Württembergischer Ministerpräsident, Justiz- und Kultminister, in: Scholtyseck, Joachim und Kißener, Michael: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 450-474
- Weber, Reinhold: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895 bis 1933), Düsseldorf 2004
- Wehling, Hans-Georg: Parteien und Vereine, in: Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, Schriften zur politischen Landeskunde 11, Stuttgart 2002, S. 187-201
- Wehling, Hans-Georg: Zur Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung im deutschen Südwesten, in: Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 11, Stuttgart 2002

15.4.3. Regionale Literatur

- Ackermann, Stefan: Nagold im Spiegel der Reichstagswahlen 1871-1933, in: 1200 Jahre Nagold, Konstanz 1985
- Angerbauer, Wolfram: Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1971, Stuttgart 1996
- Beschreibung des Oberamtes Herrenberg, herausgegeben vom königlich-statistischen Buero, Stuttgart 1855
- Bittel, Christoph: Heidenheim im Umbruch. Eine württembergische Industriestadt im politischen Wandel 1918-1920, Heidenheim 2004
- Bohl, Peter: Bevölkerungsentwicklung Langenargens im 20. Jahrhundert, in: Langenargener Geschichten (8): Langenargen im 20. Jahrhundert, Tettnang 1995, S. 6-18
- Borst, Otto: Stuttgart. Die Geschichte der Stadt, Stuttgart 1986
- Cordes, Günter: Kontinuität oder Revolution? Esslingen im Jahre 1918/1919, in: Von Weimar bis Bonn, Esslingen 1919-1949, Sigmaringen 1991, S. 9-26
- Dannenberg, Kirstin: Kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Republik, in: Ulm und Oberschwaben 51-2001, Ulm 2001, S. 91-179
- Ebert, Andreas: Die Wahlen der Weimarer Republik in Backnang und Umgebung im Spiegel des „Murrtal-Boten“, in: Baschin, Marion und Fritz, Gerhard: 70 Jahre deutsche Geschichte im Spiegel des Backnanger „Murrtal-Boten“, Kleine Schriften des Stadtarchivs Backnang 2, Backnang 2002, S. 80-99
- Ehrmann, Michael: Die Geschichte des Werkes Sindelfingen der Daimler-Motorenwerke und der Daimler-Benz AG, Stuttgart 1998
- Ehrmann, Peter: Die Zwanziger Jahre in Rottenburg, Druck voraussichtlich 2007 in „Der Sülchgau“

- Fischer, Walter und Schnermann, Dieter: 1890-1990. 100 Jahre SPD in Herrenberg. Eine Dokumentation der Anfänge des SPD-Ortsvereins, Herrenberg 1990
- Fritz, Gerhard: Quellen zur Frühgeschichte der NSDAP in Backnang, in: Backnanger Jahrbuch 11-2003, S. 9-24
- Fuchs, Andreas: Die politische Entwicklung der Gemeinde Langenargen in der Weimarer Republik, in: Langenargener Geschichten (8): Langenargen im 20. Jahrhundert, Tettnang 1995, S.19-29
- Glück, Horst: Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion. Die Stadt Esslingen und der Mittlere Neckarraum, Reihe: Esslinger Studien, Band 10, Sigmaringen 1991
- Haag, Norbert: Protestantische Lebenswelten. Transformationsprozesse in der ländlichen Gesellschaft am Beispiel des Dekanats Herrenberg 1919-1939, erscheint voraussichtlich 2007 in Stuttgart
- Haag, Norbert: Herrenberg - Strukturwandel einer protestantischen Kleinstadt im zwanzigsten Jahrhundert, in: Janssen, Roman (Hrsg.): Die Stiftskirche in Herrenberg 1293-1993, Herrenberg 1993, S. 102-118
- Hartmann, Florian: Die Parteien in Backnang am Ende der Weimarer Republik, in: Backnanger Jahrbuch 3-1995, Backnang 1995, S. 102-118
- Heimberger, Fritz: Die Geschichte des Kreises, in: Heeb, Dr. Reiner: Der Kreis Böblingen, Stuttgart 1983, S. 72-103
- Heimberger, Fritz: Die politischen Parteien in Sindelfingen von 1919 bis 1945, in: 750 Jahre Stadt Sindelfingen, Sindelfingen 1998, S. 122-161

- Janssen, Roman: Politik und Presse - Theodor Körner (1863-1933), in: Janssen, Roman (Hrsg.): Herrenberger Persönlichkeiten aus acht Jahrhunderten, Herrenberger historische Schriften 6, Herrenberg 1999, S. 373-376
- Janssen, Roman: Herrenberg und die Gäubahn, Herrenberg 1992
- Janssen, Roman: Johann Georg Braun - Anfang in zweiter Generation. In neuer Gestalt mit neuem Namen und zu neuen Zielen, in: Gäubote. 150 Jahre Zeitung im Gäu, Herrenberg 1988, S. 31-39
- Janssen, Roman: Leben in Kayh. Ein Dorf und 800 Jahre Geschichte, Herrenberg 1990
- Kienzle, Gisela: Die Stadt Esslingen im Spiegel der Wahlen von 1930 bis 1932, in: Von Weimar bis Bonn. Esslingen 1919-1949, Sigmaringen 1991, S. 49-89
- Kilian, Rainer: Kirchheim unter Teck auf dem Weg ins Dritte Reich, in: Schriften des Stadtarchivs Kirchheim unter Teck 4-1986, Kirchheim unter Teck 1986, S. 67-104
- Kohlhaas, Wilhelm: Chronik der Stadt Stuttgart 1918-1933, Stuttgart 1966
- Kolb, Gerhard: Arbeiter- und Bauernräte in Heubach 1918/19, in: Ostalb-Einhorn 63-1989, S. 265-273
- Kraus, Uwe: Von der Weimarer Republik ins Dritte Reich, Ravensburger Stadtgeschichte 16, Ravensburg 1987
- Kollmer, Gert: Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, in: 100 Jahre DaimlerChrysler, Werk Untertürkheim 1904-2004, Vaihingen/Enz, 2005, S. 49-67

- Kuhn, Axel: Leonberg unterm Hakenkreuz, in: Stadt Leonberg: Streifzüge durch 700 Jahre Leonberger Stadtgeschichte 7, Leonberg 2000, S. 167-193
- Kuhn, Elmar: Friedrichshafen in der Weimarer Republik, Friedrichshafen 1986
- Kulturamt der Stadt Stuttgart: Politische Plakate der späten Weimarer Republik. Ausstellungsreihe Stuttgart im Dritten Reich, Prolog, Stuttgart 1982
- Landesarchiv Baden-Württemberg: Der Landkreis Schwäbisch Hall, Baden-Württemberg, das Land in seinen Kreisen, Ostfildern 2005
- Landesökonomierat Foß: Herrenberg und die Wirtschaft seines Hinterlandes, in: Herrenberg 1228-1928. Festschrift zur 700-Jahrfeier der württembergischen Oberamtsstadt Herrenberg am 21. Juli 1929, Herrenberg 1929, S. 153-155
- Maier, Helmut: Wilhelm Haußer (1865-1938): Stadtschultheiß als „Arbeitsbiene", in: Janssen, Roman (Hrsg.): Herrenberger Persönlichkeiten aus acht Jahrhunderten, Herrenberg 1999
- Mirkes, Adolf: Erscheint in Massen. Daten, Dokumente, Fragmente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Böblingen im Spiegel des „Böblinger Bote" von den Anfängen bis 1933, Böblingen 1989
- Müller, Armin: Zwischen Wahlkampf und Politik. Halls Parteien der Linken und der bürgerlichen Mitte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik bis 1945/25, in: Württembergisch-Franken. Jahrbuch des Historischen Vereins für Württembergisch-Franken 79-1994, Schwäbisch Hall 1994, S. 483-511
- Müller, Hans Peter: Soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung 1900-1950, in: Biser, Roland (Hrsg.): Der Kreis Schwäbisch Hall, 2. Auflage, Stuttgart und Aalen 1988

- Müller, Roland: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1980
- Nachtmann, Walter: Allein gegen rechts. Die Stuttgarter SPD in den Jahren 1926 bis 1945, in: Bassler, Siegfried (Hrsg.): Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart, Stuttgart 1987, S. 96-115
- Nachtmann, Walter: Die NSDAP in Esslingen 1920-1945, in: Von Weimar bis Bonn. Esslingen 1919-1949, Sigmaringen 1991, 235-254
- Nestler, Martin: Ulm – Geschichte einer Stadt, Erfurt 2003
- Rieger, Reinhold: Die Tübinger evangelisch-theologische Fakultät während der Zeit der Weimarer Republik, in: Lächele, Rainer und Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Württembergs Protestantismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 174-186
- Sannwald, Wolfgang: Geschichtszüge. Zwischen Schönbuch, Gäu und Alb: Der Landkreis Tübingen, Tübingen 2003
- Schick, Reinhold: Herrenberg heute und morgen, in: Herrenberg 1228-1928. Festschrift zur 700-Jahrfeier der württembergischen Oberamtsstadt Herrenberg am 21. Juli 1929, Herrenberg 1929, S. 137-145
- Schlösser, Susanne: Die Heilbronner NSDAP und ihre Führer. Eine Bestandsaufnahme zur nationalsozialistischen Personalpolitik auf lokaler Ebene und ihren Auswirkungen vor Ort, in: Heilbronnica 2, Heilbronn 2003. S. 281-318
- Schlösser, Susanne: Was in den Weg stellt, mit Vernichtung schlagen. Richard Drauz, NSDAP-Kreisleiter von Heilbronn, in: Kißener, Michael und Scholtysek, Joachim (Hrsg.) Die Führer der Provinz. NS-Biographien in Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 143-149

- Schmid, Eugen: Aus dem kirchlichen Leben Herrenbergs, in: Herrenberg 1228-1928. Festschrift zur 700-Jahrfeier der württembergischen Oberamtsstadt Herrenberg am 21. Juli 1929, Herrenberg 1929, S. 145-149
- Schmidt, Sabine: Vom Hilfsarbeiter zum Kreisleiter. Eugen Maier, NSDAP-Kreisleiter von Ulm, in: Scholtyseck, Joachim und Kißener, Michael: Die Führer der Provinz. NS-Biographien von Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 361-404
- Schnermann, Dieter: Die Wahl schlug ein wie eine Bombe. 1930 fasst die NSDAP in Herrenberg Fuß, Artikel im Gäubote vom 2. September 1999
- Schnermann, Dieter: Die Fronten sind geschlossen. Unterrichtsmaterialien zum Prozeß der Gleichschaltung in Herrenberg 1933, Arbeitshefte zur Ortskunde und Ortsgeschichte 6, Herrenberg 1989
- Schnermann, Dieter: Ein überzeugter und moralisch integrer Nationalsozialist? Karl Ludwig Lechler (1899-1943), in: Janssen, Roman (Hrsg.) Herrenberger Persönlichkeiten aus acht Jahrhunderten, Herrenberger Historische Schriften 6, Herrenberg 1999, S. 377-387
- Schnermann, Dieter: Herrenberg und die Wahlen des Jahres 1932, Arbeitshefte zur Ortskunde und Ortsgeschichte 4, Herrenberg 1987
- Schönhagen, Benigna: Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt im Nationalsozialismus, Tübingen 1991
- Schurig, Roland: Parole Hitler. Grundlage und Entwicklung des Nationalsozialismus in Aalen 1923-1934, S. 9-150
- Setzler, Wilfried, Schönhagen, Benigna und Binder, Hans Otto: Kleine Tübinger Stadtgeschichte, Tübingen 2006

- Steinhart, Margarete: Balingen 1918-1948. Kleinstadt im Wandel, Balingen 1991
- Theodor Körner KG: Gäubote. 150 Jahre Zeitung im Gäu, Herrenberg 1988
- Volkmann, Thomas: Realität und Vorstellungen einer württembergischen Oberamtsstadt Mitte des 19. Jahrhunderts - Das Beispiel Herrenberg. Wissenschaftliche Arbeit für das Lehramt an Gymnasien, Tübingen 2000
- Weißhaupt, Helmut: Die Entwicklung der NSDAP in Meßkirch bis 1934, in: Meßkircher Heimathefte 5-1999, S. 58-80
- Wieland, Markus M.: Wahlverhalten im Amtsbezirk Wertheim während der Weimarer Republik, in: Wertheimer Jahrbuch 2003, Neustadt 2004
- Wieland, Markus M.: Der Volksentscheid über die Fürstenenteignung von 1926 im Amtsbezirk Wertheim, in: Wertheimer Jahrbuch 2002, Wertheim 2003, S. 301-314
- Wolfinger, Stefanie: Aufstieg der NSDAP und Wahlverhalten in Pforzheim am Ende der Weimarer Republik, in: Pforzheimer Geschichtsblätter 9-1999, S. 191-227
- Wilms, Grunhild: Die Wahlen im Oberamt Kirchheim zur Zeit der Weimarer Republik, in: Stadt Kirchheim unter Teck: Schriftenreihe des Stadtarchivs 4-1986, Kirchheim 1986, S. 37-66
- Zecha, Horst: 100 Jahre SPD Sindelfingen. Teil 1: Von den Anfängen bis 1945, Sindelfingen 1991
- Zurowski, Martin: Nufringen auf dem Weg ins 20. Jahrhundert, in: Janssen, Roman u.a. (Hrsg.): Nufringen. Eine Gäugemeinde im Wandel der Zeit, Stuttgart 1998